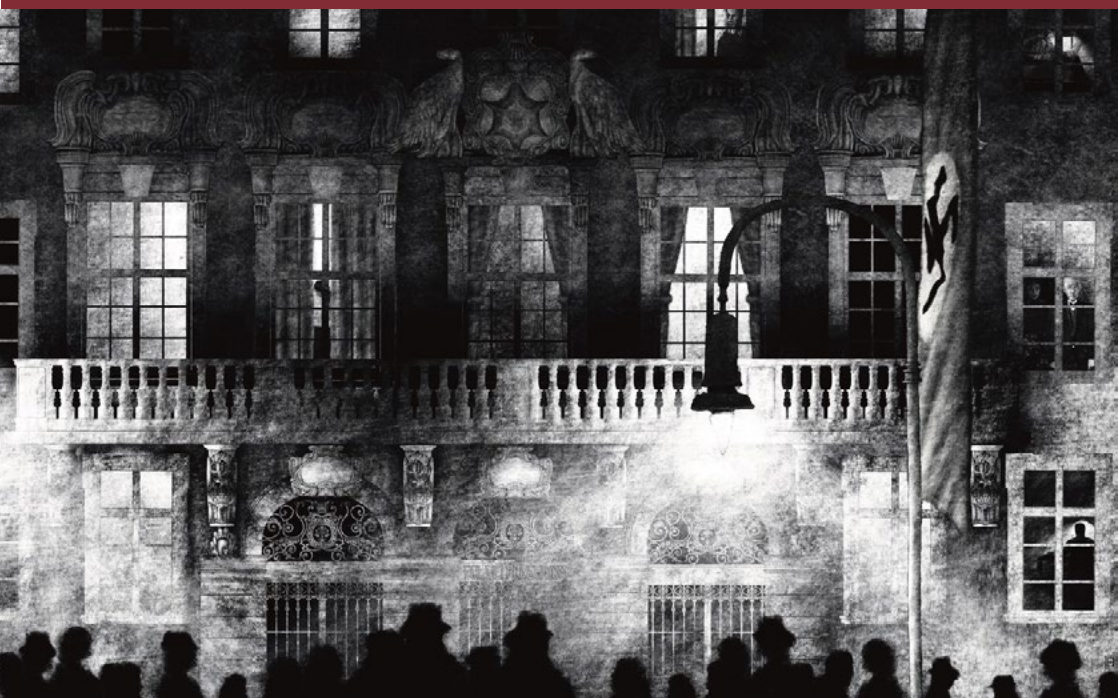


Petra Bonavita

Nie aufgefliegen



Widerstand in der NS-Zeit im Polizeipräsidium Frankfurt am Main

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek.
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar

Impressum

© Petra Bonavita

Nie aufgefliegen – Widerstand in der NS-Zeit im Polizeipräsidium Frankfurt am Main

2. erweiterte und ergänzte Auflage 2023

ISBN 978-3-00-074976-6

Titel: Zeichnung vom alten Polizeipräsidium in der Hohenzollernanlage © Daniel Hartlaub

Satz: Rolf Mütze

Alle Bildrechte liegen so weit nicht anders angegeben, bei der Verfasserin.

„Um den verbrecherischen Befehlen des nationalsozialistischen Regimes Widerstand zu leisten, musste man ‚von innen her‘ handeln und manchmal diese Befehle ausführen. Wenn sich unter diesen Bedingungen die saubere Unterscheidung zwischen dem Guten und dem Bösen teilweise verwischt, wenn der Widerstandleistende in gewissen Augenblicken dem Henker sehr nahe scheint, so ist das die unausweichliche Folge der Lage des Menschen in einem totalitären System. Aber ist der passive Zuschauer bei dem Verbrechen etwa unschuldig?“

Saul Friedländer: Kurt Gerstein oder die Zwiespältigkeit des Guten, München 2007, S. 195

„In der Geschichte entscheidet der Erfolg. Er war den Männern des 20. Juli nicht beschieden. So blieb ihr Putsch ein ungeheuerlicher Versuch mutiger und todesbereiter Männer, in letzter Stunde ein ganzes Volk vor dem Abgrund zurück zu reißen – der Abgrund hat sie selbst verschlungen!“

Emil Henk: Die Tragödie des 20. Juli 1944, Heidelberg 1946, S. 62

Inhalt

Einleitende Worte zur zweiten Auflage	7
---------------------------------------	---

Erster Teil

Wie alles begann: Erste Treffen mit Gleichgesinnten	13
Ein Dreierbündnis zur rechten Zeit	19
Als Kriminalbeamter im besetzten Frankreich	27
Fluchtvorbereitung für Karl Herxheimer	33
Rettung und Hilfe für jüdische Frankfurter	44
Die konspirativen Treffen	51
Die widerständigen Kollegen im Polizeipräsidium	59
Polizeioberleutnant Ernst Nolte	68
Gefahren durch Kollegen im Herbst 1944	76
Die Neu-Isenburger Kontakte	80
Die amerikanische Militärregierung vor schwierigen Aufgaben	87
Der lange Weg zur Anerkennung des Widerstands	93

Zweiter Teil

Zusammenarbeit mit dem Gestapo-Beamten Fengler	100
Der Weg ins widerständige Umfeld	106
Friedrich Scheuer vor der Verhaftung bewahrt	114
Wissend und dennoch machtlos: Jagdfreund Fritz Schilling	117
Die Familien Ungerer und Schönthal: zwei Söhne benötigen Schutz	124

Hilfe für Frankfurter und Freunde	132
Einsatz bei der Gestapo-Außendienststelle Wetzlar	139
Ein Fall von „Rassenschande“ in Wetzlar	147
„Ich wünsche Ihnen alles Gute zum neuen Jahr ...“	150
Verhaftung und Internierung	158
Verspätete Klärung	163
Ein Fazit	169
Endnoten	173
Anhänge	182
Anhang 1: Schreiben von Gustav Kettel	182
Anhang 2: Schreiben von Margot Fries	184
Anhang 3: Entlassung von „Mischehe-Partnern“	187
Anhang 4: Die widerständigen Kollegen	190
Literatur	205
Abkürzungen	208
Dank	209
Zur Autorin	212

Einleitende Worte zur zweiten Auflage

In der Höhle des Löwen macht man keine Notizen. Es gibt fast keine Aufzeichnungen von NS-Gegnern aus der Hitlerzeit. Es war zu gefährlich, kritische Gedanken oder oppositionelle Pläne auf Papier zu bringen. Deshalb ist die Forschung zum zivilen Widerstand auf Dokumente und Aussagen angewiesen, die nach 1945 entstanden. Heute sind das meist Zufallsfunde oder Ergebnis mühsamer Recherchen.

Der Krieg war am 8. Mai 1945 beendet und die Niederlage besiegelt, doch für den Frankfurter Kriminalbeamten Christian Fries begann erst jetzt „die Tragödie“ seines Lebens. Mehr als acht Jahre hatte er jede Gelegenheit genutzt, um den Verfolgten des nationalsozialistischen Regimes seine Unterstützung anzubieten und auf Lösungen zu ihrem Schutz hinzuarbeiten. Er war ein verbissener Gegner der Nationalsozialisten und aktiv „antinazistisch“ tätig. Was ihm bei anderen gelang, galt nach der Befreiung nicht für ihn. Plötzlich wurde er im August 1945 verhaftet und nach sechs Wochen Gefängnishaft in das von der amerikanischen Militärregierung eingerichtete Internierungslager Ludwigsburg verbracht. Dort traf er auf Mitgefangene, mit denen er nie mehr zu tun haben wollte: zahlreiche SS-Sturmbannführer, Ortsgruppenleiter und andere fanatische Nationalsozialisten, die in den Baracken der US-Armee ihre Gefolgsleute um sich scharten. Nachdem seit Februar 1946 das kleine Büchlein über den Widerstand und die „Tragödie des 20. Juli“ – das Scheitern des Attentats auf Hitler - unter den Internierten kursierte und darin vom Autor Emil Henk auch der Name Christian Fries als „Stützpunktleiter“ für Frankfurt genannt wurde, erhielt er im Lager Todesdrohungen.¹

Obwohl seine Tochter Anfang Juni 1946 ein Konvolut ihn entlassender Aussagen an den Lagerkommandanten gesandt hatte, dauerte es weitere fünf Monate bis zu seiner Entlassung. Erst Mitte November 1946 öffneten sich die Tore des Lagers, doch eine Erklärung oder auch nur eine Andeutung, warum er insgesamt fünfzehn Monate inhaftiert

worden war, erhielt er nicht. Nach der grausamen Internierungshaft knüpfte Fries an seine alten Kontakte an und bereitete sich auf eine Rechtfertigung zu seiner Person vor. Es ging um nichts Geringeres als um eine Offenlegung der Frankfurter Widerstandsgruppe und ihrer Ziele, um die Haltung seiner Kollegen und Dutzender Gleichgesinnter und die Widerlegung der ihm unterstellten eigenen Verstrickung in nationalsozialistische Verbrechen.

In dieser Schrift - für sein Frankfurter Spruchkammerverfahren angefertigt - hatte er Namen und Hilfeleistungen chronologisch zusammengetragen. Offenbar wurde ihr Inhalt nicht über die Mitglieder dieser Kammer hinaus weitergeleitet, bzw. sie verschwanden in einem Aktenberg des amerikanischen Geheimdienstes CIC (Counter Intelligence Corps). Wurden die Akten entsorgt? Wenn nein, wohin wanderten sie? Öffentlich zugänglich waren sie jedenfalls nicht.

Heute wird von den beiden Autorinnen Frauke Geyken und Elisabeth Ruge in der Zeitschrift „Der Spiegel“ vermutet, „dass Zeugnisse des Widerstands und anderes Quellenmaterial von den Alliierten unterdrückt wurden“, so ihr Resümee über die Widerstandsgruppen und Akteure aus der NS-Zeit.²

Die US-Militärregierung hegte einen Generalverdacht gegen alle Mitarbeiter des NS-Polizeiapparats und ging – genau wie viele Mitglieder in den Spruchkammern – oft über das Ziel einer gerechten Aufklärung hinaus. Ihre Vorurteile gegenüber Kriminal- und Polizeibeamten in Diensten des NS-Regimes und gegenüber Gestapo-Beamten, denen jegliche Widerstandsgesinnung abgesprochen wurde, waren verständlich, aber behinderten die Aufklärung. Für Differenzierungen war keine Zeit und weder der Wille vorhanden noch die Bereitschaft, sich vor allem in das innere System einer verbrecherischen Diktatur hineinzusetzen. Daher kämpfte Fries viele Monate lang für seine Rehabilitierung.

Bereits früh lag das Wissen über die zivile Widerstandsstruktur im Rhein-Main-Gebiet auf dem Tisch, denn unmittelbar nach Kriegsende hatte es eine kurze Phase der kritischen Veröffentlichungen über die Widerstandsarbeit im NS-Staat gegeben. So war bereits Anfang 1946 Emil Henks nur sechzig Seiten umfassendes Buch „Die Tragödie des 20. Juli 1944“ erschienen. Trotz dieser Veröffentlichung blieb jahrzehntelang unbeachtet, was „ein in der Geschichte selten gelungener Geheimapparat einer politischen Verschwörung“ genannt wurde.³ Henk, SPD-Mitglied, Journalist und Unternehmer, berichtet, dass Jakob Steffan für die Stadt Frankfurt den Kriminalbeamten Christian Fries gewonnen hatte, „der sich seinen Stab von Mitarbeitern schuf“ und dass in Dutzenden Städten und kleineren Gemeinden mehrere Tausende Menschen für einen Umsturz gewonnen werden konnten. Fries sprach seit 1943 Menschen an, die sich ihm als entschiedene Nazigegner zu erkennen gaben. Seit 1937 traf er sich mit NS-Gegnern und organisierte in den darauffolgenden Jahren immer wieder konspirative Treffen und geheime Besprechungen.

In der Nachkriegszeit hatten die Mitläufer und NS-Belasteten kein Interesse daran, dass eine „Vielfalt des deutschen Widerstands“ bekannt wurde.⁴ Bald besetzten sie alte Positionen in der Politik, der Justiz und der Verwaltung. Die Widerständigen selbst zogen sich zurück, nachdem sie als Volksverräter verunglimpft und an den Rand gedrängt wurden. Das Interesse an Aufklärung über die NS-Zeit war gering. Als dann die Widerstandsforschung erste Ergebnisse präsentierte, schaute man mehr auf die militärischen Akteure und vernachlässigte den zivilen Anteil. Erst spät erkannte man die Bedeutung der regionalen Widerstandsaktionen, zu denen unzählige, weithin unbekannte Personen gehörten. Verständlicherweise gab es kaum schriftliche Unterlagen, die das geheime Tun der Akteure bezeugten, und in der unmittelbaren Nachkriegszeit ist durch die Spruchkammern viel Material nicht anerkannt, verloren gegangen oder sogar vernichtet worden. Viele der engagierten Widerständler hatten es schwer, ihre Handlungen zu beweisen. Die Geheimhaltung ihrer

Pläne in der NS-Zeit wurde ihnen zum Verhängnis beim Beweis ihrer Unschuld.

Jahrzehnte später wurde nun endlich die Geschichte einer kleinen Frankfurter zivilen Widerstandsgruppe bekannt, die weder aufgefliegen war noch bei der Verhaftung der führenden Köpfe nach dem 20. Juli 1944 von ihnen verraten wurde. Im Rhein-Main-Gebiet war es dem vormaligen hessischen Innenminister und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Wilhelm Leuschner gelungen, mit Gleichgesinnten über mehrere Jahre hinweg Akteure für den Widerstand zu gewinnen. Die Unterstützer in Frankfurt waren Teil einer großen Widerstandskette und sollten in Aktion treten, wenn vom anderen Ende der Kette das Startsignal kam. Das Code-Wort, das alle in Bereitschaft versetzen sollte, war „Operation Walküre“, wenn das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 durch Claus Schenk Graf von Stauffenberg als gelungen vermeldet worden wäre. Es kam bekanntlich anders. Die Struktur des Widerstands im Rhein-Main-Gebiet blieb dennoch unverletzt, die Verhafteten Wilhelm Leuschner und Ludwig Schwamb verrieten auch unter Folter nur Bekanntes und bewahrten dadurch viele Mitstreiter vor der Verhaftung. Durch ihre Standhaftigkeit blieben auch die Frankfurter Widerständigen unentdeckt.⁵

Wilhelm Leuschner hatte für den Aufbau eines dichten Widerstandsnetzes das Land in Bezirke aufgeteilt, dahinter folgten Untergruppierungen in Städten und Gemeinden. Für das Rhein-Main-Gebiet hatte er seinen alten SPD-Freund Ludwig Schwamb eingesetzt, und der wiederum gewann den erst 1940 aus der Haft entlassenen ehemaligen SPD-Politiker Jakob Steffan. Nach siebenjähriger Haft und Lageraufenthalt ging Steffan - kaum in Freiheit - in die Illegalität und baute in Frankfurt einen Stützpunkt auf.

Erfolgreiche Widerstandsarbeit beginnt mit Vertrauen, Verschwiegenheit und Zusammenhalt gegenüber Außenstehenden. Konspiratives Verhalten bedeutet, keine Aufzeichnungen und möglichst wenige

Namen auch untereinander bekannt zu machen. In den Grenzen des Deutschen Reichs mit einer Mehrheit von überzeugten NS-Anhängern war der Aufbau einer Widerstandsgruppe besonders schwierig. Dazu kam die erschreckend hohe Bereitschaft der Mitläufer und überzeugten NS-Anhänger, selbst den kleinsten Hauch einer Kritik am NS-System zu denunzieren. In den besetzten Ländern war ein Rückhalt leichter zu organisieren, denn die Gegner waren bekannt: die deutschen Besatzer.

Fries hatte seine Widerstandshandlungen und einige seiner Hilfeleistungen mit Anhängen dokumentiert. Die Original-Rechtfertigungsschrift von ihm aus dem Jahr 1947, die in den National Archives in Washington D.C. aufbewahrt wird, enthält wichtige Dokumente, die mir nach meiner Anfrage an das Washingtoner Archiv 2019 übersandt wurden. In diesem überraschenden Archivfund sind zwar nicht alle als Anhang gekennzeichneten Dokumente enthalten, aber doch einige für die Widerstandsforschung immens wertvolle Informationen. Sie waren offensichtlich den Weg aller brisanten Dokumente gegangen und unter Verschluss der amerikanischen Militärregierung in die USA mitgenommen und sorgfältig verwahrt und abgelegt worden. Diese nun vorliegende zweite Auflage meines Buches „Nie aufgefliegen“ nimmt diese in den Anhängen hinterlassenen Erklärungen und Bestätigungen auf, die den Blick auf die Frankfurter Widerstandsarbeit erweitern.

Während der Kriminalbeamte Fries aufgrund seiner beruflichen Tätigkeit im Polizeipräsidium nicht an konspirativen Treffen mit außerhalb des Frankfurter Raums tätigen Gruppen teilnehmen konnte, waren Wilhelm Leuschner, Gustav Kettel oder Emil Henk als selbständige Geschäftsleute ständig unterwegs. Ihr Beruf war die perfekte Tarnung für ihre konspirativ-widerständige Arbeit. Fries konnte dagegen nur seine im Frankfurter Stadtgebiet aufgebauten Kontakte vorweisen. Die Rechtfertigungsschrift von Fries enthält die Jahr um Jahr aufgelisteten Widerstandshandlungen und zeigen seinen persönlichen Einsatz. Gleichzeitig wird sein begrenzter Handlungsspielraum sichtbar, der entstand, wenn er nicht die gleichen brutalen Mittel anwenden wollte, die

sich die militärisch-geheimdienstliche Herrschaft des Nationalsozialismus zu eigen gemacht hatte.

Ähnliches gilt auch für den Gestapo-Beamten Gotthold Fengler. Er hatte die Widerständler rechtzeitig mit Informationen versorgt und über bevorstehende Verhaftungen und Deportationen informiert und ihnen „insofern wertvolle Dienste erwiesen“. ⁶ In dieser vorliegenden Veröffentlichung ergänzen neue Archivfunde und Protokolle die bereits publizierte Recherche „Nie aufgefliegen“.

Petra Bonavita im Juli 2023

Erster Teil

Wie alles begann: Erste Treffen mit Gleichgesinnten

An der Neuordnung des Deutschen Reichs nach Kriegsende 1918 war der 1895 in Landsweiler/Saar geborene Christian Fries beteiligt. 1918 schloss er sich dem Arbeiter- und Soldatenrat in Saarbrücken an und war noch in den ersten Monaten der Weimarer Republik in der Reichswehr eingesetzt. In seiner vom Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main ausgewerteten Personalakte werden seine biographischen Daten und seine beruflichen Schritte ausführlich dargestellt, aber es wird nur wenig über seine Widerstandshandlungen gesagt.⁷ Mit einer positiven Einstellung zur Demokratie, von der er Zeit seines Lebens nicht abwich, ging er gegen Ende 1919 zur Frankfurter Schutzpolizei und wurde 1930 als Kriminalbeamter übernommen. Politisch stand er der SPD nahe, ohne eingeschriebenes Mitglied zu werden.

Fries lebte mit seiner Ehefrau Johanna und Tochter Margot im Frankfurter Stadtteil Bockenheim. Viele Jahre wohnte die Familie in einer Polizeisiedlung und in den dreißiger Jahren schließlich in der Kurfürstenstraße 3/5. Fries beschrieb sich als untersetzt, 1,71 Meter groß und körperlich aktiv im Frankfurter Polizeisportverein. Im Rahmen polizeilicher Einsätze konnte er, wenn nötig, in brenzligen Situationen auch zupacken.

Unter dem nationalsozialistischen Regime nach 1933 hielt Fries sich mehrmals von Fortbildungen und Abkommandierungen fern und verweigerte sich manchen Aufstiegschancen, wenn sie mit NS-Unterwerfungsritualen verbunden waren. Bei einem Offiziers-Anwärter-Lehrgang

zum Jägerbataillon 17 in Goslar erhielt er als Einziger kein Offiziers-Patent; zu einer Abkommandierung zum Geheimen Staatspolizeiamt nach Berlin kurz vor Weihnachten 1937 meldete er sich krank; im Frühjahr 1940 wurde er zu einem Lehrgang für Kriminalkommissar-Anwärter nach Berlin geschickt, aber umgehend nach Frankfurt zurückgesandt, weil er die Voraussetzungen nicht erfüllte: er war weder Mitglied der NSDAP, noch gehörte er der SS an. Schließlich wurde er am 17. Juli 1940 mit zwei weiteren Beamten der Kriminalpolizei nach Thionville in das von der deutschen Wehrmacht besetzte Lothringen abgeordnet. Als Beamter konnte er sich schlecht gegen jede Maßnahme seiner Vorgesetzten wehren, und da der Einsatz in einer Region stattfinden sollte, die er von seiner Jugend her kannte – seine Geburtsstadt Landsweiler lag siebzig Kilometer entfernt –, stimmte er der Versetzung zu. Mehrere Kollegen bestätigten später, wie standhaft er sich gegen eine Eingliederung in die SS gewehrt hatte und dennoch kam es später durch das Tragen einer Uniform, die zum Verwechseln der Uniform eines „SS-Untersturmführer“ ähnelte, zu einem für ihn abträglichen Eindruck bei den Mitarbeitern der amerikanischen Militärregierung.

Auch wenn der äußere Schein trog und auch trügen sollte, stand er doch längst in Abwehrhaltung zum nationalsozialistischen Regime. 1937 traf er sich in kleinem Kreis mit Kollegen, die 1933 „gemäßregelt“ worden waren, d.h. aufgrund ihrer SPD-Mitgliedschaft als „politisch unzuverlässig“ aus dem Polizeidienst entlassen wurden. In diesen ersten Jahren waren es fünf oder sechs Beamte, mit denen sich Fries konspirativ verabedete. Polizeiobewachtmeister Fritz Breiter gehörte dazu, der nach seiner Entlassung auf Buchhaltung umsattelte; der ebenfalls 1933 entlassene Kurt Henschler eröffnete ein Zigarrengeschäft. Als nach 1945 die entlassenen Beamten für ihre Wiedereinstellung in das Polizeipräsidium einen Lebenslauf verfassten, schrieb Henschler über sein Engagement als Widerständler: „1925 trat ich der SPD bei. Nach meiner Entlassung übernahm ich ein Tabakgeschäft und hielt dort heimlich mit Gleichgesinnten Versammlungen und Besprechungen ab. Mein Laden war die Zentrale der Flugblattverteilung und der Widerstandsbewegung und

stand jahrelang unter Beobachtung der Gestapo. Am 28. Juli 1940 wurde ich zur Luftschutzpolizei eingezogen und war bis zum 31. März 1945 Innendienstleiter einer Rettungsstelle. Während meiner Zugehörigkeit zur Luftschutzpolizei habe ich in meiner Dienststelle bzw. im Polizeipräsidium Frankfurt a.M. die Versammlungen und Besprechungen der Widerstandsbewegung fortgesetzt“. ⁸

Besonders hart traf es Karl Weidmann, der als politischer Kommissar in Koblenz und Wiesbaden gegen die Nationalsozialisten ermittelt hatte und zum 31. Dezember 1933 entlassen wurde. Nach jahrelanger Arbeitslosigkeit eröffnete er eine Detektei und Auskunftlei, die er Ende 1941 auf Druck des Frankfurter Polizeipräsidenten Beckerle wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ schließen musste. Als Werkluftschutzleiter bei der Fa. Mouson eingestellt, konnte er diese Beschäftigung nur aufrechterhalten, wenn er gleichzeitig die Mitgliedschaft in der NSDAP beantragte. Nach einem Jahr Anwärterschaft wurde er aus den vorgenannten Gründen allerdings doch nicht aufgenommen. Er hätte sich dabei auch sehr unwohl gefühlt, bemerkte er dazu, und wäre sich als „Gesinnungslump“ vorgekommen, wo er doch seit 1910 Mitglied der SPD gewesen war. Aber aufgrund dieses, den prekären finanziellen Verhältnissen geschuldeten Aufnahmeantrages wurde er im Rahmen seines Entnazifizierungsverfahrens als „Mitläufer“ eingestuft. Bis weit in die fünfziger Jahre dauerte sein Verfahren, bis er schließlich als „politisch entlastet“ anerkannt wurde. ⁹

Glimpflich dagegen ging die nationalsozialistische Überprüfung für Hans Wierscheim aus: „Ein im Jahre 1933 gegen mich gerichtetes Verfahren auf Grund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ ging in Folge Fehlens jeglicher Beweise zu meinen Gunsten aus. Jedoch blieb mir jeglicher Aufstieg versagt, da ich nicht Mitglied der NSDAP war und weil ich einen Bruder hatte, der aus politischen Gründen aus der Schutzpolizei entlassen wurde. Einer Aufforderung der Personalabteilung im Jahre 1941, mich sofort bei der Ortsgruppe als Parteianwärter eintragen zu lassen, leistete ich mit der Begründung, daß ich mir meine Titel durch Eintritt in die Partei nicht erkaufen werde, keine

Folge. ... So bereue ich es doch nicht und habe es nicht bereut, meinen graden Weg gegangen zu sein. Für mich habe ich die Genugtuung, daß ich heute trotz dieser unausgesetzten Belastungen noch derselbe bin, ungebeugt, wie ich war, ehe der Nationalsozialismus an die Macht kam“. ¹⁰

Im Sommer 1945 traten als erste Beamte die entlassenen Kollegen Henschler, Michael, Breiter und Schönbach ihren Dienst wieder an, und einige dieser Kollegen bezeugten nach 1945, dass Fries aktiv an den Widerstandstreffen teilgenommen hatte. An den konspirativen Treffen 1943-1945, waren nicht nur die entlassenen Polizeikollegen beteiligt, sondern auch zwei Bäcker, ein Lebensmittelhändler und ein Kaufmann. Wer waren diese Personen, die sich dem Widerstand angeschlossen hatten?

Es war wohl zunächst die wirtschaftliche Notlage der Kunden, die einige Geschäftsleute offensichtlich zu Kritikern und Gegnern des Regimes machten. Mit der illegalen Verteilung von Brot und Lebensmitteln an notleidende Kunden begann ihre Haltung zum NS-System zu bröckeln. Albert Wirges und seine KULA-Brotfabrik gehörten dazu, Hans Bechtold mit einem Lebensmittelgeschäft in der Kronprinzenstraße 49 (heute: Münchener Straße), aber auch der Buchmacher Gustav Weigel aus der Moselstraße 18, der Lebensmittel an jüdische Freunde übergab. Sein Wettbüro war ideal zum Austausch geheimer Verabredungen und das „Hotel-Restaurant Zimmermann“ mit den Wirtsleuten Cornelius und Anna Zimmermann in der Kronprinzenstraße 52 (heute: Münchener Straße) lag als konspirativer Treffpunkt der Widerständigen nur um ein paar Ecken entfernt. Selbst das Polizeipräsidium lag in unmittelbarer Nachbarschaft am Hohenzollernplatz, der heutigen Friedrich-Ebert-Anlage: ein 1914 im Neoklassizismus errichteter Bau, mittlerweile seit Jahrzehnten leerstehend, dessen rückwärtiges Gelände nach 2022 einem Hochhaus Platz machen soll. Immerhin vermittelt die originale Vorderfront einen Eindruck von diesem Geschichtsort.

Wenig ist bekannt über die ersten Begegnungen der so unterschiedlichen Widerständler. Ein Hinweis zur KULA-Brotfabrik führte zu Albert Wirges. Mit acht Mitarbeitern gehörte der Bäcker zu einer Art Genossenschaft, die Lebensmittel an Mitglieder verkaufte. Die Brotfabrik befand sich in Bockenheim in der Kasernenstraße, und ein bei ihm beschäftigter Bäcker namens Karl Gissel gehörte mit ihm zu den ersten Teilnehmern der konspirativen Treffen. Wirges starb bereits 1946.¹¹



Anzeige aus dem Frankfurter Adressbuch

Der Lebensmittelhändler Hans Bechtold fiel der Gestapo auf, weil er häufig seine Schwester in Frankreich besuchte. Die Gestapo in Karlsruhe bemerkte seine häufigen Grenzübertritte und sah in ihm einen Spion. Die Frankfurter versuchten ihn daraufhin als V-Mann zu gewinnen. Bechtold ließ sich nicht darauf ein. Vier Jahre später wurde er beschuldigt, „an den Unregelmäßigkeiten in der Großmarkthalle“ beteiligt gewesen zu sein. „Er zahlte Bestechungen und höhere Preise“. Gemeint waren vermutlich die Lebensmittel, die er Gustav Weigel übergeben hatte. Sein Geschäft musste er für zwei Wochen schließen und eine Buße von 100,- Reichsmark an die Ortsgruppe Güterbahnhof zahlen.¹²

Wilhelm Reitz aus Neu-Isenburg nahm ebenfalls an den ersten Treffen teil, aber leider gibt es über seine Widerstandsaktivitäten keine Erkenntnisse. So bleiben persönliche Motive und Handlungen im Dunkeln. Nachgewiesen ist, dass sie ausdauernd am Sturz Hitlers festhielten, denn vier dieser fünf Männer tauchen mit ihren Namen als Widerständler auf, die 1944 nach dem erhofften gelungenen Attentat auf das Zeichen zur

Ausschaltung der NS-Schergen warteten. Doch wie diese Männer als Unterstützer des Widerstandes zueinander fanden, wird wohl niemals mehr zu ergründen sein. Eine Ausnahme bildet da die Zusammenarbeit dreier Männer, die sich früh ihrer Abneigung gegen Hitler versichert hatten.

Ein Dreierbündnis zur rechten Zeit

Eine demokratische Grundhaltung fällt nicht vom Himmel. Trotz aller Schwierigkeiten konnten in der turbulenten Weimarer Republik demokratische Strukturen gelegt werden, die bei nicht wenigen Menschen zu einer klaren Haltung führten und nicht in das ideologische Freund-Feind-Schema des NS-Regimes passten. Nicht alle Beamten waren nach 1933 gleich bereit, die neuen Gesetze mit allen Konsequenzen zu befolgen. Manche konnten Gefahren für Betroffene sogar abwehren. Dabei war es wichtig, Kontakte mit Gleichgesinnten zu knüpfen und Freundschaften zu pflegen, bei denen es nicht mehr ausschließlich um Sympathiewerte ging. Fast jeder Kontakt wurde von der Frage bestimmt: „Auf welcher Seite stehst Du?“ Die Regierungsgegner der ersten Stunden riskierten Risse in den Familien, die Auflösung kollegialer Kontakte oder Freundschaften. Im Unterschied zu ausgewiesenen politischen Gegnern der Nationalsozialisten aus KPD und SPD trafen plötzlich Menschen aufeinander, von denen man nie vermutet hätte, dass sie sich bald in konspirativer Weise in Hinterzimmern über die politische Lage austauschen würden. Hatten sie sich über einen Sportverein oder einen Skat-Club kennengelernt oder waren sie gar Chor-Mitglieder gewesen? Vor welchem Hintergrund entspann sich der Kontakt des Kriminalbeamten Gotthold Fengler - nach 1933 zur Gestapo abgeordnet - zu einem Buchmacher, einem Kraftfahrzeugmechaniker oder einem Waffenhändler?

In diese erste Phase gehörte das Zusammentreffen dreier Männer, die häufig gemeinsam, aber auch jeder für sich, verfolgten Menschen beistanden. Mitunter gelang es ihnen bei einer denunziatorischen Anzeige, die sich ihnen anvertrauenden Menschen vor einer Verhaftung zu bewahren. Diese Kontakte erwiesen sich in den nächsten Jahren als zuverlässig und vertrauensvoll. Im Notfall und zur Gefahrenabwehr konnte darauf zurückgegriffen werden. Einer der drei Männer war Gustav Weigel. Seit 1912 SPD-Mitglied, alter Gewerkschafter und unter seinen Kollegen bald als „roter Buchmacher“ bekannt, trat er aus Existenzgründen am 1. Mai 1933 der NSDAP bei. Eine Vorsichtsmaßnahme, die gerade noch

rechtzeitig geschah, denn am 3. November 1933 erließ der Preußische Minister des Innern ein Gesetz, das alle Marxisten und Kommunisten vom Buchmacherwesen ausschloss.¹³



Moselstraße 18: Wettannahme von Gustav Weigel © Zeichnung Daniel Hartlaub

Weigels Parteibeitritt war kein einsamer Beschluss. Sein Angestellter Heinrich Reitz, ebenfalls alter und aktiver SPD-Mann, wie auch der mit ihm befreundete jüdische Professor Karl Herxheimer, rieten ihm zu diesem Schritt. Heinrich Reitz hatte dabei vermutlich an seinen eigenen Arbeitsplatz gedacht, von Herxheimer war es ein wohlwollender Rat.

Während Weigel durch diese vorbeugende Maßnahme sein florierendes Wettbüro in der Moselstraße 18 mit drei Filialen im Stadtgebiet vor einer Schließung bewahrte, wurde ihm eine im Herbst 1932 getätigte Äußerung über „den Führer“ zum Verhängnis. Zwei Buchmacher-Kollegen hatten seine im Café Dahlem in der Moselstraße geäußerte abfällige Kritik über den Führer zum Anlass genommen, ihn in Misskredit zu bringen. Über „minderwertige Subjekte“ – wie er schreibt – lancierten sie eine Anzeige, die im Frühjahr 1934 auf dem Schreibtisch des Kriminalbeamten – inzwischen zur Staatspolizei versetzten - Gotthold Fengler landete. Bei den sich anschließenden Verhören gelang es Weigel offenbar, den Beamten Fengler davon zu überzeugen, dass es sich um „eine schmutzige Intrige zweier Berufskollegen handele“. ¹⁴ Fengler überzeugte sich von seinen Argumenten, und er erreichte sogar, die Anzeige, die bereits der Staatsanwaltschaft vorlag, nach einem Jahr zu kassieren. Offenbar war diese existenzielle Rettungsaktion kein leichtes Unterfangen gewesen, denn Weigel hob ausdrücklich den glücklichen Abschluss des Verfahrens hervor. Eine Last war von seinen Schultern gefallen.

Bald gingen offenbar die kriminalpolizeilichen Verhöre in vertrauensvolle Gespräche über. Fengler und Weigel kamen sich nahe genug, sich gegenseitig die eigene Distanz gegenüber den nationalsozialistischen Machthabern zu bestätigen. Es entstand ein freundschaftlicher Kontakt, in welchen auch die Ehefrauen einbezogen wurden. Der neuen Freundschaft zu Gustav Weigel, der mit seiner Ehefrau Elisabeth verschiedene jüdische Personen laufend mit Lebensmitteln versorgte, kam in den nächsten Jahren eine entscheidende Rolle zu. Die Weigels hatten keine Kinder, und die drei Fenglers, Ehefrau Anna, Tochter Irene und Familienvater Gotthold, wurden häufig in die damalige Wohnung der Weigels

in den Grethenweg eingeladen. Im Sommer traf man sich im Garten auf dem Sachsenhäuser Berg. Aber vor allem war es die Begeisterung für die Opernwelt, die Ehefrau Anna Fengler mit den Weigels verband. Gustav Weigel war mittlerweile vermögend, er gehörte zu den Mäzenen des Opernhauses, und über seinen Schwager, einen bekannten Sänger, tauchten die Weigels in die Welt der Oper ein. Anna Fengler war begeistert und freute sich über die geschenkten Opernkarten. „Der Gustav Weigel war so prominent in Frankfurt,“ schilderte Tochter Irene, „dem haben sie nichts anhaben können, der konnte auch mal was sagen, was dann ignoriert wurde. Weigel war sehr reich und war bestimmt eine zentrale Figur in vielem, was damals geschah,“ erinnerte sie sich.¹⁵ Daher erstaunt es wenig, dass Weigel nach 1945 als einer der Männer genannt wird, der bis zum Äußersten bereit war, am Sturz Hitlers mitzuwirken. Er gehörte zu den vierzig von Fries namentlich erwähnten Unterstützern der Frankfurter Widerstandgruppe.

Über diesen Kontakt hinaus erwies sich Weigels florierendes Wettbüro im Frankfurter Bahnhofsviertel als idealer Ort zum Austausch geheimer Nachrichten. Ein Ort, an dem im Minutentakt die Türen auf- und zugingen und der bald beim Informationsaustausch in den konspirativ-tätigen Jahren äußerst nützlich war. Bei regem Publikumsverkehr verschwand der Einzelne unter den Vielen, und für diejenigen Widerständler, die sich als freie Selbstständige mit einer Vertreter Tätigkeit durchschlagen mussten, war ein solches Wettbüro geradezu ideal. „Der Weigel war eine zentrale Figur,“ betonte noch einmal die Tochter Fenglers im Gespräch mit mir zu diesem Kontakt.

Es ist nicht bekannt, ob auch Fries in diese Männerfreundschaft einbezogen wurde. Tochter Irene erklärte, dass sie Fries zum ersten Mal persönlich kennenlernte, als sie 1958 für ihre Mutter zur Regelung einer Witwenpension bei ihm vorsprach und er ihr schriftlich bestätigte, dass er ihren Vater weit vor den Jahren der Machtübernahme kennengelernt hatte. Fries bemerkte dazu, dass er „Fengler sehr gut durch frühere gemeinsame polizeiliche Tätigkeit (kannte), und ich kannte insbesondere

auch seine politische Einstellung“. ¹⁶ Beide Kriminalbeamte hatten ihre berufliche Laufbahn bei der Schutzpolizei begonnen, wechselten 1930 bzw. 1931 zur Kriminalpolizei und wurden nach einem Jahr als Beamte übernommen: Fries wurde in die Abteilung I A bei der Politischen Polizei und Fengler im Betrugsdezernat und anschließend bei der Sitte eingesetzt.



Christian Fries
(Aufnahme Anfang dreißiger Jahre)
© Claudia Schmiderer/München



Gotthold Fengler
(Aufnahme Anfang dreißiger Jahre)
© Sammlung Petra Bonavita

Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten kreuzten sich beider Wege. Fries wurde seines Postens in dieser Abteilung enthoben. Er hatte 1932 gegen einen SA-Mann ermittelt, der im Roxy-Kino während der Film-Vorführung des Antikriegsfilms „Im Westen nichts Neues“ (nach einem Roman von Erich Maria Remarque) eine Bombe detonieren ließ. Zu den Verdächtigen gehörte ein SA-Mann namens Hofmann, den Fries im Haus der SA-Standarte in der Niedenu festnehmen konnte. Durch

solche Ermittlertätigkeit war Fries den Nationalsozialisten erst recht nach der Machtübernahme Ende Januar 1933 suspekt. Als mit dem Regimewechsel zu den Nationalsozialisten eine Säuberung im Polizeikörper einsetzte, beließ man es bei ihm allerdings bei einer Versetzung in das Dezernat für Betrug, Drogen, Falschgeld und Glückspiel. Eine Degradierung, mit der er offenbar leben konnte. An die Stelle von Fries und eine Reihe anderer als politisch-unzuverlässig erklärter Kollegen in der Staatsschutzabteilung I A traten als bis dato politisch unauffällige Beamte, unter anderem Fengler. In gewisser Weise tauschten die beiden Kriminalbeamten Fries und Fengler die Plätze.

Zu den entlassenen Beamten gehörte auch der Vorgesetzte von Fries, der Kriminalrat Ferdinand Mührdel, der am 30. Januar 1933 seines Postens enthoben wurde. Mit Fries waren es weitere drei Beamte der Politischen Polizei, die ihrer Aufgaben entzogen und „durch acht Beamte aus verschiedenen Abteilungen des Polizeipräsidioms ersetzt wurden. Ausschlaggebend für die Übernahme und Umgruppierung der Beamten war ihre fachliche Qualifikation und langjährige Erfahrung, auf die man nicht verzichten wollte oder konnte.“¹⁷ Der Kriminalbeamte Gotthold Fengler war einer dieser acht Beamten, der im Zuge dieser Neuordnung „abgestellt“ wurde. Im Laufe der nächsten Monate und Jahre wurde die alte Staatspolizeistelle in den Räumen des Polizeipräsidioms zu einem eigenen Zweig der inneren Verwaltung, und ihre Entwicklung ist schließlich „reichsweit gekennzeichnet durch die nahezu vollständige Herauslösung aus der Politischen Polizei ... und ihre administrative wie politische Unterstellung unter Himmler und seine SS.“¹⁸

Nach diesem Personalkarussell der kriminalpolizeilichen Zuständigkeiten verloren sich die beiden Beamten nicht aus den Augen. Auch wenn Fries nicht ermittelnd in die Anzeige gegen Gustav Weigel eingebunden gewesen sein mag, bekam er vermutlich Kenntnis über das gegen den Buchmacher laufende Verfahren, der mit seinem Wettbüro in die Zuständigkeiten seines Dezernats fiel. Nicht nur das gegenseitige Vertrauen unter den Kollegen Fries und Fengler wuchs in den nächsten Jahren,

auch ihre ns-widerständige Überzeugung führte im Frühjahr 1942 in die Ausarbeitung eines Rettungsplans für den stadtbekannten und hochgeschätzten Frankfurter Professor Karl Herxheimer und seiner Schicksalsgefährtin Henriette Rosenthal. Dass dieser Versuch am Ende scheiterte, kam überraschend.

Weigel war es gelungen, die beiden Beamten bei der Lebensrettung des ihm seit Jahren bekannten Professors einzubinden. Es war ein wagemutiges Unternehmen, das allen Beteiligten den Kopf hätte kosten können. Denn wer noch den Kontakt zu einem jüdischen Bürger aufrechterhielt, machte sich strafbar. Wer gar – zumal als Staatsdiener – eine Deportation zu vereiteln gedachte, kam vor den Volksgerichtshof, erhielt einen kurzen Prozess und die Todesstrafe.

Viele von Herxheimers Kollegen und Bekannten hatten zwar die zunehmende Bedrohung des jüdischen Professors beobachtet, aber wagten es nicht mehr einzugreifen. Es war ihnen auch in all den Jahren zuvor nicht gelungen, den alten Herrn davon zu überzeugen, rechtzeitig die Stadt zu verlassen. Eine detaillierte Schilderung dieser Fluchtvorbereitung folgt in einem weiteren Kapitel.

Sicherlich wusste Weigel, dass Fengler seit 1938 durch zahlreiche Hinweise „passiv“ vor Maßnahmen seiner Behörde, der Gestapo, gewarnt hatte, so auch vor den Auswirkungen der Pogromnacht 1938, und er ließ Fries Hinweise zukommen. Die von ihnen gewarnten jüdischen Männer sollten aus ihren Wohnungen verschwinden oder sich ruhig verhalten, aber sich nicht auf der Straße blicken lassen. 12.000 Männer wurden allein in Frankfurt verhaftet und in die Lager Dachau und Buchenwald verschleppt. Eine von Fenglers Warnungen in diesem Zusammenhang ging beispielsweise an Friedrich Scheuer, der 1946 aus New York bestätigte, dass Fengler ihn am 9. November 1938 gewarnt hatte. Während der Frankfurter Pogromtage wagte er sich nicht aus dem Haus und verhielt sich still.

Kurz nach dem Krieg konnten allerdings Beweise für Fengers Mitarbeit kaum vorgelegt werden. Eine Bestätigung von Seiten des Kollegen Fries, dass Fenger rechtzeitig die Deportationsankündigungen weitergegeben hatte, war die erwähnte schriftliche Bescheinigung gegenüber der Tochter Irene Fenger im Jahr 1958. Zusammen mit der Schilderung der Fluchtvorbereitung für Professor Herxheimer hätten beide Vorgänge entlastend sein können.

19/8

Christian Fries
Kriminaldirektor i.R.

Frankfurt am Main, 14. 8. 1958
Telegraphenamt 261
Telefon 441438

An
den Herrn Direktor
des Landespersonalamts Hessen
F r i e s
Frankfurt a. M. 2

14 Der Direktor
des Landespersonalamts
Hessen
Datum: 15. 8. 1958
Sachbearbeiter: 14

5/22

Betrifft: i.R. Kriminalobersekretär Gotthold F e n g e r.
Betreff: Ihr Schreiben i.R. Nr. 11/22 - P 2a25 e - vom 1.8.58

Sehr geehrter Herr Direktor !

Die in Ihrem vorerwähnten Schreiben angeführte Widerstandsgruppe ist hinsichtlich ihrer Tätigkeit in einer im Jahre 1946 erschienenen Broschüre "Die Tragödie des 20. Juli 1944" - ein Beitrag zur politischen Vorgeschichte - von Karl Henk, ~~Weste~~ Adolf Henrich Verlag, Heidelberg (Lizenz Nr. US-W 1015) erwähnt worden. Ich habe mich leider vergebens bemüht, noch eine solche Broschüre zu erhalten. Ich selbst bin nur noch im Besitze eines einzigen Exemplars und kann Ihnen deshalb nur mit der beigelegten Photokopie dienen, die ich von der Seite 49 habe anfertigen lassen.

Der verstorbene Gotthold F e n g e r hat mit mir u. a. m. zusammen gearbeitet. Ich kannte F. sehr gut durch frühere gemeinsame politische Tätigkeit und ich kannte insbesondere auch seine politische Einstellung. F. wurde nicht auf Grund freiwilliger Meldung, sondern von mir wegen von der Kriminalpolizei zur Staatspolizei abgerufen und später verurteilt. F. hat der Widerstandsgruppe insofern wertvolle Dienste erweisen, als er u. a. m. um die geplanten Selbstverletzungen so rechtzeitig meldete, dass wir einen Teil der Gefährdeten warnen konnten. Gut in Gedächtnis ist mir noch der Fall von Prof. Herxheimer und seiner Ehefrau Rosa Rosenthal, für die F. damals sogar die gefällten Hände sorgte. Ich kann also mit aller Bestimmtheit erklären, dass F. - obwohl er bei der Gestapo tätig war - mit der Widerstandsgruppe zusammen gearbeitet hat. So ist mir auch nie etwas Nachteiliges über seine dienstliche Tätigkeit zur Kenntnis gekommen. Er hatte immer den Ruf eines sehr ruhigen und korrekten Polizeibeamten.

Ich kann mich voll und ganz für einen Akt einsetzen, durch den die Tätigkeit und das einsandfreie Verhalten des F. richtig und entsprechend bewertet wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

Christian Fries

Wp. 4. 9. Sei 1/22 32.
R. 16.8.

Schreiben von Kriminaldirektor i.R. Christian Fries vom 14. August 1958 an das Landespersonalamt Hessen - Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 527

Als Kriminalbeamter im besetzten Frankreich

Knapp ein Jahr nach Kriegsbeginn erfolgte am 17. Juli 1940 für Fries und zwei weitere Beamte die Abkommandierung nach Thionville in Lothringen, unter deutscher Besatzung als Dienenhofen geführt. Es ist ein kleines Städtchen, das aufgrund seiner geographischen Lage ein Spielball im politischen Kräfteressen des ausgehenden 19. Jahrhunderts war. Thionville spielt in mehrfacher Hinsicht eine besondere Rolle.

Beim Einsatz von Christian Fries in Thionville nahm niemand wahr, dass dessen dienstlicher Auftrag und seine außerdienstlichen Kontakte nicht gegensätzlicher sein konnten. Als es um Fries' Entnazifizierung ging, stach den amerikanischen Geheimdienstmitarbeitern hauptsächlich seine Uniform ins Auge und sein damit verbundener dienstlicher Rang, der ihn verdächtig mit den Insignien der SS verband. Statt im Sommer 1945 über seine Aktivitäten aufzuklären, führte schließlich die verdächtige Uniform zu seiner Verhaftung. Da Fries damals bei seinen schriftlichen Aussagen widersprüchliche Angaben machte und wichtige Informationen zu dieser Episode vom CIC-Geheimdienst gegen ihn sprachen, vergingen zwei Jahre, bis er, wieder in Freiheit, alle ihn entlastenden Aussagen zusammengetragen hatte.

In den ersten Monaten der US-Besatzungszeit konzentrierte sich der Blick der CIC-Mitarbeiter auf alle Unterstützer des NS-Regimes, die als Mitglieder der NSDAP, der SA oder SS angehörten und höhere Dienstgrade im politischen System bekleideten oder, wie im Falle von Fries, durch das Tragen einer Uniform den Träger als NS-Angehörigen erkennen ließ. Diesen Personenkreis galt es näher zu durchleuchten. Aber wer von den Geheimdienst-Mitarbeitern konnte sich schon in den ersten Tagen und Monaten nach Kriegsende mit den Details von Abzeichen, Einkleidungen und Sonderuniformen vertraut machen?

Fries selbst stiftete mit den Angaben zu seinem Einsatz im besetzten Frankreich reichlich Verwirrung. In den Ohren der ermittelnden ame-

rikanischen Offiziere hörte sich dieser Einsatz nicht als eine dienstliche Abordnung eines Kriminalbeamten an. Für sie galt, dass wer zur Sicherheitspolizei „abkommandiert“ war, der war Mitglied der SS, zumal er selbst angab, die Uniform eines SS-Untersturmführer getragen zu haben, wenn auch nur vorübergehend. Erst viel später in seinem Spruchkammer-Verfahren 1947 kam diese verdächtige Uniform noch einmal zur Sprache, denn ein Anlass für seine Verhaftung war dieser Auslandseinsatz und das Tragen einer SS-Uniform. Ein zweiter Grund für die amerikanischen Offiziere war seine Verwendung für den Polizeikollegen Alfred Meckel, der ebenfalls verdächtigt wurde, ein Mitglied der SS gewesen zu sein. Mit diesen beiden Bezugspunkten zur SS schloss sich der Kreis der Ungereimtheiten und Verdächtigungen, die schließlich zu seiner Verhaftung am 28. August 1945 führten. Als Ermittlungsergebnis schrieb der CIC-Agent am 30. August: „SS-Untersturmführer and Kriminalsekretär with Einsatzkommando der Sicherheitspolizei and des SD II/2 Diedenhofen, France, 1940-1. ATTENTION FRENCH AUTHORITIES“. ¹⁹

Dieser Einsatz in Thionville gibt bis heute Anlass, an einer durchgängig ns-gegnerischen Einstellung von Fries zu zweifeln, denn letztendlich ließ sich seine dienstliche Abordnung zur Sicherheitspolizei im besetzten Frankreich nicht von der Hand weisen und deutete auf SS-Mitgliedschaft hin. Erst nach seiner Entlassung aus dem Internierungslager gelang es ihm nachzuweisen, wie seine Hilfeleistungen für mehrere verfolgte Familien während seines Einsatzes im besetzten Thionville aussahen. Vor allem an die Familie Link-Sartor in der „rue de la Poste 6“ in Thionville solle man sich wenden, sie besitze alle Anschriften, vermerkte er dazu. Diese Adresse ist ein wichtiges Detail, denn unter der gleichen Anschrift ist er selbst während seines Aufenthalts in Thionville gemeldet. Er wohnte Poststraße 6. In diesem Haus wurden Namen und Nachrichten ausgetauscht, funktionierte die Übergabe von Botschaften, die mehrere Menschen rechtzeitig vor einer Ausweisung bewahrten. ²⁰

Stichhaltige Beweise von offizieller Seite, dem französischen Innenministerium, zu seiner tadellosen Haltung und seiner Distanz zum NS-

Regime konnte er erst nach seiner Entlassung anfordern. In den privaten Zeugnissen erinnerte man sich mit großer Dankbarkeit an seinen Einsatz. In den Archiv-Unterlagen aus den National Archives in Washington findet sich außerdem ein Dokument, das die anti-nazistisch eingestellte Christel Pallas entlastet. Darin beschrieb Fries beider Zusammenarbeit, um die von der Sicherheitspolizei und dem SD bedrohten Lothringer vor Ausweisungen und Verhaftungen zu bewahren. Dank ihrer Zuarbeit war es ihm gelungen, mehrmals eine Gefahrenlage abzuwenden.

Die siebenunddreißigjährige Christel Pallas war die Ehefrau von Wilhelm Pallas, der als SS-Sturmabführer der Sicherheitspolizei unter einem gewissen Teichmann zu der Zeit in Thionville/Diedenhofen eingesetzt war. Sie war aus Frankfurt ihrem Ehemann für die Zeit seiner Abordnung gefolgt. In mehreren vertraulichen Gesprächen zwischen Christel Pallas und Christian Fries hatte man sich der gegnerischen Haltung zum Nationalsozialismus versichert. Bald ging Christel Pallas auf den Vorschlag von Fries ein, die Gespräche ihres Ehemannes mit seinen Kollegen zu belauschen. Als Christel Pallas 1945 eine Bescheinigung ihrer anti-nationalsozialistischen Haltung zu ihrer eigenen politischen Entlastung benötigte, bestätigte ihr Fries am 25. Mai 1945: „In der Hauptsache handelte es sich seinerzeit darum, rechtzeitig die Ausweisungstermine und die Namen der evtl. zur Ausweisung vorgesehenen Familien zu erfahren. ... Durch ihr geschicktes Be- und Ausfragen ihres Ehemannes war es mir möglich, viele Familien rechtzeitig zu warnen, damit diese sich während der Ausweisungstage versteckt halten konnten. Dadurch blieb vielen Familien großes Elend erspart. Eine Anzahl dieser Personen im Kreise Diedenhofen wird uns dies heute noch gerne bestätigen“.²⁷

Christel Pallas wohnte nach ihrer Rückkehr aus Thionville mit ihrem Mann im Frankfurter Westend. Eine Nachbarin schilderte, dass sie „in keiner guten Ehe“ lebte. Die Trunkenheit ihres Mannes nahm brutale Züge an. Sie schlief im Keller oder flüchtete zur Nachbarin, um sich vor weiteren Schlägen des alkoholisierten Ehemannes zu bewahren. Ihr erster Befreiungsschlag am Kriegsende war die Scheidung. Der Kontakt

zu Fries nach beider Rückkehr aus Thionville riss auch in Frankfurt nicht ab. 1944 rettete sie ihm das Leben, denn ohne ihre Hilfe wäre er in die Hände der Gestapo gefallen. Dazu später mehr.

Mit den Entlastungsbriefen von Familien aus Thionville gelang es Fries, seine Abordnung nach Thionville von allen Verdächtigungen zu reinigen. Mit anrührenden Dankesworten antwortete ihm Julia Pax: „Entsinnen Sie sich noch, wie ich damals zu Ihnen gelaufen kam, wie die Familie Denz in Metz schon gewesen ist mit Sack und Pack ausgewiesen und Sie haben sofort in meiner Gegenwart telefoniert und abends sind die Ausgewiesenen wieder da gewesen. Der einzige Trost aller Lothringer sind Sie gewesen. Auch weiss ich noch genau, dass Sie die Mutter von Frau Eicher, eine Innerfranzösin, mit allen Mitteln hierbehalten haben. Wie oft habe ich hinter meinem Büffet zugehört, wie die Bonzen von der Kreisleitung auf Sie losklopfen – und ich weiss auch genau, dass Sie damals von der Kreisleitung aus weggedrückt wurden von Diedenhofen, weil Sie alles, was in Ihren Kräften stand, für uns Lothringer taten. ... und wir haben alle den Wunsch, persönlich einmal zu danken für alles Gute – denn uns haben Sie, lieber Herr Fries – ja dreimal gestrichen von der Ausweisungsliste und haben dafür gesorgt, dass ich meine Möbel holen konnte, die evakuiert gewesen sind – nachdem ich überall abgewiesen wurde. Nehmen Sie bitte nochmals den Dank meiner ganzen Familie entgegen und seien Sie herztl. gegrüsst mit Ihrer Familie.

Ihre Julia Pax, née Duro, Thionville.“²²

Ein weiterer Brief aus Thionville berichtet von der Angst, vertrieben oder in ein Konzentrationslager abgeschoben zu werden: „Meine Tante, für die Sie die notwendigen Schritte taten, dass sie in ihrer Wohnung bleiben konnte, ist vor 10 Monaten im Alter von 90 Jahren gestorben. ... Wir werden niemals vergessen, dass wir es Ihnen verdanken, wenn wir alle sechs unserem Vaterland Frankreich zurückgegeben wurden, wo wir blieben bis zu dem Tage, da unser kleines Vaterland Lothringen befreit war. gez. G. Paly (Unterschrift unleserlich) Meine Empfehlungen an Frau und Frl. Fries“.²³

Endlich wurden 1947 auch die französischen Behörden angefragt und um Auskunft zu seinem Einsatz in Thionville gebeten. Im Auftrag des französischen Innenministeriums befragte der Polizeinspektor von Thionville die Bewohner und bat darum, sich an den Einsatz von Fries zu erinnern. Er antwortete schließlich auf die Anfrage:

„Während seines Aufenthaltes in Thionville hat sich dieser deutsche Polizist nicht mit Übergriffen gegen die Einwohner beschäftigt. Mehrfach setzte er sich sogar zugunsten der zur Vertreibung befohlenen lothringischen Bevölkerung ein und leistete den Bewohnern von Thionville und Umgebung zahlreiche Dienste.

1941 erklärte er gegenüber bestimmten Leuten offen, dass der Krieg für die Deutschen verloren sei, und riet ihnen, sich keiner Nazi-Formation anzuschließen. Er wurde im September 1943 (richtig: November 1941, P.B.) nach Frankfurt versetzt, wir wissen nicht aus welchem Grund, aber es wird behauptet, dass seine Chefs ihn für zu gut für die Bevölkerung hielten.

Zusammenfassend konnten in Thionville keine schwerwiegenden Tatsachen gegen FRIES festgestellt werden, über die die Einwohner recht gut Auskunft geben.

Innenministerium, französischer Staat, L'Inspecteur de Police, 11. März 1947 Thionville“. ²⁴

Nach seiner Rückkehr aus Thionville Mitte November 1941 nahm Fries an den konspirativen Treffen im „Hotel-Restaurant Zimmermann“ wieder teil. Kurz vor seiner Rückkehr hatte ein zweiter Deportationsbefehl Tausende jüdische Frankfurter aufgefordert, sich für eine sogenannte Evakuierung bereitzuhalten. Mit wenig Handgepäck wurden sie durch die Straßen zur Großmarkthalle getrieben, in gedrängt volle Eisenbahnwaggons verfrachtet und „gen Osten“ abgeschoben. In der Sprache des Dritten Reichs wurden die Deportierten als „evakuiert“ mit Datum und dem Vermerk „Stapo“ in den Einwohnermeldeunterlagen gelöscht. Für kurze Zeit ausgesetzt folgte ab Mai 1942 eine Deportationswelle auf die nächste. Es begann die verzweifelte Suche nach Schlupflöchern zum Un-

tertauchen und Überleben. Die Chancen waren gering, nachdem seit dem 23. Oktober 1941 ein Auswanderungsverbot jeden Grenzübertritt in ein Nachbarland untersagte und bereits vorliegende Visa nicht mehr für eine Ausreise wahrgenommen werden durften. Mit „der Flucht in den Tod“ zeugen viele Grabsteine auf dem Jüdischen Friedhof von der letzten „freien“ – auch wenn in Wahrheit erzwungenen - Entscheidung, sich dieser Verschleppung zu entziehen. Unzählige Fluchtpläne scheiterten und geplante Verstecke konnten nicht rechtzeitig aufgesucht werden. Die Flucht des in Frankfurt hoch geschätzten Professor Herxheimer steht beispielhaft dafür, wie selbst sorgfältige Pläne und organisatorische Vorbereitungen noch kurz vor Schluss an einer Kleinigkeit scheitern können.

Fluchtvorbereitung für Karl Herxheimer

Gustav Weigel arrangierte eine erste Begegnung zwischen Christian Fries und dem emeritierten Professor der Dermatologie Karl Herxheimer im Frühsommer 1942 in der Gartenwirtschaft an der Oberschweinstiege im Frankfurter Stadtwald.²⁵ Ein beliebtes, gut besuchtes Ausflugsziel schien nicht sehr geeignet für ein geheimes Treffen, um Fluchtvorbereitungen für den jüdischen Professor zu besprechen. Im Nachhinein war das Gasthaus ein durchaus idealer Treffpunkt, denn der Gastwirt Josef Scheuer führte seit 1937 die Gartenwirtschaft, nachdem er vom kommissarischen Bürgermeister in Friedrichshafen gezwungen wurde, seine Stellung nach zehnjähriger Tätigkeit als Küchenmeister vom „Kurgarten-Hotel“ wegen seiner antifaschistischen Einstellung aufzugeben. Das erklärt allerdings noch nicht seinen Kontakt zu den widerständigen Kriminalbeamten. In seinem Meldebogen zur Entnazifizierung gab er jedoch an, dass er seit 1940 Mitglied in der „Deutschen Jägerschaft“ war. Hier schließt sich der Kreis zu Jagdfreund Gotthold Fengler, der seinem Kollegen Fries wohl den Gastwirt Scheuer als vertrauenswürdig empfohlen hatte. Deshalb hat Fries den Gastwirt auch nach Kriegsende als einen der vierzig widerstandsbereiten Unterstützer aufgeführt.²⁶

Jetzt im Frühsommer hatten Freunde des jüdischen Professors Dr. Karl Herxheimer den achtzigjährigen alten Herrn endlich dazu überredet, in die Schweiz zu fliehen. Seit im Mai 1942 ein Deportationszug nach dem anderen den Frankfurter Ostbahnhof verließ, war es nur eine Frage der Zeit, wann die Aufforderung, sich zum Abtransport bereitzustellen den Professor und die bei ihm wohnende neunundsechzigjährige Schicksalsgefährtin Henriette Rosenthal erreichen würde. Nach dem Tod von Herxheimers Ehefrau Olga 1928 lebte die ebenfalls verwitwete Frau Rosenthal in Herxheimers Wohnung in der Friedrichstraße und führte seinen Haushalt.²⁷

Haushaltsführung ist eine euphemistische Umschreibung für die beschränkte – vollkommen unzulängliche – Versorgung für jüdische Fami-

lien in den dreißiger/vierziger Jahren in Hitlers Reich. Zu „führen“ gab es nichts. Jüdische Haushalte erhielten erst gegen Ende des Winters ihre Kohlenlieferung – wenn die „arischen“ Haushalte versorgt waren -, Lebensmittel mussten zu bestimmten Zeiten in eigens dafür vorgesehen Läden gekauft werden, sie waren stark rationiert und oft nicht ausreichend vorhanden. Zu kaufen gab es dementsprechend wenig bis nichts. Freunde des Professors, wie die Ehefrau von Max L. Cahn, Tilly Cahn, schleppten Taschen voller Kartoffeln und Gemüse in Herxheimers Wohnung, und einige andere Frankfurter taten es ihr gleich. Auch Gustav Weigel gehörte zu „den Versorgern“ des Professors, der sich angesichts der zugespitzten Entwicklung sehr um sein Leben sorgte. Auch andere jüdische Freunde bewahrte Weigel seit vielen Jahren vor dem Verhungern, wie das Ehepaar Sinzheimer mit zwei Töchtern in der Kronprinzenstraße; der Ehefrau von Prof. Dr. Karl Ludloff überbrachte er gefüllte Taschen und auch sein Dentist Christian Schweiker konnte dank seiner Hilfsbereitschaft ein wenig besser leben. Weigel als einer der engsten Freunde von Herxheimer holte ihn in aller Herrgottsfrühe zu einem morgendlichen Spaziergang ab und ließ sich auch dann nicht davon abbringen, als der Professor seit dem 19. September 1941 den gelben Stern sichtbar in Höhe der Brust am Mantel tragen musste.

Im Unterschied zu anderen jüdischen Haushalten war der gemeinsame Haushalt von Herxheimer und Rosenthal reichlich mit Lebensmitteln bestückt, wie später durch die Großnichte Herxheimers, Lene Ullmann, bekannt wurde. Und genau diese „Reichlichkeit“ wurde am Ende aller Fluchtvorbereitungen zum Fallstrick einer kurz vor dem Abschluss stehenden Rettung.

Viele Bekannte und ehemalige Kollegen des Professors verfolgten bangen Blicks, wie sich die Lage bedrohlich zuspitzte. Es gab einige seiner Assistenten und Patienten, die sich nicht einschüchtern ließen und ihn auf sehr verschlungenen Umwegen noch besuchten. Der Professor konnte die fürsorgliche Betreuung jedoch nicht erwidern. Er durfte keine Gegenbesuche abstatten, nicht die von ihm mitgegründete Frankfurter Uni-

versität betreten, nicht die Straßenbahn benutzen und war ausgegrenzt aus dem Mitarbeiterkreis seines Instituts, dem Institut für Haut- und Geschlechtskrankheiten der Frankfurter Universität. Dennoch sollen sich in einem Rosengärtchen hinter dem Institutsgebäude auf dem Universitätscampus noch unerschrockene Kollegen und Studenten mit ihm getroffen haben.

Prof. Karl Herxheimer war ein unter Medizinerkollegen anerkannter und bei den Frankfurter Bürgern beliebter Mediziner. Unermüdlich hatte er in jahrelanger Praxis versucht, die Volksseuche Syphilis zu bekämpfen. Auf alle angewandten Therapien folgten Nebenwirkungen. Damit ist eine Reaktion des Körpers auf die medikamentöse Therapie gemeint, die durch den Zerfall einer großen Menge von Bakterien entsteht und eine häufige Todesursache war. Erst Jahre später stellten sich therapeutische Erfolge ein, als Herxheimer bei der Behandlung der Syphilis das von dem Frankfurter Nobelpreisträger Paul Ehrlich entwickelte Salvarsan bei den Erkrankten anwandte.²⁸ Die Erprobung des Salvarsans hatte in Frankfurt einen kurzen Weg, vom Georg-Speyer-Haus, dem chemotherapeutischen Forschungsinstitut Paul Ehrlichs zum Dermatologischen Institut der Universitätsklinik von Karl Herxheimer.²⁹

Die Beliebtheit des Professors bei seinen Patienten und Schülern ist in drei Beiträgen der Zeitschrift „Der Hautarzt“ überliefert, in denen sich Erinnerndes und Würdigendes abwechseln. An seinem 100. Geburtstag im Jahre 1961 wurde ausführlich „in memoriam“ über seinen Werdegang berichtet. In diesem Beitrag wurde er als der Inbegriff eines Frankfurters mit Leib und Seele beschrieben, liebevoll als „väterlicher Freund“ verehrt und seiner ehrenvoll gedacht: seine berufliche Laufbahn von der Ernennung zum königlich-preußischen Geheimen Medizinalrat zum Mitbegründer der Universität Frankfurt bis zum Direktor der Städtischen bzw. Universitätsklinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten wurde nachgezeichnet. Jeder hatte ihn gekannt. Selbst der Schaffner auf der Trambahn begrüßte ihn noch bis zuletzt: „Ei, des is recht, Herr Geheimrat, des Sie

bei uns bleiwe. Ihne bassiert nix, jed' Kind kennt Ihne, unn Sie hawwe unsrer Stadt nur Gudes gedahn. Sie derfe net fortgehn.“³⁰



Bildnis von Professor Herxheimer der Malerin Otilie W. Roederstein aus dem Jahr 1911
© Sammlung Städelmuseum Frankfurt am Main

Vor diesem Hintergrund kehrte Prof. Herxheimer 1936 aus seinem Haus in Gunten am Thuner See in der Schweiz nach Frankfurt zurück. Prof. Oscar Gans schrieb über den väterlichen Freund, dass viele Freunde „verschiedene Versuche gemacht (hätten, P.B.), ihn zur Auswanderung in die Schweiz zu bewegen. Er jedoch hielt standhaft und treu an seiner

Heimat fest. Solange er in Frankfurt war, ist er – wie so viele andere – von edel gesinnten und mutigen Menschen immer wieder mit Lebensmitteln versorgt worden, so dass er in dieser Hinsicht keine Not litt.“³¹

Im Sommer 1942 waren nach Aussagen von Weigel an den Fluchtplänen beteiligt: Gertrud Roesler-Ehrhardt, Tochter von Professor Ferdinand Blum, dem ehemaligen Kollegen von Herxheimer an der Universitätsklinik Frankfurt und der Gestapo-Beamte Gotthold Fengler. Gertrud Ehrhardt, besser bekannt unter ihrem Doppelnamen Roesler-Ehrhardt, lebte im Frankfurter Westend in der Arndtstraße 51, in einer Stadtvilla im Familienbesitz. Sie verhalf seit Mitte der dreißiger Jahre Menschen zur Emigration.³² Ihr Vater, Professor Ferdinand Blum, war rechtzeitig mit Frau, Tochter und mehreren Enkelkindern in die Schweiz emigriert.

Weigel schilderte 1946 den Einstieg in den Fluchtplan: Fengler sollte Herxheimer und Rosenthal zum Schein verhaften und im Kraftwagen abführen. „Der Transport wäre durch den Gestapo-Dienstausweis gedeckt gewesen.“ Anschließend Fahrt zur Schweizer Grenze, wo auf der anderen Seite Professor Blum den ehemaligen Kollegen empfangen würde.³³

Auch Christian Fries schilderte 1947 ausführlich, wie es zu den Vorbereitungen kam, den Professor und seine Hausdame zu retten. Es sei dieser eine Vorfall, den er unbedingt unter all der Hilfe für verfolgte Menschen herausheben möchte und schrieb: „Im Frühjahr 1942 lernte ich den allseits hoch verehrten Geheimrat Prof. Dr. Karl Herxheimer, wh. Friedrichstrasse, kennen. Er wurde mir seinerzeit von Herrn Gustav Weigel, wh. Ffm. Textorstr. 17, auf der Oberschweinstiege vorgestellt. Weigel, von dem ich wusste, dass er verschiedene jüdische Personen laufend mit Lebensmitteln versorgte, war auch jahrelang der Betreuer des Geheimrats Herxheimer. Verabredungsgemäß traf ich dann noch drei oder vier Mal an der gleichen Stelle und in Gesellschaft des Herrn Weigel mit Herxheimer zusammen. Damals war beabsichtigt, Geheimrat Herxheimer und seine Hausdame, Frau Rosenthal, nach der Schweiz zu verbringen. Die Vorbereitungen, an denen neben Weigel der Stapobeamte Gottlieb Feng-

ler (richtig: Gotthold, P.B.) und Prof. Blum beteiligt waren, sind seinerzeit beinahe abgeschlossen gewesen. Ich selbst entnahm und vernichtete damals die in der Fahndungskartei der Kriminalpolizei von der Gestapo eingelegt gewesenen Steckkarten (Pass-Sperre für Juden) von Geheimrat Herxheimer und Frau Rosenthal. Gefälschte Pässe waren angefertigt. Prof. Blum befand sich bereits in der Schweiz und sollte Herxheimer mit einem Auto an der Grenze abholen, wohin er von dem Stapobeamten Fengler gebracht werden sollte. Leider scheiterte der Plan sozusagen in letzter Minute durch eine Ungeschicklichkeit der Frau Rosenthal.

Zeugen: Gustav Weigel, wohnhaft Frankfurt/M., Textorstr. 17, Frau Roesler-Ehrhardt, Tochter des Prof. Blum, wohnhaft Frankfurt/M., Arndtstr. 51, Gotthold Fengler, ehemaliger Stapobeamter, z.Zt. in einem mir nicht bekannten Lager.“³⁴

Zu dieser gescheiterten Rettung ergänzte Christian Fries Jahre später, dass es Fengler gewesen war, der die gefälschten Pässe besorgte. Den Wagen erhielt Fengler von dem Kraftfahrzeugmeister Karl Wagner, einem seiner Bekannten und späteren Zeugen.

Kurz vor dem geplanten Fluchttermin packte Henriette Rosenthal als gute Hausfrau einen Teil der von Weigel besorgten Lebensmittel zusammen. Sie adressierte das Päckchen an ihren in Berlin lebenden Bruder. Nachdem das Päckchen „abgefangen“ worden war, wurde Frau Rosenthal verhaftet und damit war das gesamte Fluchtvorhaben gescheitert. Weigel befürchtete in den darauffolgenden Tagen seine eigene Verhaftung, aber Frau Rosenthal hatte die Quelle der Lebensmittel nicht verraten.

Cläre von Mettenheim, die unweit von Prof. Herxheimer wohnte, verfolgte das Schicksal der beiden alten Menschen. Seit Juden keine Zeitung mehr beziehen durften, warf ihr nicht-jüdischer Ehemann Heinrich nahezu täglich die „Frankfurter Zeitung“ in Herxheimers Briefkasten. Prof. Heinrich von Mettenheim war ein gleichaltriger Medizinerkollege von der Frankfurter Universität. Aus ihren Eintragungen in ihr Tagebuch und den Erinnerungen ihrer Tochter Amelis erfahren die Leser von Henriette Rosenthals sogenannter Ungeschicklichkeit. Cläre von Mettenheim ver-

merkte den Vorfall in ihrem Tagebuch und berichtete von der fabelhaften Haltung der Frau Rosenthal: „’Man muss das eigene Schicksal nicht zu wichtig nehmen’, sagte sie. Helfen? Nur Packpapier, sie wolle den halb- arischen Enkeln etwas schicken. Und das wird ihr schlecht bekommen: Sie wird von Nachbarn denunziert, dass ein Arier ein Paket weggebracht habe! Die Gestapo macht stundenlang Haussuchung und Frau Rosenthal kommt ins Gefängnis. Zum Zeitpunkt des Transports nach Theresien- stadt wird sie entlassen, um vorher die Übereignung ihres Besitzes an den Staat zu bestätigen. Cläres Kommentar: „Man kann verzweifeln über solche Sachen’ “. ³⁵

Diese ihr zu Ohren gekommene Ungeschicklichkeit wird 1945 durch eine weitere Aussage der Großnichte von Herxheimer, Lene Ullmann aus Oberursel, ergänzt: „Als Großnichte von Geheimrat Prof. Dr. Karl Herxheimer, dem ich in den letzten 8 Tagen seines Hierseins noch den Haushalt geführt habe, weiss ich aus dessen eigenem Munde und auch aus eigener Erfahrung, wie nahe Sie (Gustav Weigel) ihm als Freund verbunden gewesen sind, er, der zuletzt nur noch mit grosser Hochachtung von Ihrer Unerschrockenheit sprach. Sie waren es ja auch, der ihn in der letzten Zeit so reichlich mit Nahrungsmitteln versehen, dass der Haus- halt besser versorgt war, als irgendein sogenannter „arischer“ Haushalt. Mit ihrer Hilfe wäre es ja auch beinahe gelungen, dass der von uns al- len so Verehrte über die schweizer Grenze hätte flüchten können, da Sie alle Papiere vorbereitet und die in Betracht kommenden Leute bearbeitet hatten – wenn der Plan nicht noch in letzter Minute durch die Unge- schicklichkeit seiner Hausdame vereitelt worden wäre.

Es ist mir leider auch bekannt, dass gerade Herr Geheimrat H. Sie aus reinen Utilitätsgründen dazu aufgefordert hat, der Partei beizutreten, zumal damals, als Sie sich durch Ihre allzu offene Äusserung über Hitler schwer gefährdet sahen, und bereits angezeigt waren. Damals hätte Sie wohl kaum ein anderer Schritt vor dem Kz. und Schlimmerem gerettet. Gerade Ihre Parteizugehörigkeit setzte Sie ja in den Stand, viel ungehin- derter für Ihre Freunde einzutreten“. ³⁶

In einem ersten Beitrag in der medizinischen Fachzeitschrift „Der Hautarzt“ 1953 wird ebenfalls auf die misslungene Rettung Herxheimers in die Schweiz eingegangen. „So wurden von ihm in der schweren Krisenzeit 1941 alle Vorschläge für eine Flucht in die Schweiz, die von einigen Freunden und einem hohen SA-Führer organisiert war, mit den philosophischen Worten abgelehnt, dass er sein Schicksal bis zur Neige tragen wolle.“³⁷ Bis zum Deportationstermin verließen ihn seine Freunde nicht, „es waren ihrer viele, denen er vertrauen durfte, aber es waren ihrer nicht genug, und im entscheidenden Augenblick waren sie ohnmächtig und ohne Einfluss.“³⁸ Mit Würde hatte er den gelben Judenstern getragen, mit Würde hatte man ihn nicht behandelt. Ein Freund verfolgte seinen Abtransport und beobachtete, „wie ein roher SS-Mann der Opernsängerin Magda Spiegel einen Tritt versetzte, so dass sie hingestürzt sei und im Fallen Herxheimer mitgerissen habe.“³⁹ Vor dieser geplanten Flucht übergab er sein von der Malerin Otilie Roederstein angefertigtes Porträt der Violinistin Mina Rode. Seine kostbare Bibliothek hatte er rechtzeitig seinen Freunden übergeben. Den Kollegen Prof. Friedrich Schmidt-La Baume in Mannheim und Erich Hoffmann in Bonn übergab er sein Archiv für Dermatologie. Nach dem Krieg konnte die wertvolle Sammlung dem amtierenden Direktor der Universitätshautklinik, Prof. Oscar Gans, wieder zur Verfügung gestellt werden.

Ein letzter Höhepunkt seines Lebens war der 26. Juni 1941, an dem Herxheimers achtzigster Geburtstag gefeiert wurde. In einem Dankschreiben, das Henriette Rosenthal an die Ehefrau eines ehemaligen Schülers, Professor Edmund Hofmann in Kassel richtete, schrieb sie am 7. Juli 1941: „Der 80. Geburtstag von Prof. H. ist sehr schön und für ihn sehr freudvoll verlaufen; (...) Unsere Wohnung gleicht einem Blumengarten, fast wie beim 70sten, und zahllose Briefe, Depeschen und last not least schöne Bücher deckten den Tisch“.⁴⁰

Nur ein Jahr später gibt es eine letzte erhaltene Notiz von Henriette Rosenthal, nachdem sie aus dem Gefängnis entlassen und zum Packen der Habseligkeiten noch einmal in die Wohnung zurückkehren durfte.

Sie schrieb an die Krankenschwester Margot Knittel auf einer Postkarte am 28.8.42: „Meine liebe gute Schwester Margot! Dies ist zu unserem großen Schmerz ein Abschiedsbrief. Am Donnerstag müssen wir Frankfurt verlassen und nach Theresienstadt in Böhmen übersiedeln. Ein Besonderer Weg. Haben Sie Dank für Ihre uns in all den Jahren bewiesene Treue und Freundschaft, die uns sehr wohlgetan hat. Bleiben Sie gesund, so daß sie noch Jahre des Friedens und der Ruhe genießen können. Behalten Sie uns in gutem Andenken sowie wir Ihnen die Treue bewahren werden.

Mit herzlichsten Grüßen immer Ihre H.R.

Liebe Schwester Margot! Beim Abschied sende ich Ihnen herzlichen Dank für all Ihre Liebe und Güte. Leben Sie wohl. Ihr alter K.H.“



Der 80jährige Prof. Dr. Karl Herxheimer (Aufnahme 1941)
© Deutsche Nationalbibliothek Frankfurt am Main aus der Zeitschrift „Der Hautarzt“

Frei 28. 8. 42
Meine liebe gute Schwester Margot!
Dies ist zu unserem großen Schmerz ein
Abschiedsbrief. Am Donnerstag müssen wir
Frankfurt verlassen und nach Theresienstadt in
Böhmen übersiedeln. Ein besonderer Weg. Haben
Sie Dank für Ihre uns in all den Jahren bewiesene
Treue und Freundschaft, die uns sehr wohlgetan
hat. Bleiben Sie gesund, so daß Sie noch Jahre
des Friedens und der Ruhe genießen können.
Behalten Sie uns in gutem Andenken sowie wir
Ihnen die Treue bewahren werden.
Mit herzlichsten Grüßen immer Ihre
H. R.
Liebe Schwester Margot! Beim Abschied
sende ich Ihnen herzlichen Dank für all Ihre
Liebe und Güte. Leben Sie wohl. Ihr alter K.H.

Postkarte, geschrieben von Frau Rosenthal und Karl Herxheimer an Margot Knittel kurz vor der Deportation am 1. September 1942 © Deutsche Nationalbibliothek Frankfurt am Main aus der Zeitschrift „Der Hautarzt“

Prof. Karl Herxheimer und Henriette Rosenthal wurden am 1. September 1942 aus dem Ghettohaus in der Westendstraße 92 in das Konzentrationslager Theresienstadt deportiert. Als Todesursache gibt der Lagerarzt an, Herxheimer sei an einer Angina Pectoris am 6. Dezember 1942 gestorben und Henriette Rosenthal am 10. Dezember 1942 an Pneumonia. Sie wurden ermordet.⁴¹

Zahlreiche Nachrufe und Würdigungen über seine wissenschaftlichen Leistungen und an seine Tätigkeit am Dermatologischen Institut der Universitätsklinik erinnern an sein Wirken in Frankfurt am Main. Mehrere Jahrzehnte lang war die Hilfe durch Weigel, Fries und Fengler nicht



Gedenkfeier im Jahr 1961 in der Universitätsklinik Frankfurt anlässlich des
100. Geburtstages von Professor Karl Herxheimer
© Deutsche Nationalbibliothek Frankfurt am Main aus der Zeitschrift „Der Hautarzt“

bekannt, denn weder Gustav Weigel als der persönliche Freund von Prof. Herxheimer noch die beiden Kriminalbeamten sprachen darüber. Weigel starb am 18. November 1948, Fengler am 27. März 1947 und Fries am 23. August 1959. Erst in der vor zwanzig Jahren wiederentdeckten Rechtfertigungsschrift hatte Fries auf den gescheiterten Rettungsversuch hingewiesen.

Doch über ein Scheitern spricht man nicht gerne, und es muss die Retter geschmerzt haben, dass drei Wochen nach Herxheimer und Rosenthal auch das Ehepaar Sinsheimer mit seinen zwei kleinen Töchtern mit dem letzten großen Transport am 24. September 1942 nach Riga „verschubt“ wurde. Nach jahrlanger Hilfe erfuhr Gustav Weigel, dass sie „leider auch von den Nazis abgeholt wurden“. Als er diese Zeile schrieb, wusste er nichts über den Ausgang ihrer „Evakuierung“, ahnte wohl das Schlimmste. Dank umfangreicher Recherchen in den letzten Jahrzehnten weiss man heute, dass die Fahrt nach Nordosten ging - nach Riga. Man brachte Frauen und Kinder in Bussen an eine Düne nach Raasiku, und dort wurden sie vor einem großen Graben erschossen.

Rettung und Hilfe für jüdische Frankfurter

Auf zwei Seiten listete Fries die von ihm unterstützten und betreuten Personen jüdischer Herkunft auf. Sie sind Teil von mehreren Anlagen, die in seiner dem Wiesbadener Widerstandsforscher Axel Ulrich vorliegenden Rechtfertigungsschrift fehlten. Fries hatte nach Kriegsende vergeblich versucht, ihre Anschriften zu ermitteln. Es war damals ein aussichtsloses Unterfangen, nach Fliegenangriffen und erzwungenen Wohnungswechseln die Wege und Fluchten der Verfolgten in Erfahrung zu bringen. Trotzdem nannte er – unabhängig von der unauffindbaren Liste – die Namen von drei Personen: Willi Leicht, Hermann Korn und Martha Wagner. Als weiteren Zeugen für seine Hilfsbemühungen nannte er seinen Cousin Willi Fries, der damals in Köln lebte, mit einer Jüdin verheiratet und ebenfalls als Kriminalbeamter tätig war. Er soll über seine Hilfsleistungen Bescheid gewusst und darüber hinaus in seine Widerstandstätigkeit eingeweiht gewesen sein. Was er bei seiner Niederschrift 1947 nicht wusste, war, dass sein Cousin Willi Fries bereits am 14. November 1945 gestorben war.⁴²

Zu diesen drei angeführten Namen gibt es Funde im Archiv. Die dokumentierten Berichte über die Vorgehensweisen zur Rettung der Verfolgten geben den Nachgeborenen einzigartigen Einblick in die „Kleinarbeit“ des Widerstands. Ihr Wiederauffinden kann deshalb als Glücksfall bezeichnet werden.

Der Erste der drei Rettungsbedürftigen war Willi Leicht. Als Kommisaranwärter hätte er 1933 eine Prüfung zur Übernahme in den Staatsdienst ablegen müssen. Diese Prüfung wurde ihm verweigert, da seine „halbjüdische“ Herkunft dem im Wege stand, worauf die Kündigung „auf dem Fuße“ folgte. In mehreren Anläufen bemühte er sich, über eine selbstständige Tätigkeit im Bereich Buchführung und als Helfer in Steuer-sachen ein kleines Einkommen zu erreichen, bis er 1939 erneut mit Berufsverbot belegt wurde. Als Vorsitzender des Frankfurter Paulusbundes (Vertretung der „nicht-arischen“ Christen) konnte er dank guter Kontak-

te die Steuer-Praxis Schwann & Richter bewegen, ihn in ihr Büro aufzunehmen. Als ab Herbst 1943 die „halbjüdischen“ Männer und Frauen verstärkt zu Arbeiten in Rüstungsfabriken der Organisation Todt (OT) und die Männer spätestens Anfang 1945 in die Arbeitslager Derenburg/Harz und Clausthal-Zellerfeld eingezogen wurden, konnte Willi Leicht dank der rechtzeitigen Warnung durch Christian Fries auf seinem Fahrrad aus Frankfurt flüchten. Zweimal gelang ihm dies und er tauchte für mehrere Wochen in den Wäldern und Dörfern der Taunus-Region unter.⁴³

Dem Kollegen Hermann Korn half Fries auf andere Weise. Da er ein mit einer Jüdin verheirateter Kriminalbeamter war, wurde ihm eine Beförderung zum Kriminalsekretär verweigert. Schließlich forderte ihn im April 1937 der damalige Amtmann Zingler auf, sich von seiner jüdischen Ehefrau scheiden zu lassen. Korn widersetzte sich diesem Druck, und prompt kam zum 1. Juni 1937 das Entlassungsschreiben aus dem Justizdienst. Dem weiteren Drängen der Gestapo gab er auch in den nächsten Jahren nicht nach, bis er als letzte Maßnahme mit 101 Leidensgenossen – wie er schrieb - am 21. Januar 1945 in das OT-Lager Clausthal-Zellerfeld verschleppt wurde. Durch die rechtzeitigen Warnungen der Widerständler folgte auch seine Ehefrau Gisela Korn den Aufforderungen zu Verhören der Gestapo nicht. Sie war in diesen Tagen „verschwunden“, sprich untergetaucht, bis die Nachstellungen nachließen.



Bei der letzten großen Deportation aus Frankfurt am 14. Februar 1945 wurde sie drei Wochen nach der Verschleppung ihres Ehemannes in das Ghetto Theresienstadt deportiert. Sie kehrte am 22. Juni 1945 nach Frankfurt zurück.

Passfoto von Hermann Korn, Aufnahme ca. Mitte vierziger Jahre (unbekannter Fotograf) © ISG FFM

Die dritte Namensnennung betraf die Jüdin Martha Wagner. Sie lebte in einer „privilegierten“ Mischehe mit einem christlichen Ehemann, was sie halbwegs schützte. Doch als Johannes Wagner am 13. März 1944 bei einem Fliegerangriff ums Leben kam, fiel auch der Schutz durch diese Mischehe fort. Als die Witwe im August eine Deportationsaufforderung erhielt, reagierte ihre Tochter Edith sofort. Sie sprach ihren Chef Emil Beetz an, den Inhaber der Spedition J.G. Hoffmann & Dörrstein in Frankfurt/M., Bäckergasse 24, der gemeinsam mit Christian Fries die Flucht plante. Kurz danach verschwand die Mutter aus ihrer Wohnung.

Als Edith Wagner von Margot Fries im Frühjahr 1946 gebeten wurde, die Rettung ihrer Mutter durch Fries zu bestätigen, erhielt sie postwendend diesen Brief:

„Sehr geehrtes Fräulein Fries.

Mit Bedauern habe ich gehört, dass Ihr Herr Vater noch immer in Haft gehalten wird. Dieses Bedauern ist um so grösser, als ich Herrn Christian Fries großen Dank dafür schulde, dass er in entscheidender Weise bei der Erhaltung des Lebens meiner Mutter mitgewirkt hat.

Meine Mutter, die Jüdin ist, musste während der Nazierrschaft täglich damit rechnen, verschickt und dann ermordet zu werden. Herr Fries, der mit meinem Chef, Herrn Beetz, bekannt war, hat damals den Rat gegeben, dass sowohl meine Mutter als auch ich uns im Geschäftslokal des Herrn Beetz polizeilich anmelden, aber an anderer Stelle wohnen sollten.

Als nunmehr Beauftragte der Gestapo meine Mutter abholen wollten, wurde sie nicht angetroffen. Wir schafften noch über Nacht meine Mutter im Wagen meines Chefs nach Amorbach im Odenwald, wo sie versteckt gehalten wurde. Wieder wandten wir uns an Herrn Fries um Rat. Er empfahl, dass ich eine Vermisstenanzeige aufgeben und darin das Aussehen meiner Mutter falsch beschreiben sollte. Er hat es dann auch übernommen, die Massnahmen, welche zur Ermittlung meiner Mutter getroffen wurden, zu überwachen und uns im Falle der Gefahr rechtzeitig zu warnen.

Ich kann wohl sagen, dass ich das Leben meiner Mutter zu einem wesentlichen Teile den Bemühungen Ihres Vaters verdanke. Da ich weiss, dass seine gesamte Einstellung und die aus ihr entspringenden Handlungen, ebenso wie im Falle meiner Mutter, durchaus antinazistisch war, so kann ich nur annehmen, dass seine Verhaftung auf Grund böswilliger Denunziationen und in völliger Verkennung seines tatsächlichen Charakters erfolgte.

Wenn meine vorstehenden Darlegungen, welche zu beiden ich jederzeit bereit bin, zu seiner Freilassung beitragen könnten, würde ich mich sehr freuen. Ich bevollmächtige Sie daher ausdrücklich, von diesem Brief jeden Gebrauch zu machen, der zur Erreichung dieses Zieles beitragen kann.

Hochachtungsvoll Edith Wagner“⁴⁴

279

Der Bürgermeister der Stadt Amorbach i. Odenwald Seestraße 228 - Amtsbüden: 8-12 Uhr	
Der Bürgermeister der Stadt Amorbach i. Odenw.	Tag: 20.2.1947
An die Polizeistelle für politisch, rassistisch, religiös verfolgte Frankfurt/Main	Bankkonto des Stadtkammerl: Kassa-Sparbuch Amorbach Bayerische Sparkassenbank Zweigstelle Amorbach D e f i d e n t e n: Nr. 7181 Nürnberg
Betreff: Frau <u>Karsten Wagner</u> , Frankfurt/Main Es wird bescheinigt, dass Frau Karsten Wagner sich von August 1944 bis 1. April 1945 in Amorbach aufgehalten hat. Sie war weder politisch verfolgt, noch hat sie während dieser Zeit Lebensmittelkarten bezogen.	
Der Bürgermeister der Stadt Amorbach i. Odenw. i. d. Frieder	

13.7.47
 2. Vorname 24.4.47
 3. " 14.9.47
 4. " 6.11.47
 Gmm. Volksamt a.d. L. 22.11.47

Bescheinigung des Bürgermeisters von Amorbach, dass Martha Wagner seit August 1944 untergetaucht bei Ida Henke gelebt hat. © ISG FFM

Auch der Kriminalbeamte Adam Ganjon war an der Rettungsaktion für ihre Mutter beteiligt und Edith Wagner war bereit, dies zu bezeugen. Von antifaschistischen Bekannten hatte sie gehört, dass er Juden und anderen verfolgten Personen zur Seite stand. „Er übermittelte ständig Nachrichten die für uns Verfolgte außerordentlich wertvoll waren“. Was auf den ersten Blick einfach erscheint, mussten die Verfolgten erst lernen: ein Versteck zu suchen, die Stadt fluchtartig zu verlassen, von der Bildfläche zu verschwinden. Um weitere Nachfragen für immer zu verhindern, musste die Gestapo glaubwürdig hinters Licht geführt werden. Edith Wagner berichtete, wie Ganjon ihrer Familie seit 1938 geholfen hatte. Im Jahr 1944 schrieb Edith Wagner: „U.a. gab uns Herr Ganjon damals den Rat, dass sich meine Mutter für unbestimmte Zeit verbergen sollte. Ihr Verschwinden sollte mit einer fingierten Vermisstenanzeige verschleiert werden. Tatsächlich konnte sich meine Mutter dann auch bis Kriegsende und Umschwung in Auerbach (richtig: Amorbach, P.B.) verborgen halten. Bei der Kriminalpolizei hatte Herr Ganjon mit seinem Kameraden Fries eine fingierte Vermisstenanzeige eingereicht und so geschickt bearbeitet, dass die Stapo meine Mutter niemals auffand. Auf diese Weise entging meine Mutter der Verschleppung“. ⁴⁵

Auch über den Mut und die Hilfsbereitschaft ihres Chefs Emil Beetz berichten Archivfunde. Beetz, der später von Fries als eine der „überprüften vierzig Personen“ benannt wurde, die im Bedarfsfall für eine größere Aktion 1944 zur Verfügung gestanden hätten, half dem jüdischen Ehepaar Freudenberger bei der Flucht ins niederländische Exil. Bereits bei der Arisierung ihres Betriebs, der „Kynazon“-Fabrik für chemisch-pharmazeutische Präparate, half er die devisenrechtlichen Bestimmungen zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Dies führte zu einem Verfahren gegen den Mitarbeiter der Frankfurter Devisenstelle Wilhelm Stippler. Nach langen Ermittlungen erkannte man, dass die Sachaufklärung schwer, aber kein Schaden für das Deutsche Reich entstanden war. Er habe sich allerdings der „passiven Beamtenbestechung“ schuldig gemacht. Das bescheinigte der Generalstaatsanwalt und schob das Verfahren einer nächsten Instanz zu. Ganz auf sich beruhen ließ man den Fall jedoch nicht. Als

Julius Freudenberger und seine Ehefrau Ella längst im niederländischen Durchgangslager Westerbork inhaftiert waren, wurde er im Mai 1943 erneut zu der Devisensache vom Generalstaatsanwalt vorgeladen. Da waren die Freudenbergers nicht mehr ihres Lebens sicher, und es war nur eine Frage von wenigen Monaten bis zu ihrer Deportation. Dennoch wurde Freudenberger vom Lager Westerbork nach Frankfurt transportiert und wegen „aktiver Bestechung“ verhört. Am 4. August 1943 wurde er ins niederländische Lager „rücküberführt“ und das Ehepaar nach weiteren qualvollen Monaten im Januar 1944 in das KZ Bergen-Belsen „verschubt“.

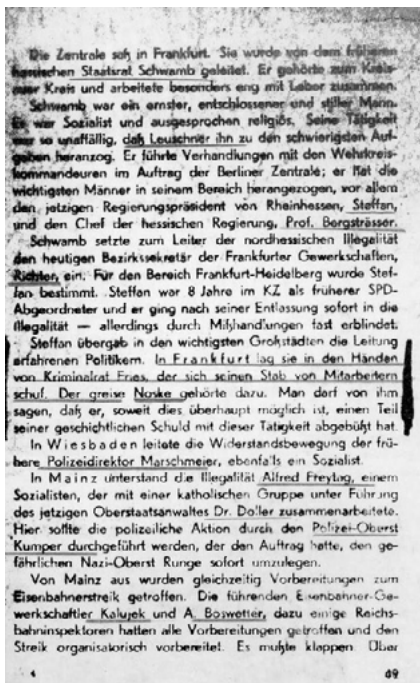
Ein anderer Versuch dem Ehepaar zu helfen, betraf den Verkauf des Hauses von Ella Freudenberger in der Jügelstraße 13. Um ein wenig Kapital zum Lebensunterhalt in die Niederlande mitzunehmen, sollte ein gesichertes Verfahren gefunden werden. Denn bereits im März 1939 verfolgten aufmerksame Helfer wie Emil Beetz, dass die Frankfurter Juden bei dem Verkauf von Haushaltsgegenständen, Wertsachen und Immobilien beraubt wurden. Daher bot sich Beetz als Käufer ihrer Immobilie an. Obwohl er offensichtlich selbst nicht genügend Kapital für den Kauf aufbringen konnte, versuchte er mit dem Verkaufsvertrag durch eine sich über Jahre hinziehende Zahlungsmodalität dem Ehepaar Freudenberger das Geld ohne weitere Verluste durch Reichsfluchtsteuern u.a. Abgaben zukommen zu lassen. Doch der Verkaufspreis und die gesamte Abwicklung fiel beim Frankfurter Bauamt als ein nicht üblicher Vorgang auf. Man monierte, dass ein Teil des Kaufpreises dem Käufer gestundet wurde, was bedeutete, in jährlichen Raten zu zahlen. Ein Mitarbeiter des Bauamtes hielt fest, dass „dieses ganz aus dem Rahmen der üblichen Verkäufe herausfallende Entgegenkommen, - der Käufer bringt jetzt keinen Pfennig auf, - ... mir Veranlassung (gibt) anzunehmen, dass es sich im vorliegenden Falle um eine Tarnung des wahren Kaufpreises handelt. Ich bitte deshalb um eine gutachtliche Äusserung über den Käufer Emil Beetz bezüglich seiner gesamten wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse und insbesondere über sein Verhältnis zum Verkäufer“.⁴⁶

Im Namen des Oberbürgermeisters holte er sich daraufhin - selbstverständlich vertraulich – Auskünfte über Emil Beetz ein. Die an den Bezirksvorsteher gerichtete Anfrage führte zu folgendem Ergebnis: „Gegen Beetz selbst ist aufgrund der erhaltenen Angaben nichts zu sagen, nur seine Frau hat früher mit den im selben Hause wohnenden Juden verkehrt und zwar sehr auffallend. Ob nun von dieser Bekanntschaft aus Verbindungen zu den früheren Hauseigentümern bestehen, konnte ich leider nicht feststellen“. ⁴⁷ Emil Beetz ist im Jahr 1942 als Eigentümer des Hauses Jügelstraße vermerkt.

Gegen Ende 1944 schützte Beetz den bei ihm seit August beschäftigten „halb-jüdischen“ Musiker Karl Jourdan. 1936 war er mit seiner Schwester Susanne aus Buchschlag nach Frankfurt zugezogen, mit der Hoffnung, dass die Verfolgung in der Anonymität der Großstadt nachließe. Susanne Jourdan war bereits am 31. Juli 1933 aus der Röntgen-Abteilung des Heilig-Geist-Krankenhauses in Frankfurt entlassen worden und schlug sich die nächsten Jahre mit den Ersparnissen aus der Erbschaft ihres Vaters durch. Als die Verfolgung nicht nachließ, ging sie 1940 nach Österreich und fand dort eine Anstellung. Ihr Bruder Karl, anfänglich als Buchhalter tätig, hatte Musik studiert und wurde nach Abbruch des Studiums vom Arbeitsamt Frankfurt an die Leuna-Werke nach Halle/Merseburg dienstverpflichtet. Zum Wehrdienst kurzfristig eingezogen wurde er wegen seiner jüdischen Herkunft als „nzv“ = nicht zu verwenden zurückgeschickt. Im August 1944 fand er eine Anstellung in der Speditionsfirma von Emil Beetz und schrieb später: „Ich fand eine Tätigkeit bei der Firma I.G.Hoffmann und Fritz Dörrstein, Spedition, als Hilfsarbeiter, die mich auch vor der Gestapo in Schutz nahm. Dass ich noch lebe habe ich Herrn Emil Beetz, Kfm., Inhaber dieser Firma, zu verdanken“. Zum Nachweis fügte er eine Bescheinigung der Jüdischen Gemeinde bei. Nach 1945 musizierte Jourdan ein paar Jahre für die amerikanischen Armeeangehörigen, bis er 1948 eine Anstellung als Schaffner in der Stadt Frankfurt fand. ⁴⁸

Die konspirativen Treffen im „Hotel-Restaurant Zimmermann“

Die Diskussionen und konspirativen Treffen im Hotel-Restaurant Zimmermann in der Kronprinzenstraße (heute: Münchener Straße) bekamen endlich eine Zielrichtung, als Jakob Steffan Kontakt zu den Frankfurter Widerständlern aufnahm. Das war 1943. Unmittelbar nach seiner Haftentlassung hatte sich Steffan über seinen Freund Ludwig Schwamb dem Leuschner Widerstandsnetzwerk angeschlossen und kam nun mit einem speziellen Auftrag zur Frankfurter Widerstandsgruppe. Als er sich 1946 für die Freilassung von Fries aus der Internierungshaft einsetzte, beschrieb er diese Kontaktaufnahme: „Ich habe ihn in mein Vertrauen restlos einbezogen und mit ihm alle Pläne, die zum gewaltsamen Sturz des Hitler-Systems führen sollten, besprochen. Seine Funktionen, die er



Emil Henk in seinem Buch
„Die Tragödie des 20. Juli 1944“
zu dem Stützpunktleiter Fries

im Fall des Gelingens unserer Pläne in Frankfurt/Main bekleiden sollte, waren mit Minister Leuschner besprochen und festgelegt“. Fries wurde in Frankfurt der „Stützpunktleiter“ des Leuschner Widerstandsnetzwerkes.⁴⁹

Der Wiesbadener Widerstandsforscher Axel Ulrich berichtet im Jahr 2012 in seiner Biographie über Wilhelm Leuschner zum ersten Mal auch über den Aufbau der Widerstandsarbeit um Christian Fries. Erst wenige Jahre zuvor hatte Ulrich die Kopie der Rechtfertigungsschrift erhalten, in der Fries 1947 für sein Spruchkammerverfahren chronologisch seinen anti-nazistischen Werdegang beschrieb. Im Rahmen einer Veranstaltung über die Widerstandsstrukturen im Rhein-Main-Gebiet hatte sie Steffans Sohn Lothar an den Leuschner-Biographen übergeben. Dies ermöglichte einen völlig neuen Blick auf die Widerständler um Christian Fries in Frankfurt am Main. Die Forschungen von Axel Ulrich wären ohne die in einer Schreibtischschublade aufbewahrte Schrift, mit den Informationen über den Aufbau der Widerstandsstruktur und über die Details der hartnäckigen Überzeugungsarbeit bei der Gewinnung vertrauenswürdiger Mitstreiter, nur lückenhaft gewesen.⁵⁰

Die engsten Mitarbeiter von Fries waren in den Jahren 1943/44 der Kriminalsekretär Hans Gorius und der Polizeioberinspektor Georg Kaufmann. Fries beschrieb Gorius in der Spruchkammer-Verhandlung als „wilden Nazigegner“, bei dem er und die anderen Mitglieder der Widerstandsbewegung aufgrund seiner beruflichen Vorgeschichte „es für ratsamer hielten, wenn der Betroffene in die Partei eintrete, um einerseits sich auf diese Weise zu tarnen und andererseits besser unterminieren zu können“.⁵¹

Dies bezeugten viele Kollegen aus dem Bereich der ehemaligen Beamten, unter ihnen auch die Kollegen Henschler und Wiersheim. Nach 1945 bescheinigte Fries dem Kollegen Gorius seine Beteiligung an der Widerstandsarbeit, und es kamen weitere Hinweise zur Widerstandsstruktur der Kriminal- und Polizeibeamten ans Licht: „Wir gehörten

dem so genannten Leuschnerkreis an. Ein gewisser Kettel, Führer der SPD und Gewerkschaftsfunktionär, der unter dem Namen Camphausen auftrat, leitete die ganze Sache sozusagen. Wir waren alle ausgerichtet und hatten unsere Weisungen für den 20. Juli 1944, wenn diese Sache geglückt wäre. Man durfte aber nicht viel schreiben, um diesen Naziha-lunken nicht in die Hände zu spielen. Als die Sache am 20. Juli daneben ging, hatten wir uns sehr vorsichtig benehmen müssen. Aber als Krimi-nalbeamte hatten wir ja schon viel gelernt. Gorius hatte damals neue Ver-bindungen mit einem Agenten der Widerstandsbewegung angeknüpft von der „Sozialistischen Union Englands“.⁵²

Zum Aufbau eines Stützpunkts in Frankfurt für das Leuschner-Netzwerk und zum Schutz der eigenen Widerstandsarbeit gehörte vor allem die rechtzeitige Wahrnehmung beabsichtigter Verhaftungen. Eine Mitgliedschaft in der Partei oder in einer ihrer Organisationen konnte deshalb auch als Tarnung dienen oder als Horchposten in eine NS-Organisation hinein. Vielleicht wollte sich Fries ebenfalls mit einer Mitgliedschaft in einer NS-Organisation tarnen. Fries als Kripo-Beamter und illegaler Stützpunktleiter einer Widerstandsgruppe war aber weder Mitglied der NSDAP noch der SS gewesen, was aus heutiger Sicht erstaunlich ist. Deshalb geben uns einige Ungereimtheiten in seiner beruflichen Vita Rätsel auf.

Bereits im Frühjahr 1940 wurde Christian Fries empfohlen, sich zu einem Lehrgang für eine Beförderung zum Kriminal-Kommissar-Anwärter anzumelden. Obwohl er dem ihn unterstützenden Regierungs- und Kriminalrat Karl Evert seine Bedenken vortrug, dass er doch die Voraussetzungen nicht erfülle, fuhr er dennoch in die Reichshauptstadt. Es kam wie es kommen musste: Fries wurde aufgrund seiner fehlenden Mitgliedschaften in der NSDAP, bzw. der SS wieder zurückgeschickt.

Zwei im Bundesarchiv Berlin vorhandene Karteikarten weisen dennoch auf eine SS-Mitgliedschaft von Fries hin. Fries kehrte nach seiner Rückkehr aus Thionville auf seinen Arbeitsplatz im Betrugs-Dezernat zurück.

Vermutlich war die leitende Position mit einer Beförderung und einem dazugehörenden Vorbereitungslehrgang verbunden. Darauf weist also die erste Karteikarte vom 2.2.1942 hin, die Angaben einer „rassischen“ Überprüfung enthält und den Hinweis „Kripo für SD“, unterzeichnet von einem SS-Untersturmführer. Offenbar reichte dieser Eintrag, um an dem Vorbereitungslehrgang in Berlin teilzunehmen, zu der ihn der Nachfolger von Evert, Oberregierungsrat Berger, angemeldet hatte. Fries bestand im März 1943 diese Prüfung.

Die zweite Karteikarte – ausgestellt am 23.10.1943 – stammt von der Ergänzungsstelle Fulda-Werra des Ergänzungsamts der Waffen-SS und ist von einem SS-Rottenführer unterzeichnet.⁵³ Ein Bewerbungsschreiben von Fries liegt zu diesem Vorgang im Bundesarchiv Berlin jedoch nicht vor. Folglich schrieb Fries auf den Fragebögen des Military Government zur Entnazifizierung, dass er weder Mitglied der NSDAP noch der SS gewesen war. Die mehrmalige Verneinung der Mitgliedschaft in den US-Fragebögen erklärt sich damit, dass er von sich aus keinen obligatorischen Aufnahmeantrag gestellt hatte und er sich deshalb nicht als „Mitglied“ betrachtete. Durch seine Abordnung zur Sicherheitspolizei nach Lothringen, die ihm aufgrund seiner beruflichen Stellung allerdings das Tragen einer SS-ähnlichen Uniform auferlegte, war er formal als Mitglied gezählt. Trotz der Unklarheiten und Zweifel wird kaum noch aufzuklären sein, wie diese Mitgliedschaft zustande kam. Es fällt schwer zu glauben, dass Fries die amerikanische Militärregierung wissentlich belogen haben könnte.

Festzuhalten bleibt schlussendlich, dass seine Verdienste als Widerstandskämpfer innerhalb des Polizeiapparats unbestritten sind. Ein Schreiben von Jakob Steffan und den mit ihm kooperierenden Kollegen bezeugten dies mehrfach. Die Beförderung zum Kriminalinspektor fand schließlich im Juni 1944 statt – fünfzehn Monate nach bestandener Prüfung –, und nachdem Fries nach seinen Verletzungen durch eine Fliegerbombe wieder dienstfähig war.

Ohne Wissen in der Partei

Martha Lehnert arbeitete als Stenotypistin im Polizeipräsidium unter anderem auch für Fries. Dort führte sie die Geheimregistratur und war mit der Neueinrichtung von Akten betraut. Sie verfolgte die Entlassung von Fries aus der Politischen Polizei und seine Degradierung ins Betrugs-Dezernat. Doch bald war sie selbst von Entlassung bedroht, denn als aktives Mitglied in der SPD hatte sie Flugblätter unterzeichnet, hatte im Betriebsrat mitgearbeitet und war für ihr Engagement in der Polizei-Verwaltung bekannt. Um ihren Arbeitsplatz zu behalten, trat sie noch rechtzeitig im Januar 1933 aus der SPD aus, fand ihren Namen aber plötzlich auf der Liste der zum 1. Mai 1933 aufgenommenen NSDAP-Mitglieder. Für sie vollkommen unverständlich, klärte sich der Vorgang bald auf. Ihre Schwester Marie Mickel hatte neben ihrem eigenen Aufnahmeantrag auch einen Antrag für die Schwester eingereicht. Ihre langjährige Mitgliedschaft in der SPD veranlasste den Polizeipräsidenten von Westrem sie zum 14. August 1933 als „politisch unzuverlässig“ zu entlassen. Im März 1934 beschwerte sich die Ortsgruppe Untermain der NSDAP, dass sie es nicht für notwendig gefunden hatte zur Betriebsversammlung zu erscheinen und im September 1934 wurde ihre Aufnahme in die Partei offiziell abgelehnt. Zwar wurde sie weiter in der Behörde beschäftigt, allerdings mit einem geringeren Gehalt. Nach 1945 kämpfte sie vor der Spruchkammer darum, als „vom Gesetz nicht betroffen“ eingestuft zu werden. Am 13. Oktober 1948 wurde das Verfahren eingestellt. Erst in einem Berufungsverfahren erreichte sie im Dezember 1949 ihr Ziel, als „unbelastet“ zu gelten. Wie schnell man der SS zugerechnet wurde, zeigte sich auch im Fall von Alfred Meckel (siehe oben). Noch im März 1945 als Staffel-Sturmscharführer ernannt und somit der SS „angegliedert“, wurde er zum 11. Oktober 1945 von der Militärregierung entlassen. Erst im Juli 1947 wurde er von einer Spruchkammer als „entlastet“ eingestuft.

Auch der Gestapo-Beamte Gotthold Fengler setzte auf ein gerechtes Verfahren durch die Alliierten. Als aufrechter Katholik hatte er ein gutes Ge-

wissen und den naiven Glauben, dass, wenn über ihn verhandelt wird, sich herausstellen würde, dass er dagegen war, erklärte seine Tochter zu seinem Gottvertrauen. Doch weder die militärischen Sieger, schon gar nicht die Gruppe der Aktiven und Mitläufer wollten sich von den wenigen ns-gegnerischen Menschen vorhalten lassen, dass es eine Wahl gab, sich mancher Befehle zu erwehren.

So wurde der Arbeitsplatz in einer NS-Behörde nach 1945 den Widerständlern beruflich zum Verhängnis.

Im Zweifel wurden die Beamten und Angestellten aus dem Polizeipräsidium pauschal entlassen. Erst vor den Spruchkammern kam es zur Einzelfallprüfung, die sich über viele Monate, sogar Jahre, hinzog. Während sich die widerständigen Beamten endlich am Aufbau eines demokratischen Staates beteiligen wollten und in die Zukunft blickten, hatte die braune Nachkriegsgesellschaft sie bald als Volksverräter abgestempelt. Sie hatten sich mit aller Kraft gegen das System gestellt. Sogar in einer NS-Behörde gab es diese kleinen Handlungsspielräume, aber diese Wahrheit galt es zu unterdrücken.

Quelle: Martha Lehnert, Jg. 1898. ISG, NS-V 51/73, Signatur 3.796 und HHSta Wiesbaden, Abt. 518-82648

Zum Zeitpunkt des dokumentierten Eintritts von Fries in die SS im Jahr 1943 erweiterte sich der Kreis der Widerständigen. Fries' antifaschistische Einstellung hätten unter anderem zwei Fuhrunternehmer und ein Schneidermeister, zwei Rechtsanwälte und mehrere Kaufleute, zwei Ärzte aus Neu-Isenburg und mehrere Mitarbeiter aus dem Polizeipräsidium bezeugen können.⁵⁴ Inwieweit sie unterstützend den Umsturzversuch begleitet hätten, darauf gibt es keine Hinweise. Jakob Steffans Auftrag an Fries war, „in Frankfurt/M. eine antifaschistische Organisation zu schaffen, die bei einem bestimmten Ereignis in Aktion treten sollte“.⁵⁵

Auch der Kriminalbeamte Georg Kaufmann gehörte zur Widerstandsgruppe. Kurz nachdem er 1943 seine Arbeit im Frankfurter Polizeipräsidium aufnahm, erkannte er Fries' anti-nationalsozialistische Haltung und trat der Widerstandsgruppe bei. Die Gesinnung von Fries sei „im ganzen Hause bekannt“ gewesen, schrieb er, und sie konnte „seinen unmittelbaren Vorgesetzten nicht verborgen bleiben“. Schließlich sollte Fries „durch ein Verfahren der Gestapo unschädlich gemacht werden ...“. ⁵⁶

Die Mitarbeiterin der Polizei, Martha Mierschenz, ergänzte dazu, dass sie „selbst Zeuge eines Zwischenfalles war, bei dem der damalige Leiter der Kriminalpolizei (es war während des Krieges) Herrn Fries auf dem Flur des hiesigen Polizeipräsidiiums vor der Öffentlichkeit stellte und ihm vorwarf, daß es ihm leidtäte, ihn trotz seiner anti-faschistischen Einstellung befördert zu haben“. ⁵⁷

Hinter den von Fries benannten vierzig Personen, die er auf ihre anti-nationalsozialistische Gesinnung überprüft hatte und die bei einer Aktion hätten zum Widerstand mobilisiert werden können, standen in Frankfurt weitere Unterstützer. Das bedeutete nicht, dass all diese Personen über den geplanten Umsturz Bescheid wussten, aber als NS-Gegner wären sie für die Zeit nach einem Umsturz ansprechbar gewesen. Emil Henk, der als einer der ersten Publizisten nach 1945 auf Fries hinwies, schrieb von Zahlen, die für das gesamte Gebiet zwischen Rhein-Main und Neckar galten. In den „Stützpunkten“ seien dies 1000 Menschen gewesen und „weitere 10-15.000 Menschen standen hinter dieser Vorhut“, schrieb Henk bereits im Jahre 1946 über „Die Tragödie des 20. Juli 1944“. ⁵⁸ Man stand bereit und wartete auf das Signal des geglückten Anschlags auf den Diktator.

Die Aufgaben, die man sich nach dem Umsturz vorgenommen hatte, waren „a) sofortige Fühlungnahme und Zusammengehen mit anderen antifaschistischen Gruppen, b) Besetzung des Rundfunks, c) Ausschaltung der Gestapo und des SD, d) Festnahme des Gauleiters, des Kreisleiters und der Ortsgruppenleiter mit ihren Stäben“. ⁵⁹ Wichtig für die

weitere Forschung zu dieser zivilen Widerstandsstruktur im Rhein-Main Gebiet ist der Hinweis von Fries, dass der Polizei-Oberleutnant Adam Arnold sich für die Ausschaltung der Gestapo bei einem Umsturzversuch bereit erklärt hatte. Er hatte gegenüber Fries versichert, „dass die von ihm geführte MG-Kompanie restlos hinter ihm stehe“. ⁶⁰

Als Fries am 29. Januar 1944 bei einem Fliegerangriff im Hotel Zimmermann verschüttet und verletzt wurde, erfuhr seine Widerstandsarbeit eine kurze Unterbrechung, doch im Mai nahm er seine Arbeit wieder auf. Im Sommer 1944 war die Anspannung auf Seiten der Widerständler groß, weil man auf das Gelingen des Umsturzes hoffte. Nach dem Scheitern des Attentats wuchs die Angst, weil niemand wissen konnte, was die verhafteten Akteure Wilhelm Leuschner und Ludwig Schwamb unter Folter aussagen würden. Erst nach Wochen beruhigten sich die Mitwissenden, denn beide Widerstandskämpfer sagten in den Verhören wenig aus oder gaben nur Bekanntes preis. So ist die von Fries aufgebaute Widerstandsgruppe „nie aufgefliegen“.

Die widerständigen Kollegen im Polizeipräsidium

Für den erhofften erfolgreichen Umsturz konnte Fries ein Dutzend Kollegen aus dem Polizeipräsidium gewinnen, die ihm ihre Unterstützung bis zum Sommer 1944 zugesichert hatten. Dazu gehörten, wie bereits erwähnt, die beiden Kollegen Georg Kaufmann und Johannes Gorius. Dass er zwölf Kollegen darüber hinaus gewann, lässt sich auch mit zunehmender Unzufriedenheit in der Bevölkerung – vor allem nach der Niederlage von Stalingrad – erklären, vielleicht auch mit gewachsenem Mut zum Widerstand, was bei Beamten der ausführenden Staatsgewalt besonders gefährlich war. Auch die Frankfurter Widerstandsgruppe glaubte mittlerweile, nicht ohne eine bewaffnete Aktion ans Ziel zu kommen. Daher waren die Gespräche mit dem Polizeihauptwachtmeister Adam Arnold wichtig, bei dem sich Fries 1944 noch einmal rückversicherte, ob er mit seiner MG-Kompanie auch zukünftig bei einem Umsturzversuch aktiv mitwirken werde. Fries hob in seiner Aussage für das Spruchkammer-Verfahren von Arnold vor allem den Aspekt hervor, mit Waffengewalt den Umsturz zu begleiten: „Dieser letzte Punkt bereitete uns grosses Kopfzerbrechen, da wir wussten, dass die GESTAPO gut bewaffnet war. Anfang 1944 erfuhr ich, dass der Betroffene Führer einer MG-Kolonnie ist. Ich fragte ihn, ob er noch dabei sei und machte ihn von unserem Vorhaben kleine Andeutungen. Er war gleich sehr begeistert und versprach mir, dass ich mit ihm unbedingt rechnen könne. Nach einiger Zeit hat er mir den Stand seiner Vorbereitungen bekannt gegeben und ich könne mich auf alle Fälle auf ihn verlassen. Er rühmte vor allen Dingen immer das gute Einvernehmen mit seinen Leuten, die hinter ihm stehen und die er beim Eintritt des politischen Ereignisses einsetzen kann“. ⁶¹

Nach 1945 verlangte die amerikanische Militärregierung umfangreiche Beweise für die Widerstandstätigkeit der Polizei- und Kriminalbeamten. Die im Zuge der nationalsozialistischen Machtübernahme entlassenen Beamten bezeugten die antifaschistische Haltung von Fries. Er selbst

konnte erst nach seiner Rehabilitierung 1947 ebenfalls für seine dem Widerstand angehörenden Kollegen aussagen. Dazu kamen die Aussagen von den Mitarbeitern der Betriebsvertretung und von den Personen, die als Nicht-Parteimitglieder dem Nationalsozialismus fernstanden: sie alle bezeugten ihre gegnerische Haltung. Für die außerhalb staatlicher Institutionen beschäftigten Personen reichte die Versicherung, kein Parteimitglied gewesen zu sein. Aber die Kriminal- und Polizeibeamten, die wieder in ihren Dienstbereichen tätig bleiben wollten, hatten ausführliche und eidesstattlich beurkundete Nachweise vorzulegen. Sofern dies nicht überzeugend gelang, wurden sie entlassen und mitunter interniert. Das hatte zur Folge, dass Dokument um Dokument zusammengetragen und nach Zeugen und Beweisen der politischen Entlastung gesucht werden musste, um den Spruchkammern eine schlüssige und beweiskräftige Widerstandshaltung glaubhaft zu unterbreiten. Um glaubhaft zu sein reichte es nicht aus, auf Beförderungen und Gehaltserhöhungen verzichtet zu haben. Oftmals war es schwer zu beweisen, dass die äußerliche Anpassung an den Nationalsozialismus nur der Tarnung diene. Eine anti-faschistische Einstellung bedeutete nicht automatisch eine widerständige Aktivität.

Nicht nur Fries hatte es schwer, seine antinationalsozialistische Einstellung nachzuweisen. Sein Kollege Gorius, der bis zum Äußersten zu gehen bereit war, war nach dem Krieg entsetzt, wie man seinen ns-gegnerischen Einsatz überhaupt in Zweifel ziehen konnte. Das veranlasste ihn, 54 Zeugen zu benennen und eine ausführliche Begründung zu verfassen, in der er seine demokratische Grundhaltung Punkt für Punkt darlegte. In seinem ausführlichen Schreiben vom 20. Oktober 1946 an den Vorsitzenden der Spruchkammer begann er mit der Schilderung der politischen Veränderung um die Jahreswende 1932/33 und seinen persönlichen Beweggründen, die ihn für kurze Zeit in die Gestapo Wuppertal führten und schließlich 1937 zu seinem Eintritt in die NSDAP veranlassten.

Gorius verfolgte bereits vor 1933 aufmerksam die Auswirkungen der politischen Entwicklung in seinen Tätigkeitsbereichen, die ihn in den

nächsten Jahren immer wieder zu einem Wechsel seiner polizeilichen Zuständigkeiten und zu einem zweimaligen Wohnortwechsel zwangen. Als junger Mann war er 1920 in die Schutzpolizei Frankfurt eingetreten und wurde zunehmend unzufrieden mit der politischen Haltung seiner Vorgesetzten. Kritisch beäugte er sie und ihre Anweisungen und blieb hartnäckig abwehrend, wenn es ihm nicht mehr gelang, die ihm zugewiesenen Ermittlungen nach seinen Gerechtigkeitsvorstellungen zu gestalten. Offensichtlich ist diese hartnäckige NS-Gegnerschaft auch eine Charaktereigenschaft, die viele Retter und Helfer auszeichnete und sie zu „tätiger Hilfe“ veranlasste.

Nachdem Gorius 1932 erkannte, dass er „die kommenden Ereignisse“ nicht abwehren konnte und es für ihn keinen Zweifel gab, „was Hitler und seine Männer für Deutschland bedeuten“, wollte er von der Schutzpolizei weg, die „durch ihre Offiziere immer mehr einen militärischen Charakter einnahm“. Er bewarb sich zur Kriminalpolizei, was mit einem Wechsel nach Wuppertal-Elberfeld verbunden war. Aber auch in Wuppertal war er unzufrieden, denn bei seinen Ermittlungen zu insgesamt 31 politischen Mordfällen, die ausschließlich durch SA-Leute ausgeführt wurden, sah sich „kein Richter, kein Staatsanwalt und kein Dienststellenleiter ... imstande, die Täter dingfest zu machen. Es blieb lediglich bei der Klarstellung des Tatbestandes und dabei blieb es beruhen. Es fehlte bei allen Vorgesetzten an der erforderlichen Civilcourage. Alles hatte Angst. Nachdem ich lange genug zugesehen hatte, daß kein Vorgesetzter den Mut aufbrachte, ergriff ich als jüngster Beamter und Sachbearbeiter die Initiative und ging gegen die Täter vor. Der Anführer und Haupttäter, SA-Obersturmführer August Puppe aus Elberfeld, beging daraufhin Selbstmord. Auch den Selbstmord bearbeitete ich. Selbst der Straßburger Sender brachte am gleichen Abend die Meldung, daß der bekannte Wuppertaler Massenmörder Puppe Selbstmord verübt habe. Am folgenden Tage brachten die Nazitageszeitungen die Nachrichten, daß Puppe durch Kommunisten erschossen worden sei. Puppe erhielt Parteibegräbnis und Prinz August Wilhelm von Preußen nahm mit Gefolge daran teil. Mir und vielen Kameraden meines Berufes war nun eindeutig klar ge-

worden, daß der gesamte Nationalsozialismus ein reines Schwindelma-
növer von Verbrechern darstellt. Ich hatte als Beamter den Eid auf Hitler
geleistet.

Dann kam die Sache, was dem Faß den Boden einschlug. Hitler hatte
bereits bei einer früheren Gelegenheit den Eid auf die Weimarer Verfas-
sung geleistet und diesen Eid als erster Staatsmann gebrochen. Dadurch
habe ich als kleiner Beamter mich keineswegs mehr an den von mir auf
ihn (Hitler) geleisteten Eid gebunden gefühlt. Meine Parole war von nun
an, instinktiv getarnt gegen den Nationalsozialismus nach demokrati-
schen Grundsätzen im Geheimen zu arbeiten“. ⁶²

Ungefragt wurde Gorius am 15. Oktober 1933 zur Staatspolizei nach
Düsseldorf versetzt und auch dort gelang es ihm, gerecht, objektiv und
nach demokratischen Grundsätzen zu handeln. Schließlich kam es zu
einer Strafversetzung nach Remscheid. Als Anmerkung fügte er hinzu,
„daß es uns Beamten der Stapo untersagt war – bis 10.6.36 – sich als Ge-
stapo auszugeben, da dies lediglich den Beamten des Geheimen Staatspo-
lizeiamtes (ab 10.6.36 Sicherheitshauptamt) zustehen würde“. Das war
das Datum, an dem Heinrich Himmler zum Chef der Deutschen Polizei
ernannt wurde und per Gesetz die Geheime Staatspolizei für das gesam-
te Reich schuf. Schließlich gelang es Gorius, seine Rückversetzung nach
Frankfurt durchzusetzen.

Gorius war eine Kämpfernatur im wahrsten Sinne des Wortes. Als
Schwerathlet im Gewichtheben gewann er 27 Meistertitel und etwa
vierzig 1. Preise und von 1923-1928 war er preußischer und deutscher
Polizeimeister in dieser Disziplin. Dank dieses kämpferischen Naturells
äußerte er auch nach seiner Rückkehr 1937 nach Frankfurt deutlich sei-
ne Meinung. Seine offenen Worte zu den NS-Machenschaften wurden
allmählich zu einer Bedrohung für ihn. Daher beratschlagten sich die
widerständigen Kollegen und forderten ihn geradezu auf, der NSDAP
beizutreten, „um so aktiver dagegen zu arbeiten, was zweifellos erwiesen
ist“. Es ist seiner Initiative zuzuschreiben, dass er nach dem gescheiterten
Umsturz im Herbst 1944 den Kontakt zu Gustav Kettel nach Essen auf-

nahm, der sich mit dem Namen „Camphausen“ vorstellte und zu einem konspirativen Treffen ins Polizeipräsidium kam. Kettel gehörte der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Groß-Britannien“ an. Bei diesen Gesprächen ging es zum einen um die Zusammenarbeit mehrerer Widerstandsgruppen und zum anderen um die Lieferung von Waffen aus dem Ruhrgebiet. Gorius ließ die strikte konspirative Geheimhaltung außer Acht und berichtete seinem Kollegen Karl Buchhold im Herbst von Waffen aus den Krupp-Werken, die die dortige Widerstandsbewegung besorgen könnte, um SS-Angehörige und führende Persönlichkeiten festzunehmen. Auf den Fluren des Frankfurter Polizeipräsidiums oder in einem abgelegenen Arbeitsraum trafen Gorius, Michael, Wiersheim und Fries den unter dem Namen Camphausen abgesandten Widerständler aus Essen. Dass es zu einem Einsatz mit Waffen nicht mehr kam, hing mit dem schnellen Vorrücken der amerikanischen Streitkräfte zusammen. Um weitere Schäden für die Stadt abzuwenden, hatten Fries, Gorius und ein Erwin Schulze geplant, Plakate zu kleben und Flugblätter zu drucken, um Brückensprengungen zu verhindern und gegenüber den amerikanischen Streitkräften Kooperationsbereitschaft zu signalisieren. Gleich Stützpunktleiter Fries half auch Gorius in seiner Frankfurter Dienstzeit mehreren Verfolgten, als er die letzten drei Jahre bei der Wehrmachtsfahndung eingesetzt war. Unter anderem nannte er in seiner Verteidigungsschrift die Namen von zwei fahnenflüchtigen Soldaten, denen er bei ihrer Flucht zur Seite stand.

Wie bei so vielen seiner Kollegen aus dem Widerstand endete seine Weiterbeschäftigung im Polizeipräsidium nach 1945, als durch die Befragung des Kollegen Jakob Schwalm seine Parteizugehörigkeit ans Licht kam. Schwalm war von der Spezialabteilung des CIC damit beauftragt, die Kollegen nach Parteimitgliedschaft, Auslandseinsätzen und anderen nationalsozialistischen Verbindungen, Beförderungen und Auszeichnungen zu befragen. Diese Befragung führte für zahlreiche Beamte zur Entlassung und mitunter sogar zur Inhaftierung. Das bedeutete auch für Gorius im Sommer 1946 Haft und die Überführung in das Zivil-Internierungslager 9 in Hammelburg. Er, der sich als aktiver Widerständler

als politisch entlastet betrachtete, setzte alle Hebel zu seiner Entlassung in Bewegung. Doch auch die SPD Groß-Hessen musste ihm mit Bedauern mitteilen, dass ihr Versuch gescheitert war, auf die amerikanischen Dienststellen einzuwirken, um seine Entlassung aufzuheben. Voller Verzweiflung wandte sich seine Ehefrau an den Kontaktmann Gustav Kettel in Essen, der ihr bestätigte, dass „deutsche Stellen des dortigen Präsidiums nichts von der Widerstandsgruppe, der Ihr Mann angehörte, wissen wollen“. ⁶³ Nachdem er bei seinem ersten Spruchkammer-Entscheid vom 31. März 1947 schließlich als entlastet eingestuft wurde, war Gorius geradezu erbost, dass nur neun Monate später erneut gegen ihn verhandelt werden sollte. Es seien schließlich Dutzende Zeugen von ihm benannt worden, sieben von ihnen in einer Zeugenvernehmung befragt und nun dieses erneute Aufrollen, das sei doch „eine Beleidigung“ aller am Spruchkammer-Verfahren beteiligten Personen.

So wie Gorius, Fries, Fengler und manch anderen Staatsbeamten, die trotz ihres Amtes im Widerstand waren, ging es vielen bekennenden Antinationalsozialisten. Man glaubte ihnen nicht, weil Beweise schwer zu beschaffen waren und die Siegermächte zwischen Rache und Gerechtigkeit schwankten.

Georg Kaufmann gehörte zu den jüngeren Kollegen und hätte eigentlich als Soldat an der Front stehen müssen. Eine schwere Verletzung aus den ersten Monaten des Krieges machte ihn „wehruntüchtig“. Nach einer Fortbildung in der Polizeiverwaltung Koblenz wurde er im Sommer 1943 zur Frankfurter Kriminalpolizei beordert. Offenbar kam es bei einem ersten Kennenlernen mit Fries zum vertrauensvollen Austausch über die politische Lage. Fries fragte ihn, ob er der Widerstandsgruppe beitreten wolle und Kaufmann wurde bald sein engster Vertrauter. Die antifaschistische Gesinnung von Fries war wohl mittlerweile bekannt, denn Georg Kaufmann bekam auf den Fluren des Polizeipräsidiums mit, dass Fries durch „ein Verfahren der Gestapo unschädlich gemacht werden sollte“. ⁶⁴

Aber auch Kaufmann hielt sich mit seiner anti-nazistischen Haltung nicht zurück und kam 1944 ins Visier der Gestapo, wie aus einem Schreiben in seiner Personalakte hervorgeht. „Während meiner Ausbildungszeit lernte ich Personen kennen, die die gleiche Gesinnung hatten wie ich. Ich verkehrte nur mit Herrn Fries und Herrn Wierscheim. ... Als ich voriges Jahr die Flugzeugverluste anzweifelte, wurde ich nicht weniger als viermal von der Geheimen Staatspolizei vernommen. Nur mein schlechter Gesundheitszustand bewahrte mich damals vor dem KZ. Für mich, der ich der nationalsozialistischen Bewegung von Anfang an ablehnend gegenüberstand, war es besonders schmerzlich, als ich für diese Wahnidee neben den persönlichen Nachteilen, die ich hatte, auch noch meine Gesundheit opfern musste“. ⁶⁵

Die Kriminalkommissarin Else Wüst

Else Wüst, geb. Krauss, war als Arbeitertochter früh mit sozialistischen Ansichten vertraut und in sozialer Verantwortung erzogen worden. Nach einer kurzen Ehe mit einem Mann, der nach wenigen Monaten im Ersten Weltkrieg als Soldat fiel, begann sie eine Ausbildung in Krankenpflege und bildete sich als staatlich anerkannte Fürsorgerin weiter. Im Juni 1926 begann ihre Polizeilaufbahn bei der weiblichen Polizei in Berlin. Als eine der ersten von drei Frauen machte sie das Kriminalkommissar-Examen. Schließlich kehrte sie im Januar 1928 in ihre hessische Heimat zurück und erhielt eine Stelle als Kriminalkommissarin in Frankfurt/Main. Sie wurde im Bereich der „Sitte“ eingesetzt, wo sie sich mit sittlich gefährdeten, also gestrauchelten und in der Prostitution gelandeten jugendlichen Mädchen und Frauen zu befassen hatte. Aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der SPD wurde sie zum Ende des Jahres 1933 als „politisch unzuverlässig“ mit Verweis auf § 4 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ entlassen. Als Zeugen dieses Vorgangs gab sie den Kollegen Christian Fries an. Ihr persönliches Umfeld dagegen war von Menschen geprägt, die der Arbeiterwohlfahrt, der städti-

schen Wohlfahrtspflege und seit den dreißiger Jahren den Quäker-Freunden nahestanden. Da sie ein Adoptivkind zu versorgen hatte, brauchte sie ein sicheres Einkommen und nach ihrer Entlassung ließ sie sich im „Friedrichsheim“ der Universitätsklinik Frankfurt in Krankennassage und Heilgymnastik ausbilden.



Else Wüst an ihrem Schreibtisch im Polizeipräsidium (Datum der Aufnahme unbekannt) © Sammlung Petra Bonavita

Mitten im Zentrum der Stadt, in der Hochstraße 8, eröffnete sie 1935 ein „Therapeutikum“ und mietete die Wohnung im ersten Stock für sich und das Kind. 1938 eröffneten die Quäker im zweiten Stock des Hauses ihr Büro. Beider Zusammenarbeit rettete viele verfolgte und hilfe- und ratsuchende Menschen durch die im angelsächsischen Raum international gut vernetzten Quäker. Wüst begleitete mehrere Kindertransporte nach Großbritannien, organisierte finanzielle Unterstützung für ein Affidavit in die USA, schmuggelte Wertsachen über die Grenzen und konnte durch vielfältige Kontakte den Weg der Hilfesuchenden in die Emigration vorbereiten. Zwei jüdische Familien

versteckte sie zeitweise in den Kellerräumen. Henry Maier und Hans Harro Lendner hatten im jugendlichen Alter von ihrem Engagement profitiert. Sie beschrieben Else Wüst als kämpferisch, durchsetzungsfähig, zupackend, energisch und mit einem Hang zum unkonventionellen Handeln. Gaben, die in schwierigen Zeiten besonders notwendig sind.

Der Krieg war noch nicht offiziell beendet, als sie am 1. Mai 1945 an ihren Schreibtisch im Polizeipräsidium zurückkehrte. Im Alter von sechzig Jahren ging sie in den Ruhestand und widmete sich weiter mit ihren Quäker-Freunden der „tätigen Hilfe“ in der schwierigen Nachkriegszeit. Nach einem Schlaganfall starb die 1892 geborene Else Wüst und wurde 1974 auf dem Quäker-Friedhof in Bad Pyrmont beerdigt.

Quellen: Petra Bonavita: Quäker als Retter ... im Frankfurt am Main der NS-Zeit, Stuttgart 2014, S. 87-100 und Hanna Eckhardt zu Else Wüst. In: Frankfurter Personenlexikon (Onlineausgabe), <https://frankfurter-personenlexikon.de/node/9134>



Vor dem Ministerium in Wiesbaden, Rheinstraße 22
(Else Wüst, 6. von links, Aufnahme 1946 © Sammlung Petra Bonavita)

Polizeioberleutnant Ernst Nolte

Ein weiterer Geretteter war Siegmund Stein. Am Allerheiligentor in Frankfurt hatte er 1923 einen Fahrrad-, Auto- und Motorradladen eröffnet, der in kurzer Zeit zum florierenden Fachgeschäft im Großraum Frankfurt wurde. Die „Frankfurter Neue Presse“ schrieb zum 50jährigen Jubiläum 1973 von einem finanziellen Einbruch des stadtbekannten Geschäfts nach 1933 durch „Benachteiligungen“ und einer „jüdischen Großmutter“ des Firmeninhabers.⁶⁶ Kurz erwähnt wurden noch die Ehefrau und ein Schwager, ohne deren Namen zu nennen. Bei näherer Betrachtung erweisen sich die verharmlosend so genannten Benachteiligungen als politische und „rassische“ Verfolgung des Firmeninhabers. Hinter der Worthölse verbargen sich nicht nur die jüdische Großmutter, hinzu kam der zum Judentum konvertierte Vater Max und die jüdische Mutter Recha Stein aus Schlüchtern. Mit Ehefrau Paula lebte Siegmund Stein in einer „Mischehe“, denn sie war christlicher Religion und eine geborene Nolte. Ihre beiden Brüder Karl Nolte als Kaufmann und Ernst Nolte als Polizeioberleutnant trugen maßgeblich dazu bei, Familie und Firma vor dem Untergang zu bewahren.

Siegmund Stein hielt mit seiner politischen Ablehnung nicht „hinter dem Berg“, als die Nationalsozialisten an die Macht kamen. Als ein „rühiger Antifaschist“, der sich mit seinen kritischen Äußerungen zum NS-Regime lautstark hören ließ, kam er bereits 1934 das erste Mal für acht Tage in Haft. Es folgten Jahr für Jahr weitere antifaschistische Äußerungen und sich daran anschließende Verhaftungen, mal wegen staatsfeindlicher Propaganda oder Sabotage am Vierjahresplan, mal wegen Verächtlichmachung führender Persönlichkeiten, darunter eine Beleidigung von Hermann Göring, und schließlich wegen des Verdachts auf hochverräterisches Handeln.⁶⁷

Alle Vorladungen und Verhaftungen verfolgte der Schwager und Polizeioberleutnant Ernst Nolte, Vorsteher des 19. Polizeireviers, und zuständig für die Waffenkammer in der Gutleutkaserne. Ob er seinen Schwager

Siegmund mitunter ermahnt hat, doch öffentlich etwas zurückhaltender aufzutreten, ist zwar anzunehmen, aber die fortgesetzten Vorladungen und Haftstrafen sprechen dafür, dass sich Siegmund Stein weder einschüchtern noch mit Ratschlägen mäßigen ließ. Ernst Nolte bestätigte später detailliert den Widerstandsgeist von Schwager Siegmund.

Seit 1937 und mit der „Arisierung“ von Frankfurter Geschäften und Betrieben trat auch der andere Schwager, Karl Nolte, in Erscheinung. Dem ermittelnden Gestapo-Beamten Krüger, als Referatsleiter zuständig für wirtschaftliche Angelegenheiten und Rechtsorganisation, fiel auf, dass die Übergabe von Steins Firma FRAFAG an Ehefrau Paula und Schwager Karl Nolte vom NS-Prozedere abwich. Krüger entdeckte, dass es sich bei der Arisierung des Geschäfts um eine „getarnte“ Übertragung handelte, bei der Schwager Karl und die Ehefrau Paula Stein das Geschäft auf ihre beiden Namen umschreiben ließen.



FRAFAG-Plakette © Sammlung Petra Bonavita

Karl Nolte, der sich von den Nationalsozialisten 1933 als arbeitsloser Kaufmann Unterstützung erhofft hatte und „durch deren irreführender Propaganda“ er am 1. Mai 1933 der NSDAP beigetreten war⁶⁸, wurde 1935 als Betriebsobmann bei FRAFAG eingestellt. Vor diesem Hinter-

grund begann die „getarnte“ Geschäftsübernahme. Unter Beobachtung der Partei und Gestapo wurde Karl Nolte mehrmals vor das Parteigericht zitiert. Die Geheime Staatspolizei wandte sich im September 1937 sogar an das Oberste-Parteigericht in München, aber Nolte verstand es immer wieder, sich bei den mehrmaligen Vorladungen einer Bestrafung zu entziehen.⁶⁹

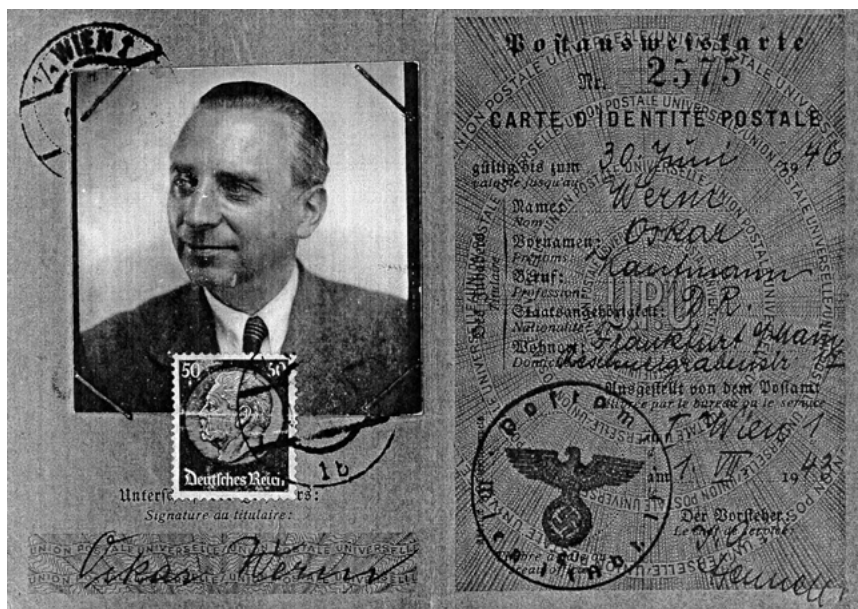
Dennoch blieb hinter den Kulissen Siegmund Stein weiter „die Seele des Geschäfts“, - erfahren wir nach 1945 - „ungeachtet der s. Zt. geltenden gesetzlichen Nazi-Bestimmungen. Unter anderem wurde der Firma die BMW-Vertretung entzogen, da ein Misstrauen gegen sie entstanden war. Steins Firma wurde daraufhin von Seiten des Reichskriegsministers in die Liste derjenigen Firmen aufgenommen, denen gegenüber Vorsicht geboten ist“, teilte die Industrie- und Handelskammer Frankfurt als Auskunft im November 1947 mit.⁷⁰

Für den Gestapo-Beamten Krüger war diese Firmenübertragung ein Fall für die Staatsanwaltschaft, und der wies darauf hin, dass sich „der Parteigenosse K.N., Ffm., Schloßstraße 72, des Verbrechens nach der Verordnung vom 22.4.38 (Tarnung jüdischer Geschäfte durch Arier) schuldig gemacht haben dürfte“. ⁷¹ Der Bruder Ernst habe sich darüber hinaus um Reisepässe für Siegmund Stein und Ehefrau Paula eingesetzt und sei mehrmals in Uniform auf dem Pass-Büro und bei der Gestapo, Abt. II, vorstellig geworden. Sollte sich die Staatsanwaltschaft nicht des Ermittlungsverfahrens annehmen, dann werde er, Krüger, nicht nachlassen, die Sache zu verfolgen. Nachdem ein verschlossener Umschlag mit den Beweismitteln der Staatsanwaltschaft übergeben worden war, wurde Stein am 21. Dezember 1938 durch den Oberstaatsanwalt verhört, kurz belehrt und mit Androhung von Konzentrationslager wieder entlassen. Auch gegen Ernst Nolte ließ Krüger staatspolizeilich ermitteln und bat um streng vertrauliches Vorgehen. Ernst Nolte gelang es, wie er schrieb, mit Hilfe eines Major Weinbrenner das Verfahren gegen ihn zu unterdrücken.

Trotz der wachsenden Gefährdung ließ Stein auch nach dieser „Belehrung“ nicht nach, und ein Dreivierteljahr später kam er wegen Zersetzung der Wehrmacht für vier Tage in Haft. Daraufhin folgte im Januar 1940 eine Verbannung zur Zwangsarbeit nach Stuttgart - bis zum 22. August 1942. Zufällig oder auch nicht geschah diese Maßnahme parallel zur Versetzung des Gestapo-Beamten Walter Krüger nach Stuttgart. Als letzter Schritt, um Stein endgültig auszuschalten, erreichte ihn eine Vorladung mit dem Befehl vom Frankfurter Gestapo-Beamten Heinrich Baab, am 24. Juni 1943 in der Gestapo-Zentrale in der Lindenstraße zu erscheinen. Es war unmissverständlich, was nach der Vorladung folgen würde: Verhaftung, Deportation und ein Vernichtungslager. Das war für ihn der Zeitpunkt, in die Illegalität abzutauchen. Mit Hilfe des österreichischen Widerstandskämpfers Eduard Rabofsky floh Stein nach Wien. Wie dieser Kontakt nach Österreich entstanden war, erschließt sich aus Rabofskys Biographie.⁷² Rabofsky war gelernter Autoschlosser, und offensichtlich war zwischen dem erfolgreichen Geschäftsmann Stein in den zwanziger Jahren in Frankfurt und dem Auto-Kollegen in Wien ein freundschaftlicher Kontakt entstanden. Rabofsky, seit seiner Jugend Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), war ein ausgezeichnete Bergsteiger und kannte die Alpenregion und die Pfade gut genug, um einen Mann unbeobachtet über die Grenze zu führen. Er wird Steins Fluchthelfer nach Wien gewesen sein, der ihm dort auch zu einer Postausweiskarte auf den Namen Oskar Werm verhalf - ausgestellt im 1. Bezirk von Wien am 1. Juli 1943.

Es sei zu umfangreich, um das alles zu beschreiben, wehrte Stein nach 1945 gegenüber der Entschädigungsbehörde in Wiesbaden eine detaillierte Auflistung seiner Aktivitäten ab. Denn auch in Wien hielt er sich nicht mit seinem antifaschistischen Engagement zurück und beschrieb seine Untergrundarbeit mit einer aktiven Teilnahme als „U-Boot“ im Wiener Widerstand.

Diese außergewöhnliche Familiengeschichte der Steins und Noltes, mit Verbindungen zur Polizei und seinem widerständigen Schwager



Sigmund Steins Kennkarte, in Wien ausgestellt auf den Namen Oskar Werm
 © Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 518

Ernst Nolte, kannte kaum ein Leser der siebziger Jahre, der zum 50. Geschäftsjubiläum in der Beilage der „Frankfurter Neuen Presse“ vom 30. Mai 1973 las: „Erster Kunde war 1945 Frankfurts Polizei mit teilweise Uraltmotortorrädern, die mehr geflickt als repariert werden konnten. Es mangelte an Ersatzteilen, es mangelte an Werkzeug, aber irgendwie schafften es Sigmund Stein und seine beiden Söhne immer wieder, ihre Kunden zufriedenzustellen“. ⁷³



Ernst Nolte (Passfoto aus seinem Dienstaussweis Ende der vierziger Jahre) © ISG FFM

Trotz der Beobachtung durch die Gestapo half Ernst Nolte auch nach der Flucht des Schwagers mehreren Verfolgten. Seine Ablehnung des Nationalsozialismus hatte sich bald herumgesprochen. In seiner Rechtfertigung für ein Spruchkammer-Verfahren wird deutlich, dass er für jede hilfesuchende Person mit besonderer Sorgfalt nach Auswegen und alternativen Plänen suchte. Er selbst nannte seine Hilfe „Rat und Tat“ (Hervorhebung im Original), wobei sich die tatkräftige Unterstützung auf die Rettung von Juden bezog. So riet er Jette Kordey, einen „Arier“ zu heiraten, um ihre unehelich geborenen Töchter ihres jüdischen Lebensgefährten Adolf Marx vor der Verfolgung zu bewahren. Ilse Petersen, jüdische Ehefrau seines entlassenen Polizei-Kollegen Hugo Petersen, riet er zur Flucht aus der Stadt. Nachdem die Familie in der kurz zuvor bezogenen Wohnung im Haus der Familie von Mettenheim im Westend ausbombt wurde, sollte sich Ilse Petersen in der Sammelunterkunft für Juden einfinden. Sie flüchtete aus Frankfurt und ging im März 1944 mit ihrer kleinen Tochter zu ihrem Schwager Karl Petersen nach Norddeutschland. Dort überlebte sie illegal, indem sie in der Landwirtschaft arbeitete. Für Klara Stein, der Schwester von Siegmund, versuchte Ernst Nolte eine Anerkennung als „Mischling ersten Grades“ zu erreichen. Sie wandte sich mit gut präparierten Unterlagen an das Reichssippenamt in Berlin und konnte durch den frühen Tod ihres Vaters im Jahr 1920 ihre Abkehr vom Judentum offensichtlich glaubwürdig genug belegen. Nachdem ihr das Reichssippenamt einen Status als „Mischling ersten Grades“ bescheinigte, lebte sie seit September 1941 bei ihrer Arbeitgeberin Lisel Hartmann und wurde von ihr geschützt. Die zweite Schwester von Siegmund Stein, die verheiratete Else Schloss, schaffte es noch kurz vor Kriegseintritt der USA im Jahr 1941 dorthin zu emigrieren.

Ständige Warnungen vor Verhaftungen durch die Gestapo übermittelte Nolte an widerständige Bewohner des Frankfurter Stadtteils Bockenheim. In der Wohnung von Albert Kress in der Robert-Mayer-Straße 50 trafen sich linksgerichtete Kreise aus SPD und KPD. Im Juli 1942 flog die Gruppe auf. Zwei Gestapo-Beamte hatten sich als Spitzel eingeschleust. Dank der Warnungen von Nolte konnte Albert Kress vor

der Verhaftung bewahrt werden, allerdings nur bis zum Sommer 1943. Am 5. August 1943 wurde er verhaftet und vom Volksgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Kress und Nolte waren seit zwanzig Jahren miteinander bekannt, hörten gemeinsam ausländische Sender und tauschten sich darüber aus. Zu Nolte schrieb Albert Kress: „Unsere Informationen wurden in bekannten Kreisen besprochen und weiterverbreitet, um den Kreis der Nazigegner zu vergrößern“. ⁷⁴

Mit einer weiteren „Tat“ unterstützte Nolte seit 1943 die widerständigen Kollegen. Hans Gorius übergab er Munition für Waffen, die der Kollege auf dem Dienstweg nie erhalten hätte. Außerdem traf sich Nolte mit Fries und teilte ihm mit, welche Waffen inklusive Munition er der Widerstandsgruppe zur Verfügung stellen werde, wenn der Zeitpunkt gekommen sei. Einige Pistolen hatte er bereits an von Fries benannte Kollegen ausgehändigt. Auf den gemeinsamen Spaziergängen im Palmengarten erkannte Fries, dass sich Nolte als „äußerst zuverlässig“ erwies, auch wenn er „nach außen selbstverständlich sehr zurückhaltend“ auftrat. ⁷⁵ Offensichtlich hatte Nolte auch seinem Kollegen Fries nicht anvertraut, dass er bereits seit Jahren mit „Rat und Tat“ mehreren Verfolgten zur Seite stand. Von französischen Kriegsgefangenen ist überliefert, dass sie sich um einen Arbeitseinsatz in der von Nolte geleiteten Waffenkammer geradezu drängten, denn sie wurden von ihm human behandelt und gut versorgt. Kurz vor Kriegsende ließ er mit Absicht eine Gestapo-Ermittlung gegen einen Polizei-Reservisten unbearbeitet in der Schreibtischschublade liegen, bis die Amerikaner endlich Frankfurt befreit hatten.

Nolte, der kein NSDAP-Mitglied war und allem Drängen, allen Versprechungen und Versuchungen auf Beförderung zwölf Jahre lang widerstanden hatte, kam wegen einer Beförderung zum Reserve-Offizier kurz vor Kriegsende ins Blickfeld der amerikanischen Spionageabwehr CIC. Diese militärische Beförderung führte im Herbst 1946 letztlich zu seiner Entlassung aus dem Polizeidienst. Sofort bat er selbst um ein Spruchkammer-Verfahren, um zu beweisen, dass er in seiner mehr als

35jährigen Dienstzeit nicht ein einziges Mal vom demokratischen Staatsprinzip abgewichen war. In den sieben Monaten seiner Arbeitslosigkeit suchte er nach Entlastungszeugen. Für das Prozedere des Spruchkammer-Verfahrens besorgte er mehrere schriftliche Aussagen, die sein anti-nationalsozialistisches Engagement bestätigten.

Nach Prüfung der eidesstattlichen Erklärungen stand im Abschlussbericht der Spruchkammer zu Nolte unter anderem: „Die individuelle Prüfung ergab im vorliegenden Falle ebenfalls keine Belastung. Dass ein Polizeibeamter unter der Nazi Herrschaft der Versuchung widerstand, der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen beizutreten, lässt immerhin schon einen Schluss auf die wahre innere Haltung zu. Nach der Auskunft der Betriebsvertretung des Polizeipräsidiums sowie der schriftlichen Bekundungen zahlreicher Zeugen war die politische Einstellung des Nolte aber nicht nur passiv, sondern betont antinazistisch. ... Dass Nolte einen besonderen Anlass zur Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus hatte, ergibt sich aus dem Umstand, dass seine Schwester mit einem Juden verheiratet war. Sein Schwager Siegmund Stein erklärt, dass er Nolte wesentliche Unterstützung bei seinen Schwierigkeiten zu verdanken habe, welche Behauptung durch einen bei der Staatspolizei unter Aktenzeichen II E 1 – 6430/37 vorliegenden (... , unleserlich) bestätigt wird. – ... Die dem Nationalsozialismus feindselige innere Haltung wird ausserdem durch die Erklärung von Albert Kress, Otto Schwarz und Rudolf Krumb bezeugt. Aus dem Bericht des Letzteren verdient noch hervorgehoben zu werden, dass Nolte gefangenen Ausländern gegenüber eine menschliche Haltung einnahm und dass er die Akten eines wegen staatsfeindlicher Äußerungen gefährdeten Pol.-Reservisten unterdrückte, um diesen zu schützen. Die Kammer kam nach alledem zu der Feststellung, dass weder unter das Gesetz fallende äussere Merkmale, noch irgendwelche sonstigen belastenden Tatsachen vorliegen“. ⁷⁶ Am 20. Juni 1947 wurde das Verfahren eingestellt, da Ernst Nolte aufgrund des „Gesetzes zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus“ nicht betroffen war. Am 16. Oktober 1947 konnte er seinen Dienst wieder aufnehmen.

Gefahren durch Kollegen im Herbst 1944

Nach dem Tod des Gastwirts Cornelius Zimmermann am 15. September 1941 stellte die Witwe Anna Zimmermann weiterhin ihr Hinterzimmer des Hotels für die klandestinen Treffen der Widerstandsgruppe zur Verfügung. Dann aber zerstörte eine Fliegerbombe am 10. Januar 1944 das Haus fast vollständig. Christian Fries wurde zum Glück lebend aus den Trümmern geborgen, aber seine Mitarbeit an dem geplanten Attentat geriet ins Stocken. Er brauchte mehrere Monate zur Genesung, und erst im Mai war er gesundheitlich wieder hergestellt, rechtzeitig genug, um sich in die Vorbereitungen des geplanten Attentats auf Hitler wieder einzuklinken.



Kronprinzenstraße 49
nach dem Fliegerangriff
am 29. Januar 1944 nur ein
Trümmerhaufen.
© ISG FFM, ISG_S7B_1998-04

Nachdem es offenbar äußerst schwierig war, einen neuen Ort für die konspirativen Treffen zu finden, musste der Austausch unter den Widerständlern auf die Flure des Polizeipräsidiums verlegt werden. War es denn in der „Höhle des Löwen“ inmitten des Publikumsverkehrs und im Gedränge auf den Gängen möglich, unauffällige Begegnungen oder Absprachen konspirativ zu organisieren? Es ist kaum vorstellbar wie das gelingen konnte, und unbeobachtet blieben die Beteiligten gewiss nicht.

Bald bot sich den NS-Kollegen ein konkreter Anlass, um Christian Fries endlich aus dem Verkehr zu ziehen. Nach seiner Äußerung im Herbst 1944 bei der Bergung von Leichen am Bunker in der Mühlgasse sagte er laut und vernehmbar: „Das verdankt Ihr alles Herrn Hitler, dem gemeingefährlichsten Geisteskranken der ganzen Welt“. ⁷⁷ Dies war der Aufhänger für drei Kriminalkommissare, eine Anzeige wegen „Heimtücke“ zu erstatten. Dem Leiter der SD-Stelle Frankfurt, dem ihn bereits aus Lothringen bekannten SS-Sturmabführer Willi Pallas, kam diese Anzeige mit weiteren „heimtückischen“ Bemerkungen von Fries auf den Tisch. Es hieß darin, dass Fries eine Gefahr für die Beamten des Polizeipräsidiums sei, wenn erst einmal die Amerikaner näher rücken sollten. Er mache abfällige Bemerkungen über Hitler.

Verblüffenderweise geschah nach dieser Anschuldigung nichts. Der SS-Sturmabführer Pallas verfolgte die Anzeige nicht weiter. Wie Fries später erfuhr, war es ein weiteres Mal Christel Pallas, die sich für ihn eingesetzt hatte. Sie schaffte es, ihren Ehemann davon zu überzeugen, die Anzeige nicht weiter zu verfolgen.

Fries hatte in dem oben erwähnten Schreiben vom Mai 1945 zu seinem Einsatz in Lothringen über ihre Unterstützung in der „Sache“ Lothringen berichtet, nun bezeugte er Christel Pallas den lebensrettenden Einsatz in eigener Sache: „Auch später waren Sie in Frankfurt a.M. weiterhin im Sinne unserer früheren Abmachungen tätig. Insbesondere erfuhr ich von Ihnen frühzeitig die durch die Stapo beabsichtigten Juden-Aktionen, sodaß es mir möglich gemacht wurde, Juden rechtzeitig zu warnen bzw.

sie durch Mittelsmänner in Sicherheit bringen zu lassen. Von diesen betroffenen Personen ist bereits eine zurückgekehrt, sie war im Schwarzwald versteckt untergebracht und wird unsere Tätigkeit in vorstehendem Sinne gerne bestätigen.

Wie so vielen anderen Menschen haben Sie auch mich noch Ende Oktober 1944 vor dem Zugriff der Staatspolizei gerettet. Seinerzeit wurde bei Ihrem Ehemann, der ja damals bekanntlich Leiter des SD-Abschnittes Frankfurt a.M. war, eine Anzeige gegen mich erstattet, in der man mir meine staatsfeindliche Einstellung vorwarf.

Insbesondere war in dieser Anzeige vermerkt, daß ich bei der Leichenbergung am Bunker in der Mühlgasse die Bevölkerung aufgehetzt hätte mit den Worten „Das verdankt Ihr alles Herrn Hitler, dem gemeingefährlichsten Geisteskranken der ganzen Welt“. Darüber hinaus war in der Anzeige vermerkt, daß ich selbst eine große Gefahr für die Kameraden der Kriminalpolizei bedeuten würde, ich müßte beseitigt werden. Diese Anzeige war unterzeichnet vom SS-Hauptsturmführer und Kriminalkommissar Weis, Hilfs-Kriminalkommissar Lagies, Frau Lagies und Kriminal-Obersekretär Leonhard Hofmann. Ich bin mir vollends im Klaren darüber, was es bedeutet hätte, wenn diese Anzeige weitergeleitet und in die Hände der Staatspolizei gelangt wäre. Sie haben es seinerzeit fertiggebracht und Ihren Ehemann veranlaßt, daß er diese Anzeige vorerst einmal im Schreibtisch verschlossen liegen ließ und bemerkten, daß man mich doch noch weiter beobachten solle. Auf Ihre diesbezügliche Warnung bin ich dann mit meinen Äußerungen etwas vorsichtiger gewesen, bis Sie mir meldeten, daß auf Ihr Drängen hin die Anzeige von Ihrem Ehemann selbst vernichtet wurde. ...“⁷⁸

Nicht nur Fries, auch andere widerständige Kriminalbeamte beobachtete man wegen ihrer anti-nationalsozialistischen Haltung, und sie schwebten ständig in Gefahr, aufzufliegen. Fritz Breiter berichtete darüber: „Erwähnen möchte ich noch, dass ich zu der Widerstandsbewegung Henschler und Genossen gehörte und in- und ausserdienstlich die Naziherrschaft, so gut es irgend möglich ging, diskriminierte. Seitens des ‚nationalsozialistischen Führungsoffiziers‘ wurde ich dreimal dem Abtei-

lungskommandeur ‚wegen meinen fortgesetzten Bemerkungen‘ zur Einleitung eines Verfahrens gegen mich gemeldet, was aber der Abteilungskommandeur ablehnte, da er selbst antinationalsozialistisch eingestellt war“.⁷⁹



Auf den Gängen im Polizeipräsidium © Zeichnung Daniel Hartlaub

Die Neu-Isenburger Kontakte

Mit den Neu-Isenburgern Dr. Weinreich, Dr. Boelsen und Dr. Hayn hatte sich ein Kreis gleichgesinnter Widerständiger gefunden, die Fahnenflüchtigen und verfolgten Juden zeitweise Unterschlupf und Versorgung zusicherten. Über den Praxisbetrieb des Allgemeinmediziners Hayn in der Waldstr. 128 konnte man als vermeintlicher Patient mit Losungswort und einem Zahlencode nächtens unterschlüpfen. Auch seine Hausbesuche trugen zum Schutz Verfolgter bei und der in Neu-Isenburg eingesetzte Polizeibeamte Josef Hedderich verstand es, Gefahren abzuwehren.⁸⁰

Nach dem fehlgeschlagenen Attentat auf Hitler im Juli 1944 hätte man leicht alle konspirativen Treffen und Widerstandspläne aufgeben können. Umso bewundernswerter bleibt es, wie Fries und seine Kollegen trotz aller Hindernisse und Niederschläge unermüdlich weiter nach Kontakten und Personen suchten und an dem Ziel festhielten, die Diktatur niederzuringen. Als nach dem Attentatsversuch, zumindest in Frankfurt, keine Verhaftungen erfolgten und sich die Nervosität gelegt hatte, sah sich der Stützpunktleiter Fries nach neuen Bundesgenossen um.

Das Haus des Dr. Hayn muss bereits über Wilhelm Reitz bei den Frankfurtern bekannt gewesen sein, denn Reitz wurde von Fries als einer der ersten Widerständigen im Jahr 1937 benannt. Seine Anschrift in Neu-Isenburg war die Waldstrasse 130, das Nachbarhaus der Neu-Isenburger Praxis des Dr. Hayn. Die Ehefrau Dr. Trude Hayn erinnerte sich an den harten Kern dieser Neu-Isenburger Widerständigen, die bald nach 1939 „vielleicht bis an die einhundert Leute“ als Unterstützer gewinnen konnten.⁸¹

Die Verbindung zu der Gruppe ins benachbarte Neu-Isenburg war durch Wilhelm Reitz schnell geknüpft. Er stellte den Kontakt zu Dr. Hans Hayn und über ihn zu Gustav Kettel ins Ruhrgebiet her. Als die Tochter Margot Fries nach Entlastungszeugen für ihren Vater suchte, wa-

ren Jakob Steffan, Hans Hayn, Gustav Kettel und die entlassenen Kriminalbeamten sofort bereit, den aktiven Widerstand von Fries zu bezeugen.

Bis zum 1. Juni 1946 hatte Fries' Tochter Margot genügend Zeugnisse zusammengetragen, die umfangreich belegten, wie ihr Vater „dieses verurteilte System aktiv bekämpft“ hatte (Hervorhebung im Original). Mittlerweile saß er seit neun Monaten im Internierungslager Ludwigsburg, und noch immer warteten Ehefrau und Tochter auf seine Entlassung. Margot Fries sandte dem Lagerkommandanten die detaillierten Schilderungen der einstigen Mitstreiter zu. Außer einer Erklärung des seit Mai 1945 als Regierungspräsident für Rheinhessen eingesetzten Jakob Steffan, gehören die Erläuterungen von Dr. Hans Hayn aus Neu-Isenburg und von Gustav Kettel aus Essen wohl zu den wichtigsten Entlastungsschreiben. Außerdem fügte Margot Fries eine Kopie der Seite aus Emil Henk's Buch über „Die Tragödie des 20. Juli 1944“ bei, in welcher ihr Vater als „Stützpunktleiter“ für Frankfurt genannt wurde. Auch das erwähnte Schreiben von Edith Wagner gehörte dazu, deren Mutter Martha mit Hilfe von Fries rechtzeitig vor der Deportation untertauchte, sowie Bescheinigungen von sechs Männern (ohne Namensnennung), die in der Nazi-Zeit verfolgt und von Fries geschützt wurden. (Siehe Anhang 2)

Es ist kaum zu verstehen, warum die umfangreichen Beweise für den aktiven Widerstand von Fries unbeachtet blieben, und die Verantwortlichen der amerikanischen Militärregierung nicht auf die Bitte um Freilassung eingingen. Die beiden Schreiben von Hayn und Kettel, die im Washingtoner Archiv jahrzehntelang verwahrt wurden, schließen eine Informationslücke in der Widerstandsforschung für die letzten Kriegsmomente des NS-Regimes.

In dem politischen Zeugnis von Dr.med. Hans Hayn aus Neu-Isenburg, Waldstr. 128 vom 26. Mai 1946 - zur Vorlage beim C.I.C. - äußerte er sich über Kriminalrat Christian Fries und zur Zusammenarbeit beider Widerstandsgruppen: „Ich, der Endesunterzeichnende Dr. Hans Hayn, kann meine gegen das Nazi-Regime gerichtete antifaschistische Tätigkeit

ab dem Jahre 1933 nachweisen. Meine diesbezüglichen Akten sind von der Militär-Regierung in Frankfurt (siehe Fragebogen K 344) und von Dienststellen des CIC nachgeprüft und für gut befunden worden, so daß mir das Prädikat „Favorable“ zuerteilt wurde. Ich bin der Person und der Sache nach führenden Männern der jetzigen deutschen Verwaltung bekannt. – Die Ausstellung von politischen Leumundszeugnissen habe ich bis jetzt nur in ganz vereinzelt Fällen vorgenommen; den Fall FRIES betrachte ich als einen solchen Ausnahmefall.

Den jetzigen Kriminalrat, damaligen Kriminal-Kommissar FRIES kenne ich seit 1943. Ich war Leiter und Gründer einer Widerstandsgruppe, die 1944 in die „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Groß-Britannien“ durch deren politischen Agenten Gustav Kettel aus Essen eingegliedert wurde. Mitglieder der „Union“ arbeiteten für den britischen OSS (Office of Strategic Services). FRIES wurde mir durch ein Mitglied der Gruppe (Wilhelm REITZ) als ausserordentlich zuverlässig avisiert. REITZ kannte FRIES schon mehrere Jahre von politischen Zusammenkünften in dem als kompromisslos antifaschistisch bekannten Hotel ZIMMERMANN in Frankfurt/M Kronprinzenstrasse her. An diesen Zusammenkünften nahm u.a. auch regelmäßig der jetzige Regierungspräsident von Mainz JAKOB STEFFAN teil, ein Mitarbeiter des im Zusammenhang mit dem mißglückten Putsch vom 20. Juli 1944 von den Nazis ermordeten früheren hessischen Ministers LEUSCHNER. Die politischen Lagebesprechungen gestalteten sich immer sehr offen und Herr STEFFAN, der ja bereits damals eine hochpolitische und gefährliche Mission für die Vorgänge des 20. Juli 44 hatte, nahm an der Anwesenheit des Kommissars FRIES niemals Anstoss und sah keinen Grund, mit seiner Meinung hinter dem Berg zu halten. Somit war FRIES später, als ich ihn näher kennen lernte, für mich und meinen Freundeskreis bestens legitimiert und wir konnten ihn als Mitglied der Gruppe zählen.- Im Jahre 1944 ging die Gruppe Dr.HAYN daran, einen Plan auszuarbeiten mit dem Ziel, eine Verteidigung der Stadt Frankfurt beim Heranrücken der siegreichen amerikanischen Armee zu verhindern und den damaligen Gauleiter SPRENGER zu beseitigen. Der Plan wurde bis in die Einzelheiten hinein ausgearbeitet und FRIES erhielt in diesem

Rahmen wichtige Missionen zugeteilt, ja seine und der Polizei Mitarbeit war für die Durchführung des Unternehmens eine Grundvoraussetzung und ausschlaggebend. Wir haben bei allen Lagebesprechungen niemals an der Zuverlässigkeit des Herrn FRIES gezweifelt und er hat uns auch nie enttäuscht. Er erwies sich für uns stets als glühender Antifaschist, der die Nazis bis auf den Tod hasste und in ihrem Untergang die Rettung der Zivilisation sah. – Der Plan gelangte dann später nicht zur Ausführung, da die ungeheure Überlegenheit der amerikanischen Streitkräfte den Zusammenbruch der deutschen Armee derartig schnell herbeiführte, dass die Vorbereitungen zu unserem Unternehmen nicht mehr abgeschlossen werden konnten (wesentliches Druckmaterial und Plakatanschläge konnte nicht mehr fertig gestellt werden). So kam es, daß – als unsere Gegend Frontgebiet wurde – nur noch unzusammenhängende Einzelaktionen durchgeführt wurden.

Abschliessend und zusammenfassend kann daher gesagt werden:

Soweit ich und mein Freundeskreis den Kriminalrat FRIES in politischer Hinsicht kennen, halten wir ihn für einen überzeugten Antifaschisten, der seine antifaschistische Gesinnung durch aktive illegale Arbeit gegen das Nazi-Regime unter Beweis gestellt hat. – Inwieweit andere, uns nicht bekannte schwerwiegende Belastungen gegen FRIES vorliegen, die seine Inhaftierung und Überführung in das Internment Camp Ludwigsburg rechtfertigen, vermögen wir natürlich nicht zu beurteilen. Wir halten es jedoch für möglich, dass FRIES irgendwelchen Denunziationen zum Opfer gefallen ist.

Ich gestatte mir hiermit, die ergebenste Bitte zu äussern, den Fall FRIES an Hand dieser wahrscheinlich neuen Argumente zu überprüfen und in Erwägung ziehen zu wollen, ob eine Freilassung bis zum Abschluß seines Verfahrens nicht möglich ist. FRIES ist m.E. absolut zuverlässig und in keiner Weise eine Gefahr für die Sicherheit der Angehörigen der siegreichen amerikanischen Besatzungsmacht“. ⁸²

Unterschrift Dr. Hans Hayn

Gustav Kettel (1903-1983), der ebenfalls ein Entlastungsschreiben für Fries verfasste, wird als Pazifist, Sozialist und Widerstandskämpfer vorgestellt. In Bad Ems war er als aktiver Gewerkschafter und SPDler bekannt und musste 1933 die Stadt verlassen, um sich vor steigender Verfolgung zu schützen. Mit Vertretertätigkeiten und später einem Geschäft für Großküchen schuf er sich in Essen und Dortmund die Basis für zahlreiche konspirative Kurierfahrten, die zur Information der Widerstandsakteure und als Tarnung notwendig waren. Die Begegnungen und der Austausch unter Kollegen auf den Gängen oder in den Arbeitszimmern des Polizeipräsidiums gehörten zum Arbeitsalltag und waren von außen betrachtet nichts Ungewöhnliches. Bei einem Kurier wie Kettel oder den in der Illegalität operierenden Widerstandsfreunden waren sorgfältige Vorsichtsmaßnahmen zur Tarnung nötig, deshalb stellte sich Gustav Kettel unter dem Namen „Camphausen“ vor.

Mit den Neu-Isenburger Widerständigen war er früh in Kontakt gekommen. Zum einen als Mitglied über den Frankfurter Zweig der „Deutschen Friedensgesellschaft“ und zum anderen als Kurier zwischen Südhessen und dem Ruhrgebiet. Wer sich in seine Vita einliest bemerkt, wie rührig und wendig er seine Kontakte bis zu den Exilorganisationen der SPD in den Niederlanden und Großbritannien schmiedete. „Er gehörte zum engeren Umfeld von Wilhelm Leuschner und organisierte insbesondere die Kurierverbindung zwischen den südhessischen Stützpunkten mit jenen im Ruhrgebiet und in den Niederlanden sowie zur Union Deutscher Sozialistischer Organisationen in London“. ⁸³ Gegen Kriegsende musste er selbst untertauchen und fand im Oktober 1944 als Fahnenflüchtiger Unterschlupf in der Neu-Isenburger Waldstraße bei Dr. Hayn. Der Frankfurter Kriminalbeamte Karl Buchhold wusste über Kettels Kontakte in Essen, dass dort Waffen aus den Kruppwerken beschafft werden sollten, um am Tag X die im Frankfurter Präsidium anwesenden SS-Angehörigen festnehmen zu können. Mit seinen Erklärungen zum Widerstand wollte Kessel zur Entlassung von Fries aus dem Internierungslager beitragen. Der Bericht aus seinen Jahren als Kurier zeigt, wie

eng die Kontakte und wie sorgfältig die Aufgaben im Widerstand verteilt waren.

„Gustav Kettel, Essen-Heisingen, den 1.6.46, Elsaßstrasse 82

E i d e s s t a t t l i c h e E r k l ä r u n g

Ich, der endesunterzeichnete GUSTAV KETTEL, war vor 1933 Partei- und Gewerkschaftsfunktionär. Die Polizei-Organen des Dritten Reiches haben mich wiederholt inhaftiert.- Während des Krieges habe ich namentlich im Ruhrgebiete die illegalen antifaschistischen Kräfte der Arbeiterschaft gesammelt, sie zu Gruppen zusammengefasst und organisiert und deren Verbindung zu deutschen Emigranten in Holland hergestellt. Ich gehöre zu den sieben Gründern der „Neuen sozialistischen Partei“, die sich im Oktober 1943 illegal konstituierte. Nachdem uns die „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Groß-Britannien“ etwa Mitte 1944 in der Person des Gen. Josef Kappius einen politischen Agenten aus England geschickt hatte, traten wir diesem Kartell bei. Für den Staatsstreich vom 20 ten Juli 1944 war ich als V-Mann des Leuschner Kreises 15 Monate als Kurier unterwegs in allen Teilen Deutschlands.- Ich bin der Person und Sache nach führenden Männern der Städte Darmstadt, Frankfurt/M, Neu-Isenburg und Westfalens bekannt.-

Während und vor dem Kriege unterhielt ich Verbindung zu politisch orientierten Kreisen u.a. in Frankfurt/M., so mit dem heutigen Polizeihauptmann Kurt HENSCHLER, der 1933 aus dem Dienst entlassen wurde. Durch ihn wurde ich auch in das Polizeipräsidium in Frankfurt eingeführt und lernte dort 5-6 antifaschistische Beamte kennen, so auch den ehemaligen Kriminal-Inspektor FRIES, dem ich zuerst unter dem Namen Camphausen gegenübertrat. Fries war mir als politisch zuverlässig avisiert worden. Beim Austausch der politischen Ansichten stellte ich dann zu meiner Überraschung fest, dass Fries bereits einer Widerstandsgruppe angehörte und als solcher auch aktiv tätig war. Herr Fries bekannte sich im Laufe einer weiteren Unterredung, ebenfalls im Polizeipräsidium, ganz zu meiner politischen Auffassung der damaligen Lage und wir über-

legten, wie wir am schnellsten das von mir vorgelegte Aktionsprogramm in die Tat umsetzen könnten. Durch den Leiter der Widerstandsgruppe, welcher Herr Fries angehörte, habe ich dann Kenntnis von einer geplanten Aktion gegen den damaligen Gauleiter Sprenger erhalten. Diese Aktion erforderte neben sehr viel Mut große Entschlossenheit und Tatkraft und es wird heute schwer sein, sich die damaligen politischen Verhältnisse und die ständige Gefahr klarzumachen, der alle illegalen Kräfte ausgesetzt waren. Herr Fries war an dieser geplanten Aktion in führender Stelle beteiligt. Es wurde mir auch später von anderen Gruppen bekannt, dass Herr Fries in Verbindung stand mit heute führenden Verwaltungsbeamten und dass diese Verbindung eine rein politische war.

Beispielsweise wird in einer Broschüre über die Zusammenhänge des 20. ten Juli 1944 (Staatsstreich gegen Hitler) auch der Name Herr Fries genannt und zwar als Vertrauensmann des Leuschnerkreises in Frankfurt/M. Der Verfasser dieser Broschüre ist Herr Emil Henk, Heidelberg, Kaiserstrasse 33.

Herr Fries ist in meinen und den Augen meiner Freunde eine durchaus anständige Persönlichkeit, der auch während der Nazizeit den Mut des Widerstandes aufbrachte, über seine Inhaftierung durch CIC war ich aufs höchste überrascht und bestürzt. Ich bin nicht sicher, dass Herr Fries in deutschen Verwaltungskreisen persönliche Feinde besitzt, diese Vermutung ist mir jedoch wiederholt gekommen. Nachdem ich Ende März 1946 nach monatelanger Abwesenheit in Frankfurt zu tun hatte, habe ich auch an den Leiter der CIC Herrn Major IHLEFELDT in Frankfurt, über die Angelegenheit Fries eine schriftliche Erklärung zu seiner Entlassung abgegeben“.

Unterschrift Gustav Kettel⁸⁴

Die amerikanische Militärregierung vor schwierigen Aufgaben

Christian Fries, der noch im März 1945 nach Alsfeld abgeordnet wurde, nahm die erste Gelegenheit wahr, setzte sich von den NS-Kollegen ab und versteckte sich, bis die Amerikaner Alsfeld besetzten. Von einem amerikanischen Major erhielt er einen Passierschein, kehrte nach Frankfurt zurück und konnte zum 4. April 1945 seinen Dienst wieder aufnehmen, zuerst als Leiter des Außendienstes und mit der Beförderung zum Kriminalrat am 23. Juli 1945 als Leiter der gesamten Frankfurter Kriminalpolizei – bis zur Verhaftung Ende August.

Wie bereits erwähnt, wurde er – kaum vier Monate wieder im Amt – am 28. August 1945 von Mitarbeitern des CIC verhaftet. Den Grund seiner Verhaftung erfuhr er weder im Gefängnis in Frankfurt-Höchst noch nach seiner Überführung in das Ludwigsburger Internierungslager. Er wurde weder in den nächsten Monaten verhört, noch wurden die von seiner Tochter im Juni 1946 eingereichten Unterlagen als Beweise einer doch offensichtlich ohne weitere Überprüfung durchgeführten Verhaftung angesehen. Nach einer fünfzehn Monate währenden Haft wurde er schließlich am 14. November 1946 entlassen. Auch danach blieb die Begründung der Frankfurter Dienststelle des CIC zu seiner Verhaftung nebulös, allerdings wurde ein möglicher Irrtum oder eine Namensverwechslung zugestanden. Siegermächte sind nicht auskunftspflichtig, aber man sprach ein Bedauern aus und wollte zu seiner Rehabilitierung alles beitragen. Da die CIC-Dokumente in den USA gelagert wurden und die deutsche Forschung dort nicht recherchierte, wird bis heute spekuliert, vor welchem Hintergrund die amerikanische Militärregierung seine Verhaftung anordnete. Was war das ihn belastende Material, das diese Maßnahme rechtfertigte?

Auch die amerikanischen Geheimdienstmitarbeiter, die die im Frankfurter Polizeipräsidium wiedereingesetzten Kriminalbeamten auf ihre

politische Haltung und Beteiligung an Unrechtstaten während der nationalsozialistischen Herrschaft überprüften, waren sich ihrer Sache offenbar nicht immer sicher, wie mit den von Fries übermittelten Angaben zu seiner Person umzugehen sei. So handelten sie nach der Devise: Im Zweifel verhaften, zur späteren Aufklärung vorlegen.

Fries hatte sich bei der US-Militärregierung unglaublich gemacht, weil er – wie erwähnt - seit Juli 1945 zu seiner beruflichen Abordnung 1940/41 in das von der Wehrmacht besetzte Lothringen ungenaue Angaben hinterließ. Lothringen gehörte unter dem NS-Regime zum Gebiet des Deutschen Reiches. Für die Alliierten jedoch war es kein Inlands-, sondern Auslandseinsatz auf dem von der deutschen Wehrmacht besetzten Gebiet von Frankreich. Erheblich belastete sich Fries weiterhin, als er den vom CIC beauftragten Kriminalbeamten Jakob Schwalm, der die Kollegen um Angaben zu Mitgliedschaften und Zugehörigkeiten in NS-Gliederungen abfragte, bat, den Namen seines Kollegen Alfred Meckel von der Liste der Belasteten zu streichen, denn Meckel wurde auf dieser Liste fälschlich – wie Fries wusste - als ein der SS angehörendes Mitglied aufgeführt. Als Fries sich bei dem Kollegen Schwalm ein paar Tage darauf erkundigte, ob er seiner Bitte nachgekommen war, fühlte sich Schwalm verpflichtet, den Vorfall dem CIC zu melden. Die CIC-Mitarbeiter hielten keine Rücksprache mit Fries und charakterisierten seine Äußerungen als „somewhat enigmatic, quite difficult to fathom“ (irgendwie rätselhaft, schwer einzuschätzen), weil er sich bei seinen Angaben und Handlungen wiederholt in Widersprüche verwickelt hatte.⁸⁵

Was für die CIC-Mitarbeiter wie die Vertuschung unwahrer Angaben wirkte, war in Wirklichkeit der ehrenwerte, aber ungeschickte Versuch von Fries, den Kollegen Meckel zu entlasten, von dem er wusste, dass er nie Mitglied der SS noch einer anderen NS-Gliederung gewesen war. Im Gegenteil: Alfred Meckel gehörte von 1923 bis 1933 einem sozialdemokratischen Polizeibeamtenverband an und hatte wiederholt Aufforderungen zum Eintritt in die NSDAP abwehren können. Kurz vor Kriegsende wurde er aber – seinem Polizeirang entsprechend „angeglichen“ - zum

Staffel-Sturmscharführer der SS ernannt und musste auf Grund einer dienstlichen Anordnung für wenige Monate eine SS-Uniform tragen.

Nach den Regeln und Gesetzen der Siegermächte führte die Mitgliedschaft bei der NSDAP und der SS oder das Tragen einer NS-Uniform für Beamte automatisch zur Dienstentlassung. Eine Differenzierung, vor welchen Hintergrund ein Beamter – wie im Fall Meckel – zum Uniformträger geworden war, konnten die erst seit wenigen Monaten operierenden Geheimdienstmitarbeiter der US-Armee kaum leisten. Dazu fehlten offenbar detaillierte Kenntnisse.

Meckel gab später zu seiner Verteidigung an, dass eine Nichtbefolgung seiner Ernennung zum Staffel-Sturmscharführer der SS und des Tragens der SS-Uniform als Befehlsverweigerung strengstens geahndet worden wäre. Diese Aussage wurde offensichtlich nicht zur Kenntnis genommen oder überprüft, und Meckel musste am 11. Oktober 1945 aus dem Dienst ausscheiden. Erst im Spruchkammerverfahren am 1. Juli 1947 wurde er als nicht betroffen vom Befreiungsgesetz eingestuft.⁸⁶

Zu der schwierigen Einschätzung seitens des CIC kamen im Verlauf der nächsten Monate öffentliche Anschuldigungen, die einen deutlich denunziatorischen Charakter zeigten. Verfolgte KPDler sowie einstige Nazis – wie im Falle des Mitbewohners in der Kurfürstenstraße, Albert Lahm, - rächten sich an „Volksverrätern“ und Widerständigen. Der Kriminalbeamte Siegfried Bode, von Fries als Widerständler aufgeführt, geriet in einen Wirrwarr aus Augenzeugenberichten und Abordnungseinsätzen. Man habe ihn bei einem Deportationszug zur Großmarkthalle gesehen, sagten vermeintliche Augenzeugen. Es war wohl eher seine Abordnung als Kriminalbeamter im Sommer 1944 in die Oberkrain und später in die Slowakei, die der amerikanischen Militärregierung auffiel. Als Nicht-Parteimitglied wurde er zwar nach Kriegsende zum 1.12.1945 zum Kriminalrat ernannt, doch im Jahr darauf von der Militärregierung wieder aus dem Dienst entlassen. Genaue Gründe wurden auch bei ihm

nicht angegeben. Er sei nicht mehr tragbar für einen Dienst in Frankfurt, beschied die Militärregierung.⁸⁷

Auch für den „wilden“ Nazigegner Gorius und engsten Vertrauten von Fries ließ die Befreiung auf sich warten. Während die 1933 entlassenen Kollegen ihren Dienst wieder antreten konnten, folgte Monat um Monat die Entlassung der Kollegen, die ihren Dienst während des NS-Regimes ausgeübt hatten. Hans Gorius brachte das politische Nachkriegsklima genau auf den Punkt, als er über die erbitterte Auseinandersetzung zwischen Nazis und Nazi-Gegnern am 3. Januar 1948 schrieb: „Es ist für mich und die wahren aktiven Antifaschisten ganz klar, daß man versucht von den noch versteckten Nazis, die sich in massgebenden Stellungen auch heute noch befinden, gegen die echten wirklichen aktiven Nazi-gegner, zu schießen und ihnen nach Möglichkeit versteckt Hindernisse im weiteren Fortkommen in den Weg zu legen und sonst wie Schwierigkeiten zu bereiten. Auf jeden Fall werden wir – d.h. meine Zeugen und ich – dem Veranlasser der nochmaligen Verhandlung zeigen was aktiver Widerstand war und ein Schaden im Sinne des Art. 13 dargetan ist. Um aktiven Widerstand zu damaliger Zeit geleistet zu haben, braucht man nicht Staatsrat, Künstler von Namen, Industrieller oder sonst einen hochklingenden Namen oder Titel geführt oder sonst was gewesen sein.

Ich bitte Sie, meine Herren von der Spruchkammer, um beschleunigte Durchführung der nochmaligen Verhandlung, denn ich habe wirklich kein Interesse mich weiter als Nazi ansehen zu lassen und geben Sie einem Menschen die verdiente Ehre wieder. Leben wir in einem Rechtsstaat, sind wir vor dem Gesetze gleich und haben wir wirklich eine Demokratie?“⁸⁸ Erst 1953 wurde er vollständig rehabilitiert und die verlorenen Jahre als Dienstjahre anerkannt.

Auch der persönliche Einsatz von Gustav Kettel änderte nichts an dem langwierigen Verfahren gegen Gorius. Nachdem ihn Freunde von der Internierung informiert hatten, schrieb er an Gorius' Ehefrau Augusta am 15. Juli 1947: „Ihre Vermutung trifft wahrscheinlich zu, da nämlich deutsche Stellen des dortigen Präsidiums nichts von der Widerstands-

gruppe, der Ihr Mann angehörte, wissen wollen“. Ihm sei bekannt, dass Gorius mit Erwin Schulze Plakate und Flugblätter kleben sollte. „Tatsache bleibt, daß Ihr Mann der Widerstandsgruppe angehört hat“. ⁸⁹ Der mit dem Spruchkammerverfahren betraute Rechtsanwalt Lafontaine sagte aus, dass die Internierung von Gorius auf Veranlassung von Schwalm erfolgte.

Das ist sehr wahrscheinlich. Schwalm hatte eine verzwickte Aufgabe zu erledigen als er vom CIC betraut wurde, die NS-Mitgliedschaften zu ermitteln und den beruflichen Werdegang der Kollegen zu erfragen. Konnte er ahnen, dass seine Ermittlungen für mehrere Widerständige die fristlose Entlassung aus dem Polizeidienst bedeutete? Schwalm war sich seiner diffizilen Aufgabe im Sommer 1945 sehr bewusst. Um weiter im Polizeipräsidium beschäftigt zu bleiben, fälschte er seine eigenen Angaben. Ende 1947 hatte er sich dafür vor einem Militärgericht zu verantworten und eine Rückkehr in den Polizeidienst war daraufhin ausgeschlossen. Für die Betroffenen vergingen wertvolle Jahre bis die Sachverhalte geklärt wurden. Das CIC hatte im Groben ganze Arbeit geleistet. An Feinheiten, Abstufungen und einer Wahrheitssuche ließ es der Geheimdienst fehlen.

Bei der Einschätzung der politischen Aktivitäten von Fries und seinem Einsatz in Lothringen stand für die US-Ermittler die diskriminierende Uniform im Vordergrund. Erst auf Nachfragen des verhörenden CIC-Agenten gab Fries an, dass er als Kriminalsekretär beim Einsatzkommando der Sicherheitspolizei und des SD II/2 in Thionville/Diedenhofen gewesen war und fügte an, dass er nur kurze Zeit eine Uniform tragen musste und die meiste Zeit seinen Dienst in Zivilanzügen verrichtet habe. Überzeugend klang er wohl nicht. Mit Ausnahme seines Einsatzes für den Polizeikollegen Alfred Meckel und der Befragung durch Schwalm habe er „Unschuld und guten Willen“ bekundet. Als er bemerkte, dass der verhörende Agent über die Einsatzkommandos vollständig Bescheid wusste, gab er zu, dass er mit dem Einsatzkommando der SIPO und des SD nach Lothringen gegangen war und gab seine frühere Version auf, es sei ein „Kriminalpolizei Einsatzkommando“ gewesen. Er habe sich

für diesen Dienst freiwillig gemeldet, da er in der Nähe geboren worden sei und die Leute kenne. Der verhörende CIC-Agent bemerkte, dass er nicht über die politischen Operationen des SIPO/SD-Büros in Thionville sprechen wollte, sondern meist über „unnötige Operationen“, denen er sich unterzogen habe, um die „verhasste Uniform“ los zu werden. Im letzten Absatz des CIC-Protokolls vom 29. August 1945 ist vermerkt, dass er im CIC-Gefängnis in Frankfurt-Höchst inhaftiert ist, dass man über eine Auslieferung an Frankreich nachdenke, aber „auf keinen Fall darf in Betracht gezogen werden, ihn wieder ins deutsche Polizeisystem einzugliedern“. ⁹⁰

Intention des CIC war offenbar, die französischen Behörden auf den Fall hinzuweisen. Eine Anfrage von den französischen Alliierten lag nicht vor, folglich auch kein Auslieferungsersuchen. Das Interesse an einer Aufklärung seitens des CIC hielt sich in Grenzen, und so sah Fries nach langem Grübeln als einzigen Verhaftungsgrund: „... weil ich während meiner Abkommandierung nach Thionville/Lothringen von Juli 1940 – Nov. 1941 die Uniform der Sicherheitspolizei trug, bzw. tragen mußte. Ich war s. Zt. als Untersturmführer eingekleidet, ohne jedoch SS-Angehöriger zu sein. Einen Angleichsdienstgrad führte ich ebenfalls nicht, sondern war lediglich für die Zeit meiner Abkommandierung nur Uniformträger. (nicht leserlich)“. ⁹¹

Er bat um Überprüfung seines Haftgrundes, aber vor allem bat er darum, dass seine Unterlagen dazu eingesehen werden sollten. Er sei niemals in der NSDAP gewesen und auch nicht in der Staatspolizei, schrieb er am 26. Oktober 1946 an die Lagerleitung.

Der lange Weg zur Anerkennung des Widerstands des Kriminalbeamten Christian Fries

Sofort nach seiner Verhaftung hatte Tochter Margot – auch im Namen ihrer Mutter – an den Leiter des CIC geschrieben, und „energischen Einspruch“ erhoben gegen die Verhaftung ihres Vaters. Enttäuschung und Wut sprechen aus jeder Zeile ihres Briefes: „Mein Vater, der die Nazis gehasst hat wie ein politischer KZ-Häftling sie nur hassen konnte, er, um den wir sooft gebangt haben, weil wir glaubten, die Gestapo holt ihn eines Tages ab, der Fries, der von seinen Vorgesetzten wie ein Ausbund angesehen und wegen seiner politischen Einstellung ebenso behandelt wurde, der das Ende des Krieges sooft gewünscht und sich sofort wieder zur Verfügung stellte, um den Amerikanern zu helfen, wo es nur möglich war, der nicht der Partei oder einer anderen Gliederung angehört hat, der Mann, der als Polizeibeamter einer Widerstandsbewegung angehört und während des Naziregimes sooft mit dem Leben gespielt hat, derselbe Fries sitzt nun in einer Zelle im Gefängnis“. Am Ende des Briefes fragte sie, wo denn die Gerechtigkeit bliebe, „während die Herren Nazis frei herumlaufen?“⁹²

Als Fries zu Frau und Tochter zurückkehrte, war seine Gesundheit derart angeschlagen, dass er sechs Wochen Erholung brauchte, bevor er sich bei seinen Freunden zurückmeldete. Immer wieder drückte er sein „Erstaunt-Sein“ über die Verhaftung aus. Einer seiner ersten Briefe ging kurz vor Jahresende an seinen Freund Jakob Steffan. Er kündigte ihm seinen Besuch für den Januar an, denn Näheres wollte er ihm in Briefform nicht mitteilen.

In den Monaten der Internierung war er mit Sicherheit von einer Schmutzkampagne gegen ihn kaum informiert, die sich kurz nach seiner Inhaftierung 1945 über drei Artikel in der Frankfurter Rundschau hinzog. Auf den ersten Hinweis in der Zeitung, dass Fries als Kriegsverbrecher verhaftet, von den Franzosen angefordert und mit einem Flug-

zeug nach Frankreich verbracht worden sei, folgten weitere von der KPD lancierte Diffamierungen. Dieses Nachtreten nach seiner Verhaftung von Seiten einiger KPD-ler wurde mutmaßlich von dem ehemaligen KZ-Häftling Emil Carlebach unterstützt. Als einer von drei Mitherausgebern seit August 1945 von der amerikanischen Militärregierung bei der „Frankfurter Rundschau“ eingesetzt, wurde in seinem Ressort unter dem Kürzel „wk“ am 2. November 1945 mit dem Titel „Der Schrecken von Westhausen“ über zwei Gerichtsverhandlungen berichtet. Es ging um ein Hamsterlager in einer Wohnung in Westhausen und um drei Männer eines Wohnungsamtes, die den Fall einem Kriminaloberinspektor anzeigten. Über die anschließenden Gerichtsverhandlungen machte sich in der Zeitung „wk“ seine Gedanken. Die Geschichte hatte nichts mit Fries selbst zu tun, aber in dem Artikel wurden Behauptungen über seine Person wiedergegeben, die ihn als ehrverletzend, verlogen, beleidigend und diffamierend in den Schmutz zogen, ohne Quellen zu benennen. Er sei mittlerweile als Kriegsverbrecher und SS-Häuptling entlarvt, schrieb „wk“, darüber hinaus ein Beamter, der sich mehr für junge alleinstehende Frauen als für hungernde Kinder interessiere. Als Fazit noch ein letztes Nachtreten mit der Aufforderung an die Leser darüber zu wachen, „daß wir diese ‚Frieße‘ zur Strecke bringen“. ⁹³

Fries konnte erst nach seiner Entlassung darauf reagieren und schrieb zu dem Rundschau-Artikel, dass er im Jahre 1945 „nie in Westhausen war, mich nie persönlich an einer Durchsuchung beteiligt habe und keine Lebensmittel, von denen die Rede ist, zu Gesicht bekommen habe“. ⁹⁴ Ehefrau Johanna und Tochter Margot hatten kaum die Kraft, sich gegen derartige Verleumdungen zu wehren. Wie belastend und heftig die in die Öffentlichkeit gezeirrten Unwahrheiten nachwirkten, zeigt sich bis heute darin, dass Tochter Margot alle Unterlagen zu ihres Vaters Arbeit und zum Widerstand vernichtete. Die Nachfahren sollten nicht damit belastet werden.

Auf den politischen Rachefeldzug in den Beiträgen der „Frankfurter Rundschau“ folgten Beschuldigungen eines Hausbewohners aus der Kur-

fürstenstraße. Während die Mitglieder der Betriebsvertretung des Polizeipräsidiums Henschler, Schönbach und Michael im Januar 1947 bestätigten, dass Fries „zu jeder Zeit als aufrichtiger Republikaner“ aufgetreten und es für ihn eine Selbstverständlichkeit gewesen war, mit ihnen, den entlassenen Kriminalbeamten, in Verbindung zu bleiben, behaupteten die ehemaligen Nachbarn des Mietshauses in der Bockenheimer Kurfürstenstraße 3/5, das Ehepaar Albert und Amalie Lahm, dass Fries in der Zeit seines damaligen Einsatzort in Thionville mit einem vollgestopften Wagen an Lebens- und Genussmitteln, Kleidung und anderem Gepäck angereist kam. Mit anderen Worten, er habe es sich während seiner Abordnung mit französischen Leckereien gut gehen lassen.

Das Ehepaar Lahm ging gegen Christian Fries mit erstaunlicher Verbissenheit vor, was auf drei Seiten in Fries' Rechtfertigungsschrift nachzulesen ist. Lahm, der von Fries als „fanatischer Nazist“ und sein „erbittertester politischer Gegner“ bezeichnet wurde, setzte seine Auseinandersetzung auch nach 1945, nun mit Verleumdungen und in denunziatorischer Form fort. Der einstmals aktive Nazi Albert Lahm hatte sich nach den Zeitungsartikeln in der „Frankfurter Rundschau“ auf die Seite von Kommunisten geschlagen und einen Händler namens Martin Mook auf seine Seite gezogen. Fries, so Mook, war an der polizeilichen Maßnahme beteiligt, die Auslieferung von 5000 Stück der illegal hergestellten „Roten Arbeiterzeitung“ zu verhindern. Dies geschah im Februar 1933 bei einer halsbrecherischen Verfolgungsjagd in einer Nacht- und Nebelaktion durch ein Dutzend eingesetzter Polizei- und Kriminalbeamter aus Hanau und Frankfurt. Nach einer spektakulären Flucht in der Nacht vom 9. auf den 10. Februar gelang es, den Lastkraftwagen mit den Zeitungen erst an der Konstablerwache zu stoppen. Drei Männer wurden verhaftet: der Fahrer Leinweber, Martin Mook und ein weiterer Beifahrer. Mook kam vor Gericht und wurde zu einem Jahr und vier Monaten Gefängnis verurteilt wegen Beihilfe zu einem hochverräterischen Unternehmen. Von den Dutzenden Beamten, die an der damaligen Verfolgung und Verhaftung beteiligt waren, wurde vom Gericht nur Christian Fries 1933 als Zeuge befragt. Unter dem Einfluss des Albert Lahm war es 1945 ein

Leichtes, den KPD-Mann Mook gegen Fries aufzubringen. Er behauptete außerdem, dass Fries bei dieser Aktion ein Parteiabzeichen der NSDAP getragen habe.

Kaum war Fries aus der Internierungshaft entlassen und wieder zu Hause, ließ Lahm über die KPD Groß-Hessen am 22. November 1946 den oben geschilderten Fall dem öffentlichen Kläger der Frankfurter Spruchkammer bekannt machen. Nach anfänglichen verbalen Auseinandersetzungen reagierte Fries schließlich, als seine Gegner dazu übergingen, ihn zum „Aktivisten“, also überzeugten Nationalsozialisten, erklären zu lassen. Die Hatz ging so weit, ihn sogar aus seiner Wohnung zu vertreiben. „Nur in letzter Minute“ gelang es den Kollegen im Polizeipräsidium, auf das Wohnungsamt einzuwirken, sonst wäre auch noch sein Wohnungsinventar beschlagnahmt worden. Nach Fries waren es nur glückliche Umstände, dass „die Nazis ihn nicht zur Strecke gebracht haben“. ⁹⁵

Nur drei Monate später wandte sich der neu eingesetzte Polizeipräsident Willi Klapproth an den Vorsitzenden der Frankfurter Spruchkammer, den Oberregierungsrat Oppenheimer, und bat ihn, doch bald das Feststellungsverfahren durchzuführen, weil er beabsichtige, Fries nach Abschluss des Spruchkammer-Verfahrens sofort wieder einzustellen, „da für seine Wiederbeschäftigung bei der hiesigen Polizei ein besonderes Interesse besteht“. ⁹⁶ Am 26. April 1947 bestätigte der öffentliche Kläger, dass Fries aufgrund des „Gesetzes zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus“ vom 5. März 1946 nicht betroffen sei. Allerdings reichte der Landesmilitärregierung dieser Bescheid nicht aus, sie verlangte ein ordentliches Spruchkammer-Verfahren. Alle strittigen Punkte wurden dabei abgehandelt und festgestellt, dass er „nie der SS angehört und nie eine SS-Uniform, sondern die Uniform der Sicherheitspolizei getragen habe; eine Uniform mit den Dienstgradabzeichen der Schutzpolizei, ohne SS-Runen oder SD-Abzeichen“. ⁹⁷ Da sich keine neuen Belastungsmomente ergeben hatten, wurde der Beschluss vom 25. September 1947 endlich rechtskräftig. Fries, dessen Gesundheit offensichtlich immer noch nicht vollständig wiederhergestellt war, bat selbst um Aufschub und plante zum 1. Februar, evtl. sogar erst zum 16. Februar 1948 ins Amt zurückzukehren.

Obwohl das CIC keine Bedenken mehr gegen eine Wiedereinstellung in das Frankfurter Polizeipräsidium zeigte, hatte der Mitbewohner Lahm erneut einflussreiche Kontakte genutzt und sich derart viel Gehör verschafft, dass Fries zu einem dritten Verfahren vor eine Spruchkammer geladen werden sollte. Als Fries am 21. Januar 1948 diesen Bescheid erhielt, setzte er sich an den Schreibtisch und schilderte auf vier Seiten dem Minister für politische Befreiung sehr sachlich erneut den gesamten Vorgang. Mittlerweile voller Zorn kämpfte er um seine Rehabilitierung, doch der ehemalige Mitbewohner und „übelste Nazist“ Albert Lahm sei hingegen trotz einer Anzeige seinerseits von der Spruchkammer Frankfurt immer noch nicht befragt worden. „Bisher ist gegen diese Person nichts geschehen; ich jedoch kämpfe mich als alter Demokrat und aktiver Antifaschist seit nunmehr 2 ½ Jahren um meine Rehabilitierung langsam zu Tode“. Daher bewertete er dieses dritte gegen ihn angestrebte Verfahren als „eine weitere Ohrfeige nicht nur für sich, sondern für alle Antifaschisten“. Er setzte dann fort: „Es kann doch unmöglich der Wille des Gesetzgebers gewesen sein, in jeder Hinsicht einwandfreie Beamte unter Strafe zu stellen, nur weil sie – wie jeder Soldat – einer Einberufung (Thionville, P.B.) Folge leisteten. Das Nichtbefolgen einer solchen Einberufung bzw. die Ablehnung einer Abordnung hätten in jedem Falle unvorstellbare Folgen für die Beamten und ihre Familien gehabt, ohne daß dadurch jedoch unserem Kampf gegen das Naziregime gedient gewesen wäre“. ⁹⁸ Er bat den Minister mit diesen „Entnazifizierungskapriolen“ endlich Schluss zu machen.

Über die Rolle seines Einsatzes in Thionville und die dort getragene Uniform gab er eine Woche später zu Protokoll: „Diese Uniform war vorgesehen für sämtliche Polizeiparten einheitlich; da die Kriminalpolizei normalerweise keine Uniform trägt, waren die Kriminalbeamten die in den besetzten Gebieten eingesetzt wurden, die ersten, die diese Uniform trugen“. ... Sie „trug keinerlei SS-Runen oder Abzeichen die auf SS- oder SD-Zugehörigkeit hindeuten können. Die Spezialabteilung des Polizeipräsidiums und die Militär-Regierung haben bereits durch genaue Untersuchung festgestellt, dass ich nie eine SS-Uniform getragen habe“. ⁹⁹

Vielleicht war es hilfreich, dass er auf der vorletzten Seite seiner Rechtfertigungsschrift weitere Personen anführte, die seine antifaschistische Einstellung und Tätigkeit bezeugen konnten. Darunter befanden sich illustre Personen wie das „Frikadellen-Karlche“, der 1943 in der Kaiserhofstraße 3 das Weinhaus „Tosca“ übernommen hatte. Hinter dem Spitznamen verbarg sich Gottfried Köster, ein Gastronom, der durch seine Brathähnchen stadtbekannt geworden war. Es war auch bekannt, dass er immer lustige Geschichten erzählte und bis früh in den Morgen seine Gäste unterhielt. Ein weiterer Kronzeuge von Fries war der Lebensmittelgroßhändler Konrad Pohl, der „Am Städelhof“ in der Altstadt seinen Betrieb führte, bis der bei einem Fliegerangriff zerstört wurde. Ein in der Nähe lebendes kleines Mädchen erinnert sich noch heute als ältere Dame an den Geruch des verbrannten Käses. Konrad Pohl heiratete nach 1952 eine Sofie Engelmann, die ebenfalls auf der Liste stand.

Desweiteren benannte er zwei Fuhrunternehmer, die in der Bockenheimer Nachbarschaft wohnten und zwei Rechtsanwälte. Es sind nur drei Frauen, die neben Sofie Engelmann über sein widerständiges Verhalten hätten aussagen können: die Kontoristin Hedwig Lang aus Bockenheim und Emmi Wiegand, die zusammen mit ihrem Ehemann erwähnt wurde. Alle Genannten, wie auch Herr Fuchs und der Schneidermeister Betz hätten berichten können. Sie waren nach dem letzten Kenntnisstand vor 1945 wie nach 1945 verschwiegen und haben wohl keine Erinnerungen hinterlassen.

In den wenigen Dienstjahren, die Christian Fries nach 1945 im Polizeipräsidium verbrachte, war es ihm wichtig die Lehrmittelsammlung wieder aufzubauen. Ihm war es zu verdanken, dass sie während des Krieges in den Taunus ausgelagert und vor Zerstörung geschützt war. Nun holte er sie zurück und sie fand im dritten Obergeschoss des Präsidiums ihren Platz.



Christian Fries mit Kollegen © Claudia Schmiderer/München



Christian Fries am Schreibtisch (Aufnahme Mitte der fünfziger Jahre)
© Claudia Schmiderer/München

Zweiter Teil

Zusammenarbeit mit dem Gestapo-Beamten Fengler

Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg war geprägt durch massive politische und wirtschaftliche Unruhen nach dem Ende des Kaiserreichs. Dennoch herrschte eine starke demokratische Aufbruchstimmung in der Bevölkerung. In dieser Zeit begann der junge Gotthold Fengler seine Ausbildung.

Ein Verwandter der Fenglers hatte den am 14. Oktober 1898 geborenen Gotthold auf die Polizeischule in Hanau aufmerksam gemacht. Man suchte Bewerber für die Ausbildung in der Polizeikaserne. Bis zu seiner Bewerbung wohnte Gotthold Fengler bei seinen Eltern, dem Bäckermeister August Fengler und Frau, in Hermannsdorf bei Breslau. Aus dem I. Weltkrieg als Soldat zurückgekehrt, sah Gotthold Fengler in dem geplanten, aber nie ausgeübten Kaufmannsberuf keine Zukunft. Die Ziele der Ausbildung auf der Polizeischule kamen seiner Haltung entgegen, das, was er als Unrecht ansah, zu bekämpfen. In die Fußstapfen des väterlichen Berufs wollte der Sohn Gotthold jedenfalls nicht treten. Es waren die Verwandten mütterlicherseits, die dem jungen Anwärter der Polizeischule in Klein-Auheim, einem Dorf in der Nähe von Hanau, bei seinem Umzug zur Seite standen. Hier lernte er seine zukünftige Frau Anna kennen und hier wurde die Tochter Irene geboren. Es gibt einen Hinweis, dass er Gründungsmitglied im Anglersportverein „Petri heil“ von Klein-Auheim war.

Am Ende eines Grundlehrgangs auf der Polizeischule in Hanau begann Fenglers Dienst auf den verschiedenen Revieren in der nahen Großstadt Frankfurt. Die junge Familie mit Frau und Tochter folgte ihm in die Großstadt. Fengler wurde im Betrugsdezernat, bei der Sittenpolizei und in Frankfurter Finanzämtern eingesetzt und durch Fortbildungen auf der Kriminalpolizeischule in Düsseldorf gefördert. Mit seiner beruf-

lichen Laufbahn ging es bergauf. Am Ende der zwölfjährigen Verpflichtung im Jahre 1931 stand die Frage im Raum, ob er seinem Dienstherrn treu bleiben solle oder nicht. Im familiären Gespräch zeigte sich, dass die Ehepartner unterschiedliche Ideen und Pläne dazu hatten. Familienvater Gotthold wollte weiter bei der Kriminalpolizei bleiben, während Ehefrau Anna ganz eigene Vorstellungen im Kopf hatte. Mit dem kleinen Vermögen von 20.000 Mark, das am Ende einer zwölfjährigen Verpflichtung ausgezahlt wurde, wollte sie, dass er aus dem Dienst bei der Polizei ausschied. Zusammen könnten sie vielleicht etwas ganz Neues wagen, war ihre Idee. Schließlich galt es, das Geld nach Inflation und Wirtschaftskrise gut und richtig anzulegen. Tochter Irene erinnert sich an ein ungewöhnliches Entscheidungsszenario: „Meine Mutter war eine sehr temperamentvolle Frau. Sie sagte: ‚Wenn wir das Geld kriegen, dann kaufen oder pachten wir eine Wirtschaft. Ich koche und Du erledigst den Einkauf und die Buchführung‘. Das hatte sie alles durchdacht. Ich war gerade sechs oder sieben Jahre alt. Da hat dann der Papa gesagt: ‚Ach ich weiß nicht so recht, das ist nicht mein Metier, ich würde lieber bei der Kriminalpolizei bleiben, das interessiert mich mehr. Weißt Du was, wir lassen das Kind entscheiden‘. Da haben die Eltern einen Hut genommen und zwei Lose hineingetan. Auf das eine Los schrieben sie Wirtschaft und auf dem anderen Los stand Beamter. Da musste ich ziehen und habe halt den Beamten gezogen. Manchmal habe ich schon gedacht: wenn ich die Wirtschaft gezogen hätte, dann tät’ er noch leben“.

Nach einer kurzen Phase der Einarbeitung wurde Fengler als Beamter übernommen und nach dem Machtantritt des NS-Regimes in die Staatspolizei „abgestellt“. Er zeigte keine parteipolitischen Präferenzen und versuchte, sich solange wie möglich aus der Politik herauszuhalten. Das beweist auch sein später Eintritt im Mai 1937 in die NSDAP. Begeisterte Nationalsozialisten waren meist viel früher in die Partei eingetreten. Der Beitritt erscheint eher als eine Unvermeidlichkeit, wollte er im NS-Staat nicht als illoyal auffallen. Als ein Kriminalbeamter ohne Beförderungsnachweise wäre er in Erklärungsnöte geraten, und eine Beförderung war wiederum an eine Mitgliedschaft in der Partei gebunden. Nach 1945



Gotthold Fengler
© Sammlung Petra Bonavita

wurde ihm dieser Beitritt als Konzession an den Nationalsozialismus ausgelegt. Die Tochter unterstreicht die rein nominelle Mitgliedschaft. Er sei nie bei einer Parteiversammlung oder Ähnlichem gewesen, er habe ausschließlich das Parteibuch bekommen.

Die zweite Anpassung, die ihm nach 1945 als Konzession an den Nationalsozialismus ausgelegt wurde, war dann der Kirchenaustritt im Jahr 1940. Der politisch indifferente und unangepasste Fengler war aber ein gläubiger Katholik. Die Tochter musste allen Austrittsbekundungen zum Trotz regelmäßig den sonntäglichen Gottesdienst besuchen. Seinen Glauben ließ er sich trotz des Kirchenaustritts nicht nehmen. Zwar konnte er keine Sakramente mehr empfangen, dafür sah die Tochter den Stadtpfarrer Jakob Herr von der Frankfurter Dompfarrei des Öfteren bei ihnen im Hause. Der Stadtpfarrer selbst, seit Mitte der dreißiger Jahre als ein Gegner der Nationalsozialisten bekannt, wusste vermutlich auch von Fenglers wahren Gründen für den Kirchenaustritt. Fenglers festen Glauben dokumentiert der einzige erhaltene Brief von Ende 1946 zu der bevorstehenden Hochzeit seiner Tochter. Darin erteilte er dem Brautpaar

seinen Segen und hoffte, „dass Gott der Allmächtige stets mit seinem Segen u(nd) Hilfe bei Euch ist“. ¹⁰⁰

Wenn die Tochter auf ihre Zeit als Kind und Heranwachsende zurückblickt, kommt ihr ein sehr gestrenger Vater in Erinnerung. „Mein Vater war sehr korrekt, und ich bin auch streng erzogen worden. Vieles durfte ich nicht, was anderen Mädchen von ihren Eltern genehmigt wurde. Einmal ging ich mit meiner Freundin in das Café an der Konstablerwache. Als mein Vater dahinterkam, holte er mich aus dem Café heraus. Aber nicht ungestraft. Obwohl ich damals schon 18 Jahre alt war, hat der ganze Saal mitbekommen, dass er ein Kriminalbeamter war. Er kam auf mich zu und sagte: ‚Kannst Du mir sagen, was Du hier machst? Du bist noch ein Lehrling und als Lehrling kannst Du Dir nicht erlauben, am Dienstagnachmittag auszugehen‘. Das habe ich ihm lange nicht verziehen. Ich bin dann hinter ihm aus dem Lokal gegangen und mittendrin hat er mir vor all den Leuten eine Ohrfeige gegeben. Dann sind wir heimgetigert.



Gotthold Fengler mit seiner Mutter (li.) und Ehefrau Anna, Aufnahme 1936/37
© Sammlung Petra Bonavita

Weil mein Vater ein sehr religiöser Mensch war, wurde ich auch in die Klosterschule zu den Ursulinerinnen geschickt und die Eltern haben mich auf einem konfessionellen Lyzeum angemeldet. Diese Schule musste ich gezwungenermaßen verlassen, als es Beamten im NS-Staat verboten wurde, ihre Kinder auf eine konfessionelle Schule zu schicken. Nachdem ich die Mittlere Reife hatte, wollte ich eine Laborschule besuchen, habe aber dort keinen Platz gekriegt. Da brachte mein Vater eines Tages Formulare von der Deutschen Arbeitsfront (DAF) mit nach Hause und vermittelte mich als Lehrling dort hin. Ich nehme an, dass er das bewusst gemacht hat, denn ich musste immer von den Chefs erzählen, was sie machten, wie sie sich äußerten und sich benahmen.

Obwohl mein Vater mir gegenüber sehr streng war, war er dennoch humorvoll und vor allen Dingen gesellig. Für die Zusammenkünfte im Anglersportverein und im Jagdclub oder für Veranstaltungen – wenn irgendein Anlass vor der Tür stand – hat er Gedichte geschrieben und Ansprachen gehalten.

Als die Judenverfolgungen begannen, war das bei uns oft Gesprächsthema. Auch meine Mutter war ganz und gar dagegen. Ich erinnere mich noch, dass wir dann ein Hitlerbild über dem Schreibtisch des Vaters aufhängen mussten. Während meine Mutter das Bild abstaubte, sagte sie: ‚Du Bluthund, du Verdammter, wenn ich dich kriege‘ – das weiß ich noch. Wenn in diesem Moment der Papa dazu kam, hat er zu ihr gesagt: ‚Sei ruhig, sonst bringen die dich auch noch ins Lager‘. In der Ablehnung des Nationalsozialismus waren sich meine Eltern einig. Sonst hätte mein Vater das ja gar nicht wagen können. Man hat das ja erlebt, wenn es innerhalb von Familien Gegenströmungen gab, dass dann der Eine dem Anderen nicht trauen konnte. Als Ratschlag für mein künftiges Leben schrieb er mir ins Poesiealbum: ‚Üb immer Treu und Redlichkeit‘ und praktisch leitete er mich mit den Worten an: ‚Tue recht und scheue niemanden‘.

Mein Vater hat mir wenig zu seiner Arbeit erzählt, sehr wenig. Das Einzige, was ich mitbekommen habe, waren Verhörprotokolle, die er mit nach Hause brachte und die ich neu abzutippen hatte. Dass er nachts

englische Sender gehört hat, das wussten wir auch. Sonst hat er halt aus Sicherheitsgründen nicht viel drüber gesprochen. Mit einem Fuß stand er doch immer im Zuchthaus, ganz klar. Durch die Belastungen hat er schlecht geschlafen, Tabletten genommen und natürlich geraucht. Einfach um zur Ruhe zu kommen. Er war immer in Anspannung. Das war wahrscheinlich auch der Grund für seinen Herzschaden“.

Wie weit geht die Anpassung in einem diktatorischen Regime und wo kann man sich heraushalten? Innerhalb des Arbeitsbereichs bei der Gestapo, erzählte die Tochter, haben die Kollegen Kameradschaftsabende veranstaltet. „Da ist er dann halt hingegangen. Ich kann mich aber nicht erinnern, dass jemals ein Kollege bei uns in der Wohnung gewesen wäre. Ich erinnere mich an einen Abend, als die Mutter und ich zu einer Weihnachtsfeier eingeladen waren. Anschließend wurde auch getanzt. Als ein Kollege an den Tisch kam und mich zum Tanz aufforderte, hat mein Vater zu ihm gesagt: ‚Meine Tochter tanzt nicht‘. Das weiss ich noch. Der Mann ging eingeschnappt davon und mein Vater sagte zu uns: ‚Hoffentlich habe ich mir jetzt da nicht eine Laus in den Pelz gesetzt, aber mit dem tanzt Du nicht!‘“

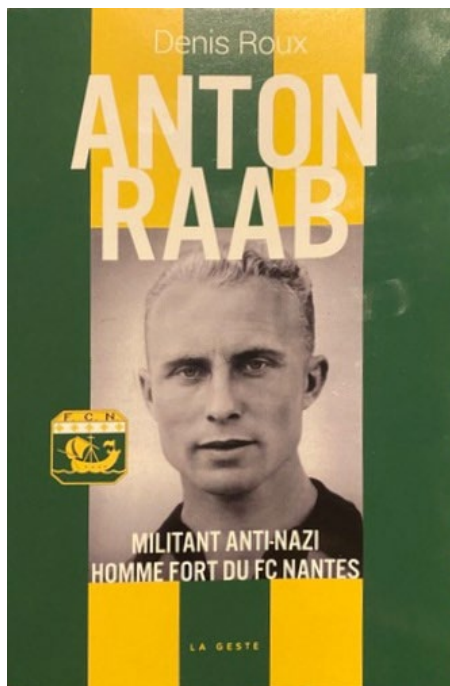
Der Weg ins widerständige Umfeld

In ihren Frankfurter Jahren nach 1933 verloren sich die Kriminalbeamten Fries und Fengler nicht aus den Augen. Aus der schriftlichen Aussage von Fries nach 1945 zur Entlastung seines Kollegen Gotthold Fengler geht hervor, dass Fengler mit der neuen Aufgabe bei der Gestapo nicht deren politisches und antisemitisches Weltbild und auch nicht ihre unmenschlichen Verfolgungsmethoden übernommen hatte. Denn wer eine Vorladung zur Gestapo im Briefkasten vorfand, folgte ihr mit Angst und Schrecken. Kurz nach der nationalsozialistischen Machtübernahme als Staatspolizei weitergeführt, wurde die Geheime Staatspolizei im Laufe eines Jahres unter Heinrich Himmler zu der am meisten gefürchteten Institution im Deutschen Reich.

Gotthold Fengler - nach mehreren Jahren bei der Schutzpolizei - war seit 1931 im Polizeipräsidium als verbeamteter Kriminalassistent tätig. Nach der Machtübernahme im März 1933 wurde er zur Staatspolizei versetzt. Es muss eine seiner ersten Amtshandlungen gewesen sein, Angehörige der KPD im Frankfurter Stadtteil Niederrad zu verhören. Das geht zumindest aus zwei vorliegenden Verhörprotokollen mit der Unterschrift Fenglers hervor, die auf seine Tätigkeit nach der Machtübernahme in der Staatspolizeistelle und späteren Gestapo in dem Referat IV/II - Bereich Kommunismus – hinweisen.¹⁰¹ Seine Protokolle haben einen sachlichen Stil und stellen recht kurz die Anschuldigungen dar. Man erkennt, dass sich Fengler schwerpunktmäßig den Fakten zuwandte und sie aus kriminalpolizeilicher Sicht nicht zu einer übertriebenen Straftat aufwertete.

In einem dieser beiden Protokolle geht es um Anton Raab aus Frankfurt-Niederrad, der einem größeren Kreis von heute neunzig bekannten Widerständlern angehörte. Aus dem Verhörprotokoll geht hervor, dass Raab offenbar einer Gruppe zugerechnet wurde, die man der Herstellung und dem Vertrieb von Flugblättern der mittlerweile in der Illegalität operierenden KPD verdächtigte. Bei dem Verhör am 2. Mai 1933 gelang es Raab, seine Anwesenheit in der KPD-Gruppe Niederrad gekonnt herun-

terzuspielen. Weder habe er einen Vervielfältigungsapparat gesehen, noch Flugblätter verteilt. Nur für kurze Zeit habe er der kommunistischen Jugend angehört, aber bald keine Beiträge mehr gezahlt, und nun sei er nicht mehr politisch aktiv. Den KPD-Freund Walter Weisbecker kenne er nur „vom Sehen“, zu den anderen angeklagten fünf Personen könne er nichts sagen, man sei halt bekannt unter den „Niederrädern“.



Anton Raab – ein früher NS-Gegner und talentierter Fußballer: in Frankreich verehrt

Für Weisbecker war es bereits die zweite Inhaftierung. Zwei Monate zuvor war er für zehn Tage im Gefängnis, weil er mit zwei Freunden auf die Asphaltdecke der Forsthausstraße (heute: Kennedyallee) und die darüber verlaufende Eisenbahnbrücke Aufrufe zum Widerstand „gepinselt“ hatte: Auf die Fahrbahn malten sie „Hitler bedeutet Krieg“ und an der

Brüstung war deutlich „Nieder mit dem Faschismus“ zu lesen, als sie von zwei Polizisten bei ihrer Aktion erwischt wurden.

Nachdem Anton Raab Anfang Mai von Fengler verhört worden war, wurde schließlich am 12. Juni 1933 Weisbecker zum Beamten Fengler aus der Polizeihaft ins Polizeipräsidium überführt. Handschriftlich fasste Fengler die Aussage von Weisbecker zusammen: In dem Zigaretten- und Papierwarengeschäft der Katharina Kern hatte er oft ausgeholfen. In dem Laden befand sich in einem Hinterzimmer eine kleine Bibliothek mit Arbeiterliteratur, die Weisbecker betreute. Der Erlös aus dem Verleih der Bücher deckte die Unkosten der „Arso“. Die „Arso“ war eine 1927 von Kommunisten gegründete sozialpolitische Organisation, die sich für ihre Mitglieder bei Mietproblemen einsetzte und sie im Bereich des Gesundheitswesens, der Fürsorge und Wohlfahrt unterstützte. Dieses Büro wurde von der Mitangeklagten Else Groß betreut und befand sich in einem Hinterzimmer zusammen mit der kleinen Bibliothek im Laden der Katharina Kern. Von den nationalsozialistischen Verfolgern wurde vermutet, dass die verhafteten KPDler dort illegal eine Arbeiterzeitung herstellten und vertrieben. Ihr Ziel war es, den dazu benutzten Vervielfältigungsapparat aufzufinden und zu konfiszieren und die Mitglieder ihrer illegalen Handlungen zu überführen. Weisbecker bestritt, dass er sich an der Arbeiterzeitung beteiligt und am Vertrieb teilgenommen habe. Politisch sei er nicht organisiert, gab aber Sympathien für die KPD zu.

Am Ende der Verhöre aller Angeklagten fasste Fengler seine kriminalpolizeilichen Ermittlungen für die Staatsanwaltschaft zusammen. Die Hausdurchsuchungen und Verhöre bestätigten nicht den Verdacht, „dass die betroffenen Personen Zeitungen und andere Schriften mit hochverräterischem Inhalt selbst hergestellt haben“. Bei diesem mageren Ergebnis schrieb er am 4. Mai an den Oberstaatsanwalt: „Die weiteren Ermittlungen wurden vorläufig eingestellt“. ¹⁰² Allerdings fügte er an, dass sie an der Herstellung der illegalen Arbeiterzeitung mitgewirkt, bzw. sie vertrieben haben. „Da die Vorgenannten aber diesbezüglich leugnen, war eine Überführung nicht möglich“. Auch dem Bruder von Anton, Karl

Raab, konnte er keine strafbare Handlung nachweisen und der Mitangeklagte Walter Weisbecker hatte jede Auskunft dazu verweigert. Allerdings sei es Taktik der Kommunisten, die Apparate zur Herstellung der Arbeiterzeitung an wechselnden Standorten unterzubringen. Es bestehe der Verdacht, dass die Niederräder mit einer Gruppe in Nied zusammenarbeiten. Für den Oberstaatsanwalt war offenbar der Fall mit der bereits verbüßten Untersuchungshaft abgeschlossen, denn Weisbecker und die anderen Mitangeklagten wurden im Juli 1933 aus der Haft entlassen.

Die nationalsozialistischen Verfolgungsbeamten beobachteten die illegalen Aktivitäten der KPD-Gruppe in Frankfurt-Niederrad weiter. Häufig, so wurde bei einer Stolpersteinverlegung 2022 berichtet, bogen Gestapo-Beamte in die Kelsterbacher Straße ein, um die illegal arbeitenden KPD-Genossen zu verhaften, aber durch rechtzeitige Lichtzeichen wurden sie gewarnt. Das ging zwei Jahre gut, bis schließlich in Etappen ab Frühjahr 1935 durch mehrere Razzien Woche um Woche die Widerständigen der KPD in Frankfurt-Niederrad verhaftet waren. In einem Prozess vor dem Oberlandesgericht Kassel wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ wurden 22 Mitglieder zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt, auch Walter Weisbecker. Die anschließende Überführung in das KZ Dachau erfolgte auf Antrag der Frankfurter Gestapo. Im Falle des Mitangeklagten Philipp Greiff kam er von einem Gestapo-Beamten namens Bauer, der ihn nach Frankfurt ausliefern ließ, um ihn von dort nach Dachau zu verschleppen. Noch gegen Ende 1944 kamen die Männer in eine SS-Strafbrigade zum Fronteinsatz.

Nach den grauenvollen Erfahrungen im Zuchthaus, Konzentrationslager und Strafbataillon gelang es Weisbecker nicht, mit der Last dieser Jahre weiter zu leben. Am 3. Juli 1946, schreibt die „Initiative Stolpersteine Frankfurt“, schied er freiwillig aus dem Leben. An das Schicksal des Walter Weisbecker wurde mit der Verlegung eines Stolpersteins am 12. Mai 2012 in der Niederräder Gundhofstraße 8 erinnert.¹⁰³

Über Anton Raab ist bekannt, dass er im April 1937 aus der Strafanstalt Kassel-Wehlheiden fliehen konnte. Parteifreunde fuhren ihn ins Saargebiet, halfen beim Grenzübertritt nach Frankreich, und er kam unentdeckt bis nach Paris. Raab, der schon in seiner Frankfurter Zeit in der Schülermannschaft der „Union Niederrad“ sein fußballerisches Können unter Beweis gestellt hatte, spielte in Paris im Verein „le CAP“ und später in Nantes in einem Fußballclub. Hier traf er auf einen Gönner, der ihm Arbeit gab, und er lernte seine spätere Frau Marie Guinels kennen. Nach der Besetzung Frankreichs versteckte sie ihn über drei Jahre, und kaum war Frankreich durch die amerikanischen Alliierten befreit, begann seine „außerordentliche Karriere als Fußballer und Trainer beim FC Nantes“, berichtete der Stadtteilhistoriker Robert Gilcher bei der Verlegung eines Stolpersteins im Juni 2022.¹⁰⁴

Ein weiteres Beispiel für Fenglers Bemühen, das NS-Recht gegen Gegner des Regimes nicht in seiner ganzen Härte umzusetzen, fand sich in seiner Personalakte. Die Ehefrau von Johann Karl Horn aus Klein-Auheim wandte sich im März 1933 mit der Bitte an Fengler, ihren in Haft einsitzenden Ehemann aus dem Gefängnis zu holen. Erst nach 1945 ging Johann Karl Horn auf die Hintergründe seiner Verhaftung ein. Aufgrund seiner politischen Vorgeschichte als führender Gewerkschafter, SPD-Funktionär und Marxist hielt man ihn im Gerichtsgefängnis in Offenbach fest. Nachdem Horns Familie den Beamten Fengler um Hilfe gebeten hatte, wurde er nach zwei Tagen aus der Haft entlassen. Johann Karl Horn lebte im Geburtsort von Fenglers Ehefrau Anna. Wegen ihrer langjährigen Bekanntschaft bat er ihren Ehemann – als Kriminalbeamten – um Hilfe. Johann Karl Horn schrieb in einer eidesstattlichen Erklärung, dass er auch in der NS-Zeit den beruflichen Weg des Beamten schon aus persönlichem Interesse beobachtet hätte. Fengler „hat mich später des Öfteren besucht und mir versichert, daß er sich immer für mich einsetzen würde und ich ihm sofort Nachricht geben solle, wenn gegen mich etwas vorliege“. ¹⁰⁵ Horn beteuerte, dass man sein Schreiben nicht als Gefälligkeit betrachten solle. „Ich habe gewiss als politisch Verfolgter keine Ursache, einen Nazi in Schutz zu nehmen, aber Herr Fengler war mir ein

Freund und Kollege, den ich nie vergessen kann. Er war ein religiöser, ehrlicher, aufgeschlossener Mensch“. ¹⁰⁶

Bald erkannte Fengler, dass das NS-System und die darin operierenden Beamten gefürchtete – später als „gestapoüblich“ benannte - Methoden anwandten. Er selbst bemühte sich daraufhin, die Dienststelle zu wechseln. Anfänglich habe sich ihr Vater nichts dabei gedacht, erklärte die Tochter Fenglers den unpolitischen Blick auf seine Versetzung in die Gestapo vom März 1933. Unter Staatsschutz habe ihr Vater den Aufbau einer neuen Einheit, die den Staat schützen sollte, verstanden. Er sah in dieser Abordnung nichts Ehrenrühriges. Seinen rechtsstaatlichen Prinzipien, denen er sich seit seinem Eintritt 1919 in die Schutzpolizei verpflichtet fühlte, wollte der Beamte Fengler treu bleiben. ¹⁰⁷

Wann Fengler die Gestapo-Methoden als Rechtsbeugung durchschaute und er sich schließlich zu einem Arbeitsplatzwechsel entschloss, war nicht mehr zu klären. Tochter Irene Fengler erinnerte sich aber sehr wohl an die den Wechsel begleitenden Gespräche. Als zehnjähriges Mädchen bekam sie die Erörterungen ihrer Eltern über den möglichen Umzug und andere Gespräche sehr wohl mit. Von einem Kollegen, den Fengler noch von der Polizeischule in Hannoversch-Münden her kannte und der inzwischen in Hohenzollern-Sigmaringen Chef von einem kleinen Kriminalbezirk war, hörte er von einer freien Stelle und bewarb sich auf diesen Posten. Auch einen Ortswechsel wollten er und die Familie in Kauf nehmen. Doch die Freigabe zum Wechsel nach Sigmaringen wurde abgelehnt. Der Sigmaringer Kollege teilte dem Frankfurter Kollegen die Begründung des Leiters der Frankfurter Gestapo mit, und Tochter Irene hatte den Wortlaut dieser Absage noch im Kopf: Fengler sei einer ihrer besten Beamten und als solcher in Frankfurt unabkömmlich. Dabei hatten sie doch schon Pläne gemacht, und der Vater hatte dem Mädchen den Wegzug aus der Großstadt mit Bildern von der wunderschönen Gegend schmackhaft machen wollen.

In all diesen Jahren müssen auch viele Gespräche mit dem Kollegen stattgefunden haben, die Fries davon überzeugten, auf Fengler zählen zu können, wenn es galt, Willkürmaßnahmen des NS-Staats und der Gestapo zu verhindern. In Fenglers im Jahr 1958 neu angelegter Personalakte formulierte Fries: „Der verstorbene Gotthold Fengler hat mit mir s. Zt. zusammengearbeitet. ... F.(engler) wurde nicht auf Grund freiwilliger Meldung, sondern von Amts wegen von der Kriminalpolizei zur Staatspolizei abgeordnet und später versetzt. F.(engler) hat der Widerstandsgruppe insofern wertvolle Dienste erwiesen, als er u.a. uns die geplanten Judenverschickungen so rechtzeitig meldete, dass wir einen Teil der Gefährdeten warnen konnten“. Wenige Zeilen später unterstreicht Fries ausdrücklich diesen Einsatz: „Ich kann also mit aller Bestimmtheit erklären, dass F.(engler) – obwohl er bei der Gestapo tätig war – mit der Widerstandsgruppe zusammengearbeitet hat“. ¹⁰⁸

Es war also Fengler, der den Kollegen Fries aus der Gestapo-Zentrale heraus mit Warnungen vor Razzien, Überprüfungen und Verhaftungen vorzeitig informierte. Den dadurch gewonnenen Zeitvorsprung wusste Fries zur Rettung der verfolgten Personen zu nutzen. Selbst wenn er seinen eigenen Einsatz bei der Warnung jüdischer Frankfurter als eher „bescheiden“ anführte, lässt eine in seiner Rechtfertigungsschrift erwähnte Anlage eine andere Interpretation zu. In dieser Anlage, die immerhin zwei Seiten umfassen soll, aber nicht mehr vorhanden ist, führte er einige Namen der von ihm unterstützten und betreuten Personen jüdischer Herkunft an, deren Anschriften er nach 1945 nicht mehr ermitteln konnte.

Dass Fries seine Hilfe für verfolgte Juden als bescheiden beschrieb, ist in Relation zu den Millionen Ermordeter zu verstehen. Angesichts der eigenen Ohnmacht zweifelten viele Menschen am Sinn ihrer eingeschränkten Hilfeleistungen und zogen sich in der Nachkriegsgesellschaft beschämt zurück. Sie überließen damit leider die Interpretation der Verbrechen denjenigen, die behaupteten, von all den Gräueln nichts gewusst

zu haben und die erfolgreich begonnen hatten, alte, angestammte Plätze wieder neu mit den am Unterdrückungsapparat Beteiligten zu besetzen.

Anfang 1947 gelang es Tochter Irene und Mutter Anna Fengler zwölf eidesstattliche Erklärungen an das Internierungslager Eselheide zu schicken, in denen die anti-nationalsozialistische Einstellung und Hilfsaktionen des Ehemannes und Vaters bestätigt wurden.

Die zwölf Erklärungen kamen von:

Ernst Leitz, sen. Wetzlar/Lahn, Leitzwerke.

Karl Reichertz, Aschaffenburg (früher: Lebensmittelgeschäft: Schnurgasse 1-5, Wohn.: Battonstr. 61, Ffm.)

Albert Schlecht, Semmt (richtig: Semd) im Odenwald (früher: Gwinnerstr. 42, Ffm.)

Karl Glaser, Ffm.-Süd, Schifferstr. 12 (früher: Gemüsehandlung Fahrgasse 27)

Gustav Weigel, Ffm.-Süd, Textorstr.

Fam. Hollhorst, Ffm.-Fahrtor 1

Emmi Bernardi, Ffm.-Fahrtor 1

Fam. Gruber, Ffm.-West, Nähe Schönhof (Metzgerei) (früher: Gremppstr. 35)

Fritz Schilling, früher Ffm.-Fahrgasse (Waffengeschäft)

Karl Wagner, Heubach im Odenwald (früher: unbekannt)

Otto Rödelesperger, Langhainzer Mühle Groß-Umstadt Odenwald (früher: unbekannt)

Frederick Scheuer, 149-151 W 105 Street, New York City 25 – USA.¹⁰⁹

Es waren Aussagen für eine Rehabilitierung von Fengler, formuliert von Freunden wie Gustav Weigel und von Menschen, denen Fengler während seines Einsatzes bei der Gestapo in Frankfurt in der einen oder anderen Form geholfen hatte.

Friedrich Scheuer vor der Verhaftung bewahrt

Trotz aller Schwierigkeiten in den Nachkriegswirren, ließ Fengers Tochter Irene nichts unversucht, entlastende Aussagen für ihren Vater zu erbitten. Im Laufe des Jahres 1946 gelang es ihr, die Adresse von Friedrich Scheuer in New York ausfindig zu machen. Sie bat ihn, ihrem Vater mittels einer eidesstattlichen Erklärung zu bescheinigen, dass er Scheuer gerettet habe. Die Adresse hätte sie von den Eltern Abraham und Mathilde Scheuer bekommen, die mit dem vorletzten großen Transport am 15. September 1942 aus Frankfurt in das Konzentrationslager Theresienstadt deportiert worden waren. Sie hatten das Lager überlebt, und das Ehepaar gehörte zu den wenigen Rückkehrern aus Theresienstadt, die bereits seit 1942 dort inhaftiert waren. Nach der Kontaktaufnahme mit ihrem Sohn in New York gaben sie Irene Fenger, bzw. dem Freund des Vaters, Otto Rödelberger dessen Adresse, und Friedrich Scheuer in New York erfüllte ihre Bitte umgehend.

Bis Ende 1938 hatte Scheuer mit seiner Ehefrau Klara in der Poststraße hinter dem Frankfurter Hauptbahnhof gelebt. Sie hatten 1933 geheiratet, zu einer Zeit, als eine Ehe zwischen einem jüdischen Mann und einer evangelischen Frau zwar noch nicht offiziell verboten war, aber unter der NS-Regierung keine unbehelligte Zukunft mehr verhieß. Scheuer besaß einen Putz- und Modewarenhandel en-gros und war als Reisender viel unterwegs. Als er 1935 auf einer Vertreterreise in Würzburg zusammengeschlagen wurde, fürchtete er sich vor weiteren brutalen Übergriffen. Der Umsatz ging immer weiter zurück, und der Gedanke an eine Emigration begann zu wachsen. Er versuchte sein Geschäft als Ganzes zu verkaufen, was ihm nicht gelang. Letztendlich verschleuderte er nach und nach sein Warenlager weit unter dem tatsächlichen Wert. „Hinzu kam noch, dass ich mich kurze Zeit vor meiner im Dezember 1938 erfolgten Auswanderung nur in meiner Wohnung aufhalten konnte, ohne diese zu verlassen. Ich stand nämlich auf der schwarzen Liste der zu verhaftenden Juden und musste mich deshalb verstecken“, schrieb er, als er seine Wiedergutmachungsansprüche in den fünfziger Jahren einforderte.¹¹⁰

Friedrich Scheuer war zum Zeitpunkt seiner Verfolgung 37 Jahre alt und gehörte zu der Altersgruppe von Frankfurtern, die während des November-Pogroms 1938 in die Konzentrationslager Buchenwald oder Dachau deportiert wurden. Dank einer Warnung von Fengler verhielt er sich still hinter seiner Wohnungstür und ging nicht aus dem Haus. Er konnte die vorbereitete Ausreise in die USA mit seiner Ehefrau Klara wie geplant im Dezember 1938 antreten. Auf einer der „schwarzen Listen“ zu stehen, bedeutete allerhöchste Gefahr für die politischen Gegner und die verfolgten Juden. Auch Männer, die 1938 in einer so genannten Mischehe lebten – wie Scheuer –, waren davon betroffen. Fengler konnte diese Listen einsehen, und der Kollege Fries konnte die ihm bekannten Juden aufsuchen, und sie vor einer bevorstehenden Verhaftung warnen.

Tochter Irene beobachtete die Folgen einer solchen Warnung: „Eines Nachts standen da Sachen im Flur, und als ich morgens aufgestanden war und zur Schule wollte, standen in unserem Flur ein paar Koffer, ein Korb mit allem Möglichen und auch eine Tasche herum. Da habe ich zu meiner Mutter gesagt: ‚Was ist denn da los?‘ Daraufhin hat sie gesagt: ‚Gestern ist spätabends dein Vater mit jemandem gekommen. Da musste einer ganz plötzlich die Wohnung wechseln und weiß noch nicht genau, wo er unterkommt. Wenn er dann eine Bleibe hat, wird das wieder abgeholt. Meine Mutter hat aber keinen Namen gesagt“.

In mehreren Quellen wird über Fenglers ruhiges und sachliches Verhalten berichtet. Er sei nie grob geworden oder habe gar geschlagen. Nicht nur von Fries wurde er als ruhig und korrekt geschildert, auch die Betriebsvertretung der Polizei bescheinigte, dass er keine „nazistischen Methoden“ angewandt habe.

Fengler war am 1. Mai 1937 Mitglied der NSDAP geworden (Mitglieds-Nr. 5224875). Sein Eintritt in die SS am 12. März 1942 erfolgte zu einem Zeitpunkt, als er in die Fluchtvorbereitungen für Karl Herxheimer eingebunden war.¹¹¹ Über die Gründe dieses Antrages kann nur spekuliert werden. Wäre er als Mitglied der SS leichter an Informationen

gelangt oder wollte er sich tarnen, wie die Tochter Irene meinte? Fakt bleibt: am Rettungsversuch zweier Menschen mitgewirkt zu haben, hätte bei einer Entdeckung einen kurzen Prozess am Volksgerichtshof in Berlin mit Todesurteil bedeutet. Das würde den Wunsch nach Tarnung erklären. Kaum anzunehmen ist, dass Fengler den Antrag aus Überzeugung gestellt hat. Wen es in die SS drängt, der rettet keine Juden. Auf jeden Fall wurde in der Familie Fengler über diesen Beitritt gesprochen, denn es war keine einfache Entscheidung.

Eines der wichtigen Themen auf den geheimen Treffen der Widerständler war nämlich die Frage, wie man an Geheimakten herankam, ohne der SS oder der Partei anzugehören. Deshalb wurde beispielsweise eine NSDAP-Mitgliedschaft des engsten Mitarbeiters von Fries, des Kriminalbeamten Gorius in die NSDAP befürwortet, „um als getarntes NSDAP-Mitglied gegen die NSDAP zu arbeiten“. ¹¹² War die Entscheidung Fenglers zur Anmeldung in die SS einer ähnlichen Überlegung geschuldet? Wollte man über ihn an Geheimakten herankommen? Da alle Zeugnisse zu seiner Unterstützung der Frankfurter Widerstandsgruppe unauffindbar sind, kann nur spekuliert werden, ob auch sein Antrag auf Versetzung in die Gestapo-Außenstelle nach Wetzlar in die Strategie der Widerstandsgruppe gehörte, über Frankfurt hinaus aktiv zu sein.

Fenglers Einsatz für politisch-verfolgte Freunde war begrenzt, wie sich am Beispiel des Waffenhändlers Fritz Schilling oder des Metzgers Karl Gruber aus Bockenheim zeigt.

Wissend und dennoch machtlos: Jagdfreund Fritz Schilling

Bei Durchsicht der einzelnen Namen erinnerte sich Tochter Irene an all die persönlichen Bekanntschaften ihrer Eltern seit der Zeit, als sie aus Klein-Auheim nach Frankfurt gezogen waren. Es waren freundschaftliche Beziehungen, die schon vor 1933 begonnen hatten. Aus seiner Zeit bei der Frankfurter Schutzpolizei rührte die Bekanntschaft Gotthold Fenglers mit dem Waffenhändler Fritz Schilling aus der Fahrgasse 14. Schilling zog ihn in den Kreis der Jäger, die ihre Jagdgründe im Odenwald besaßen und Fengler zur Aufnahme in die Jägervereinigung bewegten. Zu den Jagdfreunden gehörten außer Fritz Schilling der Kraftfahrzeugmeister Karl Wagner, der Gemüsegroßhändler Karl Glaser und der Metzger Albert Schlecht.



Fengler auf der Pirsch mit Tochter Irene im Odenwald (Aufnahme ca. 1935)
© Sammlung Petra Bonavita

Tochter Irene datierte den Kontakt zu Fritz Schilling bereits in die zweite Hälfte der zwanziger Jahre: „Diese Freundschaft war der älteste Kontakt zu den Jagdfreunden. Da war mein Vater noch Polizist im Altstadtrevier und ist ‚auf Streife‘ gegangen und damals noch zu Fuß durch das Revier gezogen. Normalerweise sind die Polizisten immer zu zweit gegangen, aber an einem der Abende war er allein. Da bemerkte er einen Einbruch in das Waffengeschäft von Schilling und stellte sich den Dieben entgegen. Als Einzelner hatte er geringe Chancen gehabt sich durchzusetzen und die Einbrecher haben sich auf ihn gestürzt. Eigentlich hätte er die Waffe ziehen können, hat es aber nicht gemacht. Da kam er dann heim und sah völlig ramponiert aus. Der Schilling hielt sich still im ersten Stock seines Hauses auf und hat alles von oben angehört und verfolgt. Als die Einbrecher dann spitzkriegten, dass sich was im Hause rührte, sind sie weggelaufen. Daraufhin hat er meinen Vater ins Haus reingezogen und seine Wunden versorgt. Das war der Beginn dieser Freundschaft“.



Waffengeschäft Fritz Schilling in der Fahrgrasse 14 (Aufnahme ca. 1930) © ISG FFM, S7A1998/2947 Foto: N.N.



Fritz Schilling (Aufnahme ca. Anfang
fünfziger Jahre) © ISG FFM, Nr. 6096

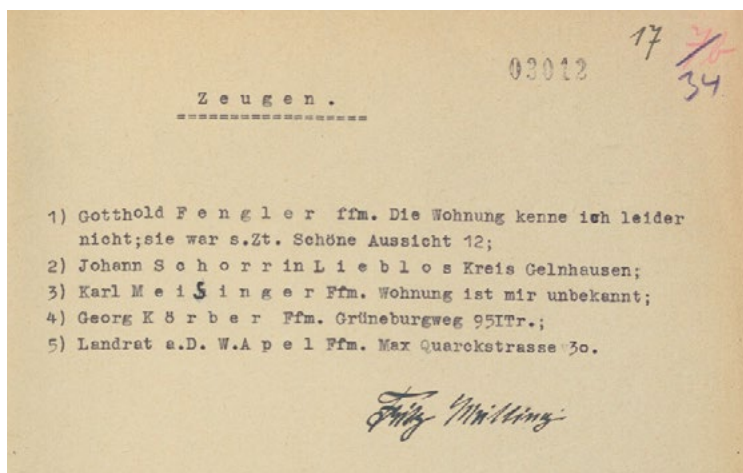
Fritz Schilling wurde am 15. Mai 1933 zum ersten Mal verhaftet. Seit der nationalsozialistischen Machtübernahme wurde bereits sein Waffengeschäft in der Fahrgasse von SS- und SA-Männern überwacht und er mit der recht unspezifischen Begründung „Vorbereitung zum Hochverrat“ politisch verfolgt. Der Vorwurf, er habe Schusswaffen an die SPD und Anhänger des Zentrums geliefert, ließ sich im anschließenden Ermittlungsverfahren nicht halten. Nach vier Wochen wurde er aus der Untersuchungshaft wieder entlassen. Die Beweisaufnahme vor Gericht ergab einen Freispruch, denn „gute Freunde hatten Vorsorge getroffen“ und Belastendes rechtzeitig entfernt. Bei dieser ersten Verhaftung hob Fritz Schilling ausdrücklich hervor, dass es sich um einen politischen Vorgang handelte, was bei der zweiten und dritten Verhaftung 1938 und 1939 offensichtlich wurde.¹¹³

Die Gestapo reagiere auf eine Anweisung Himmlers, merkte Schilling an, worauf er schließlich gezwungen wurde, sein Waffengeschäft zum 1. Juli 1939 zu schließen. Sein Warenlager wurde konfisziert.¹¹⁴ Nach Ende des Krieges führte Schilling an, er könnte fünf Zeugen benennen, die die Verhaftungen als politische Maßnahmen bestätigen würden. An erster Stelle nannte er seinen Jagdfreund Gotthold Fengler. Allerdings fehlte

ihm seine Anschrift, um vom ihm die notwendige Aussage zu den Vorgängen zu erbitten. Ihm war nicht bekannt, dass Fengler zu dieser Zeit längst gestorben war, obwohl er doch erst ein paar Monate zuvor eine eidesstattliche Erklärung zu Fenglers Entlastung an die Ehefrau Anna Fengler geschickt hatte.

Ein weiterer Zeuge war der Landrat a.D. Wilhelm Apel aus Frankfurt, der den Vorgang zu Schillings Waffengeschäft schilderte: „Mit einem Raffinement seltener Art verstand es die Gestapo, die ganzen Vorgänge vom Politischen auf ‚persönliche Unzuverlässigkeit‘ und weil die Schusswaffe unvorsichtig geführt werde, abzuleiten“. ¹¹⁵ Wer wie Schilling 27 Jahre als Jäger und 30 Jahre als Büchsenmacher im Umgang mit Schusswaffen geübt war, handelte kaum unvorsichtig. Es war ein konstruierter Vorwurf, um die Geschäftsschließung umzusetzen.

Der ehemalige Landrat Apel schilderte ausführlich den politischen Werdegang Schillings und erklärte, warum die Nationalsozialisten ein „scharfes Auge“ auf ihn gerichtet hatten. Apel kannte Schilling aus Suhl/

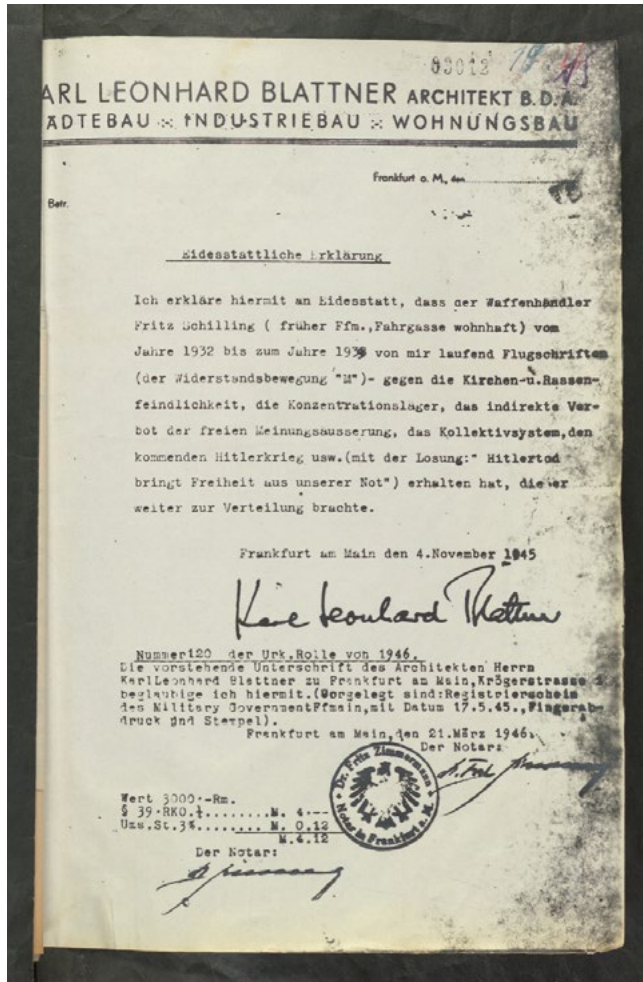


Zeugen für die politische Verfolgung von Fritz Schilling
© Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 518

Thüringen. Als Bezirkssekretär der SPD beobachtete er ihn als seinen aufmerksamsten Schüler in der Arbeiterjugend. Auch nach dem Wechsel nach Frankfurt war Schilling aktiv in der SPD, im „Reichsbanner“ und in der „Eisernen Front“. Von ihm wurde auch auf die Beziehung zum Metallarbeiter-Verband hingewiesen. Er habe die Verwaltungsstelle mit Munition beliefert und er habe sich auch an illegaler Arbeit in der Partei und für die Gewerkschaft beteiligt.

Als Schilling 1950 eine finanzielle Entschädigung beanspruchte, erhielt er Unterstützung auch durch den Vorsitzenden der Frankfurter Jägervereinigung. Der hatte erkannt, dass die alten Nazi-Seilschaften unter den Büchsenmachern bevorzugt wurden, während Schilling das Kapital für einen Neuanfang fehlte. Neben den finanziellen Forderungen war in Schillings Akte eine eidesstattliche Erklärung aus dem Jahr 1946 zu finden, in der der Frankfurter Architekt Karl Leonhard Blattner ihm bescheinigte, dass Schilling einer Widerstandsbewegung „M“ angehörte. Er schrieb, Schilling habe „vom Jahre 1932 bis zum Jahre 1938 von mir laufend Flugschriften (der Widerstandsbewegung „M“) - gegen die Kirchen- u. Rassenfeindlichkeit, die Konzentrationslager, das indirekte Verbot der freien Meinungsäußerung, das Kollektivsystem, den kommenden Hitlerkrieg usw. (mit der Losung: ‚Hitlertod bringt Freiheit aus unserer Not‘) erhalten“ und verteilt.¹¹⁶ Hinter der Widerstandsbewegung „M“ versteckten sich die Namen Blattner, Schilling und Metz. Franz Metz wurde als SPD-Mitglied und Gewerkschafter aus seinen Ämtern als Bezirkssekretär des Metallarbeiter-Verbands und als Reichstagsabgeordneter 1933 entlassen. Nach seinem Umzug nach Frankfurt eröffnete er das Café Metz in der Großen Sandgasse 14, das nur wenige Schritte vom Architektenbüro Blattner am Großen Kornmarkt 15 entfernt war. Im Café Metz trafen sich seit 1934 Gewerkschafter und Sozialdemokraten in der Illegalität. Als nach mehreren Hoch- und Landesverratsprozessen das Lokal bei Gericht und der Gestapo bekannt wurde und die Gäste in Schwierigkeiten gerieten, mussten Franz und Katharina Metz das Café im Juni 1936 schließen. Erst im April 1937 gelang es ihnen, im Baumweg 16 eine Gastwirtschaft zu eröffnen. Im Januar 1944 zerstörte

eine Bombe das Haus und Franz Metz wurde nach dem misslungenen Attentat vom 20. Juli 1944 verhaftet. Die Widerstandsbewegung „M“ gehörte zum zivilen Widerstand in Frankfurt, über deren Mitstreiter und Aktionen kaum etwas bekannt ist.



Karl Leonhard Blattner zu den Flugschriften der Widerstandsbewegung „M“
© Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 518

Fengler, der mit Schilling befreundet war und mit ihm als Jäger auf Pirsch ging, hatte auf den Pfaden des Odenwalds nicht nur von Schillings Kampf gegen seine Geschäftsschließung gehört, sondern vermutlich auch von dessen Engagement in der Widerstandsbewegung „M“ erfahren. Fengler, so berichtete Jagdfreund Schilling, habe von seinen „sämtlichen Verhaftungen Kenntnis“ gehabt. Er hätte sicherlich detailreich zu Schillings politischer Rehabilitierung nach 1945 beitragen können. So bleibt der Bericht von Schilling über Fengler die einzige Schilderung eines für ihn aussagebereiten Zeugen – leider ohne erklärende Worte. Andere schriftliche Äußerungen von Bekannten und Jagdfreunden zur Entlastung von Fengler, denen er dabei half, ihren „Kopf aus der Schlinge“ zu ziehen, sind nicht bekannt. Derartige Zeugnisse zu Fenglers Entnazifizierungsverfahren sind auf unergründbaren Wegen „verloren“ gegangen. Aus dem Vorgang zu Schillings Entschädigungsansprüchen ist jedoch zu entnehmen, dass auch ein alter Jagdfreund wie Fengler in seiner Position als Gestapo-Beamter nichts für ihn ausrichten konnte.

Bekannt sind aus Fenglers Zuarbeit für den Widerstand seine Warnungen vor Verhaftungen und Deportationen. Hier wird nun offensichtlich, wie eng seine Grenzen und sein Handlungsspielraum in der Gestapo waren. Angesichts der hartnäckigen Verfolgung von Seiten der NS-Behörden bei der Ausschaltung eines politischen Gegners und wirtschaftlichen Konkurrenten war Fenglers Einfluss extrem begrenzt, sodass er sich auf Ratschläge beschränken musste.

Ähnlich enttäuschend wäre wohl Fenglers Einfluss auf die Nachstellungen der Gestapo bei dem Buchmacher Gustav Weigel gewesen. Aber dieser konnte rechtzeitig durch eine Mitgliedschaft bei der NSDAP und später sogar durch Beitritt in die allgemeine SS seinen Geschäftsbetrieb schützen. Allerdings lag dieser Vorfall in den Anfangsjahren des NS-Regimes, als eine gewisse Einflussnahme auf die staatsanwaltliche Bearbeitung noch möglich gewesen war.

Die Familien Ungerer und Schönthal: zwei Söhne benötigen Schutz

Es kann im Jahr 1935 gewesen sein, als Irmgard Ungerer eine Vorladung zur Gestapo erhielt. Die zweiundzwanzigjährige Frau wohnte bei ihren Eltern in dem Haus „Schöne Aussicht 9“ am nördlichen Mainufer. An den Grund der Vorladung erinnerte sich Irene Fengler nicht mehr, aber an Irmgard Ungerer sehr wohl und an einen Vorgang, der von Fengler auf seine Weise „bearbeitet“ wurde. Es könnte sich folgendermaßen zugetragen haben: Eines Tages landete auf Fenglers Schreibtisch ein denunziatorisches Schreiben, das er wohl selbst bei aller Gutwilligkeit nicht vom Tisch wischen konnte. Irmgard Ungerer wurde ins Gefängnis eingeliefert. Bevor sich hinter ihr die Tore schlossen, gab ihr der Gestapo-Beamte Fengler einen besonderen Rat mit auf den Weg. Wenn sie sich daran hielte, werde er sich um alles Weitere kümmern. Über die Anwendung dieses Ratschlags wusste Fenglers Tochter Irene Folgendes zu berichten: „Irmgard hat im Gefängnis der Wärterin, die ihr das Essen brachte, alles über den Kopf geschüttet und sich also völlig hysterisch benommen. Sie kam dann über einen Psychiater frei, den mein Vater zu ihr schickte, um sie auf ihren Geisteszustand zu untersuchen. Den Arzt musste der Vater gekannt haben und er war daher sicher, in welche Richtung er das Gutachten formulieren werde“. Fenglers Kontakt zu diesem Psychiater wurde später noch einmal eingesetzt, um eine andere Frau vor einer Haft zu bewahren.

Nachdem Irmgard Ungerer glimpflich davongekommen war, entstand eine Freundschaft zwischen den Familien, die noch eine größere Tragweite bekommen sollte. Aus der Familie Ungerer war Tochter Irene ein zweiter Fall in Erinnerung, der die Tante von Irmgard betraf und deren „jüdisch erzogene“ Söhne. Irene Fengler erinnerte sich an die damalige Situation so: „Die Tante von Irmgard war mit einem Juden verheiratet gewesen und hatte zwei Söhne. Die Kinder waren in jüdischem Ritus beschnitten und entsprechend erzogen worden und lebten nach der

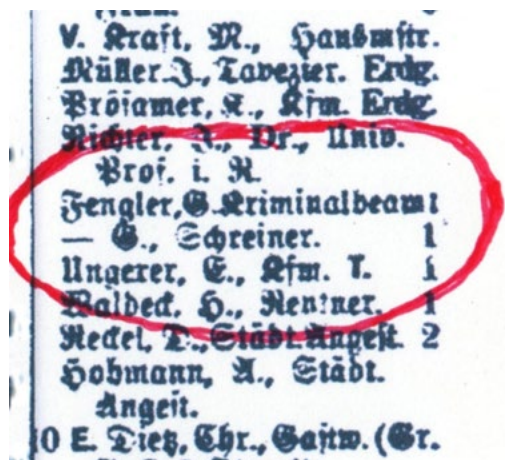
Scheidung bei ihrem jüdischen Vater. Jetzt während der Nazizeit hatte die Tante Bedenken, dass die Söhne Schwierigkeiten kriegen. Da hat sie sich auch an meinen Vater gewandt, und er hat ihr vorgeschlagen, wie man sie zu ‚Ariern‘ umdefiniert. Einer hat es zumindest überlebt“.

Es war für die Ungerers gefährlich, solche Gespräche unauffällig mit einem Gestapo-Beamten zu führen. Das wurde einfacher als im Frühjahr 1936 die Fengers zu Türnachbarn der Ungerers geworden waren. Mehr als ein Jahr lebten sie auf der gleichen Etage. Emil Ungerer, der Vater von Irmgard, hatte den Fengers den Tipp gegeben, dass in seinem Haus „Schöne Aussicht 9“ eine Wohnung frei werde. Diese nachbarschaftliche Nähe ermutigte Ungerer, sich von Fenger beraten zu lassen, wie die Söhne seiner Schwester Emilie vor zukünftiger Verfolgung bewahrt werden



Haus Schöne Aussicht 9: 1936/37 wohnten die Familien Fenger und Ungerer im ersten Stock mit Balkon und Blick auf den Main (Aufnahme 1860) © ISG FFM

könnten. Was Tochter Irene nur bruchstückhaft erinnerte und rekonstruierte, kann durch Dokumente des Hessischen Hauptstaatsarchivs ergänzt werden. Es ist die Geschichte von zwei Verfolgten, deren Leben durch Fenglers Ratschlag eine Wendung nehmen sollte.



Auszug aus dem Adressbuch 1937:
Schöne Aussicht 9

1898 wurde dem unverheirateten Paar Louis Schönthal und Emilie Ungerer der erste gemeinsame Sohn Walter geboren. Nach der Hochzeit im Jahre 1905 kam im Jahre 1908 ein zweiter Sohn Erich auf die Welt. Die konfessionelle Mischehe wurde nach vielen Jahren 1926 geschieden. Aus den recht vollständigen Einwohnermeldeunterlagen ist erkennbar, dass die Söhne eine engere Verbindung zum Vater unterhielten als zur Mutter. Bis 1932 lebte Louis Schönthal mit seinen Söhnen Walter und Erich in der Frankfurter Hohenzollernstraße. Walter und Erich sind dort hinter dem Namen des Vaters eingetragen, als ledig angeführt und mit der Religionszugehörigkeit „israelitisch“ vermerkt. Dann trennten sich auch die männlichen Schönthals. Vater Louis zog in die Uhlandstraße ins Frankfurter Ostend, Walter und Erich in die Elbestraße im Bahnhofsviertel. Bald darauf lebten auch die Brüder jeder für sich in einem Zimmer zur Untermiete. Sie waren zu dieser Zeit noch Mitglieder der Jüdischen Gemeinde. Dieser Vermerk in den Einwohnermeldeunterlagen bedeutete spätestens mit den Nürnberger Gesetzen vom 15. September 1935, dass

sie als „Geltungsjuden“ eingestuft wurden. Es hat sich später als nicht unwichtig erwiesen, dass Walter vor der Ehe gezeugt wurde und seine gesamte Schulzeit auf der nicht-jüdischen Wöhler-Schule verbrachte, wohingegen Erich – ehelich geboren – dort nur für die ersten vier Jahre die Schulbank drückte. Er wechselte anschließend auf die jüdische Schule Philantropin. Nach der Trennung der Eheleute nahm Mutter Emilie ihren Geburtsnamen Ungerer wieder an.

Wann Gotthold Fengler die Familienmitglieder Schönthal/Ungerer beriet, ist nicht genau zu bestimmen. Es kann nach einer Denunziation geschehen sein. Der erste Eintrag auf der Gestapo-Karteikarte zu Walter Schönthal/Ungerer datiert auf den August 1935. Walter wurde beschuldigt, mit der „Arierin Marie K. rasseschänderischen Verkehr zu unterhalten“. ¹¹⁷ Beide Vorgeladenen konnten dies glaubhaft bestreiten, d.h. ein Nachweis einer Beziehung konnte nicht erbracht werden. Allerdings war Walter nun bei der Gestapo mit einer Eintragung registriert. Bei dem gesamten Vorgang, auch bei der später noch folgenden Eintragung im Jahre 1937 fällt auf, dass – anders als in anderen registrierten Fällen – hier ein Geschäftszeichen fehlt. Offenbar war es nicht gelungen, den Vorwurf ganz unter den Tisch fallen zu lassen, es sollte jedoch auch keine Spur auf den Bearbeiter dieses Falles hinweisen, dessen Kürzel das Geschäftszeichen enthalten hätte.

Wie reagierten die Söhne Schönthal/Ungerer auf die sich anbahnenden Gefahren? Als allererstes traten Walter und Erich im Dezember 1935 aus der Jüdischen Gemeinde aus, was zum einen zu spät war, da die Nürnberger Gesetze bereits in Kraft getreten waren, und zum anderen – auf jeden Fall für Erich – nicht ausreichend war. Als ehelich gezeugter Sohn und als Schüler des jüdischen Philantropin konnte er auch nicht die Spur einer christlichen Erziehung nachweisen. Fenglers Rat, die jüdische Herkunft zu bestreiten, lief unter diesen Vorgaben auf eine gerichtliche Klage hinaus. Nur die außereheliche Zeugung der Söhne konnte sie „vom Makel“ ihres jüdischen Vaters befreien. Bei Walter Schönthal, dem Erstgeborenen, ließ sich das geplante und auch so praktizierte gerichtliche Verfahren

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20										
Name: (bei Frauen auch Geburtsname) Schönthal										Wohnung: (Zeit d. Eintragung eintragen) II										Personalakte:									
																				Vorname: Walter									
Geburtsort u.-ort: 21. 11. 1898 Darmstadt										Beruf: Reisender										Finger-Abdruck-Karte:									
Familienstand: ledig										Staatsangehörigkeit: Reichsdeutscher										Schiffsprobe:									
Dach-Name: Adresse:										Politische Einstellung:										Glaubensbekenntnis: evgl.									
Datum der Auftragung										Sachverhalt										Staatspolizeistelle Geschäftszeichen									
										Siehe Reg.Karte: Ungerer, Walter, 21.11.1898 Darmstadt.																			

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20										
Name: (bei Frauen auch Geburtsname) Ungerer										Wohnung: (Zeit d. Eintragung eintragen) II										Personalakte:									
																				Vorname: Walter									
Geburtsort u.-ort: 21. 11. 1898 Darmstadt										Beruf: Reisender										Finger-Abdruck-Karte:									
Familienstand: ledig										Staatsangehörigkeit: Reichsdeutscher										Schiffsprobe:									
Dach-Name: Adresse:										Politische Einstellung:										Glaubensbekenntnis: evgl.									
Datum der Auftragung										Sachverhalt										Staatspolizeistelle Geschäftszeichen									
13.8.35										Wurde beschuldigt mit der Arierin M. rasseschänderischen Verkehr zu unterhalten. Beide bestritten dies. Der Nachweil konnte nicht erbracht werden. Sch.ist nach dem Bericht v. 20.5.36-in diesen Akten-als Arier anzusehen, dafür spricht auch der Erl.d.Pr.M.d.I.I Z. R.8 v. 12.4.34.																			
18.6.37										Lt.Beschluss des A.S.Darmstadt v.29.5.37 darf er den Namen "Ungerer" führen.										Gestapo Nr. 14.									

Die Gestapo-Karteikarten Walter Schönthal bzw. Walter Ungerer
© Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 486

offenbar mühelos umsetzen. Er war unehelich – vor der Heirat 1905 – im Jahre 1898 in Darmstadt geboren. Seinem Antrag am dortigen Amtsgericht im Jahre 1936, ihn aus diesem Grunde nicht als „jüdisch erzogen“ zu betrachten, wurde stattgegeben. Seine bei der Frankfurter Gestapo geführte Karteikarte bestätigt den erfolgreichen Eingriff in die Familiengeschichte. Weiterhin wurde vermerkt, dass er den Namen der Mutter „Ungerer“ führen darf und als „Arier“ anzusehen ist.¹¹⁸

Zwei Jahre später beschritt auch der zweitgeborene Sohn Erich den gerichtlichen Weg. Vor dem Landgericht Frankfurt klagte er auf Feststellung, dass Louis Schönthal nicht sein Erzeuger gewesen sein konnte. Allerdings: „Noch vor einer Entscheidung in diesem Verfahren wurde das Gesetz über die Änderung und Ergänzung familienrechtlicher Vorschriften vom 12. April 1938 verkündet, auf Grund dessen dann das einstweilige Ruhen des Verfahrens angeordnet wurde“.¹¹⁹ Wie in der Handakte der jüdischen Rechtsanwälte Gutenstein und Dr. Popper aus Frankfurt nachgelesen werden konnte, strebte daraufhin der Vater Louis Schönthal „mit umgekehrtem Rubrum ein Verfahren auf Feststellung“ an, dass er gar nicht der Erzeuger sein könne. Die Begründung des Vaters notierte Dr. Popper in einer handschriftlichen Notiz: Erich wäre während seiner Ehe durch ein außereheliches Verhältnis der Frau gezeugt worden. Er wüsste, erklärte Schönthal, dass seine damalige Frau Emilie auch nach der Heirat mit dem – 1938 – bereits gestorbenen Wilh. Rud. Hamm weiterhin geschlechtlichen Kontakt pflegte und daher sein Sohn Erich im Seitensprung gezeugt wurde. Auch medizinisch betrachtet sei er zur Zeugung eines Kindes überhaupt nicht in der Lage, da er an „einer chronischen, hochgradigen Harnröhrenverengung“ leide und ein Verkehr zwischen den Partnern habe daher nur sehr selten stattgefunden. Zur Bekräftigung der Aussage Schönthals sollte nun auch die Mutter ihre Stellungnahme abgeben. Gegenüber der Zivilkammer II des Landgerichts Frankfurt trug der nicht-jüdische Anwalt von Erich vor, dass sein Mandant „insbesondere unter Berücksichtigung der nationalsozialistischen Weltanschauung ein lebenswichtiges Interesse daran (hat), dass seine blutmäßige Abstammung durch streitiges Gerichtsurteil festgestellt

wird“. Daraufhin beantragte „der Konsulent“ Dr. Popper – als Vertreter des Vaters - beim Landgericht einen Termin anzuberaumen, zu welchem die Mutter Emilie Ungerer geladen werden solle. Zu einer Aussage ist es wahrscheinlich nicht mehr gekommen. Mit dem letzten Blatt und dem letzten Satz: „Die Zeugin möge gehört werden“, endet die Akte. Datum dieses Schreibens ist der 8. Juli 1938. Nachdem die Feststellungsklage seines Vaters vermutlich zu keinem Gerichtsurteil geführt hatte, nahm Erichs Leben die befürchtete schlimme Wendung. Unter seiner Anschrift in der Biebergasse 8 ist vermerkt, dass er für den 15. Oktober 1941 nach „unbekannt“ verzogen ist, was so viel wie in Haft genommen heißt. Darunter „21.3.1942 Buchenwald gestorben, not. 8.5.1942“. ¹²⁰

Was nach 1938 mit Erich geschehen war, haben Schüler des Wöhler-Gymnasiums in Frankfurt am Main im Jahre 2001 recherchiert. An dieser Schule besuchte Erich vier Jahre eine Vorklasse, bis er auf das Philantropin wechselte. In ihrem Bericht „Lebensspuren“ über die ermordeten jüdischen Wöhler-Schüler schreiben sie, dass Erich am 16. Januar 1942 aus Frankfurt am Main in das KZ Buchenwald deportiert wurde. Die Gedenkstätte Buchenwald schrieb ihnen dazu: „Eine Woche später setzte die SS zur Kategorie die Bezeichnung „K-Häftling“, das heißt, er gehörte zur „K-Kompanie“, einer besonderen Strafabteilung, in die Häftlinge eingewiesen wurden, die gegen Kriegsvorschriften verstoßen hatten“. ¹²¹

Erichs Lage in den dreißiger Jahren war sehr prekär. Allein achtmal war er in der Innenstadt umgezogen. Die Gruppe der Wöhler-Schüler, die sein Schicksal in den Einwohnermeldeunterlagen aufspürte, entnahm den Eintragungen, dass er meistens in Häusern wohnte, in denen viele Künstler und Artisten gleichfalls als Untermieter eingetragen waren. Sie vermuteten einen Bezug zum nahe gelegenen Schumann-Theater. Erich Schönthal könnte im Theater gearbeitet haben. In dieses Ambiente fügt sich der Erinnerungsfetzen von Fengers Tochter Irene, ihr Vater habe auch dem Direktor dieses Theaters, Hans Maier, aus einer schwierigen Situation herausgeholfen. An Maiers Dankbarkeit erinnerte sie sich und dass ihre Mutter Anna danach häufig Theaterkarten geschenkt bekam.

Das habe ihr sehr gefallen, denn alles, was mit Oper, Gesang und Theater zu tun hatte, konnte sie begeistern.

Vater Louis Schönthal hatte zuletzt im jüdischen Altersheim im Rechneigraben gelebt und wurde am 28. Mai 1942 bestattet. Eine letzte Spur führt zu seiner Grabstätte auf dem Frankfurter Jüdischen Friedhof in der Rat-Beil-Straße. Am gleichen Tag wurde auch die Urne mit den sterblichen Überresten seines Sohnes Erich beigesetzt. Aus der Gedenkstätte Buchenwald erhielten die Schüler des Wöhler-Gymnasiums ein paar Informationen: „Über Erich Schönthal gibt es hier leider auch nicht sehr viel. Er war nur acht Wochen in Buchenwald, bevor er am 14. März 1942 in die Euthanasie-Tötungsanstalt Bernburg gebracht und dort im Gas erstickt wurde. Das Todesdatum ist fingiert“. ¹²² Der Grabstein steht heute noch auf dem Friedhof. Nur mit einem Lageplan ist er zu finden. Man kann unschwer erkennen, dass die Inschriften von Metallsammlern geraubt wurden. Metall wurde für „den Endsieg“ gebraucht.

Die Mutter Emilie Ungerer lebte zu dieser Zeit bei ihrem Bruder Emil in Königstein. Am 29. August 1942 heiratete Irmgard Ungerer in Königstein einen Dr. Helmut Auge. Die Fengers waren unter den Hochzeitsgästen.

Hilfe für Frankfurter und Freunde

Die Erinnerungen der Tochter, vor allem aber die Aktenfunde förderten erstaunlich viele kleine und größere gewagte und gefährliche Rettungstaten des Gestapo-Beamten Fengler zutage. Irene Fengler deutete die Motive des Vaters und erinnerte seine Befürchtung: „Das kann nicht gut gehen, was hier in Deutschland im Moment passiert. Wenn mein Vater merkte, dass die Leute zeitig auswandern konnten, da hat er sie rechtzeitig gewarnt, ebenso wenn er mitbekam, dass da was im Busche ist, d.h. wenn sie auf einer ‚schwarzen Liste‘ standen und demnächst überprüft werden sollten. Das hat er dann weitergegeben“.

In den Karteikarten der Frankfurter Gestapo fand ich die Namen von vier Personen, denen Fengler dabei geholfen hatte, Anschuldigungen zu entschärfen, die gegen sie erhoben worden waren. Sie konnten dadurch einer Haft entgehen. Später haben sie mit einer eidesstattlichen Erklärung die anti-nationalsozialistische Einstellung Fenglers bescheinigt. Zu den vier Personen gehörte die Lebensmittelhändlerin Maria Reichertz, deren Geschichte der Tochter Fenglers nur deshalb in Erinnerung geblieben war, weil Mutter Anna auch nach 1945 mit Maria Reichertz befreundet blieb. Auf der Karteikarte der Gestapo ist vermerkt, dass Maria Reichertz im Mai 1942 „staatsabträgliche Gerüchte“ im Geschäft ihres Mannes verbreitet hatte, die ein Kunde mitbekam und die Lebensmittelhändlerin anschließend bei der Gestapo denunzierte.¹²³ Sie erhielt eine Vorladung zum Verhör in die Gestapo-Zentrale in der Lindenstraße. Das Geschäftszeichen auf der Karteikarte von Maria Reichertz ist Fenglers späterer Abteilung II C zuzuordnen, in welcher er zeitweise mit Kriminalinspektor Gabbusch und Kriminalsekretär Mohr zusammenarbeitete. Wer den Fall Reichertz als erster vernehmender Beamter auf den Schreibtisch bekam, geht daraus nicht hervor, aber man erfährt, dass Maria Reichertz zehn Tage in Schutzhaft im Gefängnis einsaß. Die Tochter erinnerte sich an diese Einzelheiten: „Die Reichertz hatten damals ein Lebensmittelgeschäft in der Altstadt. Wir wohnten bereits in dem Haus „Schöne Aussicht 9“ unten am Main in einer sehr großen Wohnung.

Das Lebensmittelgeschäft Reichertz war in der Nähe, in der Schnurgasse 1-5. Jedenfalls hat Frau Reichertz, als der Laden voll war und es bereits Lebensmittelkarten (mit Kriegsbeginn vom September 1939, P.B.) gab, ihrem Ärger einmal Luft gemacht. Es hatte wieder einmal eine neue Bestimmung mit den Karten gegeben, und weil die gute Frau auch ein bisschen temperamentvoll veranlagt war, sagte sie unkontrolliert: ‚Also der Scheiß-Hitler, der macht uns nur noch unnötige Arbeit. Wir haben doch sowieso schon genug zu tun.‘ Ein Kunde im Geschäft zeigte diese Äußerung an. Frau Reichertz wurde also verhaftet und Gott sei Dank meinem



Geburtstag von Anna Fengler 1949 (von li. nach re.: Gerda u. Maria Reichertz, Irene u. Anna Fengler, unbekannt) © Sammlung Petra Bonavita

Vater vorgeführt. Bei der Vernehmung hat sie dann zu ihm gesagt: ‚Um Gottes willen, wenn Sie mich jetzt einsperren, was soll mein Mann alleine mit dem Laden machen?‘ Mein Vater hatte damals mit einem Psychiater zusammengearbeitet und ihr geraten: ‚Benehmen Sie sich jetzt mal ganz komisch, wenn Sie da eingesperrt sind. Stellen Sie so verrückte Fragen wie, ob es schon morgens ist oder bereits abends. Ich lasse sie dann auf ihren Geisteszustand untersuchen‘. Darüber kam Frau Reichertz dann raus. Mein Vater hat es also damals geschafft, dass Frau Reichertz nicht von Frankfurt aus in eine längere Haft oder sogar in ein Lager kam, sondern mit Ermahnungen entlassen wurde. Entsprechend dankbar verhielten sich Karl und Maria Reichertz uns gegenüber. Obwohl der Laden nicht in unserer unmittelbaren Nachbarschaft lag, sollten wir nur noch bei ihnen einkaufen. Wir hatten nur einen Zettel abzugeben und ein Lehrbub brachte mit der Kiepe den Einkauf nach Hause“.

Fengler versuchte die Beschuldigten als vermindert schuldfähig darzustellen, indem er die Protokolle vorangegangener Verhöre änderte. So konnten manche der häufig unter Angst und massivem Druck entstandenen schweren Selbstbelastungen der Verhörten in minderschwere Aussagen abgeschwächt werden. Er nahm dazu eine Schreibmaschine aus dem Büro mit nach Hause und fertigte mit Hilfe seiner Tochter Korrekturen in den Protokollen an. Es waren zwei oder sogar drei Fälle, an die sich seine Tochter erinnerte, in der sie selbst auf der Schreibmaschine tippte. So schwächte Fengler die Vernehmungen, die ein Kollege protokolliert hatte und die meistens über mehrere Seiten gingen, inhaltlich ab. Dazu mussten manchmal ganze Seiten neu getippt werden. Sehr oft stand auf der letzten Seite nur noch die von der ursprünglichen Vernehmung erhalten gebliebene Floskel mit der anschließenden Unterschrift des Vernehmenen, was an den neuen Text wieder angehängt wurde. Da Fengler meistens selbst seine Protokolle schrieb, war diese aufwendige Prozedur die sicherste. Bei Überprüfungen hätte sich bei einem Verdacht und Vergleich der Schriftproben mit der Büro-Schreibmaschine und dem Papier nichts Belastendes ergeben. Denn der Anschlag seiner Tochter auf der Maschine hätte nicht mit seinem eigenen Tastendruck übereingestimmt.

Glücklicherweise ist eine solche Überprüfung wohl nie vorgenommen worden.

In der Liste der Fengler entlastenden Erklärungen sind zwei Schreiben aus dem Haus Wertheim am Römerberg enthalten. In dem einzigen Fachwerkhaus, das die späteren Bombenangriffe auf Frankfurts Altstadt überstand, betrieb Jean Hollhorst seit 1930 unter seinem Namen ein Café. Im Nachbarlokal führte Emmi Bernardi mit ihrem Mann das „Kulmbacher Braustübl“. Bernardis Ehemann war bereits Ende 1933 in einem Verfahren wegen „Behauptung und Verbreitung unwahrer Tatsachen“ zu fünf Monaten Gefängnis bestraft worden.¹²⁴ Seine Staatenlosigkeit wurde zu einem Problem, erinnerte sich Tochter Irene. Fengler verhalf ihm zu einem Fremdenpass. Der Antrag dazu ist auf der Gestapo-Karteikarte von Bernardi vermerkt. Außerdem beschäftigte die Gastwirtin Emmi einen Oberkellner namens Walter Kühn, der als „Halbjuden“ in den Gestapo-Unterlagen geführt wurde. Es fehlt allerdings eine Aussage über den Angestellten von Emmi Bernhardt in den Unterlagen. Durch Zufall habe ich in meinen Dokumenten zu den verfolgten „Mischehen“ in Frankfurt am Main den Fall eines Oberkellners entdeckt, der sich rechtzeitig einer Verschickung in ein Konzentrationslager entziehen konnte. Da die Familie Fengler in dem Lokal der Emmi Bernardi verkehrte, vermute ich, dass Fengler seine Hände bei der Rettung des Kellners im Spiel hatte.

Von Walter Kühns Bruder Max, der früh mit der Gestapo Bekanntschaft gemacht hatte, als er denunziert und verklagt wurde und schließlich seinen Beruf aufgeben musste, ist folgendes überliefert: Kurz vor Ende des Krieges lag Post von der Gestapo für die Brüder Max und Walter im Briefkasten. Max Kühn schrieb: „1944 wurde ich wieder einige Mal zur Gestapo bestellt und mir eröffnet, mich bereit zu halten zum Abtransport nach Theresienstadt. Anfang Dezember 1944 erhielt ich eine Postkarte, mit welcher ich aufgefordert wurde, mich an einem bestimmten Tage mit Gepäck bei der Gestapo zum Abtransport einzufinden. Mein Bruder, der als Kellner im Nürnberger Braustübl (richtig: Kulmbacher Braustübl von Emmi Bernardi, P.B.) tätig war, erhielt zur gleichen Zeit die glei-



„Haus Wertheim“ am Fahrthor 1 mit dem Lokal „Kulmbacher Brau- stübl“ (Aufnahme ca. dreißiger Jahre) © ISG FFM

che Postkarte mit demselben Inhalt. Durch die Bekanntschaft meines Bruders mit einem Gaste, der Angestellter bei der Gestapo war, gelang es ihm denselben zu bewegen, (...) die Akten meines Bruders und meine verschwinden zulassen, wir haben uns dadurch vor dem Abtransport drücken können. Ich habe dann mit meinem Bruder Frankfurt verlassen und bin erst zurückgekehrt, als die Amerikaner in Frankfurt waren“. ¹²⁵ Auch dieser Vorgang weist auf die Hilfe Fenglers hin.

Der Metzgermeister Albert Schlecht, den Fengler als Zeugen nannte, betrieb ein Geschäft in der Gwinnerstraße 42. Den Anlass zur Denunziation gab eine unbedachte Äußerung von Schlecht, die nicht für nationalsozialistische Ohren bestimmt war. Als 1937 die letzte Prozesswelle gegen Priester und katholische Ordensangehörige vor den NS-Gerichten verhandelt wurde, die ihnen „unzüchtige Handlungen“ vorwarf, ließ sich der Metzger Schlecht dazu hinreißen, diese Prozesse als nicht wahr zu

schildern und wurde zur Gestapo zitiert. Aus der Karteikarte geht hervor, dass die Staatsanwaltschaft Frankfurt das Strafverfahren nach Vorlage der Unterlagen einstellte.¹²⁶

Albert Schlecht gehörte zum Kreis der Jäger und hatte sich bei Kriegsende nach Semd in den Odenwald zurückgezogen. Aber nicht nur er hatte Frankfurt verlassen. Auch der Kraftfahrzeugmeister Wagner und sein im Betrieb arbeitender Neffe, Otto Rödelsperger, zogen sich aus Frankfurt zurück. Im Odenwald war man sicherer vor den auf die Stadt Frankfurt in immer kürzeren Abständen niedergehenden Fliegerbomben. Rödelsperger half Fenglers Tochter Irene nach 1945 dabei, die angefragten entlastenden Aussagen von den Jagd- und Gesinnungsfreunden zu bekommen, um sie dem Vater in das Internierungslager zuzuschicken.

Auf der Gestapo-Karteikarte von Karl Gruber gibt es den Eintrag, dass der Metzger im März 1940 „ohne Kontingent Fleisch erworben und ohne Marken wieder verkauft“ hatte.¹²⁷ Familie Gruber gehörte zu dem Personenkreis, der nach 1945 mit einer eidesstattlichen Erklärung zur politischen Entlastung Fenglers beigetragen hatte. Die Gründe für die Verhaftung des Metzgers Karl Gruber waren vermutlich folgende: In unmittelbarer Nachbarschaft zur Metzgerei Gruber hatte auch der Metzger Hützler sein Geschäft. Nach 1933 wurde die Metzgerei Hützler jedoch boykottiert, da durch die jüdische Herkunft der Ehefrau Bertha das Geschäft nicht mehr als „Deutsches Geschäft“ ausgewiesen werden durfte. In den nächsten Jahren verlor die Metzgerei immer mehr Kunden. Gleichzeitig setzte der Viehwirtschaftsverband auch die Kontingente an Schweinehälften und Großvieh herab. Nach Beginn des Krieges setzte sich die geringe Zuweisung des Fleischkontingents fort und der Umsatz betrug nur noch sieben Prozent im Verhältnis zu den Jahren vor 1933. Da half der Metzger Gruber aus. Er kaufte nicht-kontingentierte Fleisch und trat es dem Kollegen Hützler ab. Doch ganz unbeobachtet blieb diese Unterstützung nicht und Karl Gruber wurde am 31. März 1940 verhaftet. Bei seiner Einweisung ins Polizeigefängnis wird als Grund „Verbrechen gegen die Kriegsgesetze“ angeführt mit dem Hinweis, dass es eine

Komplizenschaft mit anderen Metzgern gab. Durch Fenglers Hilfe wurde der Metzger Gruber am 16. April aus dem Gefängnis entlassen. Sein Geschäft durfte er allerdings erst ein halbes Jahr später wieder eröffnen.

Die Metzgerei der Hützlers verkaufte das wenige Fleisch, was ihr zugewiesen wurde, bis zur Anweisung, den Laden zum 1. Mai 1943 zu schließen. Aus „rassischen“ Gründen galten sie nicht mehr als politisch zuverlässig. Nach einem Fliegerangriff am 12. September 1944 wurde das Haus Rödelheimer Str. 29 total zerstört und die Hützlers wurden von der Familie Gruber in ihrem Haus in der Gremppstr. 35 aufgenommen. Allerdings nicht die jüdische Ehefrau. Bertha Hützler wurde in die jüdische Krankenstube in der Fichtestraße eingewiesen. Ihr Sohn, der vergeblich versuchte, seine Beziehung zu einem „arischen“ Mädchen legalisieren zu lassen, musste 1944 vor der Gestapo flüchten. Die in diesen Monaten geborene Tochter war Anlass, ihm ein Vergehen wegen „Rassenschande“ anzuhängen. Als Bertha Hützler zur bevorstehenden letzten Deportation aufgefordert wurde, brachte ihr Sohn sie in ein sicheres Versteck in den Taunus. Ihre zukünftige Schwiegertochter versorgte sie dort mit Essen bis zum Kriegsende.

In Bockenheim gab es ein intaktes Netzwerk ns-gegnender Kreise u.a. aus dem Umfeld der Bekennenden Kirche (BK) und der evangelischen Dreifaltigkeitsgemeinde. Zu den Mitgliedern des „Bockenheimer Netzwerks“ gehörte eine Gruppe von Helfern und Rettern um das Arztehepaar Dr. Fritz und Margarete Kahl und dem BK-Pfarrer Heinz Welke. Der Lebensmittelhändler Pallentin, der nachweislich Lebensmittelkarten für versteckte Juden einlöste und selbst in einer Mischehe verheiratet war, hatte sein Geschäft nur ein paar Häuser von den Metzgereien Hützler und Gruber entfernt. Er wurde nach 1945 von Dr. Kahl als Helfer benannt. Der Kriminalrat Christian Fries wohnte in der Bockenheimer Kurfürstenstr. 3/5. In der Mühlgasse wohnte eine Helferin, die eine Kennkarte für eine Flucht in die Schweiz zur Verfügung stellte. Gegner und Verfolgte des NS-Regimes waren untereinander gut bekannt.

Einsatz bei der Gestapo-Außendienststelle Wetzlar

Es verging viel Zeit, bis der Gestapo-Beamte Fengler einen neuen Anlauf unternahm, sich der Frankfurter Zentrale zu entziehen. Erst 1943 stellte er einen zweiten Versetzungsantrag. Offiziell galt seit Ende August 1943 die Außendienststelle der Gestapo in Wetzlar als wiedereröffnet, und Fengler hatte sich auf diesen Außenposten beworben. Seine Sekretärin bezeugte, dass auch sie seit Oktober 1943 für Fengler tätig war. Fengler selbst pendelte bis Dezember 1943 zwischen Frankfurt und Wetzlar und erst dann fand er – laut Meldekartei – in Wetzlar ein Zimmer zur Untermiete. Der zweite Vermerk auf der Meldekartei datiert auf April 1944. In diesem Monat hatte er endlich eine eigene Wohnung in der Wetzlarer Gabelsbergerstraße gefunden. Die eigene Wohnung in Wetzlar war kriegsbedingt notwendig geworden, weil Ende Januar 1944 Ehefrau und Tochter in ihrer Frankfurter Wohnung in der „Schöne Aussicht 9“ ausgebombt wurden. Unter einer eingestürzten Mauer verschüttet hatte man Ehefrau Anna aus den Trümmern gezogen. Dass sie überhaupt aus dem Schutt gerettet wurde, war Fenglers Jagdhund, einem Dackel, zu verdanken. Er wühlte sich durch die Steine, verschaffte ihr Luft, und wies mit seinem Bellen auf die unter Schutt liegende Verschüttete hin. Ein langer Krankenhausaufenthalt schloss sich für Anna Fengler an. Traumatisiert von dem Ereignis, konnte sie sich in der Industriestadt Wetzlar nicht einleben. Bei den häufigen Fliegerangriffen erlitt sie Panikattacken. Sie bekam so heftige Angstanfälle vor den Bombern, erzählte die Tochter, dass Anna Fengler zu ihrer Mutter nach Spremberg in der Niederlausitz aufs Land zog. Tochter Irene musste unterdessen dienstverpflichtet in den Hensoldt-Werken in Wetzlar arbeiten.

Da mehrere Jahre zwischen dem ersten Versetzungsantrag Fenglers nach Sigmaringen und dem zweiten nach Wetzlar liegen, ist zu vermuten, dass Fengler nach dem ersten Versuch entweder resignierte oder sich bewusst für einen Verbleib in Frankfurt entschieden hatte. Ganz aus dem



Bewerbungsfoto von Gotthold Fengler zur Aufnahme in die SS (Aufnahme 1942) © BArch ehem. BDC: RS/Fengler, Gotthold, 14.10.1898

Dienst auszuscheiden hatte er offenbar nicht mehr gewagt, der Schritt wäre nicht folgenlos geblieben. Es bleibt im Bereich der Spekulation, ob die Kontakte zu den Kreisen der ns-gegnerischen Kollegen bereits damals eine entscheidende Rolle gespielt haben. Wenn Fengler - wie die Tochter seinen Schritt begründete - weit „weg vom Schuss“ sein wollte, dann war dieser Posten als Leiter einer Gestapo-Außenstelle nicht gerade ein geeigneter Platz. Denn auch in Wetzlar war er an die Vorgaben der Zentrale gebunden. Er hielt sich zwar nicht mehr „im Zentrum des Bösen“ auf, so kommentierte die Tochter die Entscheidung zu diesem Versetzungsantrag, aber das wird ihn kaum vor schlaflosen Nächten bewahrt haben.

Entsprechend seines Arbeitsumfangs bekam der Leiter der Außenstelle eine eigene Sekretärin und einen Chauffeur zur Seite gestellt. Eine Aufgabenaufteilung der in Wetzlar eingesetzten Mitarbeiter ist nicht bekannt. Als Stellenleiter hatte Fengler grundsätzliche Fragen anzugehen und ihm wurde die Beaufsichtigung der Zwangsarbeiter übertragen. In dem Buch „Zwangsarbeit in Wetzlar“ von Karsten Porezag wird nicht ein einziges Mal

der Name Fengler im Zusammenhang mit einer Festnahme oder einem Vorfall in den Betrieben und Werken mit Zwangsarbeitern genannt.¹²⁸ Die Beispiele bei der Bestrafung der Zwangsarbeiter zeigen die gesamte Bandbreite der „gestapoüblichen“ Methoden. In den großen Werken Hensoldt, Buderus und Leitz, der Landwirtschaft und einigen kleineren Betrieben waren in den letzten eineinhalb Jahren des Krieges circa 8.000 Frauen und Männer in Betrieben und Wohnbaracken zu kontrollieren.

Eine große Aufgabe, die ein einzelner Mitarbeiter nur schwer erledigen konnte. Insgesamt waren ca. 30 Personen mit dieser Überwachung und der Bestrafung bei vorgekommenen Vergehen beschäftigt.

Nach der verlorenen Schlacht der deutschen Wehrmacht in Stalingrad 1942/43 befürchtete man ein Aufbegehren unter den mehrheitlich aus Russland und der Ukraine stammenden Zwangsarbeitern. Aufgrund einer Anweisung des „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“ im Frühjahr 1943 waren der Gestapo allerdings nur noch „schwere Vergehen wie Arbeitsverweigerung, Arbeitsvertragsbruch, Sabotage u.ä. (...) zu melden, die dann wieder über das Strafmaß entschied“. ¹²⁹ Das bedeutete in letzter Konsequenz für die Betroffenen Gefängnisstrafen oder bei einem härteren Strafmaß gegebenenfalls die Einweisung in ein Arbeitserziehungslager oder in ein Konzentrationslager.

Den Aussagen aus Fengers Spruchgerichtsakte aus Bielefeld ist wenig Nachteiliges gegenüber den Zwangsarbeitern zu entnehmen. Anders war es mit seinem Fahrer Heinz Bühler bestellt. Der Unterschied – des ohne jede Vorbildung zur Gestapo notdienstverpflichteten Mitarbeiters - mit Vorgeladenen konnte kaum gegensätzlicher sein. Bühler wurde offiziell in den Unterlagen als Kraftfahrer und Aushilfskraft geführt. Manche Menschen nahmen ihn in dieser Funktion aber nicht wahr. Sie sahen ihn mit eigenen Befugnissen ausgestattet: Er verhaftete, führte Vernehmungen durch, überstellte die Gefangenen.

Heinz Bühler war von Beruf Monteur, als er - gerade einmal 28 Jahre alt - im Jahre 1943 seine Notdienstverpflichtung zur Gestapo erhielt. Aus gesundheitlichen Gründen kehrte er nicht mehr als Soldat in die Wehrmacht zurück. Daraufhin folgte der Arbeitseinsatz im Dezember 1942 zur Frankfurter Gestapo. Bühler brachte keinerlei Vorkenntnisse für die staatspolizeiliche Arbeit mit, passte sich aber schnell dem üblichen Gestapo-Ton und Gestapo-Umgang gegenüber Beschuldigten an. Der kleine Machtbereich, den ihm die Zentrale aus Frankfurt zugestand, wurde von ihm weidlich ausgenutzt, und viele Menschen in Wetzlar lehnten es nach

1945 ab, ihm eine Zuzugsgenehmigung für die Stadt zu gewähren. Einigen gutwilligen Aussagen in seiner Spruchkammerakte stand eine Menge schwer belastender Aussagen gegenüber. Die wohlmeinenden Erklärungen wogen die belastenden Aussagen nicht auf. Die Beschuldigungen reichten von einschüchternden Verhörmethoden, erpressten Aussagen und einem brutalen Umgang mit den in sein Wetzlarer Büro Vorgeladenen oder Abgeholt. So wollte Bühler beispielsweise eine Aussage von der Wetzlarerin Leni Irle erpressen, die sich um ihre jüdische Mutter in einem Frankfurter Gefängnis sorgte und in den Fall ihrer gescheiterten Flucht ins Ausland hineingezogen wurde. Er beschimpfte sie einschüchternd und grob als „Judenmensch“. Auf dem Transport nach Frankfurt wurde in ihrem Beisein ein schwer verwundeter, gefangener englischer Pilot von Bühler gefesselt. Als „der Chauffeur“ Bühler zu einem Vorfall in die Wetzlarer Leitz-Werke gerufen wurde, versuchte er, einem sehr jungen Beschäftigten das Geständnis abzurufen, dass er es gewesen war, der auf „der Toilette die Aufschrift ‚Hitler, der Massenmörder‘ angebracht“ habe. Als der junge Mann trotz Bühlers Drohungen weiterhin heftig leugnete, wurde er von ihm schikaniert und geschlagen, und als Ausdruck verstärkten Drucks schnitt er ihm Haarbüschel vom Kopf. Anschließend verbot er ihm bei Strafe, den Eltern auch nur irgendetwas von dieser Tortur zu berichten. „Als junger Mensch war ich derart verängstigt, dass ich dieses Verbot bis zum Zusammenbruch eingehalten habe“, sagte der von Bühler Bedrohte wenige Jahre später dazu aus.¹³⁰ Bühler wurden weitere, ähnliche Fälle angelastet.

Nach 1945 berichtete ein Wetzlarer Betriebsobmann, der zu dem Verhalten Bühlers befragt wurde, von seinen Kontakten mit dem „Gestapo-Beamten“ Bühler. Als solcher war Bühler offenbar gegenüber Außenstehenden aufgetreten. Bühler, selbst dazu befragt, schilderte seine Arbeit als von der „übergeordnete(n) Dienststelle“ der Frankfurter Zentrale angeordnet. Dass es einer Aushilfskraft wie Bühler gestattet war, Anzeigen zu bearbeiten, deutet auf einen direkten Draht zur Zentrale hin. Der Spruchkammerakte Bühlers ist zu entnehmen, dass er seine Anweisungen von dem Gestapo-Beamten Max Heinen erhielt. Bühler war demnach

der „Vollzugsbeamte“ für die Frankfurter Zentrale in Wetzlar. Er war vor Ort als „scharf“ bekannt. Die „hinlänglich bekannte Tonart“ der Gestapo-Beamten sei bei ihm „offenbar nicht ohne Einfluss geblieben“, wurde als strafmildernd von seinem Verteidiger am Ende des Spruchkammer-Verfahrens in die Waagschale geworfen.¹³¹

Wann kamen Sabotagefälle, Denunziationen und Anweisungen auf Fengers Schreibtisch? In welchen Fällen wandte sich die Wetzlarer Kreisleitung der NSDAP mit den Meldungen aus den Betrieben direkt nach Frankfurt? Wie viel Spielraum blieb Fenger, Zwangsarbeiter vor allzu drastischen Maßnahmen zu bewahren? Seit Ende 1943 gab es weniger Meldungen an die Wetzlarer Gestapo. Zumindest aus den beiden Großbetrieben Leitz und Hensoldt ist dies nachgewiesen. Bei Hensoldt wurde viel im „Innenverhältnis“ entschieden¹³² und bei den Leitz-Werken wurden die Zwangsarbeiter von der Fürsorge des Firmeninhabers um seine Betriebsangehörigen nicht ausgeschlossen. Noch vor ihrer Verhaftung war es die Tochter des Firmeninhabers, Dr. Elsie Kühn-Leitz, die „von der Deutschen Arbeitsfront als Unterlagerführerin in dem zeitweise 600 Köpfe zählenden Lager der Firma Leitz eingesetzt war und sich sehr um humane Verhältnisse dort bemüht hat“.¹³³ Später machte sich der Firmeninhaber Ernst Leitz selbst in das Ostarbeiterlager auf, um sich „immer wieder durch Augenschein davon (zu) überzeugen, ob die Insassen des Lagers auch ein menschenwürdiges Dasein führten...“¹³⁴

Bei gravierenden Vorfällen wandten sich die Betriebsobleute offenbar direkt an die Gestapozentrale Frankfurt. Da die Frankfurter und Wetzlarer Gestapo-Akten in den letzten Wochen und Tagen vor Kriegsende verbrannt wurden, war es trotz der intensiven Recherche zur „Zwangsarbeit in Wetzlar“ von Karsten Porezag nicht möglich, die Anteile von Zentrale und Außendienststelle bei der Verfolgung der von Zwangsarbeitern verübten Straftaten heraus zu filtern. Auf einigen in Porezags Buch abgebildeten Karteikarten zu ausländischen Zwangsarbeitern aus Wetzlar ist deutlich der Stempel der bearbeitenden Gestapo Frankfurt erkennbar. Zu den schwerwiegenden Delikten gehörten Diebstähle in den Betrie-

ben, die mit der Einweisung in ein Konzentrationslager bestraft wurden. Häufig werden dazu in Porezags Buch Telefonate der Kreisleitung und der für die Zwangsarbeiter verantwortlichen Personen in den Betrieben mit der Frankfurter Gestapo-Zentrale zitiert. Porezag schreibt dazu: „Die Beamten der Geheimen Staatspolizei Frankfurt am Main (Gestapo) waren gründlich. Jeder Bestrafungsfall eines ausländischen Zwangsarbeiters wurde penibel auf einer besonderen Karteikarte vermerkt.“¹³⁵ Drei angezeigte Männer wurden nach Verhör in ein Konzentrationslager überführt. Im Buch wird mehrmals auf den direkten Kontakt der in den Betrieben Zuständigen zur Gestapo eingegangen, wobei nicht klar hervorgeht, ob damit Frankfurt gemeint ist.

Fenglers Arbeitsweise war anders und wurde von dem Zeugen Willi Dornuf ausführlich beschrieben: Fengler hatte Dornuf von einem Sabotagefall erzählt, der ihm gemeldet worden war. Anstatt den Hergang des Sabotagefalls zu untersuchen, ließ er die zur Begutachtung übergebenen Metallspäne des vermeintlichen Sabotagefalls im Papierkorb verschwinden. Mit Erstaunen verfolgte der Zeuge den Vorgang und erhielt von Fengler die Erklärung, dass er bereits „von seiner vorgesetzten Dienststelle in Frankfurt schriftlich gerügt worden sei, weil fast alle von ihm bearbeiteten Fälle ergebnislos verliefen“.¹³⁶

Der Zeuge Willi Dornuf kannte Fengler auch als Mitbewohner aus dem Mietshaus in der Gabelsbergerstraße in Wetzlar, in dem Dornuf noch 1947 lebte. Da blieb es nicht aus, so berichtete der Zeuge damals, dass er sich im Jahr 1944 mit Fengler wiederholt unterhalten habe, sogar über Dienstliches. Da er während des Krieges einmal als Elektroschweißer dienstverpflichtet gewesen war, habe ihm Fengler den vermeintlichen Sabotagefall mit den Sägespänen gezeigt. Da Fengler wusste, dass Dornuf ausländische Arbeiter beschäftigte, bat er ihn, sich über die Verpflegung kundig zu machen, ob „die Leute zu ihrem Recht kämen.“ In einem Fall habe er eine Beschwerde kontrolliert. Als Mitbewohner habe er mit Fengler auch im Luftschutzbunker gegessen. Selbst wenn russische Zwangsarbeiterinnen in den Keller kamen – was nicht erlaubt war –, hatte Feng-

ler nicht protestiert. Kurz vor Kriegsende empfahl ihm Fengler, sich zu seiner Familie außerhalb von Wetzlar zu begeben, um nicht etwa mit dem letzten Aufgebot „dem damals gebildeten Volkssturm ostwärts“ zu landen.¹³⁷

Als anständig, korrekt und zuverlässig wurde Gotthold Fengler in seiner Rolle als Beamter bei der Gestapo geschildert. Mehr ist aus seiner Frankfurter Zeit nicht bekannt geworden. In vier Aussagen äußerten sich Wetzlarer Beamte, Angestellte und Mitbewohner über die anderthalb Jahre, in denen sie Fengler begegnet waren oder mit ihm zusammengearbeitet hatten. Sie wurden von Vertretern des Spruchgerichts Bielefeld befragt, und als eine der ersten Mitarbeiterinnen äußerte sich Fenglers Wetzlarer Sekretärin Liesel Englert. Sie hatte tagtäglich mit ihm zu tun und schilderte ihre unmittelbaren Eindrücke. Sie bescheinigte, dass sie vom 16. Oktober 1943 bis zum 31. August 1944 im Büro der Wetzlarer Gestapo für Fengler eingestellt worden war. Über seine politische Einstellung könne sie nichts sagen, aber „als Mensch habe ich ihn sehr geachtet, da er seiner Umgebung gegenüber sich stets höflich und hilfsbereit zeigte“. Bei Vernehmungen sei sie nicht anwesend gewesen, die Protokolle habe er selbst geschrieben und von ihrem Vorzimmer aus bekam sie nie mit, dass er die Vernommenen „grob behandelte oder gar schlug. F.(engler) war wohl manchmal sehr leicht aufgeregt und hatte dann eine laute Stimme, man hatte jedoch von ihm den Eindruck, dass er human und gerecht dachte und handelte“.¹³⁸

Der Polizeimeister Otto Beetz sollte die Persönlichkeit Fenglers schildern und sagte über ihn aus: „Mir ist Fengler als ruhiger und sachlicher Mensch bekannt.“ Als damaliger Dienststellenleiter der Kriminalpolizei in Wetzlar kam Beetz mit ihm in Kontakt und konnte nie beobachten, dass er „ein Fanatiker oder Hetzer gewesen wäre. Im Gegenteil gab er die Anweisung, dass bei kleinen kriminellen Delikten von Ausländern diese nicht so scharf beurteilt werden sollten und eine achttägige Schutzhaft als vollkommen ausreichend zu betrachten sei. Dadurch wurde vermieden, dass diese Personen in irgendwelche Straflager eingewiesen wurden. Er

ließ sich auch in Fällen von Gerüchteverbreitungen, die damals allgemein scharf geahndet wurden, von mir dahingehend beeinflussen, dass er es bei einer Verwarnung beließ“. ¹³⁹ In welcher Form Vernehmungen abliefen, könnte er selbstverständlich nicht sagen. Dazu sollte man seine damalige Stenotypistin befragen oder vielleicht die Hausbewohner in der Gabelsbergerstraße in Wetzlar.

Eine letzte, Fenglers Persönlichkeit und Handlungsweise beschreibende Aussage aus Wetzlar stammt vom Firmeninhaber der Leitz-Werke, Dr. Ernst Leitz junior. Als seine Tochter Elsie Kühn-Leitz aus dem Gefängnis in Frankfurt nach Wetzlar zurückkehrte, unterließen es ihre Peiniger nicht, sie weiterhin zu denunzieren. Mehrfach mussten sich beide, Vater und Tochter, gegen die vorgetragenen Beschuldigungen wehren. Nach einem solchen Vorfall, erklärte der Firmeninhaber Ernst Leitz, „kam der Gestapo-Beamte Fengler zu uns ins Haus, weil meine Tochter sich weigerte, zur Gestapo zu gehen“. ¹⁴⁰ Das Protokoll der Denunziation hatte der Fahrer Bühler aufgenommen. Bei Fenglers Besuch im Hause Leitz legte dieser es auf den Tisch, und Fengler, Leitz und Tochter Elsie sprachen es durch. Es war außergewöhnlich, dass ein Gestapo-Beamter zur Besprechung in die Villa der Familie Leitz kam. Üblicherweise kamen die gefürchteten Beamten nur zu Verhaftungen ins Haus.

Ein Fall von „Rassenschande“ in Wetzlar

„Ein besonderes Augenmerk hielten Kreisleitung und Frankfurter Gestapo ... auf die Familie Lind“, schreibt eine Wetzlarer Historikerin über die Verfolgung der Familie.¹⁴¹ Es begann bei den Eltern Lind, die in einer so genannten Mischehe lebten. In diesem Fall war die Mutter Jüdin und ihre sechs Kinder galten seit den Nürnberger Gesetzen als „Mischlinge ersten Grades“. Anfang Juni 1943 wurde Mutter Klara Lind zur Gestapo nach Frankfurt vorgeladen, in einem Gefängnis inhaftiert, nach drei Monaten deportiert und im Konzentrationslager Auschwitz ermordet. Ihrem erwachsenen Sohn Erich war es nach 1935 verboten, eine Heirat mit einer „Arierin“ einzugehen. Dennoch gab er die Beziehung zu seiner „arischen“ Verlobten Maria nicht auf.

Die auch ohne Trauschein gelebte Beziehung, die seit den Nürnberger Gesetzen 1935 verboten war, und die wachsende Kinderschar blieben nicht unbeobachtet. Die fünfte Schwangerschaft der Verlobten Linds wurde denunziert und landete auf dem Schreibtisch der Wetzlarer Gestapo. Aber auf wessen Schreibtisch, auf dem von Fengler oder auf Bühlers?

Erich Lind musste sich einem Verhör unterziehen, und ihm wurde all das vorgeworfen, was die Kreisleitung seit Jahren beobachtet hatte. Des Öfteren hatte er eine Verwarnung erhalten und trotz des Verbots einer Kontaktaufnahme an seiner sexuellen Beziehung zu der Verlobten festgehalten. Die Schwangerschaften waren ein nicht zu leugnendes Zeichen dafür. Die sich anschließende Verhaftung geschah auf „Anordnung der Gestapo Wetzlar (Bühler)“ am 16.2.1944, und Lind blieb auch am darauffolgenden Tag in Polizeihaft, bis er am 18. Februar 1944 um 6.30 Uhr „nach Frankfurt/Main zur dortigen Gestapo verschubt“ und von der Gestapo Darmstadt ins Konzentrationslager Buchenwald deportiert wurde.¹⁴² Er überlebte. Diese Verhaftung ist in den noch vorhandenen polizeilichen Unterlagen vermerkt und dokumentiert Bühlers Einsatz bei diesem Vorgang. Ob Bühler in diesem Fall eigenständig oder auf Anweisung handelte, ist nicht festzustellen. Bei anderen von Bühler veranlassten

Verhaftungen und Vernehmungen in Wetzlar hat Bühler eigenständig gehandelt. Bereits kurz nach seiner Abordnung nach Wetzlar war er durch seine Festnahmen berüchtigt und bekannt. Seine rigorosen Maßnahmen waren bei den Wetzlarern verhasst.¹⁴³

Der Vorgang der Verhaftung von Lind wird in den in Wetzlar vorhandenen Unterlagen bestätigt. Der Wetzlarer Polizeimeister Paul Schilling führte an, dass dies „in den frühen Morgenstunden von der damaligen Geheimen Staatspolizei“ geschah.¹⁴⁴ Es ist derselbe Polizeimeister der – immerhin noch zehn Jahre später – auf eine Befragung zu Fengers Einsatz in Wetzlar zu Protokoll gab, dass ihm aus seiner Tätigkeit bekannt war, „dass Herr Fenger niemals aus sich heraus irgend eine Person abgeführt und in das KZ gebracht hat“. ¹⁴⁵ Nun muss der Leiter einer Gestapo-Außenstelle keine eigenen Verhaftungen vornehmen, allerdings gab es nach dem Tod Fengers auch keinen Grund für den Polizeimeister Schilling, einen Gestapo-Beamten aus Kollegialität in Schutz zu nehmen. Dazu aber fühlte sich Schilling veranlasst.

Paul Schilling war während des Krieges als Wachhabender bei der Schutzpolizei mit Fenger dienstlich und privat bekannt geworden und wurde ebenso wie die anderen Wetzlarer Befragten um eine Beurteilung zu dessen Person gebeten. Diese erste Befragung des Polizeimeisters Paul Schilling fehlte jedoch in der Bielefelder Spruchgerichtsakte, und dies wäre freilich nicht weiter aufgefallen, wenn Schilling nicht ein zweites Mal im Jahre 1958 erneut befragt worden wäre.

Im Gegensatz zu Lind ging der Polizeibeamte Schilling bei seiner ersten Befragung 1947 in Wetzlar nicht auf den Wunsch der vernehmenden Spruchgerichts-Mitarbeiter aus Bielefeld nach Belastendem zu Fenger ein. Diese erwarteten offensichtlich, dass Fenger als Gestapo-Beamter „Dreck am Stecken“ haben musste und zogen eine Entlastung gar nicht in Erwägung. Dies war verständlich, da sich ja alle – vor allem die Mörder und ihre Helfershelfer - der Schuld zu entziehen suchten. Schilling widersprach der Schuldzuweisung und vielleicht ist das der Grund, wa-

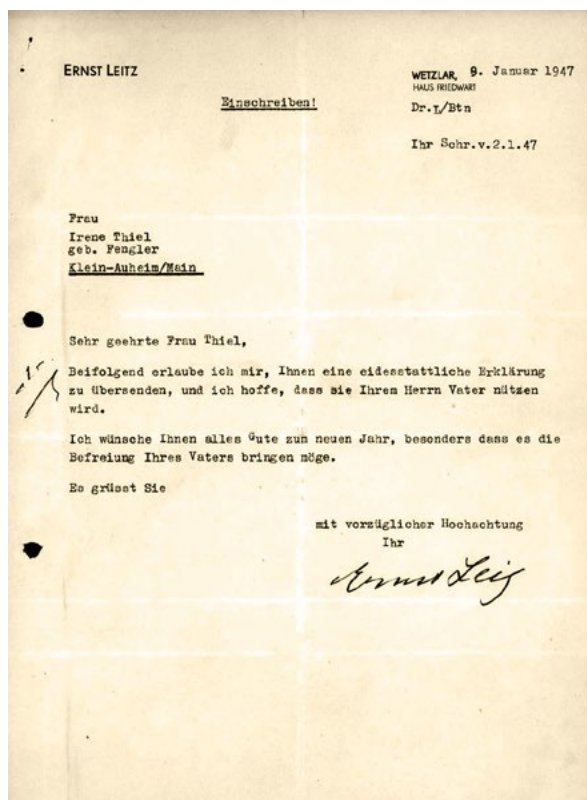
rum er diese Begebenheit über all die Jahre nicht vergessen konnte. Er schrieb 1958 dazu: „Nach dem Zusammenbruch wurde ich auch durch die Spruchkammer über Herrn Fengler zu einer schriftlichen Äußerung aufgefordert. Ich konnte mündlich nur über Herrn F.(engler) gut aussagen. Die damaligen Laienrichter der Spruchkammer erklärten mir jedoch, ich möchte einen Augenblick warten, und setzten in der Zwischenzeit ein Schriftstück auf, das ich zur Unterschrift vorgelegt bekam, und das ich auch gleich unterschreiben sollte. Bei Durchsicht dieses Schreibens musste ich feststellen, dass entgegen meinen Äußerungen etwas ganz anderes, und zwar lediglich Belastendes, über Herrn Fengler niedergeschrieben war. Ich erklärte, dass ich dies nicht unterschreiben könnte und dass das auch meinen mündlichen Äußerungen widerspreche. Es wurde dann nochmals ein Schriftstück aufgesetzt, was nichts Belastendes enthielt, und das ich dann auch unterschrieb“. ¹⁴⁶ Das korrigierte Protokoll ist in den Unterlagen von Fenglers Spruchgerichtsakte im Bundesarchiv Koblenz nicht vorhanden. Schillings Aussage passte offenbar den Mitarbeitern des Bielefelder Spruchgerichts nicht in ihr Bild vom schuldigen Gestapo-Beamten.

Fengler wurde aufgrund seiner Mitarbeit in der Gestapo automatisch als Belasteter der Kategorie I, also der am stärksten belasteten, zugeordnet. Seine Position hatte zur Folge, dass ihm nicht geglaubt wurde. Es gibt deshalb den berechtigten Verdacht, dass die zwölf eidesstattlichen Erklärungen ebenfalls unterschlagen wurden. Die zahlreichen aus Gefälligkeit und alter NS-Kameradschaft abgegebenen Entlastungen in vielen Verfahren nach 1945 ließen berechnete Zweifel an manch einer Aussage aufkommen. Ein Gestapo-Beamter, der dem zivilen Widerstand zuarbeitete, passte nicht in das Deutungsschema der Alliierten kurz nach dem Krieg. Auch in anderen Fällen führte die bloße Funktion des Inhaftierten im NS-System in eine sie belastende Kategorie.

„Ich wünsche Ihnen alles Gute zum neuen Jahr und besonders, dass es die Befreiung Ihres Vaters bringen möge.“

(Ernst Leitz, Wetzlar, Haus Friedwart am 9.1.1947)

Eine Erklärung des Wetzlarer Firmeninhabers Ernst Leitz, die seine Einschätzung zu den Wetzlarer Vorgängen wiedergibt und zu Gotthold Fengler Stellung nimmt, ist leider nur durch sein Anschreiben dokumentiert.¹⁴⁷ Tochter Irene erinnerte sich an einen ellenlangen Brief, und ihre Mutter Anna schrieb 1958, dass es nach ihrer Kenntnis darin um Leitz' Tochter Elsie ging.



Anschreiben von Ernst Leitz zur Entlastung von Gotthold Fengler für ein Spruchkammer-Verfahren aus dem Jahre 1947
© Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 527

Auch die Familie Leitz schwamm in der Hitlerzeit gegen den Strom. Die Haltung der Leitz-Familie ist in mehreren Veröffentlichungen der letzten Jahre, die sich mit der NS-Zeit in Wetzlar, der Verfolgung der dortigen jüdischen Bürger und den Leitz-Werken beschäftigen, festgehalten. Der Firmeninhaber Dr. Ernst Leitz junior half in den dreißiger Jahren vielen Angestellten zur Emigration ins Ausland. Der selbstlose Einsatz von Dr. Ernst Leitz für all seine Mitarbeiter, die unter Denunziationen und Verfolgungen durch die NS-Behörden zu leiden hatten, wird in zwei Büchern gewürdigt. Ernst Leitz setzte alles, was in seiner Macht stand, durch Beziehungen und Geld für den Schutz seiner Mitarbeiter ein. Zur Einschätzung seiner Person in den Jahren des NS-Regimes wird über die Leitz-Werke berichtet, dass sich bis 1933 unter den 3600 Beschäftigten nur ein Jude befand (ausgenommen davon waren nur die Auslandsvertretungen). „Nach 1933 stellte sie (die Fa. Leitz, P.B.) aus Protest gegen die NS-Doktrinen und aus Gründen der Menschlichkeit einige 50 Juden und Mischlinge ein. Man gab ihnen besondere Gelegenheiten der technischen und kaufmännischen Ausbildung. Allein 47 solcher Personen wurden in der Leica-Schule in der Kleinbildphotographie und Vergrößerungstechnik ausgebildet. Sie waren so in den Stand gesetzt, eine neue Existenz aufzubauen“, ¹⁴⁸ - wenn sie bis Kriegsbeginn 1939 emigrieren konnten.

Der Versuch, eine Wetzlarer Jüdin 1943 vor der Deportation zu bewahren, übertraf die bis 1939 praktizierten Hilfeleistungen der Familie Leitz. Es war jedoch nicht Ernst Leitz, sondern seine Schwester Ella Bocks in München und seine Tochter Dr. Elsie Kühn-Leitz, die darin involviert waren. Da es dazu mehrere Veröffentlichungen gibt, gehe ich an dieser Stelle nur kurz auf die Vorgeschichte ein:

Die Frankfurter Gestapo verfolgte seit Ende 1942 auch die jüdischen Partner, die in einer „Mischehe“ lebten. Auf mündliche Anweisung des Gauleiters Sprenger lud sie im gesamten Gau Hessen-Nassau die Betroffenen zum Verhör in die Frankfurter Lindenstraße, verhaftete sie und deportierte sie in das Konzentrationslager Auschwitz. Nur sehr wenige

überlebten. Auch der Wetzlarer Jüdin Hedwig Palm-Dessauer drohte dieses Schicksal und „man beschloss“ ihre Rettung in die Schweiz.

Der Rettungsversuch am 4. Juli 1943, die grüne Grenze zur Schweiz zu überwinden, misslang. Palm-Dessauer und ihre Fluchthelferin Julie Gerke wurden verhaftet.

Während der Haft von Gerke wurde ihr mit den üblichen Gestapo-Methoden gedroht, und sie ließ sich für Spitzeldienste anwerben. Nach acht Wochen Haft wurde sie aus dem Gefängnis entlassen. Andere Frauen, die als Fluchthelferinnen verhaftet wurden, kamen nach ihrer Haft in das Konzentrationslager Ravensbrück. Um sich davor zu schützen, arbeitete Gerke mit der Frankfurter Gestapo zusammen. Aufgrund Gerkes Beschuldigungen wurde Elsie Kühn-Leitz als Mitwisserin und Helferin in den gescheiterten Fluchtversuch hineingezogen. Beide – Vater Ernst Leitz und Tochter Elsie - wurden daraufhin am 10. September 1943 in die Wetzlarer Gestaporäume zur Vernehmung vorgeladen.

Was hatte die Familie Leitz mit dem Gestapo-Beamten Fengler zu tun? Die Tochter des Firmeninhabers, Elsie Kühn-Leitz, hatte bei dem ersten Verhör vor einem Frankfurter und zwei Wetzlarer Gestapo-Beamten zugegeben, bei der Flucht der Jüdin Hedwig Palm-Dessauer behilflich gewesen zu sein. Kühn-Leitz wurde noch am selben Abend in das Frankfurter Gefängnis in der Klapperfeldstraße verbracht und kam erst nach acht Wochen wieder frei. In der Biographie von Klaus Otto Nass über Elsie Kühn-Leitz ist ihr eigener Bericht über die Haft veröffentlicht, dem eine Schilderung der Vorladung und dem sich anschließenden Verhör in dem Gestapo-Büro in Wetzlar am 10. September 1943 vorangeht.¹⁴⁹ Diese Niederschrift ihrer Haftbedingungen hatte sie 1946 angefertigt.

Nach dieser Quelle kam die Idee zur Fluchthilfe von der Masseuse Julie Gerke, die auch im Hause Leitz tätig war. Bei einem ihrer Besuche berichtete sie eines Abends der Familie Leitz, dass die Verhaftung von Frau Palm-Dessauer kurz bevorstehe. Sie erzählte, dass die Familie Palm völlig

verzweifelt sei. Hedwig Palm wolle sich mit Gas oder Gift das Leben nehmen, wenn nicht eine Flucht zu ihrer Schwester in die Schweiz gelänge. Elsie Kühn-Leitz schrieb über dieses Gespräch: „Das Elend und die seelische Not wurden so dramatisch geschildert und unsere Bekannte (Julie Gerke, P.B.) rief aus: ‚Da muß man doch helfen, gibt es denn keinen Weg?‘ Darauf sagte ich spontan: ‚Vielleicht gibt es einen! Das Wichtigste ist zunächst einmal, die Frau in einen anderen Gau, z.B. nach Bayern zu bringen, wo die Säuberungsaktion nach jüdischen Ehepartnern nach meiner Kenntnis noch nicht so scharf betrieben wird, und von da aus zu versuchen, auf irgendeinem Wege einen Grenzübertritt in die Schweiz zu bewerkstelligen. Ich empfahl als Unterschlupf meine sehr human eingestellte Tante, Frau Ella Bocks, in München. Da Eile Not tat, denn die Order zur Abholung in das Gestapo-Gefängnis war dieser Familie bereits zugestellt worden, wurde schon wenige Tage danach der Plan ausgeführt, und Frau G.(erke) fuhr bei Nacht mit Frau P.(alm) nach München“. ¹⁵⁰ Es war die letzte Station vor der gescheiterten Flucht.

Als man Ernst Leitz und Tochter Elsie zum Verhör in das Wetzlarer Gestapo-Büro abholte, war die Außendienststelle der Gestapo in Wetzlar erst seit kurzer Zeit wieder besetzt. Es ist durchaus möglich, dass Fengler bereits bei diesem Verhör anwesend war. Das Verhör wurde von drei Beamten geführt. Der Frankfurter Beamte war Gestapo-Inspektor Gabbusch, der die Masseuse Gerke nach deren Verhaftung für Spitzeldienste angeworben hatte und die Familie Leitz mit deren Fakten konfrontierte. Die Leitz-Tochter kam nach dieser Vernehmung bis Ende November in Haft. Mit Unterstützung zweier langjähriger Bekannter, die mittlerweile herausragende Stellungen in der Wirtschaft einnahmen, und den sehr großzügigen Bestechungszahlungen an Frankfurter Gestapo-Beamte gelang es Dr. Ernst Leitz, seine Tochter aus dem Frankfurter Gefängnis herauszuholen. Bis Kriegsende wurde Elsie Kühn-Leitz noch mehrmals von der Masseuse Julie Gerke denunziert. Damit befasste sich auch Fengler.

Spätestens seit Fenglers Wechsel nach Wetzlar im Herbst 1943 hatten sich Leitz und Fengler kennen gelernt, weil Fengler beruflich den Einsatz

der Zwangsarbeiter bei Leitz zu kontrollieren hatte, und privat, wie Tochter Irene vermutete, auch über die Frankfurter Jagdfreunde, denn Fengler hatte seine Jagdausrüstung nach Wetzlar mitgenommen. Neben dem Unternehmer Dr. Leitz gehörte der Fürst zu Solms zu diesem Kreis. Von ihm könnte Firmeninhaber Leitz zugetragen worden sein, dass er mit Fengler vertraulich sprechen könne. Tochter Irene erinnerte sich an zwei Besuche von Dr. Leitz in der Wohnung der Fenglers in der Gabelsbergerstraße. Vor allem an eine dieser Begegnungen erinnerte sie sich gut: Dr. Leitz kam in die Fengler'sche Wohnung und wollte nicht wieder umkehren, obwohl ihr Vater noch nicht zu Hause war. Er wollte unbedingt auf ihn warten und setzte sich zu ihr in die Küche. Dieser Moment war ihr peinlich, da sie nebenan im Waschtrog ihre Strümpfe eingeweicht hatte. Den älteren Herrn mit seinem graumelierten Haar hatte sie nicht vergessen. Was die beiden Männer anschließend besprachen, ist ihr nie zu Ohren gekommen. Des weiteren erinnerte sie sich, dass ihr Vater für Elsie Kühn-Leitz mehrmals ein Visum für Schweden besorgt habe.

Nach der Haftentlassung von Elsie Kühn-Leitz versuchte die Frankfurter Gestapo auf anderen Wegen, die Firma und ihren Inhaber Dr. Leitz unter Druck zu setzen. Dafür wurde die Masseuse Julie Gerke von dem Frankfurter Gestapo-Beamten Gabbusch eingesetzt.

Kaum eine Woche nach Beendigung der Gefängniszeit von Tochter Elsie kam eine nächste Denunziation von Gerke, die die Familie Leitz belastete. Am 5. Dezember 1943 wurde Karl Horn, Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer, verhaftet, weil er sich im Juni 1943 an einer Kaffeetafel der Familie Leitz in ihrem Haus Friedwart defätistisch geäußert haben sollte. Am Kaffeetisch habe er den Kriegsverlauf als verloren prognostiziert. Gerke und eine weitere Frau - von ihr als Zeugin benannt - denunzierten die Beteiligten der Kaffeetafel. Ernst Leitz bemühte sich um Horns Freilassung, sagte selbst im Prozess zu dessen Gunsten aus. Das Verfahren wurde erst nach Monaten eingestellt. Die Frankfurter Gestapo suchte weiter nach belastendem Material, um eine „Übernahme des Betriebes durch einen staatlichen Kommissar“ auf den Weg zu bringen.¹⁵¹

Die Leitz-Werke waren ein florierendes Unternehmen und das allzu menschenfreundliche Verhalten der Familie war den NS-Funktionären seit langem ein Dorn im Auge. Jede Hilfeleistung, jede Äußerung aus dem Hause Leitz wurde akribisch beobachtet.

Gerke denunzierte Elsie Kühn-Leitz ein weiteres Mal bei dem Gestapo-Inspektor Gabbusch, als ihr bekannt wurde, dass sie ein Päckchen ins Frankfurter Gefängnis geschickt hatte. Die Anzeige von Gerke veranlasste Gotthold Fengler, ins Haus der Familie Leitz zu gehen und sich den Fall erläutern zu lassen, nachdem sich Tochter Elsie weigerte, zur Gestapo zu gehen. Die Weigerung, im Gestapo-Büro zu erscheinen hätte bei jedem anderen Beamten eine Maßregelung zur Folge gehabt.

Dr. Leitz schilderte das Gespräch, bei welchem er anwesend war, folgendermaßen: „Er (Fengler, P.B.) hatte ein Protokoll vor sich liegen, in dem stand, dass meine Tochter ein Paket an eine Insassin des Gefängnisses nach ihrer Entlassung geschickt habe. Fengler fragte sie, wie sie dazu gekommen sei, und meine Tochter erklärte, der Hauptinhalt des Paketes sei ein Lausekamm gewesen und dann noch einige Äpfel. Sie habe den Kamm geschickt, weil die Insassen des Gefängnisses fast von Läusen aufgefressen worden wären. Herr Fengler meinte: ‚Dann haben Sie doch darüber gesprochen?‘ Als meine Tochter dies bejahte, betonte er: ‚Sie wissen doch, dass es verboten ist, im Gefängnis miteinander zu sprechen‘. Ich mischte mich ein und erwähnte, dass das eine solche Notlage gewesen sei und dass man darüber gesprochen hätte, sei nur erklärlich. Dann fragte Fengler: ‚Sie haben das Paket unter einem falschen Namen geschickt?‘ Das bejahte meine Tochter, weil es Not tat, das Paket zu schicken, da für einige Mädchen in diesen Tagen die Entscheidung kommen musste, ob sie in ein KZ kamen oder nicht. Deshalb sandte sie das Paket unter dem Namen der Verwandten einer Lehrerin, der Nichte des Bischofs von Limburg, die Pakete empfangen durfte. Gleichzeitig benachrichtigte sie die Angehörigen der Lehrerin, dass sie ihr Einverständnis voraussetze und von ihrem Namen Gebrauch mache. Unter der Anzeige, die Fengler bei sich hatte, stand Julie Gerke. Da ich links von Herrn Fengler saß

und auch weitsichtig bin, konnte ich diesen Namen genau lesen“. ¹⁵² Der Gesprächsverlauf scheint ruhig und klärend gewesen zu sein und lässt vermuten, dass Fengler nach einem Ausweg für Else Kühn-Leitz gesucht hatte. Leider fehlt jede weitere Aussage von Leitz, wie Gotthold Fengler mit der Anzeige verfuhr.

Gotthold Fengler hatte in Wetzlar alle Hände voll zu tun, die Denunziationen zu bearbeiten, welche die Frankfurter Gestapo-Zentrale nach Wetzlar weiterreichte, denn Julie Gerke wandte sich zu allererst nach Frankfurt. Warum sie sich nicht an das Gestapo-Büro in Wetzlar wandte, erklärte sie einmal gegenüber einem Arzt: „Die Anzeige werde sie in Frankfurt erstatten, weil die Wetzlarer Gestapo-Beamten ‚Arschlöcher‘ seien. Ich hatte sie darauf aufmerksam gemacht (sagte der Arzt, P.B.), dass sie nicht nur einen wichtigen Grund für diese Anzeige, sondern auch einen zuverlässigen Zeugen haben müsste. Sie hat mir darauf geantwortet, dass sie schon einen Grund und auch noch einen Zeugen finden würde. Ihre weitere Bemerkung: ‚In Wetzlar werden noch Köpfe rollen‘, war mir nicht sofort verständlich. Erst als sie mit der Hand auf den Kalsmunt zeigte, wurde mir klar, dass sie mit dieser Bemerkung die Familie Leitz meinte“. ¹⁵³

Gotthold Fengler bekam für die vielfältige Hilfe von Ernst Leitz eine Kamera geschenkt, die nach 1945 ein kleines Vermögen wert war. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse von Frau und Tochter Fengler nach 1945 wurde die Kamera als Tauschware für Lebensmittel eingesetzt. Sie existierte nur noch in der Erinnerung.

Für die Alliierten war Fengler als Gestapo-Beamter ein Hauptbeschuldiger der Kategorie I des verbrecherischen Systems. Die schriftlichen Zeugnisse zu seiner Entlastung kamen zu spät, denn Fengler war bereits auf der Fahrt vom Internierungslager Eselheide nach Darmstadt gestorben. Fries war zu dieser Zeit selbst interniert und gegenseitige Entlastungen hätten keinen Geheimdienstmitarbeiter oder gar die Bediensteten einer Entnazifizierungsbehörde überzeugt. Da Fries zu niemandem über

seine Kontaktperson bei der Gestapo gesprochen hatte, gehört der „Fall Fengler“ zu den sicher wenigen Beispielen eines Menschen, der den Versuch gewagt hatte, dem verbrecherischen Handeln der Gestapo frühzeitig zu widerstehen. Mit Sicherheit konnte er sich nicht allen „bösen“ Befehlen entziehen, jedoch gehört er zu den wenigen Verantwortlichen im System, die Ende der dreißiger Jahre diesen gefährlichen Weg gegangen waren – aus voller Überzeugung.

Verhaftung und Internierung

Als sich Ende März 1945 die amerikanischen Truppen der Stadt Wetzlar näherten, bot der Fürst zu Solms Fengler seine Hilfe an. Er lehnte ab, sagte Tochter Irene: „Er hätte dazu durch den Wetzlarer Jagdkreis, zu dem der Hensoldt, der Leitz und der Fürst zu Solms gehörten, Gelegenheit gehabt. Der Fürst wollte ihm sein Jagdhaus im Wald als Versteck zur Verfügung stellen. Da sagte der Vater: ‚Ich brauche das nicht. Ich habe ein gutes Gewissen. Wenn über mich verhandelt wird, wird sich das alles herausstellen, dass ich dagegen war‘.“ Irene erzählt weiter: „Man hatte sich auch nach unserer Wohnung erkundigt, dass sie für uns zu groß wäre und es war mir klar, dass wir noch jemanden aufnehmen müssen. Plötzlich ist aber mein Vater vom Abendbrottisch weg verhaftet worden. Ich habe noch die Suppe warmgehalten und es wurde neun, zehn und elf Uhr, und er war immer noch nicht da. Ich dachte sofort, dass da etwas nicht stimmt und bin in die kleine Diele. Da lagen auf der Garderobe seine goldene Taschenuhr und sein Portemonnaie. Von da an haben wir von ihm fast ein Jahr nichts gehört“.

Fengler kam vermutlich in das von den Amerikanern eingerichtete Kriegsgefangenenlager in Recklinghausen-Hillerheide, das für mutmaßliche Kriegsverbrecher, Funktionäre und NS-Funktionsträger vorgesehen war. Im Juli 1945 wurde es von den britischen Besatzern übernommen und als Civil Internment Camp No. 4, Eselheide, eines von insgesamt vier Internierungslagern in Westfalen geführt. Nur auf illegalen Wegen über die Lagerpfarrer war anfänglich eine Kontaktaufnahme zu den Angehörigen möglich, „die regelrechte Poststellen außerhalb der Lager (unterhielten) ... Erst im November 1946 lockerten die britischen Stellen die rigiden, aber ineffektiven Postbeschränkungen“. ¹⁵⁴ Alle zwei Wochen war es nun erlaubt, einen Brief mit nicht mehr als 250 Wörtern zu schreiben.

Nach mehr als einem Jahr kam nun der erste Brief zu Ehefrau und Tochter nach Klein-Auheim, wo die beiden Frauen bei der Familie von Anna Fengler seit Kriegsende untergekommen waren. In einem dieser

Briefe benannte Fengler die Freunde und Bekannten, die zu seiner Entlastung aussagen könnten. Die Leitung des Internierungslagers hatte ihm zu verstehen gegeben, dass mindestens zwölf eidesstattliche Erklärungen für ein Spruchgerichtsverfahren einzureichen wären.

Die zwölf Bestätigungen wurden im Umkreis der Frankfurter Freunde, in den USA und beim Firmeninhaber der Leitz-Werke angefragt. Ehefrau und Tochter sandten die Antworten umgehend ins Internierungslager. Aufgrund der Eile wurden keine Kopien angefertigt. Die Erklärungen selbst sind bis heute in keinem Archiv zu finden. Deshalb kann über den Ausgang dieses Vorgangs nur gemutmaßt werden. Allein das Anschreiben von Ernst Leitz vom 9. Januar 1947 an Tochter Irene gibt einen Hinweis auf die Glaubwürdigkeit der Korrespondenz.

Unter Einberechnung der damals langen Postversanddauer könnten die Unterlagen ab Anfang Februar 1947 die Lagerleitung erreicht haben. Im Februar/März 1947 erhielten die beiden Fengler-Frauen ein alarmierendes Telegramm aus Bielefeld, erzählte Tochter Irene: „Das Telegramm kam aus einem Krankenhaus in Bielefeld und war von einem Arzt unterzeichnet. ‚Bei Transport Ihres Ehemannes in ein anderes Lager erlitt dieser eine Herzattacke. Die Fahrt musste unterbrochen werden und man hat ihn uns zur Behandlung eingeliefert. Wenn Sie ihn sehen wollen, sofort kommen, Dr. Sowieso. Der Vater war zusammengebrochen und der begleitende Engländer hat dem jungen Arzt im Krankenhaus gesagt: ‚Macht den irgendwie wieder lebendig, ich muss den abliefern, alles andere ist mir egal‘. In Klein-Auheim haben wir jedenfalls sofort unseren Rucksack gepackt und von den befreundeten Bauern alles Mögliche erbettelt. Wir haben Kuchen gebacken und sind auf abenteuerliche Weise in überfüllten Zügen bis nach Bielefeld gekommen. Wir hatten das Telegramm mitgenommen und erkundigten uns nach dem Arzt. Die nächste betrübliche Nachricht erreichte uns, als er sagte: ‚Ach das tut mir sehr leid, sie kommen um ein paar Stunden zu spät. Dieser englische Offizier hat uns die Hölle heiß gemacht. Da war also mein Vater ein paar Stunden vorher weggekommen. Dennoch hat mir der Arzt aber in dieser Eile des

Aufbruchs noch die Krankenakte gezeigt, und ich habe mitbekommen, was die alles gemacht haben. Um uns weiter zu helfen, sagte er: ‚Wenn Sie Zeit haben, versuchen sie mal in das Lazarett zu fahren, vielleicht können Sie da was Näheres über seinen Gesundheitszustand erfahren‘. Obwohl wir keine Erlaubnis dazu hatten, sind wir wieder in den Zug gestiegen. Da kamen wir schließlich in Velen, nahe der holländischen Grenze, an. Früher war das einmal ein Schloss. Am Ende des Krieges hatten es die Engländer beschlagnahmt und ein Lazarett für die Kranken aus den verschiedenen Internierungslagern eingerichtet. Bereits am Bahnhof hat uns jemand darauf hingewiesen, dass wir in der Gastwirtschaft übernachten könnten. Alle waren sehr nett, hilfreich und machten uns jedoch keine große Hoffnung, unseren Vater besuchen zu können. Schließlich gab uns die Wirtin den entscheidenden Tipp und sagte: ‚Bis jetzt haben sie noch keine Angehörigen rein gelassen, aber ich habe gehört, es gäbe einen neuen Kommandanten. Der sei etwas menschlicher als die Vorhergehenden. Er hätte sogar eine deutsche Freundin aus dem Nachbarort und die sähe mir sehr ähnlich und das wäre vielleicht hilfreich. Die sitzt dort im Büro der Verwaltung. Gehen Sie doch mal dahin und fragen Sie bei ihr nach. Sofort bin ich mit meinen Unterlagen zu ihr gegangen und sie war auch sehr zugänglich und verständlich. Sie wollte mir zwar keine Hoffnung machen, aber ihrem Freund, dem Offizier, unsere Geschichte erzählen. Vielleicht würde er eine Sondergenehmigung erteilen, dass wir den Vater noch einmal sehen. Es hat tatsächlich geklappt.

Wir haben den Papa noch einmal gesehen. Aber es war furchtbar. Was sie dort mit dem Vater gemacht hatten, war schrecklich. Wir waren in Frankfurt mit einem Zahnarzt befreundet, der auch irgendwie mit zu den Widerstandsleuten gehörte. Dieser Zahnarzt hatte ihm hinter die Zähne so eine Goldschiene gemacht, damit das besser hielt. Diese Goldschiene hatten sie ihm im Lager aus dem Mund gebrochen. Er konnte kaum atmen, kaum sprechen und war halb verhungert. Dann hat er uns seine Arme und seinen Rücken gezeigt. Überall hat er Narben gehabt und hat gesagt, dass er mit Peitschen geschlagen wurde. Ich würde es nicht sagen, wenn ich es nicht mit den eigenen Augen gesehen hätte. Er war allein im

Zimmer und wir durften eine halbe Stunde mit ihm sprechen. Er, der Kranke, machte uns dennoch Hoffnung. Er hätte sehr gute Verbindungen zu einem Pfarrer im Ort. Der hätte ihm gesagt, dass er doch wegen seiner schweren Herzkrankheit vorzeitig entlassen werden könnte. Die Engländer haben über all die Jahre keine Gerichtsverhandlung und kein Verfahren angestrebt. Das war furchtbar mit an zu sehen“.

Gotthold Fengler starb am 27. März 1947 im Lazarett Schloss Velen, kurze Zeit nach dem Besuch von Ehefrau Anna und Tochter Irene. Noch nach seinem Tod begann das Spruchgericht Bielefeld Zeugenaussagen zu sammeln. Warum? Vielleicht wussten sie nichts von Fengers Tod oder es war der Versuch, noch post mortem Schuldbeweise zu sammeln.

Eine Personalakte zu Fengers Beschäftigung bei der Kriminalpolizei vor 1945 existiert nicht. Es gibt weder ein Dokument von der Abordnung zur Gestapo noch Nachweise über seine Versetzungsgesuche. Zur Klärung ihrer Rentenansprüche beantragte die Witwe Anna Fengler, dass man doch so schnell wie möglich in einem Spruchkammer-Verfahren in Frankfurt über eine von ihr erhoffte „Entnazifizierung“ ihres verstorbenen Ehemannes befinden möge. Von diesem Ausgang war jeder weitere Schritt zur Anerkennung ihrer Rente abhängig. Für das angesetzte Verfahren bestätigte die Betriebsvertretung der Kriminalpolizei in Frankfurt - nach Rücksprache mit Kriminalrat Christian Fries - Fengers Zusammenarbeit mit der Widerstandsgruppe. Die Spruchkammer Frankfurt kam daraufhin am 21. März 1949 zu folgendem Beschluss:

„Das Verfahren wird eingestellt, da der Betroffene, der verstorben ist, weder in die Gruppe 1 der Hauptbeschuldigten noch 2 der Belasteten gehört. Die Kosten des Verfahrens fallen der Staatskasse zur Last.

Begründung:

Der Betroffene war Mitglied der NSDAP von 1.5.1937 bis 45, gehörte von 1943 bis 45 der Waffen-SS, zuletzt als Untersturmführer an und war Angehöriger der Gestapo. Er gilt somit gemäss Teil A Abschnitt B I/1

und E II/1 in Verbindung mit B/5 bis zur Widerlegung der Vermutung als belastet.

Der Betroffene, der nach vorliegender Urkunde am 27.3.1947 verschieden ist, war nach Angabe seiner Frau als Kriminal-Sekretär bei der Polizei im Jahre 1933 gegen seinen Willen zur Gestapo versetzt worden. - Eine Bestätigung für diese Angabe kann darin erblickt werden, dass seitens der Betriebsvertretung der Polizei unterm 13.12.1948 erklärt wird, dass er nach seiner Ausbildung zur Gestapo abgestellt worden sei, dass er aber einer Widerstandsgruppe angehört habe und dieser auf Grund seiner Tätigkeit in der Gestapo Material geliefert habe. Für die Widerstandsgruppe habe er sich voll und ganz eingesetzt. Damit entfällt die nominelle Hauptbelastung des Betroffenen. Eine Einreihung in die Gruppe 1 oder 2 scheidet nach diesen Feststellungen also aus, sodass das Verfahren eingestellt werden konnte“. ¹⁵⁵

Verspätete Klärung

Nach dem Tod des Vaters ging Tochter Irene ins Polizeipräsidium zu Kriminalrat Christian Fries. Zum ersten Mal begegnete sie dem Kollegen des Vaters, der mit Bedauern hörte, dass es Fengler nicht geschafft hatte, das Internierungslager zu überleben. Die Betriebsvertretung der Kriminalpolizei bestätigte am 13.12.1948: „Laut Rücksprache mit Herrn Kriminalrat Fries, arbeitete er trotz seiner Zugehörigkeit zur Gestapo mit der seinerzeitigen Widerstandsgruppe zusammen. Er war der erste Mann, welcher Material von der Gestapo an die Widerstandsgruppe lieferte. Auch rettete er mehrere Juden vor der Verschickung in ein KZ-Lager. Im Ganzen wird Fengler als anständiger, korrekter und zuverlässiger Mensch geschildert, der sich für die Ziele der Widerstandsgruppe voll und ganz einsetzte“. ¹⁵⁶ Welche Informationen Fengler in der Zeit des Nationalsozialismus dem zivilen Widerstand weitergab, beschreibt kein Dokument. Für die Frankfurter Spruchkammer reichte diese Mitteilung aus. Der Hinweis von Fries, dass Fengler an dem Rettungsversuch Herzheimer/Rosenthal beteiligt war, steht zwar in der Rechtfertigungsschrift von Fries, fehlt aber in den Frankfurter Unterlagen.

Der ehemalige Kriminalbeamte und zeitweilig zur Gestapo abgestellte Beamte Fengler wurde posthum als entlastet eingestuft, weil er nachweislich „gegen seinen Willen zur Gestapo versetzt worden“ war.

Für die neu zu bewertenden Pensionsansprüche der Witwe Fengler unterstrich Kriminalrat Fries dann zehn Jahre später noch einmal Fenglers Zusammenarbeit mit dem Widerstand: „Ich kann also mit aller Bestimmtheit erklären, dass F.(engler) – obwohl er bei der Gestapo tätig war – mit der Widerstandsgruppe zusammengearbeitet hat. Es ist mir auch nie etwas Nachteiliges über seine dienstliche Tätigkeit zur Kenntnis gekommen. Er hatte immer den Ruf eines sehr ruhigen und korrekten Polizeibeamten. Ich kann mich voll und ganz für einen Akt einsetzen, durch den die Tätigkeit und das einwandfreie Verhalten des F.(engler) richtig und entsprechend bewertet wird“. ¹⁵⁷ In einem abschließenden Aktenver-

merk kommt man zu der Rolle Fenglers als Informant für die Frankfurter Widerstandszelle zu dem Schluss: „Dieses von Fries bezeugte Verhalten des Fengler beweist, dass Fengler mit einem Gestapo-Beamten üblicher Art nichts gemein hatte. Es muss dem F.(engler) bereits als beachtliche Widerstandshandlung angerechnet werden, dass er von dem Bestehen der Gruppe Fries wusste und diese nicht verriet. Da er aber außerdem diese Widerstandsgruppe noch mit für sie wertvollen Nachrichten unterstützte – z.B. Fall Prof. Herxheimer - dürften keine Bedenken bestehen, die Voraussetzungen für die Anerkennung des Ausnahmefalles ... als vorliegend anzusehen.“¹⁵⁸

Fenglers Haft und Tod hinterlassen einen bitteren Nachgeschmack. Kriege brutalisieren am Ende alle Beteiligten. Das Freund-Feind-Schema der Front verschwand nicht mit der deutschen Kapitulation, Sieger und Besiegte dachten in kollektiven Begriffen, statt die Individuen im Blick zu haben, und zu Differenzierungen und Unschuldsvermutungen fehlten unmittelbar nach 1945 die Bereitschaft und die juristischen Instrumente. Die Rekonstruktion, die ich mit Hilfe einiger Dokumente und der Aussage von Zeitzeugen hier zu unternehmen versucht habe, stärkt die Unschuldsvermutung gegenüber Fengler, aber die zentralen Beweisstücke, die zwölf entlastenden Aussagen, fehlen weiterhin.

Fengler war allzu optimistisch, als er sich auf sein reines Gewissen berief und 1945 nicht untertauchte. Der Ausnahmefall eines humanen Gestapobeamten gibt heute noch Anlass zur Skepsis. Unter dem schockierenden Eindruck der Judenvernichtung, die in ihrem ganzen Ausmaß zu Kriegsende gerade erst bekannt geworden war, konnte dieser Einzelfall schwerlich angemessen gewürdigt werden. Die Lügen der Täter und die leichtfertig ausgestellten „Persilscheine“ zu ihrer Entlastung erschwerten Fenglers Lage zusätzlich.

Die Widerstandshandlungen Fenglers strafen die in der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft verbreitete Behauptung Lügen, von den NS-Verbrechen weder geahnt noch gewusst und nicht die Möglich-

keit gehabt zu haben, etwas dagegen zu tun. Die Widerstandsgruppe um Christian Fries und die Handlungen Fengers weisen auf die Spielräume hin, die jeder Beamte im Hitlerstaat nutzen konnte. Spät, aber nicht zu spät, werden seit einigen Jahren die Geschichten von Menschen wie Fengler rekonstruiert, die sich dem NS-Regime entgegengestellt haben. Beim Versuch, einen Gestapo-Beamten zu rehabilitieren, bleibt bei allen Belegen, die für diese Rehabilitierung sprechen, ein unaufgelöster Rest: Es fehlen Dokumente, und der historische Kontext lässt unterschiedliche Deutungen zu. Fengler hat es unterlassen, den Dienst zu quittieren, um moralisch konsequent, aber vielleicht erfolgloser an anderer Stelle im Widerstand zu kämpfen. Das Entlastungsmaterial, das die Familie 1945/46 suchte, steht unter dem Verdacht, dass es aus Gefälligkeit entstanden ist. Trotz aller Einwände sind alle noch vorhandenen Hinweise, Dokumente und Zeitzeugenberichte zur Entlastung zu Fengler glaubhaft. Die Verstrickungen, in denen Fengler steckte und die Reaktionen der Betroffenen weisen auf die permanente Gefährdung in der Diktatur hin. Mit der hier vorgelegten Studie soll Fengler eine gerechtere Würdigung erfahren und vielleicht kann er auch heute durch sein unerschütterliches Festhalten an humanen Werten als Vorbild dienen.

Kann daher diese Geschichte eines Mannes, der innerhalb des nationalsozialistischen Gewaltapparates seinen humanen Idealen treu zu bleiben versuchte, neue Erkenntnisse zur Widerstandsforschung bringen? Die Härten gegenüber den Verfolgten, die Fengler abschwächen konnte, und die Warnungen und Informationen, die er ihnen übermittelte, wiegen sie all die grausamen Handlungen auf, an denen er als Angehöriger der Gestapo gezwungenermaßen teilnahm?

Kurz vor Ende des NS-Regimes wurden alle Akten der Gestapo in Frankfurt verbrannt. Erhalten sind ausschließlich Karteikarten mit personenbezogenen Angaben und einer kurzen Beschreibung des Vorgangs. Es gibt deshalb wenige Quellen über Fengers Arbeitsstil aus Sicht der Institution. Angesichts dieser dünnen Quellenlage ist Fengers Rolle als

Informant ein wichtiger Mosaikstein für die Forschungen zum zivilen Widerstand in Hessen.

Hinter seinem Schreibtisch musste Fengler sehr schnell Entscheidungen fällen, die ihn als Beamten nicht ins Abseits stellen durften, wenn er einzelnen Vorgeladenen dabei half, ihren Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Bei Denunziationen konnte er manch einen Vorwurf in den protokollierten Aussagen abschwächen. Es war eine tägliche Gratwanderung zwischen Anpassung und Abwehr. Aus dem NS-System heraus Widerständiges zu unterstützen und gleichzeitig „bis zu einem gewissen Grad mit dem Verbrechen paktieren“ (Saul Friedländer), war heikel und äußerst gefährlich. Dies war sein kleiner und äußerst fragiler Handlungsspielraum.

Vermutlich war Fries aus dem Bereich der Kriminalpolizei der Einzige, der von Fenglers Haltung und aktivem Einsatz für den Widerstand wusste. Deshalb kommt seinen Einlassungen nach 1945 zu Fenglers Einsatz für die Widerstandszelle entscheidendes Gewicht zu. Er ist es, der ihn als Informanten bezeichnet, der sein Wissen übermittelt und der über den Einsatz Fenglers zur Rettung Prof. Herxheimers schreibt. Trotz Mitgliedschaft in NSDAP und SS ist Fengler kein Antisemit gewesen.

Fengler stellte sich als Informant und Retter zur Verfügung und leistete Widerstand. Angesichts der klandestinen Maßnahmen, die von den Widerständigen in den Grenzen des Deutschen Reichs zwangsläufig praktiziert werden mussten, damit die Zelle, bzw. der Diskussionszirkel nicht aufflog, durfte es keine Dokumente über einen Informanten aus dem Bereich der Gestapo geben. Wäre die Widerstandsgruppe entdeckt worden, hätte es mehr Dokumente, aber auch mehr Opfer gegeben. Es waren nur wenige Gestapo-Beamte, die Männer und Frauen des Widerstands unterstützten, aber es gab sie: einer von ihnen war Gotthold Fengler. In Mainz, das ist bei Axel Ulrich nachzulesen, hatte Jakob Steffan Zugang zum Widerstand gefunden, in Frankfurt war es ein Spionageabwehrchef, der Mitverschwörer um Wilhelm Canaris schützte. Trotz ihrer begrenz-

ten Zahl bewiesen diese Männer, dass die Gestapo kein erratischer Block von gehorsamen Befehlsempfängern war, sondern dass es unter ihnen Menschen gab, die sich widersetzten. Solchen Fakten wurde von den Siegermächten verständlicherweise mit Misstrauen begegnet.

Die amerikanischen Besatzer bezogen sich bei ihren Verhaftungen auf die zuletzt eingenommenen Ränge und Positionen im NS-System und waren angewiesen auf manchmal fragwürdige Aussagen und Anschuldigungen unterschiedlicher Menschen. Aufgrund solcher Beschuldigungen kam auch Christian Fries, nachdem er bereits seit Mai 1945 wieder bei der Kriminalpolizei Frankfurt eingesetzt war, im August 1945 in ein amerikanisches Internierungslager. Dabei hatte er als Stützpunktleiter bis zuletzt mit seinen Getreuen gekämpft, um beispielsweise in Frankfurt Brückensprengungen zu verhindern und den amerikanischen Befreiern eine „offene Stadt“ zu übergeben. Er hatte seinen engsten Mitarbeiter Hans Gorius nach Essen geschickt, weil man dort die Übergabe von Gewehren erhoffte, um die SS-Angehörigen in Frankfurt festnehmen zu können. Niemand fragte die Häftlinge nach diesen Aktionen. Kein Gestapo-Mitarbeiter konnte unmittelbar nach Kriegsende eine differenzierte Würdigung seiner Taten durch die Befreier erwarten.

Fengler glaubte in der Tat daran. Weder flüchtete er, noch versteckte er sich, sondern wartete geradezu auf seine Verhaftung, weil er in einem gerechten Verfahren auf Rehabilitierung hoffte, sie aber nicht erhielt. Unter dem NS-Regime hatte er als überzeugter Christ Nächstenliebe praktiziert. Seine aufrichtige Überzeugung von allgemein verbindlichen rechtsstaatlichen Prinzipien ließ ihn auf Gerechtigkeit der Siegermächte nach dem Ende des Nationalsozialismus hoffen.

Da die entscheidenden Dokumente, die Fenglers gegnerische Haltung zum NS-System belegen, nicht mehr auffindbar sind, ist er uns den letzten Beweis für seine zahlreichen Widerstandshandlungen schuldig geblieben. Der Leser mag selbst entscheiden, ob Fengler „nur“ seinen Handlungsspielraum nutzte oder als ein Mitglied in der Frankfurter Wider-

standsgruppe gelten kann. Wem die Entscheidung dazu schwer fällt, den möchte ich auf die letzten Zeilen in Saul Friedländers Buch über Kurt Gerstein hinweisen: „Wenn der Widerstand in einem totalitären System auch von Natur aus zwiespältig ist, so bleibt doch ein Kriterium für seine Definition entscheidend: das der Gefahr, die man auf sich nimmt. ... Doch wie viele waren es, die ihren Widerstandswillen dadurch bewiesen, dass sie Taten vollbrachten, die sie, falls sie entdeckt worden wären, das Leben gekostet hätten?“¹⁵⁹

Einer von ihnen war Gotthold Fenger.

Ein Fazit

Am Ende einer spannenden Recherche zum zivilen Widerstand während des NS-Regimes gibt es neue Einblicke in den beruflichen Alltag der Protagonisten. Mit den neuen Erkenntnissen tauchen naturgemäß auch neue Fragen auf und Informationslücken, die wohl kaum mehr geschlossen werden können.

Dass es mehr als 75 Jahre nach Kriegsende überhaupt noch möglich war, neue, bzw. alte Quellen in den Archiven zu finden, die den zivilen Widerstand in einer Polizei- und Gestapo-Behörde in Frankfurt am Main enthüllen, ist besonders sensationell. Kaum jemand hat nach dem Krieg vermutet, dass es unter den Beamten in einer staatlichen Behörde Gegner des nationalsozialistischen Regimes gab, die Widerstandspläne für den großen Umsturz entwickelten, aber auch aus ihrer Berufsrolle heraus alltägliche Hilfsaktionen für Verfolgte verwirklichten. Die Siegermächte waren besonders misstrauisch und glaubten an Fälschungen oder Verschwörungen und Gefälligkeiten unter ehemaligen Parteigenossen, wenn sie mit den Entlastungsberichten der Widerständler konfrontiert waren.

Das anfangs erwähnte Resümee der Autorinnen Geyken und Ruge über das „vergessene Deutschland“ des zivilen Widerstands scheint bis heute zu wirken. Die Autorinnen sahen in ihrem vor einigen Jahren erschienenen Beitrag in den US-Militärs die Unterdrücker der Wahrheit, die über das „beschlagene Quellenmaterial zum Widerstand“ die Kollektivschuld-These am Laufen hielten. Der zivile Widerstand wurde aber auch in der deutschen Presse regelrecht klein geschrieben, sicher auch deshalb, weil in den Jahrzehnten nach Kriegsende immer noch NS-Rechtfertigungen Politik und Gesellschaft unterwanderten.

Bis der Attentatsversuch des 36jährigen Schreiners Georg Elser als eine der ersten Widerstandshandlungen anerkannt wurde, vergingen Jahrzehnte. Es war sicher kein Zufall, dass in dieser Zeit auch Christian Fries, Emil Beetz, Gotthold Fengler, Ernst Nolte und viele weitere Zivilisten

das Verbrecherische des NS-Regimes nicht mehr akzeptieren wollten. Sie hatten einiges beobachten und vieles erdulden müssen: Ausgrenzung aus dem Berufs- und Geschäftsleben, die Mangellage in der Versorgung, Kriegsängste als erste Anzeichen einer stetig wachsenden Gefahr für alle Bürger. Die politischen Gegner waren längst ausgeschaltet, neue Gruppierungen wurden bespitzelt und „aus dem Verkehr“ gezogen. Beim Militär war an Widerstand noch nicht zu denken.

Das Jahr 1938 war „der Zivilisationsbruch“ (Dan Diner), als die jüdischen Männer Frankfurts und ihre Familien als „Feinde des Volkes“ verfolgt und verhaftet wurden. Es begannen vereinzelt Rettungsaktionen durch Beratung bei der Emigration oder der Suche nach Aus“wegen“ aus ihrer verzweifelten Lage. Mit der ersten großen Deportation und den Ausreisebeschränkungen im Oktober 1941 ging es für die Verfolgten um das nackte Überleben. Viele schauten weg, wenige handelten und leisteten direkte Hilfe, was später Rettungswiderstand genannt werden sollte. Fengler unterstützte Fries dabei mit rechtzeitigen Warnungen an die Verfolgten. Ernst und Karl Nolte versuchten mit Reisepässen und Geschäftsübernahme die Angehörigen zu schützen.

In den nächsten Jahren wurde sichtbar, dass Warnungen und Hilfeleistungen nicht mehr ausreichten. Die Brutalität des Krieges, die einsetzenden großen Deportationen und Erschießungen konnten nur mit Gegengewalt bekämpft werden.

Gewalt war kaum ein geeignetes Mittel für das Arztehepaar Margarete und Fritz Kahl und Pfarrer Heinz Welke, die auch in den vierziger Jahren mit Hilfe Gleichgesinnter im „Bockenheimer Netzwerk“ nach Fluchtwegen und Verstecken suchten. Mit dem Zweifel an seinem eigenen Widerstandsvermögen kämpfte Pfarrer Welke, an den für seinen Einsatz in Frankfurt 2011 mit einer Ausstellung zu seinem 100. Geburtstag posthum erinnert wurde. Sein Sohn Dieter Welke übersetzte die Gedanken seines Vaters, der am Ende seines Lebens auch an Gott zweifelte: „Mein Vater war ein Mann des Friedens, für den er sein ganzes Leben

lang eintrat. Er verabscheute den Krieg als Menschheitsverbrechen. Aber er machte aus der Gewaltlosigkeit kein universales Prinzip, weil er aus eigener Erfahrung wusste, dass in bestimmten Situationen die Anwendung von Gewalt nötig ist, um bestehende Gewalt zu brechen oder zu beseitigen: dies schließt das Recht auf Revolution ein“.

In Frankfurt gab es gegen Ende der dreißiger Jahre noch ein paar Dutzend Helfer, in der ersten Hälfte der vierziger Jahre nur noch wenige mutige Retter und eine nicht einschätzbare Zahl an Widerständigen. Aber Rettungsaktionen waren in dieser Zeit nicht mehr ausreichend. Das wussten einzelne Bürger wie der ehemalige Direktor der Musterschule Peter Müller, der „all diese Jahre ein britisches Infanteriegewehr zuhause“ ... „mit 250 Pfund Munition“ im Dachboden verwahrte. Im Gespräch mit einem ehemaligen Abiturienten, der ihm als amerikanischer Offizier Ende 1945 gegenüber saß und in Verkennung der Diktatur und des Nationalsozialismus kritisch anmerkte, „dass etwas Widerstand durchaus hilfreich gewesen wäre“, entgegnete ihm sein ehemaliger Lehrer: „Hätte ich allein einen Umsturz herbeiführen können?“ (Walter Jessel, Spurensuche 1945) Ein Hinweis auf die Ohnmacht des Einzelnen gegenüber der erdrückenden Mehrheit der NS-Anhänger. Denn einer Diktatur, einem Gewaltapparat als Einzelner mit einem Gewehr zu begegnen, war bestimmt der falsche Ansatz.

Auch die widerständigen Kriminal- und Polizeibeamten fürchteten, dass ein Einsatz der gesamten Munition aus der Waffenkammer in der Gutleut-Kaserne und sogar eine MG-Einheit nur lokale Erschütterungen hervorbringen würden. War es falsch, über viele Jahre auf die totale militärische Niederlage zu warten?

Es ist bedauerlich, dass kein Protokollführer die geheimen Treffen der Widerständler dokumentierte. Auch Tagebuch führte offensichtlich niemand. Etwas Schriftliches zu hinterlassen, wie Christian Fries einmal bemerkte, wäre viel zu gefährlich gewesen. Somit bleibt vieles mutmaßlich und auf der Ebene des „es könnte so gewesen sein“ hängen.

Nicht kopflos agieren, mit Geduld und planvoll vorgehen; Kontakte schmieden und Organisationsvermögen zeigen – das waren die nötigen Talente für den Widerstand. Wie oft kam es dabei zu gemeinsamen Absprachen? Während es in der Anfangsphase um den größtmöglichen Schutz für die politisch und jüdisch Verfolgten ging, waren es später alltägliche „Korrekturen“ am Arbeitsplatz der Protagonisten, die subversiven Sprengstoff enthielten: Protokolle der Verhöre abmildern und Warnungen geben gehörten in Fengers Bereich; Fries versammelte im Polizeipräsidium die Gegner des Systems um sich und tauschte sich mit Widerständigen aus, wie dies im Bahnhofsviertel im Hotel-Restaurant Zimmermann gelang; die Versorgung für jüdische Familien mit Lebensmitteln, und die Planung und Organisation einer Flucht in die Schweiz waren Gustav Weigels Aktionen.

Die Geschichte der widerständigen Staatsdiener im NS-Gewand zeigt, dass zwar der große Wurf des politischen Umsturzes nicht gelingen wollte, aber es zu jeder Zeit auch mit begrenzten Mitteln möglich war, Menschenleben zu retten.

Endnoten

- 1 National Archives and Records Administration, Washington/D.C., USA (NARA), XE.00.33.87, Bericht von Fries nach seiner Entlassung gegenüber Mitarbeitern des CIC am 11.2.1947
- 2 Frauke Geyken/Elisabeth Ruge, in: Der Spiegel, Nr. 30/2015, „Die Untoten“, S. 118
- 3 Emil Henk: Die Tragödie des 20. Juli 1944, Heidelberg 1946, S. 49
- 4 Geyken/Ruge, a.a.O.
- 5 Wilhelm Leuschner (1890-1944), Gewerkschafter, sozialdemokratischer Politiker, der eine reichsweite Widerstandsstruktur aufbaute, die nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 aktiv den Umsturz begleiten sollte. Nach dem gescheiterten Anschlag wurde Leuschner am 29.9.1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Ludwig Schwamb (1890-1945) sozialdemokratischer Politiker, Mitglied im „Kreisauer Kreis“, enger Mitarbeiter Leuschners und am Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 beteiligt, wurde am 23. Januar 1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Jakob Steffan (1888-1957), sozialdemokratischer Politiker, ging nach achtjähriger verbüßter Haft im KZ Dachau gleich in den Untergrund. Er war für das Gebiet Süd- und Rheinhessen für den Aufbau des zivilen Widerstands verantwortlich.
- 6 HHSta Wiesbaden, Abt. 527-V-968, Personalakte von Gotthold Fengler, darin Schreiben von Christian Fries an das Landespersonalamt Hessen vom 14.8.1958
- 7 Ausführliche Biographien zu den Beamten Christian Fries, Ferdinand Mührdel und Otto Kaspar sind veröffentlicht in: Lutz Becht/Thomas Bauer: Die Frankfurter Polizei und drei aufrechte Beamte im Nationalsozialismus, hg. vom Frankfurter Polizeipräsidium, Frankfurt am Main 2020, hier: S. 96-107
- 8 ISG, Personalakte 22/75, Signatur 112.935 zu Kurt Henschler
- 9 HHSta Wiesbaden, Abt. 518-68606 zu Adolf Weidmann
- 10 ISG, Personalakte 22/75, Signatur 124.671 zu Hans Wierscheim, aus seinem Lebenslauf zitiert vom 12.6.1945
- 11 Albert Wirges (1888-1946), verheiratet, eine Tochter. Er lehnte aus religiösen Gründen den Nationalsozialismus ab. Seiner Tochter wurde aufgrund der katholischen Religionszugehörigkeit zweimal eine Anstellung versagt. Information aus dem Wirtschaftsarchiv des ISG vom 5. November 2021 und den Entnazifizierungsbogen im HHSta Wiesbaden, Abt. 520/F, 131069, 131070, 131071
- 12 HHSta Wiesbaden, Abt. 520/11, Nr. 4987, Hans Bechtold, Jg. 1902, ist vom Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5.3.1946 nicht betroffen.
- 13 HHSta Wiesbaden, AZ: F/143284/Laufzettel, Aktenstück 1731. Anhang zum Meldebogen von Gustav Weigel vom 27.4.1946. Darin: Gesetz zum Buchmacherwesen unter VI 4811, Ziffer 6: „Unter Anlegung eines besonders strengen Maßstabes ist zu prüfen, ob frühere Buchmacher oder Buchmachergehilfen als Marxisten oder Kommunisten bekannt geworden sind. Es dürfen nur noch überzeugte und zuverlässige Anhänger des neuen Staates wieder zugelassen werden. Vor der Zulassung ist zweckmässig die zuständige Gauleitung zu hören“.
- 14 a.a.O.
- 15 Gespräch der Autorin mit Irene Thiel, geb. Fengler, am 20. September 2010. Biographische Daten zu Rettern und Geretteten: Gotthold Fengler, geb. 14.10.1898 Hermannsdorf/Kr. Breslau – 27.3.1947 Lazarett Schloss Vehlen, verheiratet, eine Tochter. Professor Dr. Karl Herxheimer, geb. 26.6.1861 Wiesbaden – 6.12.1942

- Theresienstadt, verwitwet. Henriette Rosenthal, geb. Hirschberg, 12.9.1873 Danzig – 20.12.1942 Theresienstadt, verwitwet. Gustav Weigel, geb. 29.4.1882 Wüstems – 18.11.1948 Frankfurt/Main, verheiratet, keine Kinder. Christian Fries, geb. 18.8.1895 Landsweiler – 23.8.1959 Frankfurt/Main, verheiratet mit Johanna, geb. Hartmann, eine Tochter.
- 16 HHSta Wiesbaden Abt. 527-V-968, Personalakte Gotthold Fengler, Aussage Fries vom 14. August 1958
 - 17 Volker Eichler: Organisation, Struktur und Schriftgutüberlieferung der Gestapo in Frankfurt am Main, in: Frankfurt am Main Lindenstraße Gestapozentrale und Widerstand, hg.: Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt/Main 1996, S. 80
 - 18 a.a.O., S. 73
 - 19 NARA. In einem Fragebogen vom 6. Jan. 1946 gibt Fries zu seinem Aufenthalt vom 7.40 – 11.41 an: „Kommando d. Sicherheits-Pol II/2 in Diedenhofen/Lothr.“ Unter der Rubrik der Vorgesetzten: „SS-Sturmb.F. Teichmann, HptSturmf. Aretz“. Als Stellung oder Dienstgrad: „Krim.Sekret. Verpflicht. z. Tragen d. Uniform eines SS-Unterst.-führers. x) Erledigg. von politischen u. kriminalpolizeilichen Fällen. Keine Exekutive. Zu dem „x“) steht am Rande ergänzt: bis zum Ende der Kommandierung. Verhaftet am 28.8.45.“
 - 20 Stadtarchiv Wiesbaden, Best: NL 75, Nr. 1555: In seiner Rechtfertigungsschrift zu seinem Einsatz in Thionville gab Fries die Anschriften mehrerer Familien an, die über sein dienstliches und außerdienstliches Verhalten Auskunft geben können: Familie Denz, Pax, Palz (Paly, P.B.), Hofmann, Schnitzler, Tabillon, Schneider, Link-Sartor, sowie Fr. Merz. „Familie Link wohnt in Thionville/Moselle, Rue de la Poste 6, sie ist auch in der Lage, die näheren Anschriften der genannten Familien anzugeben.“
 - 21 NARA. Schreiben von Christian Fries an Christel Pallas vom 25. Mai 1945
 - 22 HHSta Wiesbaden, Abt. 520/11, Nr. 24570 Spruchkammerakte zu Christian Fries. Brief von Julia Pax, Thionville, Ostersonntag (1947)
 - 23 HHSta Wiesbaden, a.a.O., Schreiben von G. Paly, Thionville, 5. April 1947
 - 24 HHSta Wiesbaden, a.a.O., Schreiben des Innenministeriums vom 11. März 1947, Direction Générale de la Police Nationale. Französischer Originaltext: „Pendant son séjour à Thionville, ce policier allemand ne s'est pas livré à des exactions sur les habitants. A plusieurs reprises, il est même intervenu en faveur des Lorrains frappés d'un arrêté d'expulsion, et a rendu de nombreux services à des habitants de Thionville et environs.
En 1941, il a déclaré ouvertement à certaines personnes que la guerre était perdue pour les allemands, et leurs a conseillé de ne pas adhérer à une formation nazie. Il a été muté à Francfort au mois de septembre 1943 (richtig: November 1941, P.B.), on ignore pour quel motif, mais on prétend que ses chef le considéraient comme trop bon pour la population.
En résumé, aucun fait grave n'a pu être relevé à Thionville contre FRIES, sur qui les habitants fournissent plutôt de bons renseignements.“
Ministère de L'intérieur, État Français, L'Inspecteur de Police, 11 mars 1947 Thionville
 - 25 Der Name Oberschweinstiege entspringt, wie dem Frankfurt-Lexikon der sechziger Jahre zu entnehmen ist, einem Brauch aus dem 17. Jahrhundert, nämlich die städtischen Schweine zum Mästen in den Stadtwald zu treiben. Von später dort ansässigen Jäger-Vereinigungen entwickelte sich der Ort zum beliebten Ausflugsziel mit einer Gartenwirtschaft, der Oberschweinstiege – noch heute unter dem

Namen frequentiert.

- 26 HHSta Wiesbaden, Meldebogen aufgrund des Gesetzes zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus vom 5.3.1946 Ffm./Kartei A-Z, Nr. 251932 zu Josef Scheuer, geb. 9.2.1894 München, verheiratet, eine Tochter. Küchenmeister und Gastwirt der Neu-Isenburger Schneise- Schießstände seit 1937
- 27 Henriette Rosenthal (1873 Danzig -1942 Ghetto Theresienstadt), Ehefrau des verstorbenen Danziger Senatspräsidenten Heinrich Rosenthal
- 28 Wenn bei der Behandlung von Syphilis oder Borreliose allergische Reaktionen auftraten, gab es Anfang des 20. Jahrhunderts kein Gegenmittel. Häufig war der Tod der Patienten damit verbunden.
- 29 Siehe dazu den Beitrag von Henry Richter-Hallgarten: Der 150. Geburtstag von Karl Herxheimer, in: Journal der Deutschen Dermatologischen Gesellschaft, Band 9, Ausgabe 10, Oktober 2011, S. 869 ff.; sowie: Karl-Herxheimer-Medaille in: www.aerzteblatt.de/archiv/128456/Medizin-in-der-NS-Zeit-Ich-bin-allein-auf-weiter-Flur und Karl Herxheimer - Geheimrat mit dem gelben Stern
- 30 Der Hautarzt, Juni 1961, 12. Jg., Heft 6, S. 241
- 31 a.a.O.
- 32 Siehe: www.rettungs-widerstand-frankfurt.de
- 33 HHSta Wiesbaden, AZ: F/143284/Laufzettel Aktenstück 1731, Schreiben von Gustav Weigel an das Grosshessische Staatsministerium an den Minister für Wiederaufbau und politische Befreiung bei der Kammer Frankfurt a.M. vom 9.8.1946
- 34 Rechtfertigungsschrift Christian Fries, in: Stadtarchiv Wiesbaden, Best. NL 75, Nr. 1555 a.a.O., S. 3 f.
- 35 Amelis von Mettenheim, Die zwölf langen Jahre – Eine Familiengeschichte im Dritten Reich, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, Frankfurt/Main 1999, S. 246
- 36 HHSta Wiesbaden, Az: F/143284/Laufzettel Aktenstück 1731 zu Gustav Weigel, darin das Schreiben von Dr. Lene Ullmann vom 2. August 1945
- 37 Der Hautarzt, 1953, Nr. 4, S. 444
- 38 Der Hautarzt, Juni 1961, 12. Jg., Heft 6, S. 242
- 39 a.a.O.
- 40 www.aerzteblatt.de/archiv/128456/Medizin-in-der-NS-Zeit-Ich-bin-allein-auf-weiter-Flur, siehe auch: Prof.Dr. Albrecht Scholz, in: derma.de/ddg-tagung/
- 41 www.holocaust.cz. Siehe dort die Todesurkunde zu Prof. Herxheimer. Im Jahr 2015 wurden in Frankfurt Stolpersteine für Herxheimer und Rosenthal verlegt.
- 42 Schreiben vom Landesarchiv Duisburg vom 14. Februar 2022
- 43 HHSta Wiesbaden, Abt. 518-82497 zu Wilhelm Leicht
- 44 NARA. Schreiben von Edith Wagner, Frankfurt/Main, d.5-6-1946, Stresemann Allee 39 an Fräulein Margot Fries, Frankfurt/Main, Kurfürstenstrasse 3/5. In Amorbach kam Martha Wagner bei einer Frau Ida Henke unter. Auch der Bürgermeister von Amorbach bestätigte ihren Aufenthalt und hob hervor, dass sie illegal in Amorbach untergebracht war. Martha Wagner, geb. Honi, geb. 5.1.1893- 20.8.1975, verheiratet mit Johannes (Hans Heinrich) Wagner, geb. 18.3.1887-13.3.1944.
- 45 HHSta Wiesbaden, Abt. 520/11, Nr. 25944 zu Adam Ganjon, Bestätigung von Edith Wagner für Adam Ganjon vom 1. November 1946
- 46 Vorgang im ISG: Gutachterausschuss für Grundstücksbewertung, Signatur 494,

Haus Jügelstr. 13 von Ella Freudenberger, geb. Dalberg. (Hervorhebung im Zitat im Original) Emil Beetz: ISG, S 2 – 6.639, gestorben im Januar 1970 im Alter von 67 Jahren, wohnte in der Holbeinstr. 15, er hat 1969 das Bundesverdienstkreuz I. Klasse überreicht bekommen. Eintrag im Gedenkbuch des Bundesarchivs Koblenz: Freudenberger, Ella, geb. 6.8.1892 Niedermarsberg, Brilon/Westf., wh. Frankfurt, emigriert in die Niederlande, deportiert 11.1.1944 nach KZ Bergen-Belsen, 8.4.45 KZ Bergen-Belsen für tot erklärt. Freudenberger, Julius, geb. 28.1.1885, wh. Arnstein, Karlstadt, Frankfurt; emigriert in die Niederlande, deportiert 12.1.1944 Westerbork nach KZ Bergen-Belsen, 10.4.1945 Ghetto Theresienstadt, für tot erklärt 22.5.1945 Tröbitz. (Hervorhebung im Original)

- 47 a.a.O.
- 48 HHSta Wiesbaden, Abt. 518-58440 zu Jourdan, Susanne – geb. 22.12.1906 Baden-Baden – 25.6.1955 Ffm., Status „halbjüdisch“, Wohnung: Brentanostr. 6. ISG, Personalakte, Signatur 184.918 zu Jourdan, Karl Theodor – geb. 4.2.1905 Baden-Baden, Status „halbjüdisch“ / Rel.: ohne / Wohnung: Bettinastr. 35 / Gutzkowstr. 47. Verfolgung: Konzertmusiker (Vc, Klar, Sax) Stengel/Gierigk; laut Adessbuch 1943 ist er als Bühneninspektor in der Gutzkowstr. 47 gemeldet. Siehe auch: Unterhaltungsmusiker für Violoncello, Klarinette, Klavier; siehe bei Joachim Carlos Martini
- 49 HHSta Wiesbaden, Abt. 520 /11, Nr. 24570 Spruchkammerakte Christian Fries, darin: Schreiben von Jakob Steffan am 27. Mai 1946 an die Tochter Margot Fries
- 50 Siehe dazu bei Axel Ulrich: Wilhelm Leuschner. Ein deutscher Widerstandskämpfer, Wiesbaden 2012, insbes. S. 213-218
- 51 HHSta Wiesbaden, Abt. 520-FZ-5416. Aussage von Christian Fries im Spruchkammer-Verfahren zugunsten von Gorius. In ihrem abschließenden Urteil am 31.3.1948 anerkannte die Spruchkammer seine Widerstandsaktivitäten und stufte ihn in die Gruppe 5 der Entlasteten ein.
- 52 HHSta Wiesbaden, a.a.O. die Aussage von Fries. Siehe auch zur „UNION deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“, die ein Zusammenschluss von deutschen sozialistischen oder sozialdemokratisch orientierten Exilorganisationen im Zweiten Weltkrieg war.
- 53 Barch Berlin, R 9361 III/291645. Bei der ersten Karteikarte vom 2.2.1942 handelt es sich um das Ergebnis einer Art „rassischer Überprüfung“. Sie ist von einem SS-Untersturmführer unterzeichnet worden. Beide Unterschriften auf den Karteikarten sind nicht zu entziffern. Ich bedanke mich recht herzlich bei Dr. Volker Eichler für das Entziffern der dort befindlichen Einträge.
- 54 Zu Neu-Isenburg siehe die Veröffentlichung von Dieter Rebentisch/Angelika Raab: Neu-Isenburg zwischen Anpassung und Widerstand, Neu-Isenburg 1978, S. 203
- 55 Rechtfertigungsschrift von Kriminalrat Christian Fries, S. 5, in: Stadtarchiv Wiesbaden, NL 75, Nr. 1555
- 56 HHSta Wiesbaden, Abt. 520/11, Nr. 24570, Spruchkammer zu Christian Fries
- 57 a.a.O.
- 58 Emil Henk, a.a.O., S. 60
- 59 Stadtarchiv Wiesbaden, NL 75, Bestand 1555, Rechtfertigungsschrift Christian Fries, a.a.O., S. 6
- 60 a.a.O.
- 61 HHSta Wiesbaden, 520/11, Nr. 1838/1-2, Spruchkammer-Verfahren zu Adam Arnold
- 62 HHSta Wiesbaden, Abt. 520-FZ-5416. Alle Zitate aus dem Schreiben von Hans Gorius an den Präsidenten der Spruchkammer Frankfurt vom 20. Oktober 1946.

(Hervorhebung im Original)

- 63 HHSta Wiesbaden, a.a.O., Schreiben von Gustav Kettel vom 15. Juli 1946
- 64 HHSta Wiesbaden, Spruchkammer-Verfahren von Christian Fries, Erklärung von Georg Kaufmann vom 25.5.1946
- 65 ISG, Personalakte 22/75, Nr. 212.135 - 212.137 zu Georg Kaufmann, Zitat aus seinem Lebenslauf vom 12. Juni 1945
- 66 ISG, S 3, Signatur 11.413, Frankfurter Neue Presse vom 30. Mai 1973
- 67 Siehe: Petra Bonavita: Mit falschem Pass und Zyankali, Stuttgart 2009, Seite 125-127
- 68 BArch R 9361-IX Kartei/30810702 NSDAP-Mitgliedsnummer für Karl Nolte 2275650
- 69 BArch, R 9361 I/28492, Schreiben der Gestapo Frankfurt/M. an das Oberste Parteigericht in München
- 70 HHSta Wiesbaden, Abt. 520, Meldebogen 165751 zu Karl Nolte, darin die Auskunft der Industrie- und Handelskammer Frankfurt/M. vom 24.11.1947
- 71 HHSta Wiesbaden, Spruchkammer Frankfurt a.M./Kartei A-Z, Nr. 309239 zu Ernst Nolte, darin Anlage des Schreibens vom 27. Juni 1938 der Geheimen Staatspolizei Ffm.
- 72 Anfrage an das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes vom 29.6.2022. In der kurzzeitigen Antwort vom 4. Juli 2022 werden die Brüder Alfred und Eduard Rabofsky als österreichische Widerstandskämpfer genannt. Alfred Rabofsky wurde bereits im Juni 1943 verhaftet. „Edi Rabofsky wiederum war seit Herbst 1944 an der Reorganisierung des kommunistischen Widerstands in Wien beteiligt und nach der Befreiung im Rahmen der Staatspolizei tätig. In späteren Jahren arbeitete er als Leiter der Rechtsabteilung der Wiener Arbeiterkammer“. Hinweis auf den Wikipedia-Eintrag: de.wikipedia.org/wiki/Eduard_Rabofsky
- 73 ISG, S 3-11413, Beilage „50 Jahre FRAFAG“ in: Frankfurter Neue Presse vom 30.5.1973
- 74 HHSta Wiesbaden, Spruchkammerakte zu Ernst Nolte, Frankfurt a.M./Kartei A-Z, Nr. 309239, darin Aussage Albert Kress vom 6. Mai 1947
- 75 HHSta Wiesbaden, Spruchkammer Frankfurt a.M./Kartei A-Z, Nr. 309239
- 76 ISG, Personalakte 22/75, Signatur 118.476 zu Ernst Nolte
- 77 Stadtarchiv Wiesbaden, Bestand: NL 75, Nr. 1555, Aussage von Christian Fries, festgehalten in seiner Rechtfertigungsschrift
- 78 NARA, Bescheinigung von Christian Fries vom 25. Mai 1945 für Christa/Christel Pallas, Ffm., Bockenheimer Landstr. 8. Es war nicht in Erfahrung zu bringen, ob diese Bescheinigung von Fries hilfreich war. Aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der NSDAP und eventuell ihrer Ehe mit dem SS-Mann Wilhelm Pallas stuft man sie – nach Aktenlage – als Mitläuferin in ihrem Spruchkammer-Entscheid vom 10.2.1948 ein.
- 79 ISG, Personalakte 22/75, Signatur 108.800 zu Fritz Breiter
- 80 Frankfurter Rundschau vom 3. September 1994
- 81 Dieter Rebentisch/Angelika Raab: Neu-Isenburg zwischen Anpassung und Widerstand, Neu-Isenburg 1978, S. 228
- 82 NARA. Die „Union Deutscher Sozialistischer Organisationen“ in Großbritannien war ein Zusammenschluss der Exil-SPD, SAP, der Gruppe „Neu beginnen“ und dem ISK (Internationaler Sozialistischer Kampfbund)
- 83 Heidi Fogel: Neu-Isenburger Geschichtsbuch, Von der Hugenottensiedlung zur modernen Stadt, Hrsg. vom Verein für Geschichte, Heimatpflege und Kultur Neu-Isen-

- burg (GHK) e.V. Neu-Isenburg, edition momos (2016), Seite 165
- 84 NARA Zu Josef Kappius (1907-1967), Widerstandskämpfer im ISK (Internationaler Sozialistischer Kampfbund). Er flüchtete über die Schweiz nach Großbritannien. Vom OSS geschult sprang er mit einem Fallschirm über dem Emsland ab und unterstützte seit September 1944 die Widerstandsarbeit von Kettel. Nach 1945 SPD-Politiker.
- 85 NARA. ISG, Personalakte 22/75, Sign. 122.028 zu Jakob Schwalm, Jg. 1890. Passives Mitglied in SPD 1928-1933. Bis 1933 war Schwalm Mitarbeiter in der Abt. I A unter Ferdinand Mührdel und wurde wegen politischer Unzuverlässigkeit im März 1933 von der politischen Polizei in das Betrugskommissariat degradiert. Am 18.11.1947 wurde Schwalm vom Dienst suspendiert, da er sich wegen Fragebogenfälschung vor dem mittleren Militärgericht zu verantworten hatte. Bei der anschließenden Verhandlung im Dezember 1947 wird er zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wegen seiner Zugehörigkeit zur SA. Erschwerend kam hinzu, dass er „unter Verschweigen seiner politischen Belastung die Vertrauensstellung als Leiter der Spezialabteilung erschlichen hat“. Alle anderen, die politisch belastet waren wurden nämlich entlassen. Zum 1.12.1947 von Polizeipräsident Klapproth aus dem Amt entlassen. Das Urteil wird später auf drei Monate reduziert, da er nur SA-Anwärter auf kurze Zeit war (März-August 1934), um seine Stellung nicht zu verlieren. 1949 bat er um Zulassung einer Auskunftei und Detektei.
- 86 HHSta Wiesbaden, Spruchkammerakte Alfred Meckel, Abt. 520 F (A-Z) unverzeichnete Akte. Alfred Meckel Jg. 1902, Kriminalbeamter. Mehr als ein Dutzend Zeugen konnte Meckel benennen und sein ehemaliger Vorgesetzter Christian Fries schrieb für dieses Verfahren am 18. Mai 1947 eine eidesstattliche Erklärung: „Herrn Meckel kenne ich bereits seit 1924. Ich kann ihn in persönlicher wie in politischer Hinsicht deswegen bestens beurteilen, weil ich lange Jahre sein Vorgesetzter bei der Schutzpolizei war und er auf mein Betreiben mein Nachfolger als Bereitschaftshauptwachmeister wurde. Ich habe Meckel s.Zt. gefördert, weil er ein äusserst tüchtiger und darüber hinaus ein besonders zuverlässiger republikanischer Polizeibeamter war. Auch später bei der Kriminalpolizei kam ich mit Meckel viel dienstlich und auch außerdienstlich zusammen. Wir wohnten beide in Ffm.-Bockenheim. Auf unserem gemeinsamen Weg zum und vom Dienst wurde fast nur politisiert und ich konnte hierbei die Feststellung treffen, dass Meckel dem Hitlerregime nicht nur ablehnend gegenüberstand, sondern dass er ein ausgesprochener Nazihasser war. Meckel, der seit vielen Jahren meine politische Einstellung kannte, konnte sich mir offenbaren und er tat dies mit einer Gründlichkeit, dass er heute das Recht für sich in Anspruch nehmen kann, sich in die Reihen der erbittertesten Antifaschisten zu stellen. Dienstlich verhielt sich Meckel ebenfalls äusserst korrekt; es ist ihm besonders hoch anzurechnen, dass er trotz aller Aufforderungen nie der NSDAP beitrug und auch den Drängeleien der Vorgesetzten standhielt. Meckel war auch nie Angehöriger der Allgemeinen-SS. Der ihm aufgezwungene Angleichungsdienstgrad „Staffel-Sturmshäufelführer“ hat mit der Allgemeinen-SS nicht das Geringste zu tun. Es handelt sich dabei lediglich um die Uniformierung der Sicherheitspolizei, die im Laufe der Zeit allgemein durchgeführt werden sollte. (Hervorhebung im Original)
Ich bin jederzeit bereit, die vorstehenden Angaben zu bezeugen und evtl. weitere mündliche Ausführungen zu machen. Ich selbst bin nicht vom Befreiungsgesetz betroffen, habe mich nachweislich aktiv am Kampfe gegen das Naziregime in der Widerstandsgruppe „L e u s c h n e r“ beteiligt“. Christian Fries
- 87 ISG, Personalakte 22/75, Signatur 198.398 zu Siegfried Bode
- 88 HHSta Wiesbaden, Abt. 520-FZ-5416, Spruchkammer-Akte zu Hans Gorius

- 89 a.a.O.
- 90 NARA. Protokoll der CIC-Agenten vom 29. August 1945, Seite 3 f.
- 91 NARA. Antrag von Christian Fries an den Leiter des CIC Internment Camp durch die deutsche Lagerleitung vom 26.10.1946. (... nur Uniformträger = Hervorhebung im Original)
- 92 ISG, Personalakte 111.051 zu Christian Fries, Schreiben von Margot Fries vom 10. September 1945 (Hervorhebung im Original)
- 93 Frankfurter Rundschau vom 2.11.1945, alle Rechte dort. Dank an den Archivar der Frankfurter Rundschau, der mir den Artikel zur Verfügung stellte.
- 94 Stadtarchiv Wiesbaden, Best: NL 75, Nr. 1555. Siehe Rechtfertigungsschrift von Christian Fries vom 12. Januar 1947, Seite 10
- 95 a.a.O.
- 96 Schreiben des Polizeipräsidenten Klapproth an den öffentlichen Kläger bei der Spruchkammer Frankfurt a.M. vom 10.2.1947, in: HHSta Wiesbaden, Spruchkammer 520/11, Nr. 24570 Christian Fries
- 97 HHSta Wiesbaden, Spruchkammer, a.a.O., Schreiben vom 3. Februar 1948 an den Minister für politische Befreiung G. Binder, S. 3
- 98 HHSta Wiesbaden, Spruchkammer, a.a.O., Schreiben vom 3. Februar 1948, S. 4 (Hervorhebung im Original.)
- 99 HHSta Wiesbaden, Spruchkammer, a.a.O., Protokoll vom 11. Februar 1948, unterzeichnet von Christian Fries
- 100 Brief vom 8. Dezember 1946 aus dem Internierungslager Eselheide an Irene Thiel, im Privatbesitz. Alle Erinnerungen von der Tochter Irene Thiel, geb. Fengler im Gespräch mit der Autorin am 22. September 2010
- 101 Die Kopien dieser Protokolle wurden dem Stadtteilhistoriker Robert Gilcher und dem Studienkreis Deutscher Widerstand in Frankfurt am Main 1933-1945 von Angehörigen der Verhafteten Anton Raab und Walter Weisbecker überlassen. Großen Dank an die Freunde, dass sie sie mir übergeben haben.
- 102 Protokoll des Verhörs von Anton Raab im Archiv des Studienkreis Deutscher Widerstand Frankfurt am Main 1933-1945 e.V.
- 103 Mit Dank an Robert Gilcher, der die Lebensgeschichte zusammenstellte und die Gedenkfeier zur Stolperstein-Verlegung begleitete.
- 104 Siehe die Dokumentation zu der Stolperstein-Verlegung 2022 in Frankfurt-Niederrad und den Bericht von Robert Gilcher. Ihm danke ich auch für diese Ergänzung zu dem gerade erschienenen Buch von Denis Roux: Anton Raab – Militant Anti-Nazi, Homme fort du FC Nantes, La Geste/France 2022
- 105 HHSta Wiesbaden, Abt. 527-V-968, PA Fengler, darin Schreiben von J.K.Horn
- 106 a.a.O.
- 107 Gespräch der Autorin mit Irene Thiel, geb. Fengler; alle Zitate daraus.
- 108 HHSta Wiesbaden, Abt. 527/V Nr. 968 Personalakte zu Gotthold Fengler
- 109 HHSta Wiesbaden, Abt. 520-FZ-4260, Spruchkammerakte Gotthold Fengler
- 110 HHSta Wiesbaden, Abt. 518-83406 zu Friedrich Scheuer
- 111 BArch Berlin, SSO/Fengler, Gotthold und RS/Fengler
- 112 HHSta Wiesbaden, Abt. 520-FZ-5416 Spruchkammerakte zu Johann Gorius
- 113 HHSta Wiesbaden, Abt. 518-666 zu Fritz Schilling, Bescheinigung vom 27.10.1945

- durch Kriminalobersekretär Vogler
- 114 a.a.O., Schreiben von Fritz Schilling vom 8.9.1950 an den Regierungspräsidenten in Wiesbaden
 - 115 a.a.O., Schreiben von Landrat Wilhelm Apel an den Regierungspräsidenten in Wiesbaden zum Wiedergutmachungsverfahren Fritz Schilling. Wilhelm Apel (1873-1960) SPD-Politiker, seit 1926 Landrat im Main-Taunus-Kreis, nach seiner Entlassung 1933 mehrfach verhaftet und verhört.
 - 116 a.a.O. Am 21. März 1946 notariell beglaubigtes Schreiben von Karl Leonhard Blattner für Fritz Schilling. Die Architektenfamilie Blattner gehörte mit ihren Bauten u.a. der Friedenskirche im Gallus, der Hallgarten-Siedlung und der Zusammenarbeit mit dem Stadtbaurat Ernst May zu den großen Architekten Frankfurts. Ihr Architektur-Büro befand sich am Großen Kornmarkt 15, in unmittelbarer Nachbarschaft zum Café Metz und dem Waffengeschäft Schilling. Franz Metz (1878-1945), Schlosser, SPD-Politiker und Gewerkschafter, Reichstagsabgeordneter, der 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz stimmte; er war auch Bezirksbevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiterverbands (DMV). Nach seinen Entlassungen 1933 verzog er nach Frankfurt am Main. Nach dem 20. Juli 1944 bei der „Aktion Gitter“ verhaftet und in das KZ Dachau verschleppt, starb er auf einem Vernichtungsmarsch am 13. Juni 1945 in Geretsried. Quelle: ISG, NS-V 51/73, 4.452 und Sammlungsakte 2-1600 zu Franz Metz (10.8.1878-13.6.1945)
 - 117 HHSta Wiesbaden, Abt. 486 Gestapokarteikarte zu Ungerer/Schönthal
 - 118 a.a.O.
 - 119 HHSta Wiesbaden Abt. 474/3 Nr. 1870. Alle Unterlagen zu Erich Ungerer/Schönthal bei den Akten der Rechtsanwälte Siegfried Gutenstein und Siegfried Popper Frankfurt a.M.
 - 120 ISG Frankfurt/Main, Hausstandsbuch Nr. 10
 - 121 Spurensuche-AG der Wöhler-Schule Frankfurt/Main (Hg.): Lebensspuren – Jüdische Wöhlerschüler - Opfer des Terrors 1938-1945, Frankfurt/Main 2001, S. 77, Selbstverlag
 - 122 a.a.O., S. 77
 - 123 HHSta Wiesbaden, Abt. 486 Gestapo-Karteikarte Maria Reichertz
 - 124 HHSta Wiesbaden, Abt. 486 Gestapo-Karteikarte Albert Bernardi, Vergehen wegen § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung vom 21. März 1933
 - 125 ISG Frankfurt/Main, NS-Verfolgte 51/73, Signatur 3.644 Max Kühn
 - 126 HHSta Wiesbaden, Abt. 486 Gestapo-Karteikarte Albert Schlecht
 - 127 HHSta Wiesbaden, Abt. 486 Gestapo-Karteikarte Karl Gruber
 - 128 Karsten Porezag: Zwangsarbeit in Wetzlar, Wetzlar 2002
 - 129 a.a.O., S. 123
 - 130 HHSta Wiesbaden, Abt. 520/FZ Nr. 6321 Spruchkammer-Verfahren Heinz Bühler
 - 131 a.a.O.
 - 132 Karsten Porezag: Zwangsarbeit in Wetzlar, S. 287
 - 133 Bernd Lindenthal: Der lange Kampf mit den Nationalsozialisten, in: Knut Kühn-Leitz (Hg.) Ernst Leitz – ein Unternehmer mit Zivilcourage, Hanau 2008, S. 23
 - 134 Aussage von Ernst Leitz, zit. nach a.a.O., S. 24
 - 135 Karsten Porezag, a.a.O., S. 288

- 136 BArch Koblenz, Z 42 VI/1176, Spruchgerichtsakte Bielefeld zu Gotthold Fengler
137 a.a.O.
- 138 BArch Koblenz, Z 42 VI/1176, Spruchgerichtsakte Bielefeld zu Gotthold Fengler
139 a.a.O.
- 140 HHSta Wiesbaden, Abt. 520/WE Nr. 2804 Spruchkammerakte zu Julie Gerke
141 Susanne Meinh: „Eine Fahrkarte nach Palästina können Sie haben ...“, in: Hg. Wetzlarer Geschichtsverein, Wetzlar 2010, S. 190
- 142 HHSta Wiesbaden, Abt. 518-25631 Entschädigungsakte Erich Lind
143 HHSta Wiesbaden, Abt 520-FZ-6321 Spruchkammerakte Heinz Bühler
144 HHSta Wiesbaden, Abt. 518-25631 Entschädigungsakte Lind
145 HHSta Wiesbaden, Abt. 527/V Nr. 968 Personalakte Gotthold Fengler
146 a.a.O.
- 147 HHSta Wiesbaden, Abt. 527/V Nr. 968 Personalakte Gotthold Fengler, Schreiben von Dr. Ernst Leitz vom 9. Januar 1947
148 HHSta Wiesbaden, Abt. 520-F-AZ-Leitz, Spruchkammerakte Dr. Ernst Leitz
149 vgl. Klaus Otto Nass: Elsie Kühn-Leitz - Mut zur Menschlichkeit, Bonn 1994
150 a.a.O., S. 47
- 151 Bernd Lindenthal: Der lange Kampf mit den Nationalsozialisten, in: Knut Kühn-Leitz, a.a.O.: S. 22
- 152 HHSta Wiesbaden, Abt. 520/WE Nr. 2804 Spruchkammerakte Julie Gerke
153 a.a.O. Der Kalsmunt ist eine Burgruine über der Stadt Wetzlar. Im 13. Jahrhundert wurde auf dem Kalsmunt ein Hochstapler, der sich als Kaiser Friedrich II ausgab, inhaftiert, verhört und auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Die Geste spielt vermutlich darauf an.
- 154 Heiner Wember: Umerziehung im Lager, Essen 2007, S. 139
155 HHSta Wiesbaden, Abt. 520/FZ Nr. 4260 Spruchkammerakte zu Gotthold Fengler, Spruchkammer - Urteil vom 21. März 1949
- 156 HHSta Wiesbaden, a.a.O.
157 HHSta Wiesbaden Abt. 527/V Nr. 968, Personalakte Gotthold Fengler
158 a.a.o.
- 159 Saul Friedländer: Kurt Gerstein oder die Zwiespältigkeit des Guten, München 2007, S. 196

Anhänge

Anhang 1

Am 1. Juni 1946 wandte sich Gustav Kettel an den Lagerkommandanten des Camp 74 in Ludwigsburg zur Entlastung von Christian Fries (s.Seite. 85). Bereits am 8. April 1946 hatte er sich an einen Major Ihlefeldt der US-Militärregierung in Frankfurt/Main mit einer ähnlichen Bitte gewandt. Im Folgenden dieses Schreiben.

Gustav Kettel, Darmstadt, den 8. April 1946, Landwehrstrasse 31
An Herrn Major IHLEFELDT, CIC-Dept.
Frankfurt/Main, Nordendstrasse 63

Sehr geehrter Herr Major!

Der Kriminalrat Christian FRIES, früherer Leiter der Frankfurter Kriminalpolizei, wurde im August 1945 durch CIC verhaftet und nach dem Lager Ludwigsburg verbracht. Die tatsächlichen Gründe für dieses Vorgehen sind weder den Angehörigen noch seinen früheren politischen und beruflichen Mitarbeitern bekannt. Ich gestatte mir, Ihnen die folgenden Tatsachen zur politischen Entlastung des Herrn FRIES zu unterbreiten.

Seit 1944 arbeitete ich politisch illegal für die „UNION deutscher sozialistischer Organisationen in Groß-Britannien“ zum Sturz des Nazi-Regimes, nachdem die von mir in früheren Jahren gegründeten antifaschistischen Organisationen in das Kartell der „UNION“ durch den während des Krieges von England nach Deutschland gekommenen OSS-Mann Jakob KAPPIUS (richtig: Josef) aufgenommen worden waren. Die „UNION deutscher sozialistischer Organisationen in Groß-Britannien“ arbeitet mit verschiedenen OSS-Leuten als Mitglieder für den britischen Secret Service. Dies zur kurzen Orientierung über meine Person und die von mir vertretene politische Sache.

In der Bearbeitung des Bezirkes Frankfurt/Main gelang es mir, im Jahre 1943/44 durch Verbindungsleute politische Verbindungen in das Frankfurter Polizei-Präsidium hinein aufzunehmen. Durch die-

se Verbindungsleute wurde mir unter anderem der damalige Kriminal-Inspektor FRIES als politisch zuverlässig avisiert. Ich besuchte im Jahre 1944 Herrn FRIES und stellte mich ihm zunächst unter dem falschen Namen „CAMPHAUSEN“ vor. Bei dem Austausch der politischen Ansichten stellte ich dann zu meiner Überraschung fest, daß Herr FRIES bereits einer Widerstandsgruppe angehörte und zwar war er Mitglied der Gruppe des Dr. Hans HAYN, eines Arztes in Neu-Isenburg. Da Herr FRIES meiner politischen Auffassung der Lage vorbehaltlos zustimmte und da er sich andererseits als Mitglied einer Widerstandsgruppe legitimieren konnte, war seine politische Zuverlässigkeit für mich erwiesen. Durch Dr. HAYN, den Leiter der Gruppe, erfuhr ich dann Einzelheiten über die politische Arbeit und Planung dieser Gruppe.

Es war damals ein grosses Unternehmen geplant: Beim Herannahen der siegreichen amerikanischen Armee sollte der Gauleiter SPRENGER beseitigt und damit eine sinnlose Verteidigung der Stadt Frankfurt/Main verhindert werden. Die Aktion war bis in die Einzelheiten ausgearbeitet und wäre ohne Zweifel ein grosser Erfolg für die Gruppe geworden, wenn der Zusammenbruch der deutschen Armee nicht so schnell gekommen wäre, daß das Unternehmen tatsächlich überholt wurde. In diesem Plan spielte FRIES eine tragende Rolle, wie ich feststellen konnte, nachdem ich in die Einzelheiten eingeweiht worden war. Herr FRIES besass also das volle Vertrauen der Gruppe Dr. HAYN, die sich dem Kartell der „UNION“ vorbehaltlos anschloss.

Für die Gruppe Dr. HAYN andererseits war Herr FRIES deswegen als politisch zuverlässig legitimiert, weil er seit Jahren an politischen Besprechungen im Hotel Zimmermann, Frankfurt/Main, Kronprinzenstrasse, teilnahm. An diesen politischen Besprechungen war u.a. ständiger Teilnehmer neben FRIES der jetzige Regierungspräsident von Mainz Jakob Stephan (richtig: Steffan), ein enger Mitarbeiter des wegen seiner Beteiligung am Staatsstreich vom 20. Juli 1944 von den Nazi-Henkern ermordeten früheren hessischen Minister LEUSCHNER. Herr STEPHAN, dessen politische Zuverlässigkeit wohl ausser jedem Zweifel stehen dürfte, ist also ebenfalls in der Lage, die politi-

sche Zuverlässigkeit des Herrn FRIES zu bezeugen. Aus dessen Zeugnis kann auch hervorgehen, daß Herr FRIES nicht erst im letzten Kriegsjahr Gegner der Nazis war, sondern bereits zu einer Zeit, als das Nazi-Regime noch auf dem Gipfel seiner Macht stand.

Ich bitte Sie ergebenst, sehr geehrter Herr Major, diese wahrscheinlich bis jetzt unbekannten oder nicht genügend gewürdigten Umstände offiziell zur Kenntnis nehmen zu wollen, ob damit nicht eine neue Beurteilung des Falles FRIES herbeigeführt werden kann mit dem Ziel, seine Entlassung aus dem Lager in die Wege zu leiten. Abgesehen von dem einseitigen Urteil bestimmter Extremisten wird Herr FRIES allgemein sowohl menschlich wie beruflich und politisch geschätzt. Seine politische Zuverlässigkeit ist m.E. durch die obigen Ausführungen, die selbstverständlich jederzeit durch Zeugen usw. belegt werden können, zu mindestens für die Zeit seit 1940 belegt.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Gez. Gustav Kettel

Quelle: NARA

Anhang 2

Abschrift von Margot Fries mit diversen Erklärungen zugunsten ihres Vaters Christian Fries:

Frankfurt/Main, den 1.6.1946, Kurfürstenstr. 3

An den Lagerkommandanten des Interniertenlagers 74 in Ludwigsburg

Betr.: Internierter Christian Fries, Nr. 9685, Internment Camp 74, B.7. Hs. 9.

Sehr geehrter Herr Kommandant!

Ich bin die Tochter des Internierten Christian Fries, welcher sich in dem Ihnen unterstellten Lager befindet. Seit 28.8.1945 ist mein Vater in Haft. Durch seine lange Abwesenheit stehen wir wirtschaftlich vor

dem Ruin und leiden furchtbare seelische Qualen, so daß insbesondere meine Mutter am Rande der Verzweiflung steht. Es ist dies in der Hauptsache auf die Ungewißheit und Unkenntnis der Momente zurückzuführen, die überhaupt meinem Vater vorgeworfen werden und zu so langer Haft führen. Mein Vater ist nämlich von jeher ein Gegner der Nazis gewesen und hat unter Gefährdung seines Lebens und der Existenz seiner Familie dieses verruchte System aktiv bekämpft. Es erscheint nicht nur uns als seinen Angehörigen, sondern auch allen seinen zahlreichen Bekannten und Freunden besonders tragisch, daß ausgerechnet mein Vater diese lange Zeit in Haft zubringen muß, ohne daß bis jetzt eine richtige Beurteilung seiner Person erfolgen konnte.

Da mir eine andere Stelle nicht bekannt ist, bei der ich Unterlagen über meinen Vater unterbreiten könnte, wende ich mich vertrauensvoll an Sie, sehr verehrter Herr Kommandant. Ich erlaube mir, Ihnen Tatsachen vorzutragen und schriftliche Unterlagen zu unterbreiten, nach denen eine richtige Beurteilung der Persönlichkeit meines Vaters möglich ist. Ich weiß, daß jeder neu Internierte heute von sich behauptet, daß er ein Gegner der Nazis war und hierdurch die amerikanischen Besatzungsbehörden mit Recht skeptisch sind. Ich versichere Sie aber, daß ich für alle meine Angaben mit meiner Person eintrete und für jede Angabe auch den Beweis antreten kann.

Mein Vater ist von Beruf Kriminalbeamter und gehörte der Kriminalpolizei in Frankfurt/Main an. Nach dem Einmarsch der amerikanischen Armee und Beseitigung des Hitlerregimes wurde er zum Kriminalrat ernannt und mit der Führung der Kriminalpolizei Frankfurt/Main beauftragt. Es geschah dies aus dem einzigen Grund, weil mein Vater nämlich einer der wenigen antifaschistischen Beamten war, die es gegeben hat. Tatsächlich war mein Vater schon immer gegen die Nazis eingestellt und weiten Volkskreisen auch in dieser Hinsicht bekannt. Wo es nur ging, unterstützte mein Vater die gegnerischen Kräfte des Hitlerregimes und half den Verfolgten, insbesondere Juden. Später trat er der Widerstandsbewegung bei und nahm aktiv an dem Kampf gegen das Regime teil. Wiederholt bestand die Ge-

fahr, daß mein Vater bei seiner illegalen Tätigkeit entdeckt wurde, was dann sein sicherer Tod bedeutet hätte.

Für vorstehende Tatsachen überreiche ich folgende schriftlichen Unterlagen:

1. Eine eidesstattliche Erklärung des Herrn Gustav Kettel aus Essen/Ruhr, über die Tätigkeit meines Vaters in der Widerstandsfront der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“.
2. Die Broschüre „Die Tragödie des 20. Juli 1944“ Herausgeber Emil Henk, in welcher auf Seite 49 die Tätigkeit meines Vaters in der Widerstandsfront erwähnt ist.
3. Ein Zeugnis des Herrn Regierungspräsidenten Steffan aus Mainz, der führend in der Widerstandsbewegung stand und die Mitarbeit meines Vaters bestätigt.
4. Eine Darstellung des Arztes Dr.med.Hayn aus Neu-Isenburg, der ebenfalls in der Widerstandsbewegung stand und die Mitarbeit meines Vaters bestätigt.
5. Eine Erklärung der Halbjüdin Edith Wagner, die meinem Vater dankend bestätigt, daß er ihrer Mutter Martha Wagner, einer Volljüdin, geholfen hat und ihr das Leben rettete.
6. Ein Zeugnis des Holländers Bettonviel, das bestätigt, daß mein Vater auch ihm als verfolgter Ausländer geholfen hat.
7. Weitere 5 Zeugnisse von Männern, die in der Nazizeit verfolgt wurden.

Die Zahl der Zeugen kann ich noch beliebig vermehren, ich habe mich jedoch bei meinem jetzigen Gesuch auf die angeführten beschränkt. Sehr geehrter Herr Kommandeur, ich erlaube mir, Ihnen die Bitte vorzutragen, dieses von mir beigebrachte Material zu prüfen. Als verzweifelte Tochter bitte ich weiterhin herzlich, auch im Namen meiner seelisch gebrochenen Mutter, um Freilassung meines Vaters. Er wird nach Wiedererlangung seiner Freiheit jederzeit sich rechtfertigen und die gegen ihn vorliegenden Beschuldigungen widerlegen können. Er wird jede ihm auferlegte Verpflichtung erfüllen, dafür verbürge ich

mich mit meiner Person. Sollte für diese Freilassung eine Kaution erforderlich sein, so bin ich bereit, diese aufzubringen.

Mit vorzüglicher Hochachtung: (Unterschrift) Margot Fries

Quelle: NARA (Schreiben ohne Anlagen)

Anhang 3

Aufgrund ihrer jüdischen Herkunft, bzw. einer Ehe mit einer Jüdin wurden 1935, bzw. 1937 vier Beamte aus ihrem Tätigkeitsbereich im Polizeipräsidium entlassen:

Karl Bierwirth, Jg. 1897, wurde aufgrund seiner Ehe mit einer Frau jüdischer Herkunft, Rosa, geb. Eisemann, als Polizei-Oberwachtmeister zum 31.3.1937 in den vorzeitigen Ruhestand entlassen. Er begann sich mit Gelegenheitsarbeiten durchzuschlagen und als Kraftfahrer zu arbeiten.

„Ich selbst wurde im Jahre 1936 mit Schimpf und Schande aus dem Polizeikörper ausgestoßen. Drei Jahre ließ man mir Zeit um zu beweisen, ob ich in eine Ehescheidung einwilligen wollte. Nachdem ich dieses nicht tat, erfolgte zu der angegebenen Zeit meine Entlassung. Ich hatte terminmäßig bei der Gestapo zur Überwachung alle 1. und 15. jeden Monats zu melden. Anlässlich einer solchen Meldung wurde ich wegen Hausfriedensbruch, Sabotage, Widerstand gegen die Staatsgewalt festgenommen und auf kurze Zeit inhaftiert. Hierbei wurden mir sämtliche Zähne eingeschlagen. Im September 1944 sollte ich, wie alle anderen jüdisch versippten (Mischehen), nach dem Harz zwecks Ableistung der Zwangsarbeit abtransportiert werden. Vor diesem Abtransport schützte ich mich dadurch, dass ich mich während dieser Zeit bis zum Einmarsch der Amerikaner nicht mehr in meine Wohnung begab und versteckt hielt. Bei all diesem Ablauf wurde ich erheblich in meiner Freiheit beschränkt.“

Seine Tochter kam bei einem Fliegerangriff ums Leben, seine Ehefrau Rosa wurde am 14.2.1945 in das Ghetto Theresienstadt deportiert, starb kurz nach ihrer Befreiung an den Folgen der Haft am 24. November 1946 in Frankfurt. Am 15. September 1945 wurde Bierwirth wieder in das Amt als Polizeibeamter aufgenommen und als Polizeikommissar auf dem 5. Polizei-Revier, Frankfurt/Main, Ravensteinstrasse 2 eingesetzt.

Schreiben vom 24.4.,1947 an die Städtische Betreuungsstelle Frankfurt/Main, ISG: NS-V 51/73, Signatur 518; HHSta Wiesbaden, Abt. 518-17936

Wilhelm Fürth, Jg. 1886, verheiratet mit Klara, geborene Meyer, eine Tochter. Fürth war Mitglied der Jüdischen Gemeinde. Als Polizeihauptwachtmeister wurde er nach 28 Dienstjahren zum 31. Dezember 1935 in den vorzeitigen Ruhestand versetzt – mit nur der Hälfte der sonst üblichen Pension. Seine Ehefrau versuchte sich dreimal das Leben zu nehmen und starb schließlich am 7. Juli 1941. Fürth erhielt dauernde Vorladungen zur Gestapo, und die Parteileitung führte Intrigen gegen ihn. Er starb am 30. August 1942. Die Tochter wurde als „Halbjüdin“ zweimal aus ihren Arbeitsverhältnissen entlassen und schließlich 1943 nach Bad Kudowa dienstverpflichtet. Dort überlebte sie mit Hilfe einer Ärztin die letzten Wochen untergetaucht.

Quelle: HHSta Wiesbaden, 518-75136, Tochter Emmy Fürth und Wilhelm Fürth, HHSta Wiesbaden, Abt. 518-75200

Hermann Korn, Jg. 1883, verheiratet mit Gisela, geb. Neu, zwei Kinder. Die Ehefrau gehörte der Jüdischen Gemeinde an. Korn war seit 1907 im Polizeipräsidium tätig. Er wurde als Kriminal-Oberassistent aufgrund seiner Ehe mit einer Jüdin - nachdem er sich nicht scheiden lassen wollte - aufgrund § 6 zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums zum 16. Juni 1937 entlassen und erhielt seit 1. September 1937 ein Ruhegehalt. Das Ehepaar musste alle erdenklichen Schikanen erdulden. Er war vom 21.1.45 – 12.5.45 im OT-Lager Clausthal-Zellerfeld. Seine Ehefrau Gisela wurde am 14.2.1945 in das Ghetto The-

resienstadt deportiert, die Tochter musste ihren Beruf aufgeben. Fries half dem Ehepaar in einigen Situationen, Gefahren abzuwehren.

Quelle: ISG, NSV 51/73, Signatur 3.531

Hermann Korn schrieb zu seiner Person, dass er den Nazismus gehasst habe und bis an sein Ende hassen werde. Über Fries schrieb er: „Er war einer der wenigen Kameraden, mit denen man ein offenes Wort reden konnte, ohne befürchten zu müssen, verraten zu werden“.

Quelle: Auszug aus einem Schreiben vom 24. Mai 1946 für das Spruchkammer-Verfahren von Christian Fries, HHSta Wiesbaden zu Christian Fries, Spruchkammer-Verfahren, Abt. 520/11, Nr. 24570

Hugo Petersen, Jg. 1904, verheiratet mit Ilse Jeanette, geb. Goldschmidt, eine Tochter. Seit 12. Oktober 1925 als Polizeianwärter der Schutzpolizei eingetreten und anschließend als Polizei-Wachtmeister eingesetzt. 1934 musste das Ehepaar seine Wohnung in der Otzbergstr. 38 aufgrund der jüdischen Herkunft der Ehefrau bei der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft der Frankfurter Polizeibeamten aufgeben; zum 1. April 1937 wurde er bei der Schutzpolizei entlassen. Ilse Petersen leistete seit April 1943 Zwangsarbeit in der Buchdruckerei Osterrieth. Am 3. Dezember 1943 erzwungener Umzug nach der Unterlindau 33 in eine Mansarde bei Prof. Dr. von Mettenheim. Als das Haus am 29. Januar 1944 von einer Fliegerbombe getroffen wurde, sollte die Ehefrau sich in einer Sammelunterkunft für Juden einfinden. Sie verließ jedoch Frankfurt und tauchte mit ihrer Tochter vom 10. Februar 1944 – 7. Mai 1945 bei ihrem Schwager Karl Petersen in Wiemersdorf/Segeberg unter und wurde von ihm versorgt. Hugo Petersen trat am 10. Oktober 1945 als Polizeiobersekretär seinen Dienst wieder an.

Quelle : ISG, NS-V 51/73, Signatur 5.055 und HHSta Wiesbaden, Abt. 527, Liste II, Nr. 10982, und Abt. 518-4890

Paul Scheuing, Jg. 1896, verheiratet mit Selma, geb. Breidenbach, keine Kinder. Seit 1919 war Scheuing bei der Schutzpolizei und seit 1931 Hauptwachtmeister in lebenslänglicher Anstellung. Zum 31.3.1937 wurde er aus dem Polizeidienst entlassen, da seine Ehefrau

Jüdin war. Am 15.2.1943 wurde sie von der Gestapo verhaftet und Ende Juli aus dem Polizeigefängnis in das KZ Auschwitz deportiert und am 7.8.1943 ermordet. Während er vorher „wehrunwürdig“ war, wurde er nach dem Tod seiner Ehefrau am 13. April 1944 zur Wehrmacht eingezogen, kam in amerikanische Kriegsgefangenschaft und konnte nach seiner Entlassung am 1. Oktober 1945 den Dienst wieder aufnehmen.

Quelle : ISG, NS-V 51/73, Signatur 6.067 und HHSta Wiesbaden, Abt. 518-43212 und 518-84404

Anhang 4

Die widerständigen Kollegen nach Angaben von Christian Fries aus seiner Rechtfertigungsschrift vom 12. Januar 1947

Adam Arnold, Jg. 1895, verheiratet, eine Tochter. Als Polizeibeamter bis Januar 1933 SPD-Mitglied. Antrag zur Aufnahme in die NSDAP, die rückwirkend zum 1. Mai 1937 als NSDAP-Anwärter erfolgt. Vorwurf, bei einem Auslandseinsatz in Polen tätig gewesen zu sein, was sich als unwahr herausstellte. Entlassen zum 31. Mai 1945. Sieben Zeugen sagen für ihn aus und bestätigen, dass er mit überzeugten Antifaschisten in Verbindung stand. Einer verfolgten Tschechin half er aus der Haft, sodass sie flüchten konnte. Allerdings fällt die Auskunft der Betriebsvertretung negativ aus: er wäre niemals Sozialist gewesen und „dass er als Streber rücksichtslos für sein persönliches Vorwärtskommen gesorgt habe“. Er sei zwar kein Aktivist und Propagandist gewesen, aber „ein recht braver Mitläufer“. Daher wird er 1947 im Spruchkammer-Verfahren in die Gruppe 3 der Minderbelasteten eingestuft.

Dagegen sagte Fries aus: „Anfang 1944 erfuhr ich, dass der Betroffene Führer einer MG-Kolonie ist. Ich fragte ihn, ob er noch dabei sei und machte ihn von unserem Vorhaben kleine Andeutungen. Er war gleich sehr begeistert und versprach mir, dass ich mit ihm unbedingt rechnen

könne. Nach einiger Zeit hat er mir den Stand seiner Vorbereitungen bekannt gegeben und ich könne mich auf alle Fälle auf ihn verlassen. Er rühmte vor allen Dingen immer das gute Einvernehmen mit seinen Leuten, die hinter ihm stehen und die er beim Eintritt des politischen Ereignisses einsetzen kann“.

Obwohl er sich selbst als entlastet einstufte, habe er „vollbrachte“ Widerstandshandlungen nicht geleistet und wird im Berufungsverfahren am 5. September 1947 jedoch in die Gruppe IV hochgestuft. Am 4. Juni 1948 wurde von der Berufungskammer aufgrund der Weihnachtsamnestie vom 5. Februar 1947 das Verfahren eingestellt.

Quelle: HHSta Wiesbaden 520/11, Nr. 1838/1-2 und ISG, Personalakte 22/75, Nr. 107.247

Friedrich Becker, Jg. 1894, verheiratet, zwei Töchter, seit 1920 Polizeibeamter, ab 1.5.1941 Meister der Schutzpolizei, von 1942-1944 in der NSDAP, Mitgliedsnummer unbekannt (fraglich). 1935-45 Mitglied im Kameradschaftsbund der Polizeibeamten, 1927-1945 im Polizei-Sportverein, 1935-1945 NSV, 1939 im Reichskolonialbund. Am 9.5.1945 Entlassung durch die Militärregierung in Ffm., da er die Mitgliedschaften im Kameradschaftsbund und Reichskolonialbund im Fragebogen verschwiegen habe. Eine Mitteilung vom 4.10.1947 enthält, dass er unter die Weihnachtsamnestie fällt.

Quelle: ISG, Personalakte 22/75, Signatur 107.697, HHSta Wiesbaden: Meldebogen 183199, Spruchkammer-Verfahren 520/11, Nr. 5355

Siegfried Bode, Jg. 1899, verheiratet, ein Sohn. Seit 1920 bei der Polizei, Kriminalbeamter, 1941-Juni 1944 Dienststelle für Korruption und Kriegswirtschaftsverbrechen, danach abgeordnet zu einer Polizeieinheit als Kriminalbeamter in die Oberkrain, dann Slowakei, ab Januar 1945 zurückbeordert. Vom Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus nicht betroffen. Wird am 1. Dezember 1945 zum Kriminalrat ernannt. Dann 1946 von der amerikanischen Militärregierung wieder entlassen. Die genauen Gründe wurden nie angegeben, angeblich nicht tragbar wegen seines Einsatzes als Krimi-

nalbeamter in der Oberkrain und Slowakei. Gehörte nie der NSDAP an. Kann überall Dienst tun, nur nicht in Frankfurt. Wird später wieder eingestellt und nach dem BBG-Artikel 131 wird er 1953 so behandelt als wäre er aus dem Polizeidienst nie ausgeschieden. Ab 15. Januar 1947 ist er Leiter der Kriminalabteilung in Bad Homburg.

Quelle: ISG, Personalakte 22/75, Signatur 108.397 und 108.398, 520/11, Nr. 36714 und HHSta Wiesbaden Abt. 527, II, Nr. 7474

Johann Borbonus, Jg. 1889, Kriegsdienst 1914-1918, seit 9. Dezember 1919 bei der Schutzpolizei als Polizei-Wachtmeister tätig. Am 28. März 1945 geriet er für ca. fünf Monate in amerikanische Gefangenschaft, anschließend aus dem Polizeidienst wegen Zugehörigkeit zur NSDAP von 1941-1943 entlassen. Nach einem Spruchkammer-Urteil vom 9. September 1946 nimmt Borbonus den Dienst in der hessischen Gendarmerie am 24. September 1947 wieder auf. Allerdings bat er ein Jahr später um die Aufhebung des Urteils. In der Antwort 1948 auf seinen Antrag, einer Widerstandsgruppe angehört zu haben, erwiderte die Behörde, das „ist nur bedingt glaubhaft, da es eine Widerstandsbewegung im Polizeipräsidium nicht gab. Es war lediglich ein Kreis gleichgesinnter Menschen, zu denen Borbonus auch zählte. Es mag richtig sein, dass er in Wahrung seiner Existenz Pg (Parteigenosse, P.B.) wurde. Nazi war er offensichtlich nicht“, antwortete der „Oberste Kläger“ namens Oppenheimer an die Abt. II in der Wiesbadener Behörde. Daraufhin benannte Borbonus acht Kollegen aus dem Polizeipräsidium als Referenz. Anschließend wurde er gemäß Spruchkammerbescheid vom 3. März 1949 in die Gruppe V der Entlasteten eingereiht. Aus einem Aktenvermerk vom 1. Februar 1951 wird ersichtlich, dass „Stadtrat a.D. Liebmann an den Herrn Minister des Innern“ vermerkt, „dass B. einer Widerstandsgruppe angehörte“. (Schreiben vom 1.2.1951 Wiesbaden als Aktenvermerk). Ende 1950 bat er aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand versetzt zu werden.

Quelle: HHSta Wiesbaden Abt. 527, Liste II, Nr. 280 und Abt. 501, Nr. 36470

Fritz Breiter, Jg.1902, verheiratet, zwei Kinder. Eintritt in die Polizei Oktober 1923, am 16. Oktober 1933 entlassen aufgrund § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Beamtentums als Polizeioberwachmeister. Mitglied der SPD seit 1. April 1921. Fünf Jahre war er ohne jegliches Einkommen, erlernte Buchhaltung und war seit 1938 wieder beschäftigt als kfm. Angestellter bei Samson-Apparatebau, ab 1. Januar 1940 Buchhalter bei ALA-Anzeigengesellschaft. Ab 1. Juli 1941 eingezogen zur Flakartillerie, zuletzt in Hellmonsödt bei Linz. Er verließ das ihm unterstellte Kommando und meldete sich bei einem deutschsprechenden Oberleutnant, der ihm sagte, er solle nach Frankfurt zurückgehen. „Erwähnen möchte ich noch, dass ich zu der Widerstandsbewegung Henschler und Genossen gehörte und in- und ausserdienstlich die Naziherrschaft, so gut es irgend möglich ging, diskriminierte. Seitens des „nationalsozialistischen Führungsoffiziers“ wurde ich dreimal dem Abteilungskommandeur „wegen meinen fortgesetzten Bemerkungen“ zur Einleitung eines Verfahrens gegen mich gemeldet, was aber der Abteilungskommandeur ablehnte, da er selbst antinationalsozialistisch eingestellt war“. 19.6.1945 z.Zt. Pfaffenwiesbach/Ts., Schulhaus.

Am 2. August 1945 schrieb Fritz Breiter (vermutlich an die Personalabteilung): „Der heissersehnte Wunsch aller Antifaschisten: die Beseitigung der Naziherrschaft, ist durch die totale militärische – und damit parallel die politische - Niederlage in Erfüllung gegangen. Die Diskriminierung der Nazigegner, die ihren Höhepunkt in der Ermordung unzähliger Opfer erreicht hatte, ist zu Ende; wir sind wieder frei und gleichberechtigte Menschen geworden, die unterschiedliche Behandlung ist in Fortfall gekommen. Nationalsozialistische Gesetze, die Deutsche wegen ihrer politischen Gesinnung benachteiligten, wurden sofort von der amerikanischen Militärregierung aufgehoben mit dem Ziel der Wiedergutmachung zugefügten Unrechts.

Wenn ich von der Hauptbelastungsprobe, der seelischen Kämpfe während der zwölf Jahre Naziherrschaft absehe (die durch keinerlei materielle Entschädigung gutzumachen ist), ist mir auch in beruflicher und finanzieller Hinsicht ein ganz erheblicher Schaden zugefügt wor-

den“. Zeitgleich werden mit ihm wieder eingestellt die entlassenen Kollegen: Henschler, Michael, Schönbach und Dommermuth.

Quelle: ISG, Personalakte 22/75, Sign. 108.800 und 108.801 und HHSta Wiesbaden, Abt. 518-5536

Johann Karl Buchhold, Jg.1896, verheiratet, keine Kinder. Eintritt in die Polizei 1921, Kriminalpolizei vom 1. April 1932 - 31. März 1945 im Diebstahlkommissariat. Wiedereintritt 1.4.1945, Beurteilungen von Bode, Schwalm und Fries. Hat nicht der NSDAP noch einer anderen NS-Gliederung angehört. Vom Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus nicht betroffen. Seit 1.1.1933 Kriminalassistent, befördert durch Beckerle am 20.4.1941 zum Kriminalsekretär. Er starb am 25. August 1956.

Quelle: ISG, Personalakte 22/75, Nr. 108.990-108.993 und Spruchkammer Frankfurt a.M./Kartei A-Z, Nr. 316055

Heinrich Erdbürger, Jg. 1906, verheiratet, ein Sohn. Vom 1. Oktober 1928 bis 11. Oktober 1945 ununterbrochen bei kommunaler Schutz- und Kriminalpolizei, kein Parteigenosse, entlassen von amerikanischer Militärregierung am 11. Oktober 1945. Im Anschluss an das Spruchkammerverfahren wieder eingestellt, da vom Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus nicht betroffen. Bemerkungen: „Ich war weder Nazist noch Militarist und habe zu jeder Zeit meine ablehnende Haltung offen an den Tag gelegt und entsprechend gehandelt. Wurde von meiner vorgesetzten Behörde dienstlich zum Uniformträger der Kriminalpolizei bestimmt und erhielt auf Grund eines Angleichungsgrades unter Beibehaltung meines Beamtendienstgrades den Dienstgrad eines Hauptscharführers. Ffm. den 25.4.1946“

Quelle: HHSta Wiesbaden, Spruchkammer Frankfurt a.M./Kartei A-Z, Nr.174082 und ISG, Personalakte 22/75, Signatur 110.391 und Personalakte III/14-1977, Signatur 141.139

Gotthold Fengler, Jg. 1898, verheiratet, eine Tochter. Nach Beendigung der Volksschule begann er eine kaufmännische Lehre. 1917/18

als Soldat im Ersten Weltkrieg, 1919 zum Grenzschutz-Ost freiwillig gemeldet. Am 29. September 1919 trat er in die Schutzpolizei Hanau/Main ein, 1920 versetzt nach Frankfurt/Main und schied am 12.1.1930 aus der Schutzpolizei Frankfurt/Main aus. Einjährige Tätigkeit beim Frankfurter Finanzamt, anschließend zum 1. Oktober 1931 einberufen in die Kriminalpolizei und seit 1932 Planstelle als Kriminalassistent. Versetzt im März 1933 zur Staatspolizei. Mitglied der NSDAP seit 1. Mai 1937, Bewerbung zur SS am 12. März 1942, Versetzung in die Aussenstelle der Gestapo nach Wetzlar im Oktober 1943 - Kriegsende 1945. Interniert im Lager Eselheide bei Paderborn, gestorben im Lazarett Schloß Velen am 27. März 1947.

Quelle: Barch Berlin, ehem. BDC: RS/Fengler, Gotthold und HHSta Wiesbaden; Abt. 527-V-968

Christian Fries, Jg. 1895, verheiratet, eine Tochter. Nach Besuch der Volksschule begann er eine kaufmännische Ausbildung. Im Ersten Weltkrieg freiwillige Meldung zum Wehrdienst, nach einer Verletzung in einer „Genesenden-Kompagnie“ bis Oktober 1919. Anschließend in Hanau in einer „Sicherheitswehr Frodin“ mit anschließender Übernahme in die Frankfurter Schutzpolizei. Wechsel zum 1. März 1931 zur Kriminalpolizei und Übernahme in die Abteilung der Politischen Polizei durch den Leiter Ferdinand Mührdel. Nach 1933 strafversetzt in die Abteilung, der die Bekämpfung von Falschgeld, Betrug, Glücksspiel und Drogen zugeordnet war. Im Juli 1940 abgeordnet als Kriminalsekretär nach Thionville/Frankreich bis September 1941. Beteiligt am Rettungsversuch des jüdischen Professors Karl Herxheimer und seiner Hausdame Henriette Rosenthal, seit 1943 als „Stützpunktleiter“ in Frankfurt für das Widerstandsnetzwerk Wilhelm Leuschner an der Vorbereitung eines Anschlags am 20. Juli 1944 auf Hitler. Nach dem gescheiterten Attentat arbeitete er mit der Neu-Isenburger Widerstandsgruppe um Dr. Hayn, Dr. Boelsen und Weinriech zusammen. Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus wieder eingesetzt als Kriminalinspektor, wurde er am 28. August 1945 von der amerikanischen Militärregierung verhaftet. Bei den Verhören verwickelte er sich in Wi-

dersprüche zu seinem Einsatz in Thionville und wurde erst nach 15 Monate langer Haft entlassen. In seinem daran sich anschließenden Spruchkammer-Verfahren konnte er seinen antinationalsozialistischen Widerstand eindrücklich beweisen und war seit März 1948 als Kriminalrat im Polizeipräsidium wieder eingesetzt. In den nächsten zehn Jahren bis zu seinem Ruhestand baute er eine Tausende Objekte umfassende Lehrmittelsammlung auf. Kurz nach seiner Pensionierung starb Christian Fries am 23. August 1959 in Frankfurt am Main.

Quelle: ISG, Personalakte 22/75, Signatur 111.051, HHSta Wiesbaden, 520/11, Nr. 24570, Stadtarchiv Wiesbaden, Best: NL 75, Nr. 1555 und National Archives Washington D.C., XE 00.33.87

Adam Ganjon, Jg. 1898, verheiratet, drei Söhne. 1918 bis 1933 SPD-Mitglied, seit 1920 bei der Schutzpolizei, war seit 1941 Parteianwärter in NSDAP, seit 1932-1945 Obersekretär bei der Kriminalpolizei. Entlassen wegen der Parteimitgliedschaft am 30. Mai 1945. 1942/43 erhielt er eine Abordnung nach Sumy/Ukraine. Ein Augenzeuge beschuldigt ihn im Dezember 1946, er habe sich dort bei Verhören brutal verhalten, Schläge angedroht, aber nicht selbst geschlagen. Diese Beschuldigungen werden von einem Bekannten des Anzeigenden in Zweifel gezogen, da dieser aus Verbitterung sich zu dieser Beschuldigung hinreißen ließ. Noch drei Jahre später gelingt es der Spruchkammer nicht, den Zeugen vorzuladen. Dagegen schilderte Christian Fries, dass er ihn sehr gut kenne, da er mit ihm seit 1934 im selben Dezernat für Glückspiel, Wettbetrug, Rauschgiftvergehen und Münzverbrechen zusammengearbeitet hat und weiss, dass er „sich nie für das Naziregime eingesetzt hat“. Ausserdem liegt die entlastende Aussage von Edith Wagner vor, dass Ganjon ihr mit Rat und Tat in den Jahren nach 1938 geholfen habe und 1944 bei der Flucht in die Illegalität ihrer Mutter zur Seite stand. Aufgrund fehlender Beweise wird das Spruchkammer-Verfahren 30. November 1949 eingestellt und Ganjon nimmt seine Arbeit bei der Kriminalpolizei in Frankfurt im Jahr 1951 wieder auf. Er erhält in den kommenden Jahren nur positive Beurteilungen in seinem Tätigkeitsbereich.

Quelle: HHSta Wiesbaden, Abt. 520/11, Nr. 25944 und ISG, Personalakte 22/75, 111.245-111.247

Johannes Gorius, Jg. 1897, verheiratet, ein Sohn. Seit 1920 bei der Frankfurter Schutzpolizei. In Wuppertal-Elberfeld vom 1.5.32-15.10.33, in Düsseldorf vom 15.10.33-1.7.36, dann strafversetzt nach Remscheid vom 1.7.36-1.3.37. Rückkehr am 1.3.1937 nach Frankfurt/Main. Seit 1937 NSDAP-Mitglied, in Düsseldorf 10/33-7/36 bei der Gestapo als Kriminal-Oberassistent. Gorius stufte sich in die Gruppe der Entlasteten ein, weil sein Eintritt in die Partei aufgrund eines Auftrags der Widerstandsbewegung um den Kollegen Christian Fries erfolgte.

Noch im Jahr 1954 klagt er die Nachzahlung von Dienstbezügen ein. Sein Rechtsbeistand im Spruchkammer-Verfahren ist Dr. jur Lafontaine, Biebergasse 11, der von Fries als Zeuge für seine antifaschistische Einstellung und Tätigkeit angeführt wird.

Schreiben Stadt Frankfurt vom 20.2.1954, dass Gorius der NSDAP im Auftrag der Widerstandsgruppe beigetreten ist. Antwort auf Berufungsschreiben von Gorius vom 26.3.1954: war im Spruchkammer-Verfahren am 31. März 1947 in die Gruppe 5 eingestuft. Der Beurteilung seines Falles lag eine „gewisse Härte vor“, um dies zu ändern, müsste er einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens stellen. Die Beweise dazu müssten allerdings „einwandfrei“ nachweisen, dass er „s.Zt. der NSDAP unter einem unausweichlichen Druck beigetreten ist“.

Quelle: HHSta Wiesbaden, Abt. 520/11, Nr. 13155 und Abt. 520-FZ-5416 und ISG, Personalakte Signatur 111.724

Kurt Henschler, Jg. 1894, verheiratet, keine Kinder. Seit 1920 bei der Schutzpolizei, seit 1925 SPD-Mitglied und aktiv als Funktionär und Vertrauensmann. Frontkämpfer im Ersten Weltkrieg, entlassen aufgrund § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums zum 27. Dezember 1933. Henschler übernahm am 1. März 1934 ein Tabakwarengeschäft in der Schweizerstr. 21. Als Helfer am 28. Juli

1940 in Sanitäts-Polizei, ab 1. Juni 1943 Hauptwachtmeister d. LSP. In seinem Lebenslauf vom 14. Juni 1945 schrieb er u.a.: „1925 trat ich der SPD bei. Nach meiner Entlassung übernahm ich ein Tabakgeschäft und hielt dort heimlich mit gleichgesinnten Versammlungen und Besprechungen ab. Mein Laden war die Zentrale der Flugblattverteilung und der Widerstandsbewegung und stand jahrelang unter Beobachtung der Gestapo. Am 28. Juli 1940 wurde ich zur Luftschutzpolizei eingezogen und war bis zum 31. März 1945 Innendienstleiter einer Rettungsstelle. Während meiner Zugehörigkeit zur Luftschutzpolizei habe ich in meiner Dienststelle bzw. im Polizeipräsidium Frankfurt a.M. die Versammlungen und Besprechungen der Widerstandsbewegung fortgesetzt“. Seit 1. April 1945 wieder im Polizeipräsidium tätig.

Quelle: ISG, Personalakte 22/75 Sign. 112.935 und HHSta Wiesbaden, Abt. 518-5378

Georg Kaufmann, Jg. 1912, verheiratet seit 1945, eine Tochter. Seit 1932 bei der Schutzpolizei, aus Darmstadt 1937 nach Frankfurt versetzt. 1932-1933 Mitglied der SPD. Als Soldat schwer verwundet und daher freigestellt von weiterem Einsatz im Krieg. Fortbildung bei der Polizeiverwaltung Koblenz 17. September 1942 - 20. Juli 1943. Kein NSDAP-Mitglied. 1943 kam er als Polizeioberinspektor ins Polizeipräsidium und machte aus seiner Ablehnung des Nationalsozialismus keinen Hehl. Seine Gesinnung als Antifaschist sei im ganzen Polizeipräsidium bekannt gewesen. „Während meiner Ausbildungszeit lernte ich Personen kennen, die die gleiche Gesinnung hatten wie ich. Ich verkehrte nur mit Herrn Fries und Herrn Wierscheim“. ... „Als ich voriges Jahr die Flugzeugverluste anzweifelte, wurde ich nicht weniger als viermal von der Geheimen Staatspolizei vernommen. Nur mein schlechter Gesundheitszustand bewahrte mich damals vor dem KZ. Für mich, der ich der nationalsozialistischen Bewegung von Anfang an ablehnend gegenüberstand, war es besonders schmerzlich, als ich für diese Wahnidee neben den persönlichen Nachteilen, die ich hatte, auch noch meine Gesundheit opfern musste“.

Quelle: ISG, Personalakte 212.135 bis 212.137

Wilhelm Leicht, Jg. 1903, ledig. Seit 1932 Kriminalkommissaranwärter wurde er im Oktober 1933 kurz vor Ablegung der Prüfung zum Kriminalkommissar wegen seiner „halbjüdischen“ Herkunft entlassen. Bildete sich in Buchführung aus, erhielt bis 1939 Berufsverbot als Steuerhelfer, seit 1941 bei dem Steuerberater Schwann & Richter in Camberg tätig. 1945 sollte er zur Organisation Todt einberufen werden. Zweimal wurde er von Christian Fries gewarnt und flüchtete jeweils für vier Wochen mit dem Fahrrad in den Taunus.

Quelle: HHSta Wiesbaden, Abt. 518-82497

Valentin Michael, Jg. 1891, verheiratet, zwei Kinder. Von 1918-1933 SPD-Mitglied, Polizei-Wachtmeister. Seit 1937 gab es ein Ermittlungsverfahren, weil der Vater der Ehefrau ein „Jude aus Buttenheim“ gewesen sein soll. Offenbar blieb die Recherche der Reichsstelle für Sippenforschung ergebnislos. Da Michael unter einer chronischen Magenkrankung litt, bat er 1947 um vorzeitige Versetzung in den Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen. 1947 war Michael Mitglied der Betriebsvertretung im Polizeipräsidium.

Quelle: ISG, Personalakte 22/75, Signatur 117.405

Ernst Nolte, Jg.1891, verheiratet, keine Kinder. Oberleutnant der Schutzpolizei: Bereich Waffenverwaltung, seit 1919 bei der Polizeiverwaltung tätig, befördert zum Offizier nach Besuch der Polizeischule für Technik und Verkehr 1943. Kein NSDAP-Mitglied. Nachdem er das Entlassungsschreiben am 23. Oktober 1946 erhielt, bat er umgehend um ein sofortiges Spruchkammer-Verfahren. Es dauerte mehrere Monate bis er am 20. Juni 1947 als vom Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus als „nicht betroffen“ erklärt wurde.

Quelle: ISG, Personalakte 22/75, Signatur 118.476

Rudolf Ross, Jg.1899, verheiratet, zwei Kinder. Seit 14. November 1923 bei der Polizei als Polizeihauptkommissar. Seit 1930 in der SPD bis zur Zwangsaufösung 1933, in keiner NS-Gliederung. Zu seiner Internierung unmittelbar nach Kriegsende schrieb er: „Bis zu meiner Ge-

fangennahme am 28. März 1945 war ich Meister der Schutzpolizei bei der Fernsprech- und Fernschreibzentrale der Polizeiverwaltung Frankfurt/Main. Am 27. August 1946 wurde ich aus dem Internment-Camp 74 Ludwigsburg entlassen“. Anschließend wieder eingestellt.

Quelle: ISG, Personalakte 22/75, 120.082 und HHSta Wiesbaden Spruchkammer Frankfurt a.M./Kartei A-Z, Nr. 335415

Franz Rubik, Jg.: 1898, verheiratet, ein Kind, Kriminal-Angestellter, Rubik war im letzten Kriegsjahr bei der Abteilung „Fahndung, Erkennungsdienst“ notdienstverpflichtet eingesetzt. Auf eigenen Antrag scheidet er am 15. Juni 1945 aus dem Dienst aus. In dem Schreiben vom 10. Juni 1945 an den Kriminalinspektor Christian Fries schrieb er, dass er die Beschriftungen der Türschilder, Mappen und dergleichen angefertigt habe und diese Arbeiten abgeschlossen sind. Er wollte in seinen Beruf als Gebrauchsgraphiker zurückkehren und für Industriekreise arbeiten. Falls erforderlich stehe er „auf selbständiger Grundlage“ dem Polizeipräsidium weiter zur Verfügung.

Quelle: ISG, Personalakte 22/75, Signatur 120.180

Franz Satzinger, Jg.1887, verheiratet, eine Tochter. Eintritt in die Polizei am 1. März 1919, Ruhestand seit 3. Dezember 1947. Keine weiteren Hinweise.

Quelle: ISG, Personalakte 73/69, Signatur 60.299 und Personalakte 22/75, Signatur 120.434, kein Meldebogen zur Entnazifizierung im HHSta Wiesbaden

Robert Schönbach, Jg. 1892, verheiratet, eine Tochter. Eintritt in die Polizei am 4. Februar 1920, Polizeihauptkommissar, entlassen zum 11. November 1933 aufgrund § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Beamtentums. SPD-Mitglied seit 1926 und Gewerkschafter in der Funktion als Vorsitzender der Ortsgruppe Frankfurt (Fachgruppe Schutzpolizei), Mitglied des Gauvorstandes (Düsseldorf) und Mitglied des Verbandsausschusses (Berlin). Im Anschluss an eine Versammlung, „die der neue Gewerkschaftsvorstand einberufen hatte und die im Saale des Schwanthalerhofes in Ffm.-Sachsenhausen stattfand“, wurde

Schönfeld im November 1933 verhaftet und kam für 21 Tage in Schutzhaft. Ende 1943 wurde er wegen Vergehen gegen das Heimtückegesetz für eine Woche im Gefängnis Hammelsgrasse inhaftiert. Er hatte Ende Oktober 1943 im Geschäft des Kollegen Henschler im Gespräch mit einer Frau gegen Krieg, Regierung und andere Zustände gehetzt und wurde denunziert. Der Staatsanwalt erhob keine Anklage und entließ ihn mit der Androhung von KZ, sollten weitere Klagen erhoben werden. Nach seiner Entlassung wurde Schönfeld vom Arbeitsamt nicht vermittelt und war beruflich als Bezirksleiter tätig. Zwangsarbeit ab 12. Februar 1944 für 2 ¾ Monate. Zeugen: Henschler und Michael. Bei Kriegsende zum 1. April 1945 wieder eingestellt. Wehrdienst vom 3. November 1944 - 15. März 1945 Flieger-Ersatz-Btl. XII. Am 1. August 1950 ging er aus gesundheitlichen Gründen in Pension.

Quelle: ISG, Personalakte 22/75, Signatur 121.601 und HHSta Wiesbaden Abt. 409/3, Nr.13782 und Wiedergutmachung Abt. 518-5333

Hermann Walter, Jg. 1882, verheiratet. Seit 1. Mai 1899 – 23. März 1946 gehörte er der Polizeiverwaltung an, als ihn die amerikanische Militärregierung – ohne Angaben von Gründen – aus dem Dienst entließ. Als 1936 eine Beförderung zum Polizeirat anstand, erkundigte sich der in der Kanzlei eingesetzte Amtmann Zingler bei der NSDAP nach einem „politischen Werturteil“. Im Sommer 1936 gab es nichts Nachteiliges zu berichten. Er war kein Parteimitglied, nur in der NSV, dem RDB und Kyffhäuserbund. Er hatte zudem einen guten Leumund und sich nicht politisch betätigt.

Zwei Jahre später forderte Amtmann Zingler erneut ein politisches Werturteil von der Ortsgruppe Holzhausen der NSDAP, denn er hatte in Erfahrung gebracht, dass der Polizeirat als NSV-Verwalter eingesetzt werden sollte. Davon solle man Abstand nehmen. Schließlich stellte Hermann Walter am 1. März 1942 einen Auftragsauftrag zur NSDAP, der aber nicht weiterbehandelt wurde, weil bis Beendigung des Krieges die Aufnahmen gesperrt wurden.

Aufgrund dieses Eintrags in der Personalakte wurde der Polizeirat Walter durch die amerikanische Militärregierung am 23. März 1946

mit sofortiger Wirkung entlassen. Gründe wurden von der amerikanischen Spezialabteilung nicht angegeben.

Am 22. September 1947 bat Walter um Wiedereinstellung in den Dienst. Das Spruchkammer-Urteil hatte ihn als Mitläufer in die Gruppe 4 eingestuft. Obwohl die Militärregierung die Entlassung am 5. Juli 1947 zurücknahm, lehnte der Polizeipräsident eine Wiedereinstellung ab. Erst als Walter am 30. Juli 1949 eine Rückführung in das Beamtenverhältnis und den gleichzeitigen Ruhestand beantragte, genehmigte Polizeipräsident Klapproth diesen Vorgang. Die Erkundigungen beim Personalamt der Stadt Frankfurt ergaben, dass Walter bereits 1947 eine 50jährige Dienstzeit überschritten hatte. Er sei kein NSDAP-Mitglied gewesen, sondern hatte sich zehn Jahre einem Parteibeitritt verweigert und nur auf Druck den Antrag vollzogen. Das Personalamt entnahm weiterhin seiner Akte, dass er der NS-Ideologie ablehnend gegenüberstand und regelmäßig die Gottesdienste der St. Peters-Gemeinde besucht hatte.

Die amerikanische Militärregierung hatte damals im März 1946 alle drei Polizeiräte entlassen, aber da die beiden anderen Kriminalbeamten bereits in den Ruhestand versetzt worden waren, traf diese Maßnahme der Militärregierung nur auf ihn zu. Im Juli 1949 kam es daraufhin zu einer formellen Wiedereinstellung unter gleichzeitiger Versetzung in den Ruhestand. Walter beabsichtigte anschließend ein erneutes Spruchkammer-Verfahren, um als „vom Gesetz nicht betroffen“ zu erreichen.

Quelle: ISG, Personalakte 22/75, Signatur 124.005-124.007

Adolf Weidmann, Jg. 1887, seit 1920 Polizeibeamter, 1931/32 Kriminalkommissar und Leiter der Mordkommission Wiesbaden, SPD-Funktionär und Gewerkschafter. Er hatte sich 1930 anlässlich einer Besprechung in Berlin für eine Einberufung von Christian Fries zur Kriminalpolizei eingesetzt. Zum 30.9.1933 aufgrund § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums wurde er als „politisch unzuverlässig“ entlassen. 1934/35 arbeitslos, 1935-1941 Privatdetektiv. Am 20. Mai 1938 wurde er aufgefordert das Gewerbe als Privatdetektiv aufzugeben wg. „staatspolitischer Bedenken“, er galt als politisch unzu-

verlässig für diesen Gewerbebetrieb, unterzeichnet von Beckerle, Polizeipräsident Frankfurt/Main. Letzte Frist vom Reg.präs. 16.9.1941, das Auskunftsinstitut zum 31.12.1941 zu schließen. 1942-1945 Werklufschutzleiter. Er war Parteianwärter der NSDAP von 1940-1942. Nach Entscheidung der Spruchkammer Frankfurt/M. vom 24.7.1947 wurde er als Mitläufer eingestuft. Erst am 15. Mai 1953 als entlastet eingereiht. Kein Hinweis auf Widerstandsaktivität.

Quelle: HHSta Wiesbaden, Abt. 527, II, Nr. 11099; und Abt. 518-68606

Wilhelm Wiegand, Jg. 1899, verheiratet. Als Beamter in der Justizverwaltung beschäftigt. Wilhelm und Ehefrau Emma Wiegand, geb. Wulff, Jg.1903, wurden von Christian Fries benannt, dass sie seine antifaschistische Einstellung kannten. Im Meldebogen ist vermerkt, dass keine NS-Mitgliedschaften vorliegen. Deutsche Arbeitsfront vom 1. Dezember 1933 bis 1945, Nationalsozialistische Volkswohlfahrt 1. Oktober 1937 bis 1945, ReichsKolonialBund 1. März 1938 bis 1945. Unter Nr. 12 des Meldebogens zur Entnazifizierung vermerkt: Beschäftigung genehmigt von der Mil.Reg. Frankfurt a.M. im Juli 1945. Kein Parteimitglied und auch sonst politisch unbelastet, Frankfurt, den 24.4.1946

Quelle: HHSta Wiesbaden, Abt. 520/F, Ffm./Kartei A-Z, Nr. 120919 Meldebogen aufgrund des Gesetzes zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus vom 5.3.1946

Hans Johann Wierscheim, Jg. 1894, verheiratet, ein Sohn. Seit 1915 bei der Polizei, zuletzt als Polizei-Inspektor, Teilnahme am Ersten Weltkrieg. Kein Mitglied der NSDAP oder einer Gliederung. Er schrieb am 12. Juni 1945 in seinem Lebenslauf: „Ein im Jahre 1933 gegen mich gerichtetes Verfahren auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ging in Folge Fehlens jeglicher Beweise zu meinen Gunsten aus. Jedoch blieb mir jeglicher Aufstieg versagt, da ich nicht Mitglied der NSDAP war und weil ich einen Bruder hatte, der aus politischen Gründen aus der Schutzpolizei entlassen wurde. Einer Aufforderung der Personalabteilung im Jahre 1941, mich sofort bei der Ortsgruppe als Parteianwärter eintragen zu lassen, leistete ich mit der

Begründung, daß ich mir meine Titel durch Eintritt in die Partei nicht erkaufen werde, keine Folge“. ... „So bereue ich es doch nicht und habe es nicht bereut meinen graden Weg gegangen zu sein. Für mich habe ich die Genugtuung, daß ich heute trotz dieser unausgesetzten Belastungen noch derselbe bin, ungebeugt, wie ich war, ehe der Nationalsozialismus an die Macht kam“. Wurde von jeder Beförderung ausgeschlossen. Er kam im Jahr 1943 zur Widerstandsgruppe.

Quelle: ISG, Personalakte 22/75, Signatur 124.670

Literatur

- Becht, Lutz/Bauer, Thomas: Die Frankfurter Polizei und drei aufrechte Beamte im Nationalsozialismus, hg. vom Frankfurter Polizeipräsidium, Frankfurt am Main 2020
- Bonavita, Petra: Mit falschem Pass und Zyankali – Retter und Gerettete aus Frankfurt am Main in der NS-Zeit, Stuttgart 2009
- Bonavita, Petra: Zivilcourage und Widerstand, Zum 100. Geburtstag von Pfarrer Heinz Welke. Selbstverlag Frankfurt/Main 2011
- Bonavita, Petra: Quäker als Retter ... im Frankfurt am Main der NS-Zeit, Stuttgart 2014
- Deutsche Dermatologische Gesellschaft (Hg.): Der Hautarzt: Zeitschrift für Dermatologie, Venerologie und verwandte Gebiete, Jahrgänge 1953, 1961, 1962
- Diamant, Adolf: Die Gestapo Frankfurt a.M., Zur Geschichte einer verbrecherischen Organisation in den Jahren 1933-45, Frankfurt/Main 1988
- Eckhardt, Hanna: Wüst, Else. In: Frankfurter Personenlexikon (Onlineausgabe), <https://frankfurter-personenlexikon.de/node/9134>
- Fogel, Heidi: Neu-Isenburger Geschichtsbuch: Von der Hugenottensiedlung zur modernen Stadt. Hrsg. vom Verein für Geschichte, Heimatpflege und Kultur Neu-Isenburg (GHK) e.V. Neu-Isenburg, edition momos 2016
- Friedländer, Saul: Kurt Gerstein oder die Zwiespältigkeit des Guten, München 2007
- Fittkau, Ludger/Werner, Marie-Christine: Die Konspirateure, Der zivile Widerstand hinter dem 20. Juli 1944, Darmstadt 2019
- Geyken, Frauke/Ruge, Elisabeth, in: Der Spiegel, Nr. 30/2015: „Die Untoten“, S. 118
- Henk, Emil: Die Tragödie des 20. Juli 1944, Adolf Rausch-Verlag Heidelberg 1946, zweite erweiterte Auflage
- Institut für Stadtgeschichte Frankfurt/Main (Hg.): Frankfurt am Main, Lindenstrasse: Gestapozentrale und Widerstand, Frankfurt/Main, New York 1996
- Jessel, Walter: Spurensuche 1945 – Ein jüdischer Emigrant befragt seine Abiturklasse, Hg.: Brian E. Crim, Fachhochschulverlag Frankfurt/Main 2020

- Kühn-Leitz, Knut (Hg.): Ernst Leitz – ein Unternehmer mit Zivilcourage in der Zeit des Nationalsozialismus, Hanau 2008
- Lindenthal, Bernd: Der lange Kampf mit den Nationalsozialisten, in: Knut Kühn-Leitz (Hg.) Ernst Leitz - ein Unternehmer mit Zivilcourage, Hanau 2008
- Martini, Joachim Carlos: Musik als Form geistigen Widerstandes, Frankfurt/Main 2010
- Meinl, Susanne: „Eine Fahrkarte nach Palästina können Sie haben ...“, Hg.: Wetzlarer Geschichtsverein, Wetzlar 2010
- Mettenheim, Amelis von, Die zwölf langen Jahre – Eine Familiengeschichte im Dritten Reich, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, Frankfurt/Main 1999
- Nass, Klaus Otto (Hg.): Elsie Kühn-Leitz - Mut zur Menschlichkeit, Bonn 1994
- Paul, Gerhard/Mallmann, Klaus-Michael (Hg.): Die Gestapo – Mythos und Realität, Darmstadt 1995
- Porezag, Karsten: Zwangsarbeit in Wetzlar, Wetzlar 2002
- Porezag, Karsten: Als aus Nachbarn Juden wurden. Die Deportation und Ermordung der letzten Wetzlarer Juden 1938-1943/45, Wetzlar 2006
- Porezag, Karsten: Ernst Leitz aus Wetzlar und die Juden – Mythos und Fakten, Berlin 2009
- Rebentisch, Dieter/Raab, Angelika, Neu-Isenburg zwischen Anpassung und Widerstand, Neu-Isenburg 1978
- Richter-Hallgarten, Henry: Der 150. Geburtstag von Karl Herxheimer, in: Journal der Deutschen Dermatologischen Gesellschaft, Band 9, Ausgabe 10, Oktober 2011
- Schrumpf, Lisa: „Polizeibeamte! Vergeßt nicht“ – Widerständiges und resistentes Verhalten Frankfurter Polizeibeamter im Nationalsozialismus, Hg.: Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Polizeigeschichte e.V., Band 26, Frankfurt/Main 2022
- Spurensuche-AG der Wöhler-Schule Frankfurt/Main (Hg.): Lebensspuren, Jüdische Wöhlerschüler, Opfer des Terrors 1948 – 1945, Frankfurt/Main 2001
- Ulrich, Axel: Politischer Widerstand gegen das „Dritte Reich“ im Rhein-Main-Gebiet, Wiesbaden 2008

Ulrich, Axel: Wilhelm Leuschner. Ein deutscher Widerstandskämpfer, Wiesbaden 2012

Wember, Heiner, Umerziehung im Lager, Essen 2007

Abkürzungen

CIC - Counter Intelligence Corps (dt.: Corps für Gegenspionage), Spionageabwehrabteilung der US-Streitkräfte, die ab 1945 für die Überprüfung von Nationalsozialisten zuständig war. Nach Kriegsende ließ die US-Militärregierung in Deutschland 13 Millionen Deutsche einen Fragebogen nach ihrer Zugehörigkeit zu NS-Organisationen ausfüllen, die vom CIC ausgewertet wurden. Die Spruchkammern fällten auf Grund dieser Fragebögen Urteile nach dem Schema „Kriegsverbrecher/Belastete/Minderbelastete/Mitläufer/Entlastete“. Die Spruchkammern waren mit Deutschen ohne NS-Vergangenheit besetzt, die sich diese Minderheit von Widerständlern im Repressionsapparat nicht vorstellen konnten und die ständig mit Gefälligkeitsgutachten („Persilscheinen“) zu tun hatten, die sich die Nazis gegenseitig ausstellten.

GESTAPO - Geheime Staatspolizei, Teil der Sicherheitspolizei des Reichssicherheitshauptamts, mit weitgehenden Befugnissen zu Verhaftungen im In- und Ausland.

NARA - National Archives and Records Administration, Washington/D.C./USA, Akte zu Christian Fries XE.00.33.87

OSS - Office of Strategic Services. Für die Jahre von 1942 - 1945 geschaffener Nachrichtendienst des Kriegsministeriums der Vereinigten Staaten.

OT - Organisation Todt. Nach ihrem Leiter Fritz Todt benannte paramilitärische Bauruppe

NSRFL - Nationalsozialistischer Reichsbund für Leibesübungen

NSV - Nationalsozialistische Volkswohlfahrt

RDB - Reichsbund der deutschen Beamten

SD - Sicherheitsdienst, anfänglich eine Gruppierung der NSDAP, später dem Reichssicherheitshauptamt unterstellt, wo er für In- und Auslandsspionage zuständig war.

SIPO - Sicherheitspolizei, 1936 zusammen mit der Gestapo dem Reichsführer der SS Heinrich Himmler und in der Folge dem Reichssicherheitshauptamt unterstellt.

SIPO und SD - Sicherheitspolizei und Sicherheitsdienste waren während des Zweiten Weltkrieges in den vom nationalsozialistischen Deutschland besetzten Gebieten durch das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) eingesetzte Leiter einer Art RSHA-Außenstelle.

Dank

Nach einer Lesung aus meinem Buch „Mit falschem Pass und Zyankali“ über die Rettung verfolgter Frankfurter Juden erhielt ich von Dr. Axel Ulrich vom Stadtarchiv Wiesbaden ein Dokument. Es ging um die Rehabilitierungsschrift von Christian Fries über den zivilen Widerstand im Rhein-Main Gebiet, die er selbst vor einigen Jahren erhalten hatte. Sie enthielt neue Informationen über Fengler und seine Rolle im Widerstand. Die vergebliche Rettung zweier Menschen, die darin geschildert wurde, sollte in meine Recherche zu den Rettern, Helfern und den von ihnen Geretteten einfließen.

Es war nicht zu spät, nach Angehörigen zu forschen. Die Angaben aus den Einwohnermeldedaten vom letzten Wohnsitz in Wetzlar, die mir Karsten Porezag übergab, führten zum Geburtsort von Fengers Ehefrau in Klein-Auheim. Die Vorsitzende des Heimat- und Geschichtsvereins in Klein-Auheim, Maria Grimm, stellte mir 2010 den Kontakt zur Tochter von Gotthold Fengler her, die in der Nähe ihres Geburtsortes lebte. Die Erinnerungen von Irene Thiel, geb. Fengler (gestorben 2017) ergänzen nicht nur die in den Archiven gefundenen Dokumente, sie tragen wesentlich zum Verständnis der Persönlichkeit von Fengler bei. Darüber hinaus bereichern sie die Forschung zum Frankfurter Widerstand und zeigen die mühseligen, hoffnungsvollen – mitunter vergeblichen - dennoch mutigen Bemühungen, den NS-Verfolgten beizustehen.

Zu allererst verschaffte mir Dr. Volker Eichler vom Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden Einblick in die dortigen Archivalien. In der im Bundesarchiv Koblenz vorhandenen Spruchkammerakte fehlen allerdings die Aussagen der zwölf Zeugen, die Fengers Einsatz für den Frankfurter Widerstandsstützpunkt und seine Warnungen und Rettungsversuche für verfolgte Juden belegt hätten. Weder im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen/Abt. Westfalen in Münster noch im Bundesarchiv Berlin fanden sich Dokumente dazu. Auch eine Suche in den National Archives in London hat nichts zu Tage gefördert. Die mit Hilfe von Sigrid Kämpfer in den

Akten des Instituts für Stadtgeschichte in Frankfurt/Main gefundenen Dokumente präzisieren die Hilfe Fenglers für Gefährdete aus Frankfurt. Zusätzliche Quellen zur vergeblichen Rettung von Prof. Karl Herzheimer sind in der Zeitschrift „Der Hautarzt“ in der Deutschen Nationalbibliothek Frankfurt/Main zu finden. Beate Großmann-Hofmann vom Stadtarchiv Königstein recherchierte zur Familie Ungerer. Bei der Suche nach dem Grabstein der Familie Schöenthal half mir Majer Szanckower von der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main. Bei allen Unterstützern möchte ich mich für die unkomplizierte und freundliche Zusammenarbeit bedanken. Außerdem möchte ich mich bei Felicitas Gürsching und Waltraud Giesen für die „Spurensuche“ nach der Familie Schöenthal bedanken und bei Marei Hartlaub und Dieter Maier, die mit vielen Gesprächen, Gestaltungsvorschlägen und Korrekturen seit Jahren meine Recherchen begleiten.

Durch einen Hinweis von Dr. Dieter Maier, der zu einer Anfrage in den National Archives in Washington D.C. führte, fanden sich dort die Dokumente zu Christian Fries, die mir Konrad Ege im Juni 2019 kopierte. Für seine Sichtung und Recherche in Washington möchte ich mich recht herzlich bei ihm bedanken.

Eine erste Zusammenfassung zum Stützpunktleiter Fries stellte ich anschließend in Zusammenarbeit mit dem Studienkreis Deutscher Widerstand Frankfurt am Main 1933-1945 e.V. anlässlich des 75. Jahrestages des 20. Juli vor.

Für die Recherche zu den zahlreichen namentlich erwähnten Kriminal- und Polizeibeamten, den Helfern und Rettern wandte ich mich an das Institut für Stadtgeschichte in Frankfurt am Main, das Hessische Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes in Wien, das Bundesarchiv Berlin, das Stadtarchiv im Alten Stadthaus in Neu-Isenburg und das Archiv der Frankfurter Rundschau. Bei allen Mitarbeiter/innen bedanke ich mich aufrichtig für die

nicht einfache, mitunter vergebliche Suche nach schriftlichen Hinterlassenschaften der erwähnten Personen aus dem Widerstand.

Die Suche nach weiteren Spuren aus dem Kreis der widerständigen Zivilpersonen war besonders schwierig und daher war die Unterstützung bei der Beantwortung meiner schriftlichen und telefonischen Anfragen besonders hilfreich. Ich bedanke mich bei Dr. Thomas Altmeyer, Robert Gilcher, Barbara Köhler in Steinbach/Taunus, Claudia R. Lack, Lisa Schrimpf und Axel Ulrich.

Die Einbeziehung so vieler Privatfotos verdanke ich Claudia Schmiderer und Barbara Kymmell-Schmiderer, den Enkelinnen von Christian Fries, und Irene Thiel, geb. Fengler (gestorben 2017), die mir bereits für die erste Auflage des Buches zahlreiche Fotos übergab.

Ohne die Unterstützung bei Lektorat und Korrektur wäre auch dieses Buch mit Verspätung an die Öffentlichkeit gelangt. Ein großes Dankeschön geht wie immer an Marei Hartlaub, Dieter Maier und Rolf Mütze. Auch wenn ich für Recherche und Text verantwortlich zeichne, haben sie über zwei Jahrzehnte meine Arbeit unterstützt und Dankbarkeit ist viel zu wenig für diese außergewöhnliche Teamarbeit.

Zur Autorin

Petra Bonavita, Soziologin, begann vor mehr als zwanzig Jahren mit den ersten Recherchen zum jüdischen Leben in Frankfurt am Main. Sie veröffentlichte dazu eine Spurensuche zu den jüdischen Schülern des heutigen Heinrich von Gagern-Gymnasiums unter dem Titel: Assimilation – Verfolgung – Exil, 2002; Bombenapplaus – Das Leben der Nanny Becker, 2005; Mit falschem Pass und Zyankali – Retter und Gerettete aus Frankfurt am Main in der NS-Zeit, 2009; Quäker als Retter ... im Frankfurt am Main der NS-Zeit, 2014; Die Bildhauerin und das Kind -Die wunderbare Rettung eines kleinen jüdischen Mädchens durch Hedwig Wittekind, 2021; ausgezeichnet mit dem Hosenfeld/Szpilman-Gedenkpreis 2013 für ihre Mitarbeit an der Ausstellung «Gegen den Strom. Solidarität und Hilfe für verfolgte Juden in Frankfurt und Hessen» des Jüdischen Museums Frankfurt am Main. Zu ihrem Schwerpunkt, den Rettungen verfolgter Frankfurter Juden, stellte sie einige Ergebnisse ihrer Forschung in der Website: www.rettungs-widerstand-frankfurt.de vor.